



Regierungsrat Rechenschaftsbericht 2009

Bericht des Regierungsrates
über die Schwerpunkte
der Geschäftsführung

Tätigkeiten der Direktionen

Tabellen





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN
UND REGIERUNGSRAT

Rechenschaftsbericht 2009

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Unter Hinweis auf Art. 61 Ziff. 12 der Kantonsverfassung beantragen wir Ihnen, den Rechenschaftsbericht 2009 des Regierungsrates zu genehmigen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann

Beat Fuchs



Landschreiber

Hugo Murer

Stans, 23. März 2010

Inhaltsverzeichnis

1 Bericht des Regierungsrates über die Schwerpunkte der Geschäftsführung

1.1	Vorbemerkungen	10
1.2	Aktuelle Rahmenbedingungen	10
1.2.1	Politik	10
1.2.2	Interkantonale Zusammenarbeit	11
1.3	Schlüssel zur Natur	13
1.3.1	Raumordnung	13
1.3.2	Umwelt	14
1.3.3	Öffentlicher Verkehr	15
1.3.4	Verkehr	15
1.3.5	Infrastruktur	17
1.4	Schlüssel zur Arbeit	18
1.4.1	Finanzen	18
1.4.2	Wirtschaft	18
1.4.3	Landwirtschaft	19
1.4.4	Arbeitsmarkt	20
1.5	Schlüssel zum zu Hause	21
1.5.1	Bildung	21
1.5.2	Gesundheit und Wohlfahrt	21
1.5.3	Sicherheit	22
1.6	Schlüssel zur Kultur	23
1.6.1	Kultur	23
1.6.2	Gesellschaft	23
1.7	Regierungsrat	24
1.8	Landrat	25
1.8.1	Zusammensetzung	25
1.8.2	Vorlagen an den Landrat	26
1.8.3	Berichte über Aufträge aus Beschlüssen des Landrates zu parlamentarischen Vorstössen	28
1.9	Volksrechte	30
1.9.1	Initiativen	30
1.9.2	Petitionen	30

2 Tätigkeiten der Regierung

2.1	Finanzdirektion	34
2.1.1	Einleitung	34
2.1.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	35
2.1.3	Tätigkeiten der Ämter	37
2.1.4	Vernehmlassungen an den Bund	41
2.2	Baudirektion	42
2.2.1	Einleitung	42
2.2.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	43
2.2.3	Tätigkeiten der Ämter	44
2.2.4	Vernehmlassungen an den Bund	53
2.3	Justiz- und Sicherheitsdirektion	54
2.3.1	Einleitung	54
2.3.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	55
2.3.3	Tätigkeiten der Ämter	56
2.3.4	Vernehmlassungen an den Bund	72
2.4	Bildungsdirektion	74
2.4.1	Einleitung	74
2.4.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	75
2.4.3	Tätigkeiten der Ämter	76
2.4.4	Vernehmlassungen an den Bund	84
2.5	Landwirtschafts- und Umweltdirektion	86
2.5.1	Einleitung	86
2.5.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	87
2.5.3	Tätigkeiten der Ämter	89
2.5.4	Vernehmlassungen an den Bund	99
2.6	Gesundheits- und Sozialdirektion	100
2.6.1	Einleitung	100
2.6.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	101
2.6.3	Tätigkeiten der Ämter	102
2.6.4	Vernehmlassungen an den Bund	112
2.7	Volkswirtschaftsdirektion	113
2.7.1	Einleitung	113
2.7.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	114
2.7.3	Tätigkeiten der Ämter	115
2.7.4	Vernehmlassungen an den Bund	120
2.8	Staatskanzlei	121
2.8.1	Einleitung	121
2.8.2	Jahresziele und Stand der Umsetzung	122
2.8.3	Tätigkeiten der Ämter	123
2.8.4	Vernehmlassungen an den Bund	127

3	Tabellenteil	
3.1	Finanzdirektion	130
3.1.1	Direktionssekretariat	130
3.1.2	Steueramt	144
3.1.3	Personalamt	163
3.2	Baudirektion	166
3.2.1	Direktionssekretariat	166
3.2.2	Tiefbauamt	167
3.2.3	Hochbauamt	171
3.2.4	Amt für Raumentwicklung	172
3.3	Justiz- und Sicherheitsdirektion	174
3.3.1	Direktionssekretariat	174
3.3.2	Amt für Justiz	175
3.3.3	Grundbuchamt	190
3.3.4	Kantonspolizei	193
3.3.5	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	202
3.3.6	Feuerwehrenspektorat	206
3.4	Bildungsdirektion	208
3.4.1	Direktionssekretariat	208
3.4.2	Amt für Volksschulen und Sport	209
3.4.3	Amt für Berufsbildung und Mittelschule	214
3.4.4	Amt für Kultur	216
3.5	Landwirtschafts- und Umweltdirektion	218
3.5.1	Amt für Landwirtschaft	218
3.5.2	Amt für Wald und Energie	225
3.5.3	Amt für Umwelt	230
3.6	Gesundheits- und Sozialdirektion	234
3.6.1	Direktionssekretariat	234
3.6.2	Sozialamt	238
3.7	Volkswirtschaftsdirektion	244
3.7.1	Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung	244
3.8	Staatskanzlei	250
3.8.1	Kanzleisekretariat Staatskanzlei	250
3.8.2	Parlamentdienst	251



1 Bericht des Regierungsrates über die Schwerpunkte der Geschäftsführung

1.1 Vorbemerkungen

Der Rechenschaftsbericht des Regierungsrates, der gemäss Art. 61 Ziff. 12 der Kantonsverfassung jährlich dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten ist, stellt grundsätzlich eine rückblickende Auflistung der Tätigkeiten der kantonalen Verwaltung über einen bestimmten Zeitraum dar. Er ist für die Legislative ein Instrument, um eine der wichtigsten Aufgaben, nämlich die Aufsichtsfunktion, wahrzunehmen.

Hinweise auf die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie zu den Kantonsfinanzen bilden den Einstieg in den ersten Teil des Rechenschaftsberichtes. Auf der Basis der vier Schlüsselerlebnisse informiert der Regierungsrat gemäss Vision/Leitbild und der Legislaturplanung sowie der Jahresziele der Direktionen und der Staatskanzlei in konzentrierter Form über die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit des vergangenen Jahres. Die wichtigsten Politikfelder sind unter den Schlüsselerlebnissen Natur, Arbeit, Zu Hause und Kultur aufgelistet. Ebenfalls unter diesem Kapitel werden die parlamentarischen Vorstösse abgebildet.

Im zweiten Teil wird über die Tätigkeit der Direktionen und der Staatskanzlei informiert. Eingeleitet wird die Berichterstattung jeweils mit einem Funktionsbeschreibung und einer Übersicht der Personalsituation. Danach folgen tabellarisch die Darstellung der Jahresziele der Direktion und der Stand der Umsetzung. Anschliessend werden die Tätigkeiten der Ämter aufgezeigt. Der Fokus ist auf die Jahresziele und die Kernanliegen gerichtet. Mit einem Hinweis auf die Vernehmlassungen an den Bund wird die Berichterstattung der Direktionen und der Staatskanzlei abgeschlossen.

Im dritten Teil enthält der Rechenschaftsbericht die tabellarische und grafische Darstellung der wichtigsten statistischen Kennwerte.

1.2 Aktuelle Rahmenbedingungen

1.2.1 Politik

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer deutlichen Rezession scheint im Jahr 2009 die Talsohle durchschritten zu haben. Die Schweiz und insbesondere den Kanton Nidwalden wurden weniger stark betroffen, als ursprünglich befürchtet. Betroffen waren vor allem exportorientierte Betriebe sowie das internationale Bankwesen. Die Binnenwirtschaft und insbesondere die Bauwirtschaft konnten sich gut behaupten.

Für die Jahre 2010 und 2011 darf mit einem langsamen Anziehen der Konjunktur gerechnet werden. Gleichwohl bleiben die Wachstumserwartungen begrenzt. Der Arbeitsmarkt dürfte auch im nächsten Jahr der Schwachpunkt der Wirtschaftsentwicklung bleiben. Die Wachstumsprognosen sind zudem mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Ein wichtiger Grund ist in der hohen Verschuldung umliegender Länder sowie im starken Schweizerfranken zu sehen.

Sicherheit

Mit der neuen polizeilichen Kriminalstatistik wurde in allen Kantonen einheitliche Erfassungs- und Auswertungsprinzipien eingeführt. Vor dieser Umstellung hat ein grosser Teil der Kantone die Anzahl der Fälle in ihrer Statistik ausgewiesen, dies zumeist anhand der schwersten registrierten Straftat. Neu werden innerhalb eines polizeilich registrierten Falles sämtliche Straftaten statistisch ausgewiesen.

Die Daten des ersten Jahresberichts stehen somit teilweise noch unter dem Einfluss der Umstellungen und werden sich 2010 stabilisieren und erweitern. Da viele Straftatbestände und Zusatzinformationen auf nationaler Ebene erstmals für das Jahr 2009 verfügbar sind, besteht kein Vergleich mit den Vorjahren. Eine abschliessende Würdigung der folgenden Zahlen ist nur eingeschränkt möglich: Im Jahr 2009 sind gesamthaft 446 505 Fälle mit 676 309 strafrechtlich relevanten Handlungen (Straftaten) an die polizeiliche Kriminalstatistik übermittelt worden. Von diesen Straftaten entfallen 82% auf das Strafgesetzbuch, 13% auf das Betäubungsmittelgesetz, 4% auf das Ausländergesetz sowie 1%

auf weitere strafrechtlich relevante Bundesnebengesetze. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind Widerhandlungen gegen kantonale Gesetze oder das Strassenverkehrsgesetz (SVG).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der Altersquotient (65 Jahre und älter) steigt kontinuierlich an. Heute entfallen auf 100 Personen im Erwerbsalter bereits 26 Personen im Rentenalter. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es lediglich 10 Personen. Der Anteil der erwerbstätigen Personen bei den 15- bis 64-Jährigen beträgt 79 %. Im internationalen Vergleich allerdings weist die Schweiz mit 85,8 % eine der höchsten Erwerbsquoten auf (für die 25- bis 64-Jährigen).

Ressourcennutzung

Der Stromverbrauch in der Schweiz betrug im hydrologischen Jahr 2008 / 2009 (Zeitraum: Oktober bis September) rund 62 Mia. kWh. Er war damit um 1,96 % tiefer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Kanton Nidwalden betrug der Stromverkauf an die Kunden des EWN (Detailkunden sowie Elektrizitätswerke Beckenried, Rotzloch, EW Obwalden und CKW) im Kalenderjahr 2009 293,641 Mio. kWh. Verglichen mit dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 1,9 %. Die Veränderung ist hauptsächlich auf den starken Wirtschaftsabschwung während dem ganzen Jahr 2009 sowie auf vergleichsweise hohe Durchschnittstemperaturen im zweiten und dritten Quartal zurückzuführen.

1.2.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Für Nidwalden ist die interkantonale Zusammenarbeit bedeutsam. Die Aufgabenerfüllung im Verbund mit anderen Kantonen erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Zusammenarbeitsprojekte in der Zentralschweiz

Rund 45 Zusammenarbeitsprojekte wurden 2009 bearbeitet, zur Hauptsache unter der Führung der acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagsgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch. 2009 baute die ZRK ihre Homepage (www.zrk.ch) aus. Die neue Website ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz.

Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Unter dem Vorort des Kantons Obwalden konferierten im Jahr 2009 die Regierungen der Zentralschweizer Kantone zweimal. Erstmals organisierte die ZRK 2009 ein Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern. Grundlage für das Hauptthema «Öffentlicher Verkehr» war ein Positionspapier, das die Regierungen im Vorfeld verabschiedeten. Darin setzen sie sich gemeinsam für den Zimmerberg-Basistunnel II, den Tiefbahnhof Luzern und den neuen Axentunnel ein. Neben dem Hauptthema orientierte der Präsident der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz Hans Wallimann über die Anliegen der Zentralschweizer Kantone hinsichtlich des Zusammenwirkens von Bund und Kantonen in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik.

Anlässlich der 85. Zentralschweizer Regierungskonferenz vom 20. November 2009 in Lungern, wurde der Übergang des ZRK-Vororts zum Kanton Nidwalden für die Jahre 2010/2011 bestätigt. Die ZRK wählt Regierungsrat Hugo Kayser, NW, als ZRK-Präsidenten sowie Regierungsrat Dr. Matthias Michel, ZG, als Vizepräsidenten je für die Jahre 2010/2011.

Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Regierungsrätin Beatrice Jann, NW, übernahm im Berichtsjahr das Präsidium von Regierungsrat Hans Hofer, OW. Die Konkordatsräte der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) und der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) führten die Evaluation der beiden Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) weiter. Im Zusammenhang mit der

FHZ wurden Trägerschafts- und Finanzierungsmodelle geprüft, während bei der PHZ die Schaffung einer kohärenteren Führungsstruktur im Zentrum stand. Der Luzerner Regierungsrat gab im Sommer 2009 bekannt, die Kündigung des PHZ-Konkordats in Erwägung zu ziehen.

Die Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 1. Juli 2003 kam zustande, nachdem der Kanton Uri im Herbst 2009 den Beitritt erklärt hatte. Sie sieht Abgeltungszahlungen für die Nutzung folgender Einrichtungen vor: Opernhaus Zürich, Schauspielhaus Zürich, Tonhalle Zürich, Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL), Luzerner Theater und Luzerner Sinfonieorchester.

Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

2009 übergab Regierungsrat Markus Züst, UR, das Präsidium der ZBDK an Regierungsrätin Lisbeth Gabriel, NW. Die Konferenz begleitete 2009 den Bau des neuen Reusswehrs in Luzern und organisierte zusammen mit der Wettbewerbskommission WEKO das Ausbildungsmodul «Sicherstellung des Wettbewerbs im öffentlichen Beschaffungswesen».

Zentralschweizer Finanzdirektoren (ZFDK)

Die ZFDK – seit 2007 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Hans Wallimann, OW – verabschiedete im Berichtsjahr das Grundlagenpapier über die Steuerung der gemeinsamen Einrichtungen zuhanden der Genehmigung durch die Kantonsregierungen. Auf Anfrage der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz erarbeitete eine von der ZFDK eingesetzte Arbeitsgruppe einen Bericht über die Abgeltung der Standortvorteile beim Konkordat FHZ. Im Bereich Informatik überprüfte die ZFDK zudem ihre Kooperationsstrategien.

Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Regierungsrat Dr. Leo Odermatt, NW, präsidiert seit 2000 die ZGSDK. Diese Direktorenkonferenz koordiniert im Bereich Gesundheit und Soziales, behandelt Fragen der Spitalzusammenarbeit sowie der Ausbildung im Gesundheitswesen. Die ZGSDK führt das Projekt Heim- und Betreuungswesen und erarbeitete ein regionales Rahmenkonzept, das den kantonalen Behindertenkonzepten als Richtschnur gilt.

Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKÖV)

2009 wechselte das Präsidium der ZKÖV von Regierungsrat Gerhard Odermatt, NW, zu Regierungsrat Matthias Michel, ZG. Mit Blick auf die nächsten grösseren Bahnprojekte der Schweiz (Bahn 2030) bündelten die Zentralschweizer Kantone unter der Leitung der ZKÖV ihre Interessen und erarbeiteten gemeinsam ein Positionspapier. Dieses wurde im Oktober mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern besprochen.

Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Der ZPDK steht Regierungsrat Josef Dittli, UR, vor. Im Zentrum dieser Direktorenkonferenz stand das Projekt Polizei XXI, ein Pilotprojekt der Zentralschweizer Regierungen. Die ZPDK verabschiedete das Konkordat über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz vom 6. November 2009 zuhanden der Genehmigung durch die Kantonsregierungen. Falls die Kantonsregierungen der Vereinbarung, welche das Konkordat aus dem Jahre 1978 ersetzen soll, zustimmen, wird sie 2010 den Kantonsparlamenten vorgelegt.

Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Die ZUDK wurde 2009 von Regierungsrat Heinz Tännler, ZG, geleitet. Sie erweiterte ihre Arbeitsgrundlagen mit einer Strategie, die sie anlässlich der 85. ZRK den Kantonsregierungen vorstellte. Weiter förderte die ZUDK den Umweltschutz auf Baustellen und engagierte sich im Folgeprojekt Monitraf, das für den alpenquerenden Verkehr ein länderübergreifendes Monitoring realisieren will.

Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Der Schwyzer Regierungsrat Kurt Zibung, SZ, präsidierte im Berichtsjahr die ZVDK. Die Schwerpunktthemen lagen bei der eidgenössischen Abstimmung über die Personenfreizügigkeit, dem Impulsprogramm Schweiz Tourismus und der finanziellen Unterstützung der Micro Center Central-Switzerland AG (MCCS AG).



1.3 Schlüssel zur Natur

1.3.1 Raumordnung

Agglomerationsprogramm Stans

Nach dem Vorentscheid des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE, dem Bundesrat zu beantragen, im Rahmen der ersten Periode 2011-2014 auf eine Mitfinanzierung des Agglomerationsprogramms Stans zu verzichten, nahm der Regierungsrat im Frühjahr 2009 zum Prüfbericht des Bundes zum Agglomerationsprogramm Stans Stellung und stellte verschiedene Änderungsanträge bezüglich der Bewertung der Wirkungskriterien und der Priorisierung von Schlüsselprojekten, um doch noch eine genügende Programmwirkung und damit eine Mitfinanzierung zu erreichen.

Am 11. November 2009 überwies der Bundesrat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2011 für das Programm Agglomerationsverkehr dem Bundesparlament. Im Rahmen dieses Bundesbeschlusses entschied er auch – wie vom ARE beantragt –, auf eine Mitfinanzierung des Agglomerationsprogramms Stans zu verzichten. Der Bund anerkannte aber klar, dass das Potential für ein gutes Agglomerationsprogramm der 2. Generation (Programmphase 2015-2018) vorhanden ist und die in die Wege geleiteten Arbeiten auf gutem Weg sind. Unbestritten ist, dass die Verkehrsprobleme der Agglomeration Stans gelöst und die Siedlungsentwicklung stärker gesteuert werden müssen. Die Rückmeldungen des Bundes haben aufgezeigt, dass im Kanton Nidwalden Handlungsbedarf bezüglich Abstimmung von Siedlung und Verkehr besteht. Gute Fuss-, Velo- und Strassenverbindungen und ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr im Rahmen einer sinnvoll abgestimmten Siedlungsplanung sind für Nidwalden ein wesentlicher Standortfaktor. Der Regierungsrat beschloss deshalb im November 2009, die Planungen im Bereich Siedlung und Verkehr auf die 2. Programmperiode 2015-2018 auszurichten. Die involvierten Ämter wurden angewiesen, umgehend die Überarbeitung des Agglomerationsprogrammes Stans im Hinblick auf ein Programm der 2. Generation an die Hand zu nehmen. Der Regierungsrat entschied ferner, in Ergän-

zung zum Agglomerationsprogramm über den ganzen Kanton ein Gesamtverkehrskonzept sowie eine Gesamtsiedlungsstrategie erstellen zu lassen. Darin einbezogen sind auch die Gemeinden, welche nicht im Agglomerationsperimeter liegen (Dallenwil, Emmetten, Hergiswil und Wolfenschiessen).

Geologisches Tiefenlager Wellenberg

Der Wellenberg ist im November 2008 von der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) dem Bundesrat als möglicher Standort für ein geologisches Tiefenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle vorgeschlagen worden. Im Frühjahr wurde Wolfenschiessen als Standortgemeinde, d.h. als Gemeinde, unterhalb deren Gemeindegrenzen ein mögliches geologisches Wirtsgestein liegt, in das Sachplanverfahren einbezogen, indem der Gemeinde die Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen des Bundes angeboten wurde. Anlässlich einer Orientierungsveranstaltung zur regionalen Partizipation im November in Wolfenschiessen brachte der Regierungsrat klar zum Ausdruck, dass nach dem zweimaligen Volksnein in Nidwalden der Wellenberg definitiv nicht mehr als möglicher Standort für ein geologisches Tiefenlager in Betracht fallen darf. Er zeigte sich überzeugt, dass die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten genutzt werden müssen, um die Vorbehalte zum Standort Wellenberg einzubringen und damit die Interessen von Kanton und Bevölkerung überzeugt zu vertreten. Der Regierungsrat delegierte aus diesem Grund Vertretungen in die verschiedenen Koordinationsgremien und Arbeitsgruppen des Bundes. Diese nehmen eine Kontrollfunktion wahr, bringen die Sichtweise des Kantons ein und sorgen dafür, dass die Regierung und die Nidwaldner Bevölkerung stets über das laufende Verfahren informiert sind.

In einem weiteren Schritt im Sachplanverfahren veröffentlichte der Bund im Dezember die «provisorischen Planungsperimeter». Im Planungsperimeter Wellenberg sind neben der Standortgemeinde Wolfenschiessen die Gemeinden Dallenwil und Oberdorf enthalten. Innerhalb des Planungsperimeters könnten dereinst oberirdische Bauten und Anlagen für ein geologisches Tiefenlager realisiert werden.

1.3.2 Umwelt

Naturgefahren(abwehr)

Im Jahr 2009 wurde der Kanton Nidwalden von Naturereignissen mit grossen Schadenfolgen verschont. Gleichwohl zeigte die Natur bei verschiedenen kleineren Ereignissen ihre gewaltige Kraft. Der Weststurm im Februar und die Sturmfront im Juli warfen über 1 200 m³ Holz in den Wäldern um und der Hagel beschädigte zahlreiche Häuser. Blockschläge am Lopper Nord und an der Kehrsitenstrasse führten zu Strassensperrungen, da Personen und Fahrzeuge akut gefährdet waren.

Im Rahmen des Integralen Naturgefahrenmanagements wurden drei Verbauungsprojekte neu genehmigt und die Pflege der Schutzwälder intensiv weitergeführt. Mit dem in der Gemeinde Stansstad genehmigten Schutzwaldprojekt sind nun sämtliche Gemeinden im Kanton in der Lage, die Schutzfunktion ihrer Wälder zu fördern und zu verbessern.

Neben der Vorsorge im raumplanerischen Bereich wurde der Vorbereitung für Katastrophenereignisse grosse Beachtung geschenkt: für Lawinenergebnisse wurde in den Gemeinden Emmetten, Hergiswil und Stans gemeinsam mit den Gemeindeführungsorganen eine Notfallplanung erarbeitet. In Stans ist zusätzlich die Notfallplanung für die Wildbäche abgeschlossen worden. Mit den Notfallplanungen sollen einheitliche und standardisierte Grundlagen für die Führungsstäbe und Einsatzorganisationen geschaffen werden.

Umgebungsgewässer beim Ambauenwehr in Buochs

Der Bau der Fischaufstiegshilfe beim Ambauenwehr konnte abgeschlossen werden, die Schlussabnahme erfolgte im September 2009. Die Gesamtkosten beliefen sich auf einen Betrag von 464 000 Franken, wobei sich der Inhaber des Kraftwerkes gemäss Vereinbarung mit insgesamt 95 000 Franken an diesen Kosten beteiligt. Im 2009 konnte die Funktionalität des Fischaufstieges noch nicht umfassend überprüft werden. Im 2010 muss deshalb während der Fischaufstiegszeit (Herbst) eine entsprechende Erfolgskontrolle durchgeführt werden.

Energie

Der Regierungsrat erhöhte für das Jahr 2009 die Finanzmittel für das kantonale Programm für die Förderung von Massnahmen zur sparsamen und rationellen Energienutzung sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien und Abwärme auf 490 000 Franken (Vorjahr: 330 000 Franken). Das Förderprogramm umfasst die Förderung thermischer Solaranlagen, von Holzheizungen (Ersatz von bestehenden Anlagen), von Neubauten im MINERGIE-P-Standard und der energetischen Gebäudeerneuerung. Mit der finanziellen Unterstützung der erneuerbaren Energieträger Sonne und Holz und von Energiesparmassnahmen (Gebäudeerneuerung, MINERGIE-P) will der Regierungsrat weiterhin Akzente in Richtung einer nachhaltigen Energiepolitik setzen.

Schlussbericht Unwetter 2005

Im Sommer erstattete der Regierungsrat Bericht über die Bewältigung des Unwetters vom August 2005 und die Verwendung der Rahmen- und der Nachtragskredite.

Die angerichteten Schäden wurden praktisch alle behoben. Realisiert wurde ein umfangreiches Paket von dringenden Massnahmen zur Wiederherstellung und Gewährleistung der Abflusskapazität und der Hochwassersicherheit an der Engelberger Aa und in zweiter Priorität zur Räumung der übersarten Flächen. Bei allen Wildbächen musste eine Räumung und Instandstellung der Schutzbauten durchgeführt werden. Entlang der Engelberger Aa und auf der Buochser bzw. Ennetbürger Allmend wurden 155 ha Kulturland rekultiviert und neu angesät. Waldbauliche Massnahmen wurden auf 63 Schadenplätzen ausgeführt. An verschiedenen Kantonsstrassen wurden Instandstellungen vorgenommen, ebenso an diversen kantonalen Hochbauten

Das Unwetter verursachte im Kanton Nidwalden Schäden von rund 130 Mio. Franken. Rund die Hälfte der Schadenssumme (72 Mio. Franken) entfiel dabei auf Gebäude- und Mobiliarschäden. Prozentual gesehen am grössten waren die Schäden in Ennetbürgen und Wolfenschiessen (je 23 %). Finanziert wurde die Schadenbehebung rund zur Hälfte (70,1 Mio. Franken) durch Versicherungen (Nidwaldner Sachversicherung, Privatversicherungen). Der Kanton

leistete einen Beitrag von 17 % (22,8 Mio. Franken), der Bund einen solchen von 6 % (8,7 Mio. Franken) und die Gemeinden einen solchen von 6 % (7,6 Mio. Franken).

Zur Behebung der Schäden in den Bereichen Aawasser, Kantonsstrassen, Wald, Landwirtschaft und kantonale Hochbauten sprach der Landrat noch im Dezember 2005 einen Rahmenkredit in der Höhe von 15 Mio. Franken sowie zwei Nachtragskredite für die Laufenden Rechnungen 2005 und 2006 in Höhe von 1,6 Mio. Franken. Der Rahmenkredit wurde um 1,236 Mio. Franken unterschritten, die Nachtragskredite um 152 000 Franken.

1.3.3 Öffentlicher Verkehr

Der Bau des Tunnels nach Engelberg verzögerte sich in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Wassereinträge. 2009 konnte nun der Ausbau der Problemzone zeitgerecht abgeschlossen werden. Damit ist sichergestellt, dass der Tunnel nach Engelberg im Dezember 2010 in Betrieb genommen werden kann.

Der Auftrag der Zentralbahn zur Beschaffung von neuen Brünig-Zügen stellt einen wichtigen Meilenstein dar. Für rund 170 Mio. Franken werden zahnradgängige verpendelte Triebzüge beschafft. Die Besteller verpflichten sich damit auch, die anfallenden zusätzlichen Abgeltungen infolge Abschreibungs- und Zinskosten in Zukunft zu übernehmen.

Die konkreten Arbeiten zur Sanierung der Bahnübergänge auf der Strecke Hergiswil-Engelberg konnten begonnen werden. Unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion in enger Zusammenarbeit mit der Zentralbahn konnten bereits erste Bahnübergänge saniert werden. In der Gemeinde Wolfenschiessen zeichnet sich ein grösseres Projekt hinsichtlich dieser Bahnübergangsanierungen ab. Im Rahmen einer gesamtheitlichen Betrachtung werden die weiteren Projekte Hochwasserschutz und Flusskraftwerke im gleichen Projektperimeter koordiniert.

Das Plangenehmigungsverfahren für den Doppelspurausbau der Zentralbahn zwischen der Kantonsgrenze und dem Bahnhof Matt wurde eingeleitet. Das Auflageprojekt ist Ende 2009 publiziert worden. Es zeichnet sich Wi-

derstand von betroffenen Bewohnern und Eigentümern sowie der Gemeinde Hergiswil ab. Verschiedene politische Vorstösse und Diskussionen begleiten dieses Projekt.



1.3.4 Verkehr

Verschiedene Steinschläge auf Strassen bewirkten ein grosses öffentliches Interesse und lösten entsprechende Medienpräsenz aus.

Am Lopper-Nordhang führte das Bundesamt für Verkehr Astra ab Juni Felsräumungs- und Sicherungsarbeiten durch, um die Arbeitssicherheit für die Instandstellung der Schutzanlagen und des Viaduktes zu gewährleisten. Diese Arbeiten konnten dank der Verlegung des Verkehrs in den neu eröffneten Kirchenwaldtunnel nun an die Hand genommen werden. Während den Räumungsarbeiten ereignete sich erstmals am 7. Oktober 2009 ein Steinschlagereignis, das jedoch keine Schäden verursachte. Am 12. Oktober 2009 lösten sich in ca. 120 Metern Höhe rund 100 Tonnen Felsmaterial und stürzten durch das Buchenloch auf die Nationalstrassen (Lopperviadukt und Anschluss Reigeldossen) ab. Dabei traf ein Felsblock ein Auto auf der Seestrasse. Im darüber liegenden Gelände wurde der Revierförster auf seinem Kontrollgang von Steinmassen schwer verletzt.



Zur Bewältigung initialisierte der Kanton (Tiefbauamt) die Notfallorganisation Lopper-Nord. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten, jedoch mit Zustimmung aller Beteiligten, wurde die Leitung der Notfallorganisation nicht der zuständigen Ortsgemeinde Hergiswil sondern dem Astra übertragen, da in erster Linie die Nationalstrassen betroffen waren und im Rahmen der Instandstellungsarbeiten bereits Räumungs- und Sicherungsarbeiten vom Astra ausgeführt wurden. In die Notfallorganisation sind neben dem Astra die Kantone Obwalden und Nidwalden sowie die Gemeinden Hergiswil, Stansstad, Alpnach sowie die betroffenen Anstösser eingebunden.

Als erste Massnahme für den Langsamverkehr wurde ein Fährbetrieb zwischen Hergiswil und Stansstad eingerichtet. Der motorisierte Individualverkehr wurde über den steinsicheren Kirchenwaldtunnel umgeleitet. Die Seestrasse mit Rad- und Gehweg wurde wegen des Risikos von weiteren Abbrüchen bis Ende 2009 gesperrt. Am 15. Oktober 2009 wurden der Lopperviadukt und die Seestrasse bei

einem weiteren Ereignis erheblich beschädigt. Personen kamen dabei dank der Sperrung der Strasse nicht zu Schaden. Dass die Seestrasse nicht wie geplant Ende 2009 wiedereröffnet werden konnte, löste in den betroffenen Gemeinden Hergiswil und Stansstad Unmut aus. Trotz der klaren Rollenverteilung und einem kontinuierlichen Informationsfluss wurde dem Kanton vorgeworfen, zu wenig zu unternehmen und nicht genügend zu informieren. Der Regierungsrat sah sich gezwungen, die Gemüter zu beruhigen und die ungerechtfertigten Vorwürfe klarzustellen. Am 2. Dezember fand in Hergiswil in Zusammenarbeit mit dem Astra eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Infolge der längerdauernden Sperrung wurden durch das Astra im Rahmen der Notorganisation verschiedene Lösungsvarianten für den Lokalverkehr zwischen Hergiswil und Stansstad geprüft: Fahrkorridor unter dem Viadukt, Verbesserung des Fährbetriebes, Öffnung der A2-Werkausfahrt in Hergiswil sowie eine Pontonbrücke. Aufgrund der von der Gemeinde Hergiswil geltend ge-

machten erheblichen wirtschaftlichen Einbussen und drohenden Entlassungen unterstützte der Regierungsrat die von der Gemeinde geforderte und vom Astra favorisierte Pontonbrücke mit einem pauschalen Beitrag von 680 000 Franken. Die Gemeinde Hergiswil leistet einen eben so hohen Beitrag und das Astra finanziert den Rest des insgesamt 4,8 Mio. Franken teuren Pontons.

Am 12. Dezember 2009 stürzten auch Felsblöcke südlich des Steinbruchs Zingel auf die Kehrsitenstrasse, ohne Personen zu verletzen. Die Strasse musste während zwei Tagen für die Inspektion und die Räumung gesperrt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass in der Gesellschaft die Schutzansprüche in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen sind. Bei allen Schutzbemühungen ist aber stets auch zu beachten, dass ein vollständiger Schutz vor Naturgefahren allein schon aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Ebenso darf nicht vergessen werden, dass die zivilisatorischen Gefahren wie zum Beispiel der Strassenverkehr weit mehr Menschenleben und Schaden fordern als der Steinschlag. Ziel der Gesamtanstrengungen des Kantons ist es, die Risiken adäquat zu minimieren. Dabei sind die verfügbaren Mittel risikogerecht einzusetzen.

1.3.5 Infrastruktur

Werkhof N2 / N8, Übernahme Kauf

Der Werkhof Stans wird für den Betrieb der Nationalstrassen nicht mehr benötigt, da der Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen im Kanton Nidwalden im Abschnitt Kantonsgrenze Luzern/Nidwalden bis zum Anschluss Beckenried von der zentras in Luzern und im Seelisbergtunnel mit dem Lehnenviadukt Beckenried von Uri aus wahrgenommen wird. Der Bund signalisierte schon länger, dass er den Werkhof zu veräussern gedenke, liess sich aber aufgrund anderer Prioritäten mit den Verkaufsverhandlungen Zeit.

Im Verlaufe des Sommers konnten die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Strassen erfolgreich zu Ende ge-

führt werden. Die aufwändigen Vorarbeiten des Kantons (Bedürfnisabklärungen, Verkehrswertschätzung etc.) wurden belohnt, indem ein attraktiver Kaufpreis ausgehandelt werden konnte. Am 16. September 2009 stimmte der Landrat der Übernahme des Werkhofes Stans von der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Kaufpreis von 2,9 Mio. Franken zu. Der bestehende Werkhof Stans steht somit weiterhin für die kantonalen Bedürfnisse zur Verfügung. Einerseits können nach wie vor die zahlreichen Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abgedeckt werden. Andererseits stellen das Areal oder Teile davon eine sinnvolle Reserve für zukünftige Entwicklungen dar. Das zusammenhängende und verkehrstechnisch ideal gelegene Areal an der Kreuzstrasse konnte durch den Kauf ungeschmälert dem Kanton erhalten bleiben.

Lopperstrasse Süd

Die Lopperstrasse Süd hatte bis zur Eröffnung des Kirchenwaldtunnels und des Verbindungstunnels die Funktion des Autobahnzubringers von der A2, Anschluss Stans Nord, nach der A8, Anschluss Hergiswil Süd (Z'Matt). Mit der Eröffnung des Verbindungstunnels entfiel diese Funktion und der Abschnitt ist nicht mehr Bestandteil des Nationalstrassennetzes. Die Strasse geht deshalb an die Kantone Obwalden und Nidwalden zurück. Im Kanton Nidwalden sind dies die Strecken von der Kantonsgrenze Telli – Kreisel Acheregg – Kreisel La Palma sowie Kreisel Acheregg – Auffahrtsrampe Reigeldossen.

Vor dem Übergang der Strasse an den Kanton muss sie in Stand gestellt werden. Die Instandstellung wird unter der Bauherrschaft des Kantons als Begleitmassnahme zum Kirchenwaldtunnelprojekt realisiert und durch den Bund unter der Rubrik Netzvollendung begleitet und finanziert (zu 96 %). Am 18. November 2009 genehmigte der Landrat das Projekt für die Instandstellung der Lopperstrasse und die Ergänzung der Schutzanlagen sowie den dazugehörigen Kostenvoranschlag im Gesamtbeitrag von 7,05 Mio. Franken (netto zu Lasten des Kantons 282 000 Franken).



1.4 Schlüssel zur Arbeit

1.4.1 Finanzen

Dank eines erfreulichen Finanzierungsüberschusses von rund 11.4 Mio. Franken konnten mit Ausnahme des Erwerbs des Werkhofes die Investitionen des Jahres 2009 vollständig abgeschrieben werden. Das Reinvermögen erhöhte sich im Berichtsjahr um 10,9 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember 2009 102,0 Mio. Franken oder rund 2 504 Franken pro Einwohner. Die Laufende Rechnung schliesst bei Aufwendungen von 328 Mio. und Erträgen von 332 Mio. Franken und nach Vornahme von Rücklagen in der Höhe von 9 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von 3,9 Mio. Franken ab. Gegenüber dem Voranschlag inklusive Nachtragskredite verbessert sich die Rechnung um 3,6 Mio. Franken. Der Voranschlag 2009 rechnete unter Einbezug der bewilligten Nachtragskredite mit einem Ertragsüberschuss von 0,306 Mio. Franken. Die Investitionsrechnung weist bei Bruttoinvestitionen von rund 61,2 Mio. Franken eine Nettoinvestition von 28,6 Mio. Franken aus. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen beträgt rund 133 %.

Der bessere Abschluss der Staatsrechnung ist insbesondere auf bedeutend höhere Erträge der Kantonalen Steuern vor Rücklagen (+ 6,9 Mio. Franken), der Verrechnungssteuer (+ 0,5 Mio. Franken) und der Bussen(+ 4,9 Mio. Franken) zurückzuführen. Der Aufwand ohne die internen Verrechnungen nimmt gegenüber dem Voranschlag insgesamt um 2,3 Mio. Franken zu. Die Zunahme ist insbesondere auf höhere Abschreibungen (+ 4,9 Mio. Franken) auf dem Verwaltungsvermögen, den Anteilen der Gemeinden am Ertrag der Steuern von 0,6 Mio. Franken sowie den Finanzausgleichsbeiträgen an die Gemeinden von 1,8 Mio. Franken zurückzuführen. Andererseits reduzierten sich die Eigenen Beiträge um 3,1 Mio. Franken. Insgesamt betragen die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen 27,07 Mio. Franken, während im Voranschlag 22,16 Mio. Franken eingestellt waren.

Die bereits beschlossenen Verpflichtungskredite, vor allem im Bereich Hochbau und der Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr lassen sowohl für zusätz-

liche Investitionen als auch für zusätzliche Ausgaben in der Laufenden Rechnung wenig Spielraum. Das Ziel der Ausgaben- und Schuldenbremse, die Steuerquote und die Staatsverschuldung stabil zu halten, muss unbedingt weiter verfolgt werden. Eine Selbstfinanzierung von 100 % wird somit auch in Zukunft angestrebt. Nur so kann die Attraktivität des Kantons aufrecht erhalten werden. Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise belasten die öffentlichen Haushalte. Zudem ist in verschiedenen Bereichen, insbesondere im Bildungs- und Sozialwesen sowie beim öffentlichen Verkehr, mit weiter stark wachsenden Ausgaben zu rechnen.

Die Auswirkungen der bereits verabschiedeten kantonalen Steuergesetzrevisionen sowie der vorgeesehenen Steuergesetzrevision 2011 tragen zu einer weiteren Verbesserung der Standortattraktivität des Kantons Nidwalden bei. Der Ausgleich der kalten Progression auf den 1. Januar 2011 wird einerseits zu Steuerausfällen für den Kanton und die Gemeinden führen, andererseits für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine willkommene Entlastung bringen. Der Kanton weist als interessanter Unternehmensstandort wie auch als beliebte Wohnregion weiterhin ein beachtliches Wachstumspotential auf, was sich mittelfristig wiederum in höheren Steuereinnahmen widerspiegeln sollte.

1.4.2 Wirtschaft

Die Nidwaldner Wirtschaft wurde 2009 etwas verzögert vom wirtschaftlichen Einbruch erfasst. Nicht alle Branchen waren gleichermassen betroffen. Während sich das Baugewerbe verhältnismässig gut hielt, verzeichnete die verarbeitende Produktion spürbare Einbussen. Die Konjunktur in Nidwalden wurde durch die Binnennachfrage und den Konsum gestützt. Die exportorientierten Betriebe dagegen litten besonders stark unter der weltweiten Krise. Eine massive Zunahme der Kurzarbeit widerspiegelt die Auftragslage bei den Unternehmungen. Während 2008 noch 4 Betriebe Kurzarbeit angemeldet hatten, waren es 2009 deren 34. Hier spielt sicherlich die enge Verflechtung der Nidwaldner Wirtschaft mit dem weltweiten Wirt-

schaftsgeschehen eine grosse Rolle. Auswirkungen ergaben sich auch auf den Arbeitsmarkt. Während im Januar noch 326 Personen arbeitslos gemeldet waren, stieg diese Zahl im Dezember auf 446. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2009 betrug 1.8 %. Verglichen mit dem schweizerischen Durchschnitt von 3.7 % ein nach wie vor tiefer Wert. Trotz des Einbruchs stieg der Wohnungsbestand im Kanton immer noch leicht an. Die Leerwohnungsziffer sank gegenüber dem Vorjahr von 1.08 auf 0.87 % ab. Die tiefe Jahresteuern von 0.3 % wirkte sich positiv auf das Konsumverhalten aus. Auch die Zinsen blieben auf tiefem Niveau und sanken teilweise weiter. Diese Rahmenbedingungen stellen eine gute Grundlage für die Bewältigung des wirtschaftlichen Abschwungs dar.

1.4.3 Landwirtschaft

Das Jahr 2009 war geprägt durch sinkende Erlöse in der tierischen und pflanzlichen Produktion. Die Ursachen dafür waren die Marktsituation auf der einen und die agrarpolitischen Entscheide auf der anderen Seite. Die definitive Aufhebung der Milchkontingentierung, die Reduktion des Grenzschatzes und weitere Folgen der letzten Agrarreform erhöhten den Druck zusätzlich. Insbesondere der Milchpreis fiel von November 2008 bis Sommer 2009 um fast 20 Rappen pro Liter Milch, was zu existenziellen Einbussen für Milchbetriebe auch in Nidwalden führte. Die Wirtschafts- und Milchkrise liess das Schlachtviehangebot steigen und die Preise sinken. Der Produktionswert der Landwirtschaft ging um 5 % auf 10,7 Mia. Franken zurück. Die Nettowertschöpfung verringerte sich gar um rund 22 % auf 1,8 Mia. Franken.

Trotz anspruchsvollen topografischen Voraussetzungen und einem hohen Kostenumfeld steht die Landwirtschaft immer mehr mit ausländischen Betrieben in Konkurrenz. Der daraus entstandene Druck hat den Strukturwandel beschleunigt. Schweizweit hat sich die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe seit 1990 um einen Drittel auf 61 000 reduziert. Nidwalden verzeichnet dank der grossen Schollenverbundenheit lediglich eine Abnahme von rund 15 % auf



480 Betriebe. Das ausserlandwirtschaftliche Einkommen hat jedoch in Nidwalden enorm an Bedeutung gewonnen. In Bezug auf Nachhaltigkeit, Tierschutz, aber auch Innovation und Unternehmertum hat die Landwirtschaft einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht. In Nidwalden werden 770 ha als ökologische Ausgleichsflächen bewirtschaftet. Dies sind 13 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 75 % der Ökoflächen erfüllen gar die hohen Anforderungen der besonderen ökologischen Qualität. Rund 20 000 Hochstammfeldobstbäume prägen das Landschaftsbild von Nidwalden und in rund 25 Projekten sind 550 ha Ökoflächen vernetzt.

Im Verlaufe der stürmischen letzten Jahre ist auch in Nidwalden eine enorme Vielfalt an Betriebsformen gewachsen. Die einen spezialisieren sich, die anderen arbeiten eng mit den Nachbarn zusammen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Verschiedene Betriebe verarbeiten

ihre Rohstoffe zu Spezialitäten, um die Wertschöpfung zu verbessern. Andere engagieren sich im Agrotourismus oder erbringen soziale Dienstleistungen. Der Strukturwandel wird nicht halt machen. Die Bauernfamilien dürfen aber nicht – beispielsweise über den vollständigen Abbau des Grenzschutzes – einer Konkurrenzsituation ausgesetzt werden, der sie nicht gerecht werden können.

1.4.4 Arbeitsmarkt

Ende 2009 lag die Arbeitslosigkeit in Nidwalden bei 2,2 %. Es ist schwierig zu erklären, warum die Arbeitslosigkeit in Nidwalden so tief ist. Tatsache ist, dass Nidwalden in den vergangenen Jahren keine Massenentlassungen zu verzeichnen hatte. Die Wirtschaftsstruktur ist geprägt durch Klein- und Mittelbetriebe im ersten und zweiten Sektor: Land- und Forstwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe dominieren den Arbeitsmarkt. Und denen geht es gut. Handwerk hat goldenen Boden in Nidwalden. In handwerklichen Betrieben hat die Nachfrage in den letzten Jahren nicht abgenommen. Nidwaldner Firmen erhalten viele Aufträge in der Region Zürich und Luzern. Die Innerschweizer gelten als zuverlässig und günstig. Dank den kleinen Strukturen kann flexibel und schnell reagiert werden. Verliert heute ein Handwerker seine Arbeit, kann er davon ausgehen, innerhalb der Kündigungsfrist wieder eine Anstellung zu finden.

Qualifizierte Jugendliche haben in Nidwalden kaum Probleme, eine Stelle zu finden. Lehrstellenmangel ist in Nidwalden kein wirkliches Problem. Die kleinen und mittleren Betriebe schaffen viele Lehrstellen. Allenfalls im kaufmännischen Bereich wirken sich die nationalen Tendenzen auch auf Nidwalden aus. Doch viele Jugendliche entscheiden sich für eine handwerkliche Lehre. Wenn junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind es überwiegend solche ohne Lehre oder Anlehre.

Betrachtet man nur jene Personen, die in Nidwalden ihre Stelle verloren haben, wäre die Arbeitslosenquote wesentlich tiefer. Doch der Kanton hat ein Privileg, das sich auf dem Arbeitsmarkt als Bumerang herausstellt: Der Kanton ist steuergünstig. Nidwalden ist auch ein Wohn-

kanton. Die grösste Herausforderung für das Arbeitsamt stellen diejenigen Personen dar, die einen relativ hohen versicherten Verdienst haben und ihre Stelle ausserhalb des Kantons verloren haben, also Leute, die im Kaderbereich in Luzern, Zug oder ausserhalb der Zentralschweiz tätig waren.

In solchen Fällen hilft die Arbeitslosenversicherung (ALV); sie ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Das regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und die Arbeitslosenkasse (ALK) für die Kantone Obwalden und Nidwalden sind in Hergiswil domiziliert. Die Mitarbeitenden dieser beiden Institutionen sind nach dem Personalrecht des Kantons Nidwalden angestellt. RAV und ALK unterstützen Personen bei der Stellensuche, überprüfen die Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von ALV-Leistungen sowie die individuellen Bemühungen der Stellensuche, sie bieten arbeitsmarktliche Massnahmen an, wenn solche für eine rasche und nachhaltige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt angezeigt sind. Die Arbeitslosenversicherung trägt durch ihre verschiedenen Tätigkeiten massgeblich zur Erhaltung und Förderung der Arbeitsmarktflexibilität auch in Nidwalden bei. Sie hat sich in der heutigen Form gut bewährt, womit sich hier in den kommenden Jahren keine grundlegenden Reformen aufdrängen. Eine Herausforderung für die Arbeitslosenversicherung wird jedoch darin bestehen, die langfristige Finanzierbarkeit des Systems zu gewährleisten. Eine permanente Aufgabe besteht unter anderem darin, die Effizienz der eingesetzten Instrumente – wie beispielsweise der arbeitsmarktlichen Massnahmen – laufend einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

1.5 Schlüssel zum zu Hause

1.5.1 Bildung

Auf Beginn des Schuljahres 2009/10 setzte der Regierungsrat eine Revision der Lehrpersonalverordnung in Kraft. Die bedeutendsten Neuerungen bestehen aus einer leichten Korrektur der Altersentlastung der Lehrpersonen sowie der Bereinigung der Unterrichtsverpflichtungen. Im Hinblick auf den gleichen Zeitpunkt genehmigte der Regierungsrat auch die totalrevidierte Entlohnungsvereinbarung der Nidwaldner Schulgemeinden, welche diesen im Anschluss an die Revision des Personalgesetzes bei der Lohnfestlegung mehr Freiheiten einräumt.

Das von einer Arbeitsgruppe erstellte Konzept zur Einrichtung von Schulischer Sozialarbeit wurde nach erfolgreicher Vernehmlassung vom Regierungsrat im Juli verabschiedet. Der Kanton übernimmt die Trägerschaft für die Schulsozialarbeit und stellt den Gemeinden für die bezogenen Leistungen gemäss Leistungsauftrag Rechnung. Mit dem Aufbau der Schulsozialarbeit in den Gemeinden wurde das kantonale Sozialamt beauftragt.

Eine von der Bildungsdirektion eingesetzte Arbeitsgruppe hat unter Leitung des Beauftragten für Sonderpädagogik den Entwurf für die Teilrevision der Volksschulverordnung zum Bereich Sonderpädagogik ausgearbeitet. Der Regierungsrat hat den Verordnungsentwurf im November 2009 in eine breite Vernehmlassung geschickt.

1.5.2 Gesundheit und Wohlfahrt

Im Berichtsjahr wurde ein Vorschlag für die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. In diesem Zusammenhang wurden die kantonalen Heime verpflichtet, flächendeckend den Wechsel von BESA auf das Bedarfsabklärungsinstrument RAI-NH vorzubereiten. Dieses System bietet zusätzlich auch Qualitätsindikatoren an.

Die Regierungen der Kantone Luzern und Nidwalden stimmten einer Absichtserklärung zur gemeinsamen Spitalversorgung Luzern – Nidwalden zu. Das Angebot der beiden Kantonsspitäler soll eng aufeinander abgestimmt werden. Das Kantonsspital Nidwalden soll mit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung ab dem 1. Januar 2012 durch das Luzerner Kantonsspital geführt werden. Beide Regierungen erteilten am Ende des Berichtsjahres die Zustimmung zum «Auftrag Konzeptphase» des Projektes LUNIS (Spitalregion Luzern – Nidwalden). Dieses in der Schweiz erstmalige Projekt zweier Kantone bzw. Kantonsspitäler wird weit über die Region hinaus Beachtung finden.

Während die Wirtschaftskrise für einige schon vorbei zu sein scheint, beginnt sie für die Menschen, welche ihre Arbeit verloren haben, erst jetzt. Die Sozialhilfeszahlen waren im Kanton Nidwalden in den Jahren 2007 und 2008 rückläufig. Im Verlauf des Berichtsjahres sind sie wieder deutlich angestiegen. Gemäss verschiedenen Prognosen wird sich die Wirtschaftskrise aber erst im Jahre 2010 voll auswirken. Die staatlichen Impulsprogramme und die Möglichkeit der Kurzarbeit werden in ihrer Wirkung nachlassen. Falls die vom Bundesparlament diskutierten Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung umgesetzt werden, wird sich die Situation zusätzlich verschärfen. Die Sozialhilfe wird somit einer erneuten Belastungsprobe ausgesetzt sein. Verglichen mit anderen Kantonen ist Nidwalden jedoch nach wie vor in einer guten Lage. Die Sozialhilfequote ist seit Jahren die tiefste der ganzen Schweiz. Dies lässt sich vor allem durch die ländliche Struktur und die wirtschaftliche Stärke begründen. Den Betroffenen hilft die tiefe Sozialhilfequote aber wenig. Wenn Arbeitsplätze fehlen, ist auch die Sozialhilfe kaum in der Lage, Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger Stellen im Arbeitsmarkt zu vermitteln. Neben der Existenzsicherung ist es der Sozialhilfe ein wichtiges Anliegen, die Menschen während der Zeit der Arbeitslosigkeit beruflich fit zu halten, damit sie bei einem wirtschaftlichen Aufschwung ihre Chancen im Arbeitsmarkt wieder wahrnehmen können.

Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Die EU will damit einen Impuls zur Verringerung von Armut und zur Verbesserung der Lebenslage der Armutsbetroffenen geben. In einem wohlhabenden Land wie der Schweiz bleibt Armut oft verdeckt und zu wenig erkennbar. Die Betroffenen müssen nicht um das nackte Überleben kämpfen, sondern erfahren Armut als besondere Härte in einem von knappen Mitteln geprägten Leben und als Ausgrenzung aus der Gesellschaft. Als arm gilt in der Schweiz, wer unter dem sozialen Existenzminimum leben muss. Zurzeit entwickelt der Bund eine nationale Strategie zur Armutsbekämpfung. Sie soll Anpassungen bestehender Massnahmen hinsichtlich einer wirksameren Armutsbekämpfung sowie neue Massnahmen enthalten und sich an alle drei staatlichen Ebenen und die Sozialpartner richten. Im Jahre 2010 soll dazu eine nationale Armutskonferenz stattfinden.



1.5.3 Sicherheit

Der Sicherheitsstandard im Kanton Nidwalden ist nach wie vor als sehr hoch zu beurteilen. Die guten Werte aus Bevölkerungsbefragung 2008 sind zu festigen und mit allen Mitteln weiter zu verbessern. Die Operation «Civitas nostra» – zu Deutsch «Unsere Bevölkerung» – ist die zentrale Triebfeder, um mit verstärkter Uniform- und Zivilpolizeipräsenz, stehend oder mit Fusspatrouillen, diese Zielsetzungen zu erreichen. Dabei geht es hauptsächlich darum, im Grossraum Stans generell und besonders in den kritischen Abendstunden vor Ort präsent zu sein und mit anlassbezogener Planung in den anderen Gemeinden präventive und repressive Massnahmen zu treffen. Der Attraktivität der verschiedenen Plätze entlang dem Vierwaldstätterseeufer wird in den entsprechenden Jahreszeiten ebenso Rechnung getragen. Konsequente und gezielte Verkehrskontrollen und Verkehrsüberwachungen, sei es auf der Nationalstrasse und insbesondere auf dem kantonalen und anderweitigen Strassennetz, sind ein unverzichtbarer Beitrag zur Förderung des Sicherheitsgefühls im Kanton Nidwalden. Die Kantonspolizei Nidwalden ist sich bewusst, dass es im Zusammenhang mit dem Begriff «Sicherheit» keine Rolle spielt, ob Gefühl und Realität identisch sind. Das Gefühl ist massgebend und gerade bei der Standortattraktivität unseres Kantons hat das Sicherheitsgefühl hervorragende Bedeutung.

Weitere markante Pfeiler in der Sicherheitsstruktur des Kantons sind der Zivilschutz, die Notfallorganisation und im schlimmsten Fall das Militär.

Die Zivilschutzangehörigen trainieren in diversen Kursen wie auch in Echteinsätzen ihre Fronttauglichkeit und üben die Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes. Dieser garantiert als Notfallorganisation die Alarmierung der Bevölkerung, das Funktionieren des Sonderstabes «Naturgefahren», der wiederholt zu Ernsteinsätzen kommt. Die Notfallorganisation ist auch dafür besorgt, dass der Risikokataster aktuell gehalten und die Notfallplanung umgesetzt wird. Für Notfallsituationen stehen die gut vorbereiteten Care-Organisationen und die Koordinierten Dienste zur Verfügung.



1.6 Schlüssel zur Kultur

1.6.1 Kultur

Die Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen konnte auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten, nachdem die vier Vereinbarungskantone Zürich, Luzern, Schwyz und Zug den Beitritt erklärt haben. Beigetreten sind der Vereinbarung 2009 auch die Kantone Uri und Aargau. In Nidwalden bewilligte der Landrat für die Jahre 2009 bis 2011 einen Rahmenkredit von 3 Mio. Franken für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen unter dem Vorbehalt, dass die Vereinbarung in Kraft gesetzt wird. Damit kommt der Beschluss per Anfang 2010 zum Tragen.

Der Regierungsrat beantragte dem Landrat im Berichtsjahr gleich zwei Objektkredite zur Bereitstellung neuer Kulturräumlichkeiten. Einerseits geht es um die Erstellung eines Jugendkulturhauses in Stans, andererseits um den Bau eines Ausstellungspavillons durch die Winkelriedhaus-Stiftung. Das Jugendkulturhaus soll eine Heimat für die verschiedensten Formen der Jugendkultur und einen unkomplizierten Zugang zum kulturellen Leben bieten. Im Pavillon beim Winkelriedhaus wird das Nidwaldner Museum Kunstaussstellungen präsentieren, zudem steht er auch für andere hochwertige Kulturveranstaltungen wie Lesungen, Kammerkonzerte usw. zur Verfügung. Der Regierungsrat berief sich bei den Vorlagen auf das Kulturförderungsgesetz, welches den Kanton verpflichtet, die Rahmenbedingungen zum Erhalt eines vielfältigen kulturellen Lebens zu schaffen. Mit den beiden Projekten stärkt der Kanton Nidwalden seine Position und sein Image als kulturell aktiver und attraktiver Kanton.

1.6.2 Gesellschaft



Das Institut «gfs.bern Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft» hat auch im Jahre 2009 im Auftrag der Credit Suisse bei der Schweizer Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage den Sorgenbarometer erhoben. Die Arbeitslosigkeit bleibt in der Einschätzung der Befragten das wichtigste Problem. Die im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise erwartete Zunahme der Arbeitslosenquote führte dazu, dass andere Probleme etwas in den Schatten gestellt wurden. An erster Stelle rangierte weiterhin die Arbeitslosigkeit (66 % der Befragten). Gesundheits- und sozialpolitische Themen bleiben in den vorderen Rängen der Problemrangierung. An zweiter Stelle standen weiterhin die Themen Gesundheitsfragen / Krankenkassen / Prämien (36 % der Befragten). Auf Rang 3 folgte wie im Vorjahr das Thema AHV / Altersvorsorge (ebenfalls 36 % der Befragten). Der Bereich Sicherung der Sozialwerke / Soziale Sicherheit stiess neu auf Rang 4 vor (31 % der Befragten/Vorjahr: Rang 10). Auf Rang 5 war das neue Thema Finanz-/ Bankenkrise zu finden (29 % der Befragten). Auf Rang 6 war mit dem Komplex Wirtschaftskrise / Wirtschaftsentwicklung / Konjunktur ebenfalls ein neuer Themenbereich anzutreffen (27 % der Befragten).

1.7 Regierungsrat

Am 18. August 2009 ist Landschreiber Josef «Baschi» Baumgartner völlig unerwartet verstorben. Sein Tod hat nicht nur innerhalb der Regierung und der kantonalen Verwaltung grosse Betroffenheit ausgelöst. Der Kanton Nidwalden hat mit ihm einen Menschen verloren, der in seinem intensiven Schaffen stets das Gemeinwohl, das Wohl seines geliebten Kantons und der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellte. Loyalität, Redlichkeit, Treue und Besonnenheit brachten Josef Baumgartner grosse Sympathien weit über die Kantonsgrenze hinaus.

1981 war der damals 34-jährige Rechtsanwalt als Landschreiber gewählt worden. Unter seiner Leitung wurde die Standeskanzlei zur Staatskanzlei als zentrale Stabsstelle für Regierung und Landrat ausgebaut. Neben der Leitung der Staatskanzlei, des kantonalen Abstimmungsbüros, der Direktionssekretärenkonferenz, juristischer Beratung, Information und Gesetzgebung hat Josef Baumgartner zahlreiche weitere Projekte initiiert und erfolgreich umgesetzt. Der Kanton Nidwalden wird Josef Baumgartner stets in ehrenvollem Andenken bewahren.

Am 16. Dezember 2009 hat der Landrat Hugo Murer, Beckenried, zum neuen Landschreiber gewählt. Der 55-jährige Rechtsanwalt war seit 1992 für den Landrat zuständig. Seit dem unerwarteten Hinschied von Landschreiber Josef Baumgartner am 18. August 2009 begleitete Hugo Murer als dessen Stellvertreter zudem die Geschäfte des Regierungsrates. Nach der Wahl von Hugo Murer zum Landschreiber wurde die Stelle des Landratssekretärs ausgeschrieben. Bis zum Amtsantritt der neuen Stelleninhaberin oder des neuen Stelleninhabers übt Hugo Murer mit Unterstützung des ganzen Teams der Staatskanzlei weiterhin beide Funktionen aus.

1.8 Landrat**1.8.1 Zusammensetzung**

Landratspräsidium 2009 / 2010

Präsident

Res Schmid, SVP, Emmetten

2. Stimmenzähler

Josef Niederberger, CVP, Oberdorf

Vizepräsident

Karl Tschopp, FDP, Stans

Stimmenzähler-Stellvertreter

Conrad Wagner, GN, Stans

1. Stimmenzählerin

Verena Bürgi, CVP, Dallenwil

Landratssekretär

Hugo Murer

Landrat 2009 / 2010

Partei	Mandate
CVP	23
FDP	18
Freie Liste	2
Grüne Nidwalden	5
SP	1
SVP	11
Total	60

1.8.2 Vorlagen an den Landrat

Finanzdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Staatsrechnung 2008 und Rechnungen der Verwaltungen unter kantonalen Aufsicht	24. Juni 2009; Genehmigung
Gesetz über die Finanzkontrolle (Kantonales Finanzkontrollgesetz, kFKG)	21. Oktober 2009; Genehmigung
Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltgesetz, kFHG)	21. Oktober 2009; Genehmigung
Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (Gemeindefinanzhaushaltgesetz, GemFHG)	21. Oktober 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Änderung des Leistungsauftrages der kantonalen Verwaltung für das Jahr 2010	21. Oktober 2009; Genehmigung
Budget 2010: Finanzplan und Investitionsplan für die Jahre 2011 und 2012; Genehmigung Investitionsplan für die Jahre 2013 und 2014; Kenntnisnahme	21. Oktober 2009; Genehmigung
Teilrevision des Gesetzes über das öffentlichrechtliche Arbeitsverhältnis (Personalgesetz, PersG)	18. November 2009; Genehmigung

Baudirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Landratsbeschluss über die Teilrevision des kantonalen Richtplanes	1. April 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Bewilligung eines Objektkredites für die Planung eines Ausbaus der kantonalen Mittelschule Nidwalden	1. April 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über den Ausbau der Kantonsstrasse KH1, Gemeinden Stans und Oberdorf, Rad-/Gehweg Stans - Dallenwil	6. Mai 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss betreffend die Übernahme des Werkhofes Stans von der Schweizerischen Eidgenossenschaft	16. September 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Genehmigung des Projektes und des Kostenvoranschlages für die Instandstellung der Lopperstrasse und der Schutzanlagen	18. November 2009; Genehmigung

Justiz- und Sicherheitsdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Teilrevision des Gesetzes über das Polizeiwesen (Polizeigesetz)	11. März 2009; Genehmigung
Gesetz über die Änderung der Einführungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches [Fünfter Teil: Obligationenrecht] (Einführungsverordnung zum Obligationenrecht)	11. März 2009; Genehmigung
Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte	27. Mai 2009; Genehmigung
Gesetz über die Änderung der Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung betreffend die Fischerei (Fischereiverordnung)	27. Mai 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über den Ausbau der Kantonsstrasse KH3, Gemeinde Buochs. Kreisel Hinter Linden	24. Juni 2009; Genehmigung
Gesetz über die Niederlassung und Aufenthalt	16. September 2009; Genehmigung
Teilrevision der Kantonsverfassung betreffend die Gerichtsorganisation	16. Dezember 2009; Genehmigung

Bildungsdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Kantonales Berufsbildungsgesetz, kBBG)	27. Mai 2009; Genehmigung

Landwirtschafts- und Umweltdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (kantonales Gewässerschutzgesetz, kGSchG)	1. April 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Ermächtigung des Kantonalen Elektrizitätswerkes Nidwalden betreffen Beteiligung am geplanten Solarkraftwerk auf dem Dach des Einkaufszentrums "Länderpark" in Stans	24. Juni 2009; Genehmigung
Gesetz über die sparsame Energienutzung und die Förderung erneuerbarer Energien (kantonales Energiegesetz, kEnG)	16. Dezember 2009; Genehmigung

Gesundheits- und Sozialdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Landratsbeschluss über die Festsetzung der Beiträge 2010 für das Kantonsspital Nidwalden	21. Oktober 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Bewilligung eines Objektkredites für die Realisierung der baulichen Optimierungs- und Ergänzungsmaßnahmen des Kantonsspitals Nidwalden	16. Dezember 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Bewilligung eines Objektkredites für die Sanierung des Personalhauses 2 des Kantonsspitals Nidwalden	16. Dezember 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Beschaffung eines Magnetresonanztomographen für das Kantonsspital Nidwalden	16. Dezember 2009; Genehmigung

Volkswirtschaftsdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (Verkehrsgesetz)	11. März 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über den Rahmenkredit zur Finanzierung von Bahnübergängen der zb, Zentralbahn AG, auf der Strecke Hergiswil-Engelberg für die Jahre 2009 bis 2014	11. März 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss über einen Zusatzkredit zum Rahmenkredit zur Finanzierung von Investitionen der zb Zentralbahn AG für die Jahre 2007 bis 2010	24. Juni 2009; Genehmigung
Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register (Kantonales Registerharmonisierungsgesetz); 6.2	16. September 2009; Genehmigung
Landratsbeschluss betreffend die Bewilligung eines Zusatzkredites zum Rahmenkredit zur Förderung des kantonalen Umsetzungsprogramms Regionalpolitik 2008-2011	21. Oktober 2009; Genehmigung

1.8.3 Berichte über Aufträge aus Beschlüssen des Landrates zu parlamentarischen Vorstössen (Initiativen, Motionen und Postulate)

Gemäss § 112 Abs. 3 des Landratsreglements erstattet der Regierungsrat dem Landrat in einem besonderen Abschnitt des Rechenschaftsberichtes jährlich Bericht über die im Berichtsjahr noch nicht abgeschriebenen Motionen und Postulate:

1. Motion Gasser, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnenden betreffend eine Überprüfung der Gesetzgebung für die Landratswahlen

RRB 902 vom 12. November 2002: Antrag auf Gutheissung der Motion. LRB vom 18.12.2002 ebenfalls Gutheissung. An der Landratssitzung vom 10. Mai 2006 wurde auf die drei diesbezüglichen Vorlagen eintreten beschlossen. Zu Beginn der Detailberatung werden diese Vorlagen (Teilrevision des Gesetzes über die Organisation und das Verfahren der Gerichte, Landratsbeschluss über die Festlegung der Anstellungsinstanz im Sinne der Personalgesetzgebung sowie Landratsbeschluss über Amtseid und Handgelübde) zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurückgewiesen. Diese Motion wird im Rahmen der Totalrevision der Gerichtsgesetzgebung (Anpassung an die neue Bundesgesetzgebung) bearbeitet.

2. Motion Schmid, Emmetten, für eine flexible und marktgerechte Lohnpolitik bei der kantonalen Verwaltung

Die Motion vom 15. Dezember 2006 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 18. September 2007 beantwortet. Der Landrat hat an der Sitzung vom 12. Dezember 2007 diese Motion betreffend teuerungsbedingte Lohnanpassungen (automatischer Teuerungsausgleich) sowie betreffend markt- und ergebnisorientierten Anerkennungsprämien abgelehnt. Betreffend die Bereinigung der Lohnsumme um die Planungsgewinne wurde die Motion gutgeheissen. Am 8. Januar 2009 hat der Regierungsrat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Personalgesetzes eröffnet. Als erster Hauptpunkt wurde die Frage der Zuständigkeit für die jährlichen Lohnanpassungen beim Kanton und den Gemeinden erwähnt. Der Landrat hat hierauf an der Sitzung vom 18. September 2009 die Teilrevision des Personalgesetzes in zweiter Lesung beschlossen. Mit den Artikeln 32 bis 35 wurden die

Bestimmungen betreffend die Lohnsumme angepasst. Nachdem das Referendum per 25. Januar 2010 nicht benützt wurde, hat der Regierungsrat diese Teilrevision mit Wirkung per 1. Mai 2010 in Kraft gesetzt.

Die Motion Schmid kann somit gemäss § 114 Abs. 2 des Landratsreglements im Rahmen der Genehmigung des Rechenschaftsberichtes als erfüllt beschrieben werden.

3. Motion Amstad, Stans, betreffend Teilrevision des EWN-Gesetzes

Zu dieser Motion vom 21. Februar 2007 wurde vom Regierungsrat mit Protokollauszug vom 26. Juni 2007 Stellung genommen. Der Landrat hat an der Sitzung vom 24. Oktober 2007 die Motion gutgeheissen. Die Vorlage wird vom Regierungsrat im Frühjahr 2010 zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet werden.

4. Motion Wagner, Stans, und Mitunterzeichnende betreffend Qualität im öffentlichen Verkehr

Der Landrat hat an der Sitzung vom 12. Dezember 2008 die Motion in ein Postulat umgewandelt mit dem Auftrag an den Regierungsrat, den Bericht zum Rahmenkredit für den öffentlichen Verkehr der Jahre 2011 bis 2014 mit den Bereichen Qualität und Kosten zu ergänzen.

5. Motion Adam, Hergiswil, und Mitunterzeichnenden betreffend Planung eines Bauprojektes des Doppelspurtunnels Hergiswil Matt bis Hergiswil Bahnhof

Die Beantwortung der Motion wurde am 22. Oktober 2008 vom Landrat als nicht dringlich erklärt. An der Landratssitzung vom 1. April 2009 hat der Landrat die Motion in geänderter Form wie folgt gutgeheissen: «Wird das Projekt „Doppelspurtunnel Hergiswil Matt – Hergiswil Bahnhof“ in die B-Liste des Bundes über die Finanzierungsetappe 2015-2018 für das Programm Agglomerationsverkehr aufgenommen, wird der Regierungsrat beauftragt, dem Landrat einen Projektierungskredit für die Erstellung eines Vorprojektes für den Doppelspurtunnel Hergiswil mit entsprechenden ergänzenden Unterlagen (Kosten-/Nutzungsbeurteilung, Finanzierungsplan, Stellungnahmen der möglichen Kostenträger) vorzulegen. Wird das Projekt „Doppelspurtunnel Hergiswil Matt – Hergiswil Bahnhof“ in die C-Liste des Bundes über die Finanzierungsetappe nach 2018 für das Programm Agglomerationsverkehr aufgenommen, wird der Regie-

rungsrat beauftragt, das Tunnelprojekt weiterhin aktiv weiterzuverfolgen. Der Regierungsrat wird beauftragt die zuständigen Politiker von OW, LU und NW (insbesondere Regierungsräte und Bundesparlamentarier) an einen runden Tisch zu bringen um ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr für die Zentralschweiz auszuarbeiten. Hierbei sollen die Vertreter des Kantons NW die Realisierung des Doppelspurtunnels Hergiswil Matt – Hergiswil Bahnhof als Bedingung für eine allfällige spätere Unterstützung von ausserkantonalen Projekten (z.B. Tiefbahnhof Luzern) festhalten.»

6. Postulat Dillier, Stans, betreffend Einrichtung einer Abteilung für Komplementärmedizin am Spital Stans

Der Landrat hiess an der Sitzung vom 3. Februar 1999 dieses Postulat in geänderter Form gut. Der Spitalrat des Kantonsspitals Nidwalden hat im Jahre 2008 konkrete Schritte zur Realisierung eines Angebots für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) unternommen. Erste Abklärungen fanden statt. Es ist geplant, im Zusammenhang mit dem Projekt «LUNIS» dem Landrat einen umfassenden Bericht betreffend die Spitalplanung zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wird auch das Postulat Dillier einzubeziehen sein.

7. Postulat Trüssel, Oberdorf, und Joller, Dallenwil, betreffend Verkehrssicherheit, insbesondere auf der Kantonsstrasse ab Wil (Oberdorf) Richtung Engelberg

Das Postulat der beiden Erstunterzeichnenden wurde am 20. März 2007 eingereicht. Zu diesem Postulat hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 4. September 2007 Stellung genommen. An der Landratssitzung vom 24. Oktober 2007 wurde das Postulat gutgeheissen. Die Baudirektion hat eine Studie über die Sanierung verschiedener Übergänge in Auftrag gegeben.

8. Postulat Dillier, Stans, zur Erstellung eines Leitbildes und Handlungskonzeptes für eine Integrations- und Ausländerpolitik im Kanton Nidwalden

Das Postulat wurde an der Landratssitzung vom 11. April 2001 gutgeheissen. Dieses Projekt wird im Rahmen der Zentralschweizer Fachgruppe Integration (ZFI) der Zentralschweizer Regierungskonferenz bearbeitet. In Nidwalden wurden die mit dem Leitbild zusammenhängenden Aufgaben vom Regierungsrat vorderhand sistiert.

9. Postulat Schori, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnenden betreffend Ergänzung der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen (Submissionsgesetz)

Der ursprüngliche Motionsantrag gemäss Eingabe vom 6. Dezember 2007 um ein Vergabekriterium Ausbildungsplätze bzw. Lehrlingsausbildung wurde mit Beschluss des Landrates vom 22. Oktober 2008 in ein Postulat umgewandelt. Sobald die Submissionsgesetzgebung einer Teilrevision unterzogen wird, wird die Erfüllung dieses Postulats überprüft.

10. Postulat Marty, Buochs, und Bürgi, Dallenwil, betreffend Familienpolitik im Kanton Nidwalden

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 649 vom 5. November 2007 zu diesem Postulat Stellung genommen. An der Landratssitzung vom 20. Februar 2008 wurde das Postulat teilweise gutgeheissen. Einerseits wurde das Postulat in dem Sinne gutgeheissen, dass anstelle der Einsetzung einer Koordinationsstelle für Familienfragen eine Fachstelle für Gesellschaftsfragen zu bilden sei. Zudem wurde der Regierungsrat beauftragt, die verschiedenen sozialpolitischen Themen im Kanton Nidwalden in einer Fachstelle zu bündeln. Massnahmen und Schwerpunkte sollen anschliessend aus einer sozialpolitischen Gesamtschau definiert werden.

Per 1. November 2009 wurde die Fachstelle für Gesellschaftsfragen gebildet. Diese Fachstelle hat unter anderem den Auftrag, Massnahmen zu prüfen, mit denen familienpolitische familienpolitische Ziele und Forderungen im Kanton Nidwalden im Sinne einer sozialpolitischen Gesamtschau umgesetzt werden können. Somit wird beantragt, dieses Postulat gestützt auf § 114 Abs. 2 des Landratsreglements als erfüllt abzuschreiben.

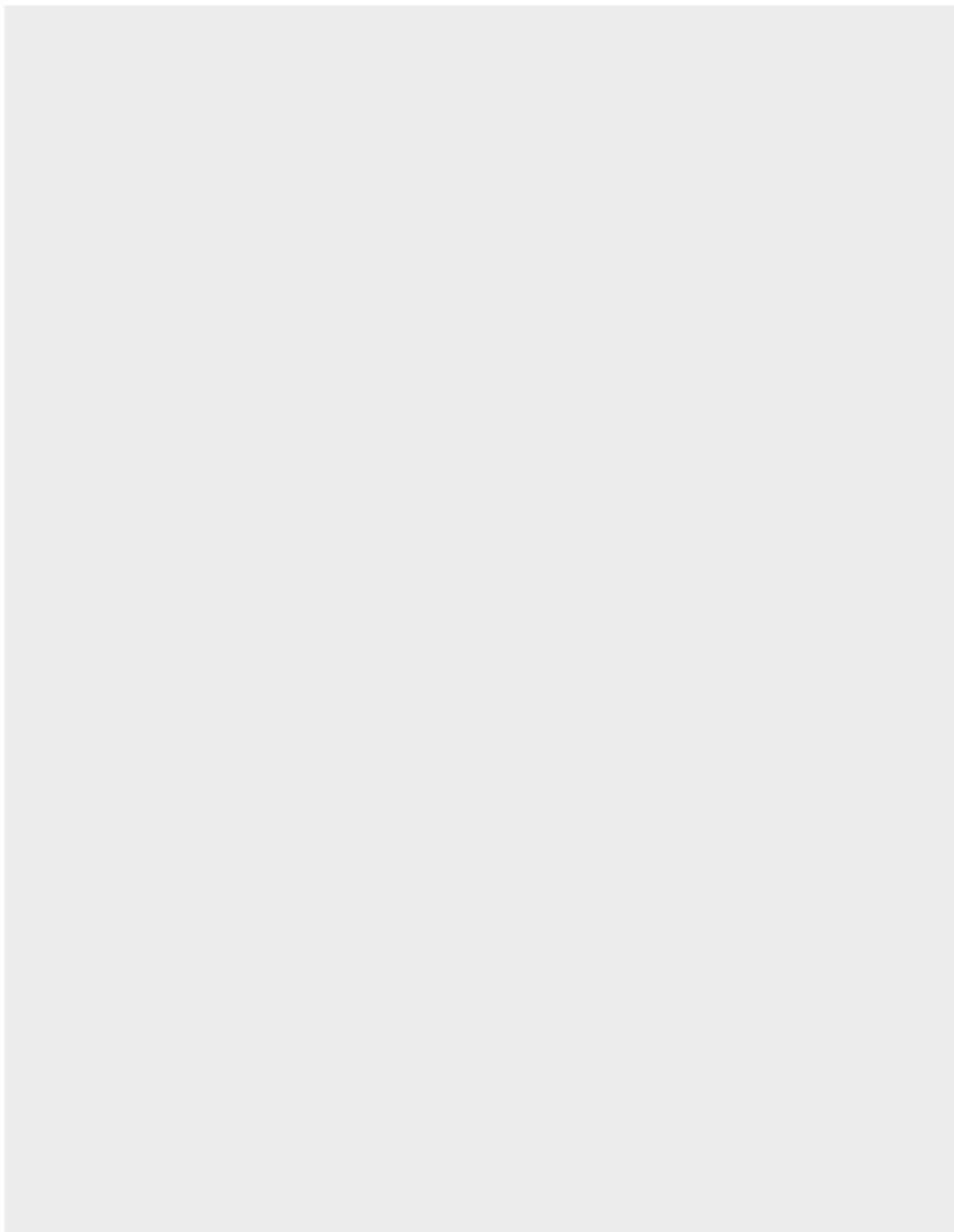
1.9 Volksrechte

1.9.1 Initiativen

Zeitpunkt / Art / Wer	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt	Volksabstimmung / Zeitpunkt
26. Februar 2009; Volksinitiative der SP Nidwalden	Für eine zeitgemässe Gemeindedemokratie in Nidwalden (allgemeine Anregung)	Nr. 440 vom 30. Juni 2009; Ablehnung	16. September 2009; Zulässigkeit genehmigt; zur Ablehnung empfohlen	29. November 2009; Ablehnung
1. September 2009; Volksinitiative der SP Nidwalden	Für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie (allgemeine Anregung)			

1.9.2 Petitionen

Zeitpunkt / Art / Wer	Inhalt (Kurzform)	Stellungnahme RR / Zeitpunkt
1. Dezember 2008; Petition von Landrat Beat Ettlín, Stans, Brigitte Gut, Stans und Thomas Welte im Namen der SP Nidwalden	Beginn der Energiewende. Verbindlicher Einstieg in den Atomausstieg	Nr. 123 vom 03. März 2009
5. Mai 2009; Petition «IG Anwohner Doppelspur zb, Hergiswil»	Doppelspur Hergiswil Schlüssel – Matt der zb Zentralbahn	Nr. 327 vom 19. Mai 2009
27. November 2009; Petition der «IG Aufbau statt Abbau - für ein wohnliches Stansstad»	«Stopp Kiesabbau in Stansstad»	Nr. 823 vom 15. Dezember 2009





2 Tätigkeiten der Direktionen

2.1 Finanzdirektion

2.1.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Finanzdirektion erfüllt die Aufgaben auf dem Gebiete des Finanzhaushaltes, der Steuern, des Personals und der Informatik.

Sie nimmt die ihr zustehenden Anstellungen vor, erlässt Verfügungen und Entscheidungen im Verwaltungungsverfahren im Rahmen der Zuständigkeit gemäss der Gesetzgebung und vertritt den Regierungsrat in diesen Verfahren sowie in solchen der Verwaltungsrechtspflege.

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Finanzverwaltung	8.9	8.1
Steueramt	25.1	25.2
Personalamt	2.1	2.1
Finanzkontrolle	1.6	0.3

Jahr in Zahlen

- Beim Personalamt wurden 3603 Bewerbungen bearbeitet, 87 % mehr als im Vorjahr.
- Die Fluktuationsrate betrug 11,87 % (Vorjahr: 9,13 %). Das ist die höchste Fluktuationsrate in den vergangenen 10 Jahren.
- Für die Besetzung der 87 offenen Stellen mussten insgesamt 181 Stelleninserate publiziert werden.
- 86 der 698 Mitarbeitenden des Kantons feierten ein Arbeitsjubiläum: je einer das 45- und 40-jährige, drei das 35-jährige, elf das 30-jährige, acht das 25-jährige, fünfzehn das 20-jährige, neunzehn das 15-jährige und achtundzwanzig das 10-jährige.
- Beim Kanton arbeiten 317 Frauen und 381 Männer. Der Frauenanteil beträgt 45 Prozent.
- Das Durchschnittsalter aller Mitarbeitenden beträgt 46.2 Jahre.

2.1.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
2/j	Legislativziel Umsetzung der Steuerstrategie 2008.	
	Jahresziel Qualitatives Wachstum.	Ziel erreicht Bei den natürlichen Personen wurden die für das Jahr 2009 budgetierten Steuererträge um 4,4 % beziehungsweise 4,9 Mio. Franken übertroffen und bei den juristischen Personen um 11,8 % beziehungsweise 1,8 Mio. Franken. Die Zahl der steuerpflichtigen juristischen Personen nahm um 2,4 % beziehungsweise netto 85 Gesellschaften zu. Für die Umsetzung der Steuerstrategie 2008 - 2011 wurde in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung zudem ein Grobkonzept entwickelt. Das Aktionsprogramm dazu wird im Laufe des Jahres 2010 erarbeitet.
2/k	Legislativziel Verbesserte Dienstleistungsorientierung und Effizienz bei der Steuerveranlagung.	
	Jahresziel Rund 10 Prozent der Veranlagungen erfolgen systemmässig durch das IT-Regelwerk der automatisierten Veranlagung.	Ziel erreicht Die automatisierte Steueranlagung wurde in allen Gemeinden eingeführt. Das IT-Regelwerk wurde zudem verfeinert. Die Verfahren mit der automatisierten Veranlagung sind gut. Ab dem Jahr 2010 wird sie auf die Wertschriftenkontrolle ausgedehnt.
	Jahresziel Transparenz der Nidwaldner Steuerpraxis.	Ziel erreicht Die «Steuerpraxis Nidwalden» ist im Internet für jedermann zugänglich. Sie wird laufend aktualisiert und ergänzt. Mit der Interessengemeinschaft der Nidwaldner Treuhänder fanden zwei informelle Treffen zu aktuellen Steuerfragen statt.
2/l	Legislativziel Bekämpfung materielle Steuerharmonisierung.	
	Jahresziel Unterstützung Steuerwettbewerb - contra Teilharmonisierungs-Initiative der SP.	Ziel erreicht Die zuständigen länderrechtlichen Kommissionen wurden über die Vollzugspraxis der Pauschal- bzw. Aufwandbesteuerung informiert. Die Teilrevision des Steuergesetzes wurde nach erfolgter Vernehmlassung zuhanden des Landrates verabschiedet. Die Steuergesetzesrevision 2011 nimmt die Grundidee eines gesunden Steuerwettbewerbes auf. An öffentlichen und privaten Veranstaltungen wurde über die Steuergesetzesrevision orientiert.
2/m	Legislativziel Umsetzung NFA.	
	Programmvereinbarungen mit Bund.	Ziel erreicht Sämtliche Programmvereinbarungen sind abgeschlossen. Das Controlling erfolgt durch die Direktionen für die jeweiligen Sachgebiete. Im Rahmen der Staatsrechnung 2009 sind wiederum Abgrenzungen in Bezug auf die Mittel erforderlich.
2/n	Legislativziel Einführung neues Rechnungsmodell (HRM2) in Kanton und Gemeinden.	
	Jahresziel Finanzhaushalt- und Gemeindegesetz verabschiedet.	Ziel erreicht Der Landrat hat am 21. Oktober 2009 dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden in 2. Lesung zugestimmt. Die Gesetze traten am 1. Januar 2010 in Kraft.
	Jahresziel HRM2 mit Budget 2010 beim Kanton erstmals angewendet.	Ziel erreicht Das Budget 2010 wurde erstmals nach HRM2 erstellt und vom Landrat am 21. Oktober 2009 genehmigt. Neben dem gestuften Erfolgsausweis, der Artengliederung, der Detailartengliederung und der institutionellen Gliederung wurde ein Geldflussplan erstellt.
	Jahresziel HRM2 mit Budget 2010 in Pilotgemeinde erstmals angewendet.	Ziel erreicht Die politische Gemeinde und die Schulgemeinde Hergiswil haben HRM2 mit dem Budget 2010 umgesetzt. Die Gemeinden haben gestützt auf Art. 91 des GemFHG die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Rechnungslegung binnen vier Jahren umzusetzen.

Nr.	Ziel	Bericht
2/o	Legislaturziel Förderung des Personals durch gezielte Weiterbildung und leistungsorientierte Lohnpolitik	
	Jahresziel Konkurrenzfähige Löhne unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen.	Ziel im Wesentlichen erreicht Die Jahresteuierung 2009, Indexstand 31. Dezember, fiel mit 0,2 % tief aus. Die generelle Lohnerhöhung auf den 1. Januar 2010 betrug minus ein %. Die Leistungskomponente setzte der Landrat bei 2% an, so dass die Lohnerhöhung unter dem Strich 1% betrug. Auch in der Privatwirtschaft wurden die Löhne um rund 1% angehoben. Insgesamt ist das Lohnerhöhungsergebnis marktkonform. Die Personallöhne des Kantons sind im allgemeinen konkurrenzfähig. In einzelnen Berufskategorien (Rechnungswesen, Steuern, Bildung) und einzelnen Kaderfunktionen liegen die Löhne eher unter dem Marktwert.
	Jahresziel Alle Führungskräfte haben innert dreier Jahre 5 Tage für Führungsschulung investiert.	Ziel nicht erreicht Die Vorgabe war, dass 90 % der Führungskräfte mindestens 5 Weiterbildungstage im Bereich Führung ausgewiesen hätten. Rund 26 % der Mitarbeitenden haben dieses Ziel nicht erreicht. Bei der Evaluation wurden als Gründe für das Nichterreichen der Zielvorgabe von den Kadermitarbeitenden geltend gemacht: laufende anderweitige Weiterbildung, Führungskräfte kurz vor der Pensionierung, chronische Arbeitsüberlastung, Kaderpersonen mit sehr wenig Führungsverantwortung. Im Vergleich zu den übrigen Zentralschweizer Kantonen liegt Nidwalden mit 0,21 besuchten Führungsseminartagen der Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz je Mitarbeitenden deutlich über dem Durchschnitt (0,08 Führungsseminartage).
	Jahresziele Personalumfrage 2009.	Ziel teilweise erreicht Die Personalumfrage wurde wie geplant erfolgreich durchgeführt. Die angestrebten Verbesserungen seit dem Jahr 2005 aber konnten nicht erreicht werden. In mindestens vier von sechs Zielsetzungen hätte sich die Unternehmenskultur beim Kanton verbessern müssen. Übertreffen konnte man das gesetzte Ziel lediglich im Bereich «Kundenzufriedenheit». In den übrigen fünf Bereichen wurden die Ziele verfehlt.
2/p	Legislaturziel Finanzplanung laufend aktivieren und Aussagekraft verbessern.	
	Jahresziel Finanzplan 2011 und 2012 ergänzt mit Investitionsplanung 2011 – 2014.	Ziel erreicht Der Landrat hat den Finanzplan und den Investitionsplan am 21. Oktober 2009 genehmigt beziehungsweise zur Kenntnis genommen. Die Planung erfolgt rollend und die Aussagekraft wird laufend verbessert.
2/p	Legislaturziel Wirkungs- und Prozessprüfungen.	
	Jahresziel Durchführung einer Wirkungsprüfung	Ziel nicht erreicht Wirkungsprüfungen konnten wegen Personalwechsels nicht im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden.
2/q	Legislaturziel Unabhängigkeit der Finanzkontrolle sicherstellen.	
	Jahresziel Finanzkontrollgesetz verabschiedet	Ziel erreicht Der Landrat hat am 21. Oktober 2009 das Gesetz über die Finanzkontrolle verabschiedet.

2.1.3 Tätigkeiten der Ämter

2.1.3.1 Direktionssekretariat

Allgemeines

Das Direktionssekretariat wurde im Berichtsjahr von den Direktionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen intensiv beansprucht. Nebst der Erarbeitung von zahlreichen Stellungnahmen und Vernehmlassungen standen die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Finanzhaushaltgesetz Kanton und Gemeinden, Finanzkontrollgesetz, Teilrevision Steuergesetz und Teilrevision des Personalgesetzes) im Vordergrund.

2.1.3.2 Finanzverwaltung

Allgemeines

Die Finanzverwaltung wurde im Berichtsjahr von den Direktionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen intensiv beansprucht. Die Mitarbeit bei den Projekten LUNIS und neue Pflegefinanzierung der Gesundheits- und Sozialdirektion erforderten viel Zeit und Engagement.

Bedeutende Arbeiten wurden für die Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes des Kantons und des Gemeindefinanzhaushaltgesetzes geleistet. Die Erarbeitung erfolgte zusammen mit einer gemischten Arbeitsgruppe Kanton und Gemeinden und dem politischen Lenkungsausschuss. Der Landrat hat am 21. Oktober 2009 die beiden Gesetzesvorlagen verabschiedet.

Die Vorbereitungsarbeiten für die geplante Steuergesetzrevision 2011 erforderten ebenfalls die Mitwirkung des Direktionssekretariates. Eine weitere Ausschreibung von Versicherungen konnte in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Gemeindepräsidentenkonferenz erfolgreich abgeschlossen werden. Das Budget 2010 wurde nach dem neuen Rechnungsmodell HRM2 erstellt. Die Gemeinde Hergiswil wurde als Pilotgemeinde bei der Einführung von HRM2 unterstützt.

Für die eigentliche Tätigkeit der Finanzverwaltung wird auf die vorliegende Staatsrechnung und den dazugehörigen Bericht für das Jahr 2009 verwiesen.

Finanzausgleich

Der innerkantonale Finanzausgleich beruht auf drei verschiedenen Ausgleichsinstrumenten.

Neben dem Finanzkraftausgleich erfolgt ein Normausgleich für die Schulgemeinden sowie ein Belastungsausgleich für Wildbachverbauungen und Naturkatastrophen. Für den inner-kantonalen Finanzausgleich standen folgende Mittel zur Verfügung:

0,15 Einheiten des Steuerertrages 2008	Fr. 7 572 706
Beitrag der steuerstarken Gemeinden	Fr. 11 458 005
Total	Fr. 19 030 711

Für die Berechnung des Finanzkraftfaktors und der übrigen Faktoren wurden die Zahlen des Jahres 2008 herangezogen.

2.1.3.3 Kantonales Steueramt

Allgemeines

Dem Kantonalen Steueramt sind die elf Gemeindesteuereämter fachlich unterstellt. Die laufenden Gesetzesanpassungen wie auch eine einheitliche Veranlagungspraxis erfordern intensive Betreuung und Schulung der für die Veranlagungen zuständigen Steuerfachleute. Im Rahmen personeller Engpässe bei einzelnen Gemeindesteuereämtern, leistete das Kantonale Steueramt auf Stundenbasis Hilfe. Die Gemeinden Ennetmoos und Oberdorf delegierten die Veranlagung der Selbständigerwerbenden im Verlaufe 2009 an das Kantonale Steueramt.

Der national und international sehr aktive Steuerwettbewerb verlangt weiterhin umfassende, zeitlich aufwändige Besprechungen mit bestehender und ansiedlungsinteressierter Kundschaft im Steuerrecht. Diese erwartet für fachliche Auskünfte und Sachverhaltsabklärungen immer kurzfristigere Verfügbarkeiten, was zusätzliche personelle Ressourcen bindet. Mit der am 27. Oktober 2009 verabschiedeten Steuergesetzrevision 2011 wird eines der Legislaturziele 2008-2011 erreicht. Es sieht vor, dass Nidwalden zu den drei steuergünstigsten Kantonen der Schweiz zählen soll. Die Arbeiten dieser Gesetzesvorlage dauerten rund ein Jahr und waren nur Dank ausserordentlichen, zusätzlichen Engagements der Mitarbeitenden möglich.

Über den Stand der Steuerveranlagungen und deren Steuererträge gibt der Tabellenteil Auskunft.

2.1.3.4 Finanzkontrolle

Allgemeines

Als Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons dient die Finanzkontrolle dem Landrat zur Ausübung seiner Oberaufsicht über die Kantonsverwaltung sowie über die Verwaltung der Rechtspflege und dem Regierungsrat zur Ausübung seiner Aufsicht über die Kantonsverwaltung. Diesen Auftrag erfüllt die Finanzkontrolle durch Prüfungen des Finanzhaushaltes des Kantons sowie der Organisation und Abläufe der Amtsstellen gemäss den gesetzlichen Grundlagen und den anerkannten Revisionsgrundsätzen.

Prüfung Staatsrechnung 2008

Gemäss Verordnung über die Finanzkontrolle hat die Finanzkontrolle die Staatsrechnung 2008 geprüft. Sie stellt fest, dass die Buchführung und die Jahresrechnung den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Jahresrechnung konnte dem Landrat zur Genehmigung empfohlen werden.

Amtsstellenrevisionen

Im Berichtsjahr wurden mehrere Prüfungen bei Amtsstellen durchgeführt. Zu erwähnen sind insbesondere das Steueramt, das Grundbuchamt, die Archive der Finanzverwaltung, des Personalamtes und der Pensionskasse sowie eine Grundstücks- und Liegenschaftskontrolle. Im Weiteren wurden das Amt für Flüchtlinge und Asyl, das Amt für Migration, die Kantonspolizei, das Amt für Berufsbildung, das Gesundheitsamt, das Tiefbauamt und das Amt für Berufsbildung und die Mittelschule geprüft. Zusätzlich wurden mehrere Nachprüfungen der Revisionen des Vorjahres durchgeführt. Über sämtliche Revisionen liegen detaillierte Berichte vor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die geprüften Ämter, Abteilungen oder Fachbereiche zweckmässig organisiert sind und die Rechnungsführung ordnungsgemäss erfolgt. Bei festgestellten Män-

geln wurden Lösungsvorschläge aufgezeigt und die betroffenen Stellen aufgefordert, zu den Feststellungen und Empfehlungen Stellung zu nehmen. Grösstenteils wurden die Mängel behoben oder deren Beseitigung ist in Bearbeitung.

Subventionsabrechnungen, Kantonsbeiträge, Bauabrechnungen und Abrechnungen von Verpflichtungskrediten In diversen Bereichen hat die Finanzkontrolle im Auftrag des Bundes die Abrechnungen für die Auslösung der Bundesbeiträge geprüft. Insbesondere zu erwähnen ist hier die mitschreitende Prüfung im Nationalstrassenbau. Der Kirchenwaldtunnel als Hauptprojekt im Nationalstrassenbau des Kantons bildete dabei wiederum den Schwerpunkt der diesjährigen Prüftätigkeit.

Daneben wurden diverse Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten geprüft.

Zusammenarbeit mit den Fachkommissionen

Die Finanzkontrolle unterstützte die Aufsichtskommission und Finanzkommission in ihren Aufgaben durch Hinweise in den Prüfberichten sowie durch die Teilnahme und Auskunftserteilung an den Kommissionssitzungen. Im Berichtsjahr erledigte die Finanzkontrolle diverse Aufträge der beiden Kommissionen. Vereinzelt nahmen überrige Fachkommissionen die Beratungsdienste der Finanzkontrolle in Anspruch.

Revisionsstellenmandate

Als Revisionsstelle hat die Finanzkontrolle die Jahresrechnungen mehrerer Mandate geprüft. Beim Informatikleistungszentrum Ob- und Nidwalden (ILZ) und Verkehrssicherheitszentrum Ob- und Nidwalden (VSZ) wurden die Prüfungen mit der Finanzkontrolle des Kantons Obwalden durchgeführt. Das Laboratorium der Urkantone (LdU) wurde wie im Vorjahr gemeinsam mit den Finanzkontrollen der Kantone Obwalden und Uri geprüft. In Zusammenarbeit mit einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfte die Finanzkontrolle die Jahresrechnung des Kantonsspitals Nidwalden.

Projekte

Die aktuellen und zukünftigen regulatorischen Veränderungen in der Externen und Internen Revision haben auch auf die Finanzkontrolle Auswirkungen (gesetzliche Grundlagen, Qualitätssicherung, Organisation, Aus- und Weiterbildung). Die im Berichtsjahr bearbeiteten Projekte sind Bestandteile dieser Veränderungen.

Finanzkontrollgesetz

Das neue Finanzkontrollgesetz wurde vom Landrat am 21. Oktober 2009 verabschiedet.

Wechsel Amtsleitung

Das Arbeitsverhältnis mit dem Leiter der Finanzkontrolle, Markus Renfer, wurde per Ende September 2009 aufgelöst. Bis Ende Jahr wurde die Finanzkontrolle interimistisch geführt.

Die Leitung konnte auf Anfang 2010 durch Beat Gysi, lic. oec. HSG und dipl. Wirtschaftsprüfer, neu besetzt werden.

2.1.3.5 Personalamt

Allgemeines

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle des Regierungsrates für Personalfragen. Es erarbeitet zuhanden der zuständigen Instanzen fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören umfassende Dienstleistungen, insbesondere Personalrekrutierung, Beratung und Betreuung sowie bedürfnisorientierte Bildungsmassnahmen. Im Weiteren erarbeitet das Personalamt sämtliche rechtlichen und sachlichen Grundlagen für die Personalführung (Personalpolitik, Funktionsbewertungen, Lohnfestlegung, Personallisten und -statistiken) und sorgt für deren Umsetzung.

Konkurrenzfähige Löhne

Die Anstrengungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass der Kanton im oberen Führungsbereich durchaus konkurrenzfähige Löhne auszahlt. Im mittleren und unteren Lohnbereich liegen die Löhne der Mitarbeitenden zum Teil an der unteren Grenze der Bandbreite.

Weiterentwicklung der Führungskompetenz der Kader

In den Jahren 2007 bis 2009 legte der Regierungsrat sein Augenmerk auf die Führungskompetenz der Kader. Jede Führungsperson sollte innert dreier Jahre mindestens fünf Weiterbildungstage im Bereich Führung besuchen. Obwohl die entsprechenden Weiterbildungsangebote vorhanden waren, haben rund 26 % der Kadermitarbeitenden diese Zielvorgabe nicht erfüllt.

Unternehmenskultur beim Kanton

2009 wurde die Personalumfrage kantonsintern zum vierten Mal durchgeführt. Das Ziel der Umfrage besteht darin, festzustellen, wie gut die Personalpolitik umgesetzt wird. Es geht um Effizienz, Leistungsorientierung und Kundenfreundlichkeit. Darüber hinaus geht es auch darum, den Kanton als Arbeitgeber attraktiv und konkurrenzfähig zu erhalten. Mitarbeitende sollen sich wohl fühlen und dadurch motiviert ihre Dienstleistungen zugunsten der Nidwaldner Bevölkerung erbringen.

Die Resultate haben sich in den vergangenen vier Jahren verschlechtert. Während sich der Kulturzufriedenheitsindikator in den Jahren 2002 und 2005 gegenüber 1999 in kleinen Schritten auf den Durchschnittswert 4 zubewegte, welcher «zufrieden» bedeuten würde, hat er sich im Jahr 2009 klar verschlechtert: Die Mitarbeitenden des Kantons sind merklich unzufriedener als in den Jahren 2002 und 2005. Der Zufriedenheitsindikator liegt lediglich um drei Hundertstel über dem Wert von 1999.

Revision Personalgesetz

Im Jahr 2009 konnte die Revision des Personalgesetzes erfolgreich abgeschlossen werden. Es wurde im Wesentlichen in folgenden Bereichen revidiert:

- Zuständigkeiten bei den jährlichen Lohnanpassungen
- Verfahren bei der Festlegung der Leistungsaufträge im Zusammenhang mit den Lohnanpassungen
- Gründe für die Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses

Projekt «Personalförderung und Leistungsbeurteilung»

Auf Grund der Ergebnisse der Personalumfrage 2009 hat der Regierungsrat das Projekt «Personalförderung und Leistungsbeurteilung» lanciert. Mit dem Projekt sollen

die Funktionsbeschreibungen und Leistungsbeurteilungen neu aufgebaut und auf die Zielvereinbarungsprozesse abgestimmt werden. Das Projekt wurde den Kadermitarbeitenden und der zuständigen landrätlichen Kommission vorgestellt. Die ersten Mitarbeitergespräche nach neuem Konzept sollen im Herbst 2010 erfolgen.

Statistische Angaben

- Austritte 2009	90 Mitarbeitende
- Eintritte 2009	87 Mitarbeitende

Die Austrittsgründe im Einzelnen sind:

- Temporärstellungen	21 Mitarbeitende
- Erwerbsunfähigkeit wegen Krankheit	2 Mitarbeitende
- Wechsel zur zentras (Umsetzung NFA Nationalstrassenunterhalt)	13 Mitarbeitende
- Kündigung durch Kanton	1 Mitarbeiterin
- Kündigung durch Mitarbeitende	42 Mitarbeitende
- Pensionierungen	8 Mitarbeitende
- Tod	3 Mitarbeitende

Bei 77 Neueintritten handelt es sich um Personen, welche die Austritte kompensierten. Die übrigen zehn Eintritte sind auf die Schaffung neuer Stellen zurückzuführen.

Damit die 87 neuen Personen rekrutiert werden konnten, mussten 3 603 Bewerbungen bearbeitet werden. Dies sind 87 % mehr als im vorhergehenden Jahr, als die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 48 % betrug.

Die Fluktuationsrate ist mit 11,87 % die höchste je gemessene. Innert Jahresfrist ist sie um 2,74 % angestiegen.

Der Kanton Nidwalden bildet zurzeit 18 Lernende und diverse Praktikanten aus:

- Kauffrau / Kaufmann	16 Lernende
- Betriebspraktiker/in	1 Lernender
- Bauzeichner/in	1 Lernende

Der Personalbestand Ende Jahr hat sich wie folgt präsentiert:

-Personalbestand (ohne Lernende)	
per 31.12.2009	698 Mitarbeitende
-umgerechnet in Vollpensen	502 Stellen

Eine Zusammenstellung des Personals, aufgeteilt nach Direktionen, ist im Tabellenteil zu finden. Eine weitere Tabelle gibt Auskunft über die Veränderung des Personalbestandes gegenüber dem Vorjahr.

2.1.4 Vernehmlassungen an den Bund

Finanzdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes	Nr. 81 vom 10. Februar 2009	Zustimmung
Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern	Nr. 226 vom 7. April 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Vernehmlassung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben betreffend zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steueraufschub bei Ersatzbeschaffung einer selbstbewohnten Liegenschaft)	Nr. 469 vom 7. Juli 2009	Ablehnung zum Methodenwechsel, Zustimmung betreffend Steueraufschub
Vernehmlassung der EVF zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG)	Nr. 470 vom 7. Juli 2009	Teilweise Zustimmung
Vernehmlassung des EFD betreffend Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flugplätzen	Nr. 515 vom 18. August 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des EFD zum Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen	Nr. 613 vom 15. September 2009	Mehrheitliche Zustimmung
Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen	Nr. 613 vom 15. September 2009	Teilweise Zustimmung mit Vorbehalten
Vernehmlassung des EFD zur Verordnung über die Besteuerung der Liquidationsgewinne bei definitiver Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit	Nr. 635 vom 22. September 2009	Teilweise Zustimmung, verschiedene Änderungsanträge
Umfrage der KdK zu den Erfahrungen der Kantone mit der Umsetzung der NFA	Nr. 736 vom 10. November 2009	6-seitiger Fragebogen
Vernehmlassung der EFV zum Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen	Nr. 848 vom 22. Dezember 2009	Grundsätzliche Ablehnung

2.2 Baudirektion

2.2.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Baudirektion ist für die Bereitstellung der kantonalen Infrastrukturen und die Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten besorgt. Der Bau, Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen mit den dazugehörigen Kunstbauten sowie der kantonalen Radwege, die Netzvollendung der Nationalstrassen, der Lärmschutz entlang der Kantonsstrassen sowie der Wasserbau des Kantons und die Oberauf-

sicht über den Wasserbau der Gemeinden und der Privaten fallen in die Verantwortung des Tiefbauamtes. Das Hochbauamt mit der angegliederten Liegenschaftsverwaltung sorgt für die Bereitstellung und den Unterhalt der Gebäude, welche die Verwaltung und die kantonalen Institutionen zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Dem Amt für Raumentwicklung obliegt die Aufgabe, die häusliche Nutzung des Bodens und die geordnete Besiedlung des Kantons sicherzustellen. Zudem beschäftigt es sich mit dem Schutz und der Nutzung von Natur- und Landschaftsschutzobjekten und ist zuständig für Fragen im Zusammenhang mit der amtlichen Vermessung des Kantons.

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Direktionssekretariat BD	0.5	0.5
Tiefbauamt	39.6	40.2
Hochbauamt	8.4	8.5
Amt für Raumentwicklung	3.5	3.5

Jahr in Zahlen

- 91 Baugesuche und Planungen in Bezug auf Hochwassersicherheit beurteilt.
- Rund 30 Mio. Franken in den Strassenbau investiert.
- Rund 5 Mio. Franken in den Hochwasserschutz investiert.
- 557 Tonnen Salz auf den Kantonsstrassen ausgebracht (Winter 2008/09).
- 148 Baugesuche für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone behandelt.
- 73 zonenkonforme bauliche Veränderungen ausserhalb der Bauzone bewilligt.
- 72 zonenwidrige bauliche Veränderungen ausserhalb der Bauzone bewilligt.
- 3 Gesuche um bauliche Veränderungen ausserhalb der Bauzone abgewiesen.



2.2.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/a	Legislativziel Zeitgerechte Umsetzung der Koordinationsaufgaben gemäss kantonalem Richtplan.	
	Jahresziel Gesamtverkehrskonzept Nidwalden ist fertiggestellt	Ziel teilweise erreicht Die Arbeiten zum Gesamtverkehrskonzept Nidwalden wurden aufgenommen. Anstelle dieser Aufgabe wurde die Priorität auf die Erarbeitung der Gesamtsiedlungsstrategie als Grundlage des Agglomerationsprogramms gelegt.
	Jahresziel Umsetzung der Koordinationsaufgaben ist zur Hälfte abgeschlossen	Ziel teilweise erreicht Die Teilrevision des kantonalen Richtplans ist immer noch beim Bund zur Genehmigung pendend. Viele Koordinationsaufgaben haben materielle Änderungen erfahren. Zwischenzeitlich konnten einige Koordinationsaufgaben abgeschlossen werden: Inventarisierung der Naturschutzgebiete; Differenzierung der BLN-Gebiete; Ausscheidung von Gewässerraumzonen, etc.
1/b	Legislativziel Sicherung des Engelberger Tals als Lebensraum.	
	Jahresziel Planungsprozess ist wieder aufgenommen.	Ziel erreicht Nach längerer erfolgloser Suche konnte im Herbst 2009 die Stelle des Wasserbauers besetzt werden. Die Planung der Hochwasserschutzprojekte Engelberger Aa Etappe 5 und 6 in den Gemeinden Dallenwil, Wolfenschiessen und Engelberg wurde nach der Einarbeitung aufgenommen. Da das Aufstarten dieses vielfältigen Projektes erhebliche Vorbereitungen erfordert, wird die Planung erst im Jahre 2010 Wirkung nach aussen zeigen.
	Jahresziel Partizipativer Prozess läuft.	Ziel erreicht Der partizipative Planungsprozess wurde, koordiniert mit den Bauvorhaben Sanierung der Bahnübergänge der zb und Kraftwerk des EWN, mit einer Bedarfsabklärung in der Landwirtschaft begonnen. Mit dem gemeinsamen Entwicklungsprojekt Landwirtschaft sollen die Chancen und Synergien für die landwirtschaftliche Nutzung ermittelt werden, um den Landbedarf so optimal wie möglich zu gestalten.
	Jahresziel Erste Etappe ist baureif	Ziel nicht erreicht Der Projektstart im Herbst 2009 erlaubte es nicht, die erste Etappe bereits bis zur Baureife zu planen.
1/d	Legislativziel Übersicht über mittelfristig zu realisierende bauliche Schutzmassnahmen..	
	Jahresziel Geplante Schutzmassnahmen im Wasserbau sind zusammengestellt. Risikobeurteilung ist in Erarbeitung.	Ziel erreicht Nachdem die Gemeinden mit der NFA des Bundes wieder wesentlich höhere Beiträge für den Hochwasserschutz erhalten, nahmen sie die Planung der Projekte wieder auf oder passten die Planungen den neuen Anforderungen an. Das geplante Investitionsvolumen beträgt 193 Mio. Franken. Die Risikobeurteilung aller Wasserprozesse in Nidwalden ist in Erarbeitung.
1/n	Legislativziel Neues Bundesrecht ist umgesetzt und die kantonale Anschlussgesetzgebung ist verabschiedet.	
	Jahresziel Entwurf einer Verordnung über Trockenstandorte liegt vor	Ziel nicht erreicht Die Bundesverordnung über Trockenwiesen und -weiden liegt noch nicht vor. Somit kann die Verordnung auf Kantonsstufe nicht erarbeitet werden.
	Jahresziel Entwurf der Vermessungsverordnung ist vom Regierungsrat verabschiedet	Ziel teilweise erreicht Das kantonale Geoinformationsgesetz (GeolG) wird von einer Arbeitsgruppe erarbeitet, Teilentwürfe liegen vor. Verzögerungen ergaben sich aufgrund des Todes des projektleitenden Landschaftsarchitekten.
1/o	Legislativziel Das Wasserrecht und der Wasserbau im Kanton sind neu geordnet.	
	Jahresziel Projektstart für Revision Wasserrechtsgesetz	Ziel erreicht Projekt wurde gestartet, erste Teilentwürfe liegen vor.
2/a	Legislativziel Vorliegen verkehrsübergreifendes Verkehrskonzept.	
	Jahresziel Gesamtverkehrskonzept Nidwalden ist fertiggestellt	Ziel teilweise erreicht Die Arbeiten wurden aufgenommen, in der Priorität aber zurückgestellt. Aufgrund des Entscheids des Bundes zum Agglomerationsprogramm Stans hat der Regierungsrat entschieden, das Gesamtverkehrskonzept in das Agglomerationsprogramm der 2. Generation zu integrieren.

2.2.3 Tätigkeiten der Ämter

2.2.3.1 Direktionssekretariat

Schwerpunktgeschäfte des Direktionssekretariats im Berichtsjahr waren verschiedene Projektleitungen, so beim Agglomerationsprogramm Stans, beim Sachplanverfahren zu einem geologischen Tiefenlager (Wellenberg) und bei der Einführung der elektronischen Ausschreibungsplattform SIMAP.

Im Rahmen der Umsetzung des Agglomerationsprogramms 2007 bzw. der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms 2011 fanden, neben Besprechungen mit dem Bund und verschiedenen Gemeinden, fünf Kerngruppensitzungen, zwei Projektausschusssitzungen und zwei Begleitgruppensitzungen statt.

Das Sachplanverfahren für ein geologisches Tiefenlager sieht im Sinne einer Projektleitung zur Koordination für die operativen Tätigkeiten der Standortkantone, zur Sicherstellung des Informationsaustausches zwischen Bund und Kantonen auf politischer Ebene und zur Vorbereitung der Sitzungen des Ausschusses der Kantone das Gremium «Fachkoordination Standortkantone» vor. Der Regierungsrat delegierte den Direktionssekretär in dieses Gremium, das im Berichtsjahr fünf Mal tagte.

Das Direktionssekretariat war für die Einführung von SIMAP in Nidwalden besorgt. Mit SIMAP steht den Beschaffungsstellen ein Web-Portal zur Verfügung, auf welchem auf einfache Weise Ausschreibungen und nach Bedarf auch die dazugehörigen Ausschreibungsunterlagen veröffentlicht werden können. Ausschreibungen des Kantons werden seit Mai neben dem kantonalen Amtsblatt konsequent auf SIMAP publiziert.

Eine Submissionsbeschwerde gegen den Projektwettbewerb zum Ausbau der Mittelschule Stans wurde nach der Nichtgewährung der aufschiebenden Wirkung durch das Verwaltungsgericht zurückgezogen.

2.2.3.2 Tiefbauamt

Steinschlagereignisse

Die Steinschlagereignisse vom Oktober am Lopper und vom Dezember am Bürgenberg haben das Tiefbauamt stark gefordert, obwohl Steinschlagereignisse in Nidwalden an sich nichts Aussergewöhnliches sind und entsprechende Vorkehrungen auch nicht erst aufgrund der aktuellen Ereignisse in die Wege geleitet wurden. Die Gefährdung wurde in den Jahren 1998 bis 2006 in den Gefahrenkarten systematisch erfasst. Um aus der erstmals systematisch ermittelten Gefährdung den Handlungsbedarf für die Kantonsstrassen gesamtheitlich ableiten zu können, wurde im Juni 2005 vom Tiefbauamt eine «Risikoanalyse der Kantonsstrassen in Bezug auf Steinschlag» initiiert. Im September 2006 lagen die Ergebnisse der Analyse vor. Das Risiko eines Steinschlagtreffers mit Personenschaden auf den Nidwalder Kantonsstrassen liegt bei einer gut 20-jährlichen Wahrscheinlichkeit. Betroffen sind 10 Strassenzüge.

Auf der Grundlage der Risikoanalyse wurde die Erarbeitung eines gesamtkantonalen Massnahmenkonzepts in die Wege geleitet. Ziel ist es, mit verhältnismässigen Massnahmen ein akzeptables Gesamtrisiko zu erreichen. Dabei soll das Risiko nicht nur insgesamt, sondern auch bei jedem einzelnen Strassenzug auf ein vergleichbar tiefes und akzeptierbares Niveau gesenkt werden. Jede einzelne Massnahme muss dabei jedoch auch ein hinreichendes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Es wird angestrebt, das Risiko gesamt und für jeden Strassenzug auf ein 100-jährliches Risiko zu reduzieren. Dieses Massnahmenkonzept Steinschlag Kantonsstrassen wird im Frühjahr 2010 abgeschlossen. Die mehrjährige Arbeit wird mit dem ersten Umsetzungsantrag dem Landrat unterbreitet.

Nationalstrassen

Allgemeines

Der Übergang der Nationalstrassen an den Bund wurde nach dem zweiten Jahr der Geltung der NFA weitgehend abgeschlossen. Die Perimeterabgrenzung bei den Verkehrsstrecken und -knoten konnte bereinigt und gegenseitig vereinbart werden. Die Abgrenzung bei den

einzelnen Objekten soll neu unter der Leitung der Filiale Zofingen ab dem Jahre 2010 durchgeführt werden. Der Übertrag der Parzellen und die Bereinigung der Rechte konnte folglich noch nicht beendet werden. Die Übernahme des Werkhofes durch den Kanton erfolgte mit dem Kauf per Ende 2009.

Nach wie vor erbringt der Kanton Leistungen im Auftragsverhältnis zu Gunsten des Astra. Diese Arbeiten werden zu 100 Prozent durch das Astra bzw. dessen Filiale Zofingen finanziert. Die Weiterbearbeitung des Projektes Hangsanierung Lehnenviadukt Beckenried, Massnahmen Bäche, musste auch im Jahre 2009 aufgrund des Personalengpasses beim Tiefbauamt zurückgestellt werden.

Netzvollendung

Im Berichtsjahr beanspruchte wiederum das Projekt Kirchenwaldtunnel den Hauptanteil der Leistungen. Mit Ausnahme der Lärmschutzgalerie in Hergiswil und des Tunnelportals Acheregg konnten die Bauarbeiten 2009 abgeschlossen werden.

Nach der Genehmigung des Massnahmenkonzeptes für die Instandsetzung der Verbindungsstrasse entlang des Lopper-Südhangs durch das Astra legte der Kanton im Herbst 2009 das Ausführungsprojekt für die Instandstellungsarbeiten und den Steinschlagschutz öffentlich auf. Sowohl für das Instandstellen der Lopperstrasse als auch der Achereggbrücke konnte eine Finanzierung von 96% durch den Bund ausgehandelt werden.

Kantonsstrassen

Agglomerationsprogramm

In der Vergangenheit war der Ausbau der Kantonsstrassen darauf ausgerichtet, für den stetig steigenden Verkehr die Kapazität in den Engpässen zu erhöhen und die sich entwickelnden Unfallstellen zu entschärfen. Seit einigen Jahren zeichnet es sich jedoch ab, dass nicht nur einzelne Stellen limitierend sind, sondern dass das Netz gesamthaft an die Kapazitätsgrenze stösst. Mit dem Agglomerationsprogramm ist ein übergeordnetes Verkehrskonzept zu entwickeln, mit dem Ziel, den Anstieg

des Verkehrs primär mit einer optimierten Siedlungsentwicklung zu reduzieren, sekundär mit verbesserter Infrastruktur zu verlagern und den verbleibenden Verkehr in den Siedlungen möglichst verträglich zu gestalten. Für das Agglomerationsprogramm wurden die notwendigen Grundlagendaten (Verkehrszählungen, Unfallstatistik, Kapazitätsgrenzen der Strecken und Knoten) erhoben und für komplexe Fragestellungen Hilfsmittel wie das Verkehrsmodell entwickelt.

Gleichzeitig wurden verschiedenste Massnahmen weitergeplant, um die Bau- und Finanzreife für einen Bundesbeitrag im Rahmen der zweiten Programmperiode des Agglomerationsprogrammes rechtzeitig zu erreichen.

Umfahrung Stans West

Für die Umfahrung Stans West wurden mehrere Varianten erarbeitet. Da die Linienwahl die Siedlungsentwicklung massgeblich beeinflusst, muss für eine optimale Variante die gewünschte Siedlungsentwicklung im Raum Stans West bekannt sein. Die Gemeinde Stans hat deshalb ihre Entwicklungsvorstellungen für diesen Raum in einem Teilsiedlungsleitbild entworfen. Die Entwicklungsziele, die Linienführung der Umfahrung Stans West und die Anforderungen der Haltestelle Bitzi sind aufeinander abzustimmen und zwar so, dass die Randbedingungen für einen Bundesbeitrag im Rahmen des Agglomerationsprogramms dennoch gewährleistet sind.

Knotensanierung KH3/Robert-Durrerstrasse

Die in Machbarkeitsstudien untersuchten Sanierungsansätze wurden weiter untersucht. Die Wahl der Sanierung ist noch ausstehend, da sie massgeblich auf das in Ausarbeitung befindliche Verkehrskonzept Stans abgestützt werden muss.

KV5 Stansstad, Kreisel Schürmatt bis Obbürgen

Der Baustellenverkehr sowie der Betrieb der Bürgenstockhotels werden den Verkehr auf der KV5 erheblich steigern. Die Kapazität des Knotens Schürmatt wird dadurch ungenügend, und das Kreuzen von Lastwagen oder Bussen mit dem Postauto ist auf langen Strecken nicht möglich. Damit die Behinderungen möglichst gering bleiben, soll der Ausbau der Kantonsstrasse möglichst schnell re-

alisiert werden. Die entsprechenden Planungen wurden vorangetrieben. Gemäss aktueller Planung der Bürgerstockhotels wird ihre erste Ausbautetappe gleichzeitig mit dem Ausbau der Kantonsstrasse erfolgen.

KH1 Radweg Stans-Dallenwil

Das Bauprojekt wurde aufgrund der Einzonung des Industriegebietes bei der Holzbau Kayser neu in zwei Projekte aufgeteilt. Der Landrat genehmigte im Frühling den Abschnitt Stans bis Holzbau Kayser. Das Auflageprojekt wurde im Sommer 2009 öffentlich aufgelegt. Es gingen sechs Einsprachen ein. Im Abschnitt St. Heinrich bis Holzbau Kayser konnte bald eine einvernehmliche Lösung gefunden werden und die Bauarbeiten starteten nach dem Baubeschluss des Regierungsrates und dem Landerwerb Ende Jahr. Die Einspracheverhandlungen im Abschnitt Stans bis St. Heinrich dauern an. Der oberliegende Abschnitt Holzbau Kayser bis Staldifeld kann dank der Einzonung und dem Entgegenkommen der Holzbau Kayser AG ohne zweimalige Querung des Eisenbahntrassees projektiert werden.

KH2/KV7 Dallenwil, Knoten Bahnhof

Der Knoten soll aufgrund der verhältnismässig hohen Unfallrate und der Rückstellung der Agglomerationsmassnahmen nächstens realisiert werden. Die Planung wurde weitergeführt und es erfolgten Gespräche mit der Gemeinde Dallenwil und den betroffenen Grundeigentümern.

KH3 Buochs, Kreisel Hinter Linden

Der Kreisel Hinter Linden dient als Erschliessung einer privaten Liegenschaft wie auch als verkehrsberuhigende Pforte beim Dorfeingang. Der Landrat stimmte im Sommer 2009 dem Projekt zu. Infolge einer Einsprache, bei der bis anhin keine Einigung gefunden werden konnte, verzögerte sich die Realisierung dieses Kreisels. Die Projektleitung liegt bei der Gemeinde Buochs, das Tiefbauamt begleitet das Projekt.

KV6 Kehrsitenstrasse

Nachdem gemeinsam mit der Gemeinde Stansstad in den Jahren 2005 und 2006 die Kehrsitenstrasse durch die ETH

Zürich eingehend analysiert und verschiedenste Varianten entwickelt worden waren, wurde die gemeinsame Planung nach dem unwetterbedingten Unterbruch im Frühjahr wieder aufgenommen. Die Untersuchung der ETH zeigte auf, dass die Kapazität der Kehrsitenstrasse für den heutigen Zustand wie auch in Zukunft, wenn alle Bauparzellen überbaut sind, ausreichend ist. Offen bleibt einzig die Frage des Fahrkomforts.

Baulicher Unterhalt

Im August wurden an der Wiesenbergstrasse im Bereich Lochgraben markante Setzungen festgestellt, welche Sofortmassnahmen zur Stützung des talseitigen Strassenrandes erforderten. Ferner konnten die Sofortmassnahmen unterhalb von Wiesenberg abgeschlossen werden. In Emmetten wurde im Abschnitt Gruob mit den Unterhaltmassnahmen durch den Bau einer neuen talseitigen Stützkonstruktion begonnen.

Wasserbau

Reusswehr

Der Neubau des Reusswehres ist für die Reduktion der Hochwasserrisiken im Kanton Nidwalden ein wichtiges Bauwerk. Die wesentlichen Bauarbeiten am Reusswehr wurden gestartet und schreiten gemäss Planung voran. Rund ein Drittel des Neubaus sind realisiert. Die Kosten werden voraussichtlich eingehalten.

Engelberger Aa und See

Beim Ausbau der Engelberger Aa von Dallenwil bis Buochs wurden die Abschluss- und Garantearbeiten sowie der Landerwerb weitergeführt. Die Planung für den Abschnitt Dallenwil bis Mettlen wurde im Herbst wiederaufgenommen.

Im Delta der Engelberger Aa lagerte sich seit dem Unwetter 2005 jährlich erheblich mehr Geschiebe ab als früher. Die Genossenkorporationen Buochs und Ennetbürgen besitzen ein altes Recht und beuten das Kies mittels einer Konzession an die WABAG seit Langem mit Ertrag aus. Da allerdings die Kubaturen über 10 000 m³ pro Jahr nicht Ertrag bringend verwertet werden können, sind die Kor-

porationen nicht bereit, das jährlich effektiv anfallende Kies auszubaggern. Das Delta der Engelberger Aa wächst deshalb seit dem Unwetter 2005 jedes Jahr weiter in den See hinaus und die Hochwassersicherheit im Einmündungsbereich sinkt laufend (fehlende Ablagerungskapazität). Die Landwirtschafts- und Umweltdirektion und das Tiefbauamt suchten deshalb zusammen mit den Korporationen und der WABAG nach Lösungen. Mit einer kleinen Deltaöffnung im Bereich des Hafens der WABAG könnte ein grosses Ablagerungsvolumen erschlossen werden, welches es erlauben würde, den ändernden Kieseintrag ohne Risiko für die Hochwassersicherheit aufzunehmen und ertragbringend über die Jahre zu verwerten. Das Tiefbauamt arbeitete ein entsprechendes Projekt aus und klärte die Machbarkeit. Die WABAG wäre bereit, das Gelände für eine langfristig gesicherte Konzession abzutreten. Seitens des Kantons sollen die notwendigen Investitionen getätigt werden, wenn im Gegenzug das Ausbeutungsrecht der Genossenkorporationen abgelöst und vom Kanton langfristig der WABAG zugestanden werden kann. Die Genossenkorporationen erwarten, dass der Kanton die Investitionen tätigt, dass aber der ganze Ertrag aus der Kiesausbeutung ihnen verbleibt.

Wildbäche

Durch den Geschiebeeintrag von rund 320 000 m³ oberhalb der Staustufe Chäppelistutz des Secklisbach ging beim Unwetter 2005 das Auffangvolumen vor dem Dorf Wolfenschiessen verloren. Da weitere Murmassen in gleicher Grössenordnung das Dorf Wolfenschiessen bedrohen, wurden verschiedene Massnahmen zur Wiederherstellung des Schutzes untersucht. Der Bau eines Geschiebesammlers im Unterlauf des Secklisbaches mit Überlastsicherung zeigte sich als klare Bestvariante. Dieser Sammler wurde 2009 weitgehend realisiert.

In Beckenried wurde eine weitere Etappe am Unterlauf des Lielibaches fertiggestellt.

Mit Ausnahme der Gemeinde Emmetten laufen in allen Gemeinden Planungen für den Hochwasserschutz bei Wildbächen, welche in den nächsten Jahren zur Ausführung gelangen. Sechs Gesamtkonzepte wurden vom Bund bereits genehmigt.

Betrieblicher Unterhalt Kanton (Strasseninspektorat)

Im Berichtsjahr wurden im Strasseninspektorat die Leistungen für den Betrieb und Unterhalt der Kantonsstrassen, des Aawassers und des Sees sowie die Leistungsaufträge der Nationalstrasse und die Dienstleistungen für andere Verwaltungen mit den auf gut einen Drittel reduzierten 15,2 Stellen erbracht. Die Umsetzung des Betriebskonzeptes konnte im zweiten Jahr nach NFA konsolidiert werden. Insbesondere erfolgte der Winterdienst für die Kantonsstrassen während der ganzen Periode unabhängig vom Nationalstrassenregime.

2.2.3.3 Hochbauamt

Projektierungen

Flugplatz Buochs, Sanierung Kontrollturm und Einzäunung

Der Kontrollturm ist in einem schlechten baulichen Zustand und muss dringend ersetzt werden. Auf dem Flugplatz Buochs gibt es viele Kreuzungen mit öffentlichen Wegen und Strassen. Diese sind nur teilweise mit Barrieren abgesichert. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt fordert aus Sicherheitsgründen die Umzäunung der Hauptpiste. 2007 bewilligte der Regierungsrat einen Projektierungskredit von 190 000 Franken für die Erarbeitung der Bauprojekte «Tower» und «Umzäunung Hauptpiste». Die Projektgrundlagen wurden 2009 abgeschlossen.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung wurde eine Studie «Nutzungspotenzial Flugplatz Buochs Süd» als Arbeitspapier erarbeitet. Die Studie dient dazu, mögliche Richtungen für eine planerische Weiterentwicklung im Gebiet Fadenbrücke (Buochs) und Allmend (Stans) aufzuzeigen, sowie bei einer allfälligen Realisierung die Rahmenbedingungen zu kennen. Folgende Ziele wurden für die Studie definiert:

- mögliche Bauzonen im Gebiet Fadenbrücke (Buochs) aufzeigen
- Potential der möglichen Bauzonen im Gebiet Allmend (Stans) aufzeigen
- mögliche Erschliessungen und Wertung der Zufahrtsvarianten

- Vorschlag für Nutzungszonen und Art der Nutzung erarbeiten
- mögliche Etappen für die Erweiterung der Nutzungszonen darlegen
- Marktwert für zukünftig eingezontes Land berechnen (Kosten-Nutzen-Gegenüberstellung)
- Berücksichtigen der Rahmenbedingungen

Die Studie wird im März 2010 den Gemeinden und Korporationen vorgestellt.

Neukonzeption des Nidwaldner Museums, Neubau Ausstellungspavillon Winkelriedhaus

Im Winkelriedhaus soll das eigentliche Museumszentrum entstehen. 2008 bewilligte der Regierungsrat einen Projektierungskredit für einen Pavillon-Neubau von 90 000 Franken. Anschliessend wurden durch das Hochbauamt fünf Architektenteams zu einem Projektwettbewerb im Rahmen eines Studienauftrages eingeladen. Termingerechert wurden fünf Projekte anonym eingereicht. Am 8. Mai 2009 beschloss das Expertengremium, den Lösungsvorschlag des Generalplanerteams Unit Architekten, Hergiswil, mit der Weiterbearbeitung des Projektes zu beauftragen. Der Antrag an den Landrat für die Projekt- und Kreditgenehmigung erfolgt im Jahr 2010.

Mittelschule, Ausbau

Mit Beschluss vom 1. April 2009 bewilligte der Landrat einen Projektierungskredit von 650 000 Franken für die Planung eines Ausbaus der Mittelschule, um die nötigen Räumlichkeiten für die naturwissenschaftlichen Fächer, den Werk- und Instrumentalunterricht, eine Schulküche und Gruppenzimmer zu schaffen. Anschliessend wurde durch das Hochbauamt ein Projektwettbewerb im offenen Verfahren ausgeschrieben. In der Folge wurden 10 Projektvorschläge eingereicht. Am 24. September 2009 beschloss das Expertengremium einstimmig, den Lösungsvorschlag des Generalplanerteams Auf der Maur & Böschenstein Architekten, Luzern, mit der Weiterbearbeitung des Projektes zu beauftragen.

Kantonsspital, Ergänzungs- und Optimierungsmassnahmen

2008 bewilligte der Landrat einen Projektierungskredit

von 350 000 Franken für die Planung der baulichen Optimierungs- und Ergänzungsmassnahmen des Kantonsspitals in Stans. Aufgrund einer Planersubmission im offenen Verfahren gingen sechs Bewerbungen mit Ideenskizzen eines Lösungsvorschlages ein. Am 26. Januar 2009 beschloss das Expertengremium einstimmig, den Lösungsvorschlag des Generalplanerteams Dinkel Korner Partner AG, Stans, mit der Weiterbearbeitung des Projektes zu beauftragen.

Am 15. Dezember 2009 genehmigte der Landrat das Projekt für die baulichen Optimierungs- und Ergänzungsmassnahmen des Kantonsspitals und bewilligte einen Objektkredit von 12 Mio. Franken.

Die projektierten Massnahmen zur baulichen Optimierung und Ergänzung sind notwendig, um den Versorgungsauftrag des Kantonsspitals in naher Zukunft erfüllen zu können. Dazu gehören speziell die Schaffung der Privatstation (Konkurrenzfähigkeit), die Zusatzmassnahmen bei Notfallstation und Ambulatorium (Leistungserwartung) und die Bereitstellung von genügend Arbeitsplätzen, speziell im Arztbereich.

Kantonsspital, Sanierung Personalhaus 2

Das Personalhaus 2 wurde einer umfassenden Gesamtbeurteilung unterzogen. Zudem wurde eine Überprüfung in Bezug auf Erdbebensicherheit vorgenommen. Die Gesamtbeurteilung zeigte auf, dass es richtig ist, die gesamte Gebäudehülle wärmetechnisch (Minergiestandard) zu sanieren. Dadurch werden rund 70 Prozent der heutigen Heizkosten eingespart. Bei den projektierten Massnahmen handelt es sich um eine sanfte Sanierung, welche unter anderem den dringenden Ersatz der Fenster, der Lamellenstoren, eine wärmetechnische Sanierung der Fassade wie auch die Sanierung der Flachdächer beinhaltet. Im Gebäudeinnern sind lediglich die Sanierung der Küchen sowie der Einbau von je einer Dusche pro Geschoss vorgesehen. Durch den Einbau von zwei zusätzlichen Betonriegeln im Bereich des Erdgeschosses und je einem in den Obergeschossen kann die Erdbebensicherheit entsprechend den heutigen Normen gewährleistet werden.

Am 15. Dezember 2009 genehmigte der Landrat das Projekt für die Sanierung des Personalhauses 2 und bewilligte einen Objektkredit von 2,6 Mio. Franken.

Kantonsspital, Beschaffung eines Magnetresonanztomographen

Am 15. Dezember 2009 genehmigte der Landrat das Projekt für die baulichen Massnahmen für den Standort eines Magnetresonanztomographen und bewilligte einen Objektkredit von 1,3 Mio. Franken. Gleichzeitig bewilligte der Landrat einen Kredit von 1,5 Mio. Franken für die Beschaffung eines Magnetresonanztomographen.

Bau**Gefängnis Stans, Optimierung Sicherheit**

Mit Voranschlag 2009 bewilligte der Landrat einen Kredit für die Optimierung der Sicherheit von 780 000 Franken. Unter anderem wurden sämtliche Holzfenster durch neue Aluminiumfenster mit Schmuggelgittern und Sichtblende ersetzt. An den Gitterstäben wurden Körperschallvibrationsalarmgeräte (Körperschallmikrophone; KSM) montiert. Der Spazierhof wurde mit einem feinmaschigen Netz überspannt. Diese Arbeiten wurden 2009 ausgeführt.

Zentrum Bevölkerungsschutz Wil, Neubau

Am 8. Februar 2009 bewilligte das Stimmvolk von Nidwalden einen Objektkredit von netto 7,7 Mio. Franken für den Neubau eines Zentrums für den Bevölkerungsschutz inkl. Ausbildungsparcours. Die Bauarbeiten sind soweit vorgeschritten, dass Ende 2009 die Rohbauphase abgeschlossen werden konnte. Der Bezug durch den Bevölkerungsschutz ist Ende 2010 vorgesehen.

Mit dem Neubau kann die seit geraumer Zeit angestrebte Verwendung des Ausbildungszentrums als Schulungs- und Führungsstandort der kantonalen Zivilschutzorganisation mit rund 600 aktiven Schutzdienstpflichtigen erreicht werden. Im Ereignisfall dienen die neuen Räumlichkeiten den kantonalen Notorganisationen als multifunktionaler Führungsstandort. Die ständige Mitbenutzung durch die Schweizer Armee (SWISSINT) sowie Drittbelegungen durch Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes ermöglichen eine optimale Auslastung und somit den kostengünstigen Betrieb der Anlage. Zwischen dem Bund und dem Kanton Nidwalden besteht ein langfristiger Mietvertrag, welcher die Mitbenutzung des Baus durch

die SWISSINT regelt.

Der bestehende Übungsparcours der Armee mit den Ausbildungsstationen wird ausgebaut und kann in sinnvoller Ergänzung vom Bevölkerungsschutz sowie von Wehr- und Rettungsdiensten mitbenutzt werden.

Kantonsspital, Tiefgarage Wirzboden

2004 bewilligte der Landrat für den Erwerb von Stockwerkeigentum an der Parzelle Nr. 356, Wirzboden, einen Objektkredit von 3,65 Mio. Franken. Dieses Stockwerkeigentum sollte 133 Parkplätze im 2. Untergeschoss einer zu erstellenden Autoeinstellhalle beinhalten. In Berücksichtigung der inzwischen veränderten tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere der wesentlich höheren Hochwasserkote und der damit verbundenen Mehrkosten, war eine Neu Beurteilung des Projektes geboten. Mit der geplanten Realisierung eines einzigen Untergeschosses mit neu 110 Parkplätzen für das Kantonsspital kann die ursprüngliche Zielsetzung trotzdem erreicht werden. Am 27. Oktober 2009 genehmigte der Regierungsrat den Kaufvertrag von 3,2 Mio. Franken. Der Bezug der Autoeinstellhalle ist 2011 vorgesehen.

Kantonsspital, Erneuerung Wärme- und Kälteerzeugung

2007 bewilligte der Landrat einen Objektkredit von brutto 3,3 Mio. Franken für die Erneuerung und Ergänzung der Wärme- und Kälteerzeugung des Kantonsspitals. Die Erneuerung der Wärme- und Kälteerzeugung erfolgte in zwei Etappen. Zuerst wurde für die Gebäudeheizung eine neue Wärmepumpenanlage mit einer vorgesehenen maximalen Heizleistung von 700 kW eingebaut. Im Berichtsjahr wurde zur Stromerzeugung in einer zweiten Etappe auf dem Spitaldach eine Photovoltaikanlage von 100 m² mit einer Leistung von 12,3 kW montiert, welche ca. 14 000 kWh Strom aus Sonnenenergie liefert.

Mit dem Gesamtprojekt konnte die Wärme- und Kälteerzeugung grundlegend erneuert und auf einen ökologisch und ökonomisch vorbildlichen Stand gebracht werden. Der Verbrauch an Heizöl konnte von 310 000 auf unter 25 000 Liter pro Jahr reduziert werden. Damit verbunden ist eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um rund 700 Tonnen pro Jahr. Zusätzlich können auch 10 000 m³ an Trinkwas-

ser pro Jahr gespart werden, welche vor der Sanierung für die Direktkühlung erforderlich waren. Insgesamt sind heute die jährlichen Energie- und Wasserkosten um rund 140 000 Franken pro Jahr tiefer als vor der Sanierung.

Die Arbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes. Beide Projekte konnten im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen erfolgreich abgeschlossen werden.



2.2.3.4 Amt für Raumentwicklung

Richtplanung

Kantonaler Richtplan

Die Aktualität und die Bewirtschaftung des kantonalen Richtplanes stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die verschiedene Direktionen und Amtsstellen betrifft. Das Amt für Raumentwicklung nimmt dabei eine koordinierende und leitende Funktion wahr und stellt die Kommunikation mit dem Bund sicher. Die im Vorjahr vom Regierungsrat beschlossene Teilrevision des kantonalen Richtplans wurde am 1. April 2009 vom Landrat erlassen. Anfangs Juni 2009 wurde diese Revision beim Bund zur Genehmigung eingereicht.

Kommunale Richtpläne

2009 wurde der kommunale Richtplan Seefeld der Gemeinden Buochs und Ennetbürgen vom Regierungsrat genehmigt. Der kommunale Richtplan Seefeld ordnet die unterschiedlichen Nutz- und Schutzansprüche im Gebiet Seefeld behördenverbindlich.

Das neu erarbeitete Siedlungsleitbild der Gemeinde Oberdorf wurde durch den Kanton vorgeprüft und in der Folge durch die Gemeinde überarbeitet. Im Weiteren konnte die Erarbeitung eines Merkblattes zum Inhalt und zu den minimalen Aussagen eines Siedlungsleitbildes im Frühjahr 2009 abgeschlossen werden.

Nutzungsplanung

Kommunale Nutzungsplanung

Vorgeprüft wurde die Anpassung der Nutzungsplanung von Beckenried, Buochs, Hergiswil, Bürgenstock (Ennetbürgen und Stansstad), Oberdorf und Stansstad (Dorfkern).

Genehmigt wurde die teilrevidierte Nutzungsplanung von Hergiswil, die Zonenplanänderungen der Gemeinden Ennetbürgen und Stansstad auf dem Bürgenstock, die Anpassung der Bau- und Zonenordnung Beckenried sowie der Fusswegplan von Ennetbürgen (Steg).

Bebauungs- und Gestaltungspläne

Gestaltungspläne für Wohnüberbauungen im Umfang von 17 000 m² Bruttogeschossfläche mit insgesamt 160 Wohneinheiten konnten genehmigt werden. Diese Grössen lassen auf einen flächenmässig durchschnittlichen Raumanspruch pro Wohneinheit schliessen.

Der umfangreiche Gestaltungsplan der Hotelanlage auf dem Bürgenstock, der Gestaltungsplan Glasi in Hergiswil sowie der Gestaltungsplan einer Wohnüberbauung in Beckenried wurden vorgeprüft. Im Weiteren wurde der Bebauungsplan Dorfkern Stansstad durch die kantonalen Behörden vorgeprüft und die Bebauungsplanung in der Zentrumszone von Stans im Sinne einer Voranfrage begutachtet.

Bauten und Anlagen ausserhalb von Bauzonen

Die zu beurteilenden Baugesuche ausserhalb der Bauzone nahmen 2009 wieder um 10 % zu. Von den 148 Baugesuchen mussten nur 3 abgewiesen werden. Der Anteil

landwirtschaftlicher Gesuche lag 2009 genau bei 50 %. Zur Hälfte wurden also zonenwidrige bauliche Veränderungen beurteilt und bewilligt. Als landschaftlicher und kultureller Verlust ist der Ersatz von 4 traditionellen Wohnbauten durch Neubauten zu werten.

Natur- und Landschaftsschutz

Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz

Die Fachstelle hat im Berichtsjahr zu 102 Projekten und Anfragen schriftliche Stellungnahmen oder Mitberichte abgegeben.

Im Jahr 2009 wurde zusammen mit der Gemeinde Stansstad der Amphibiendurchlass an der Rotzlochstrasse im Zuge einer Strassen- und Kugelfangsanierung in wesentlichen Teilen neu erstellt. Damit wurde die konzeptionell veraltete und baufällige Anlage wieder in einen funktionsstüchtigen Zustand zurückgeführt, so dass nun die Lebensraumvernetzung in diesem Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung wieder hergestellt ist.

Im Bereich des Artenschutzes liess man in unserem Kanton die Vorkommen von insubrischen Florenelementen an klimatisch begünstigten Lagen am Vierwaldstättersee untersuchen. Diese Pflanzen haben ihre Hauptverbreitung auf der Südseite der Alpen, daher sind sie in unserer Region eine lokale Besonderheit.

Im Berichtsjahr konnten 11 Vernetzungsprojekte für die zweite Sechsjahresperiode bewilligt werden, ein Projekt wurde von der Trägerschaft neu gestartet. Ein Vernetzungsprojekt hat die Wirkungsziele nicht erreicht und wurde daher nicht verlängert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass bei den Wirkungskontrollen zu diesen Vernetzungsprojekten Insektenarten wieder gefunden wurden, welche im Kanton Nidwalden mehrere Jahrzehnte verschollen waren.

Für ökologische Ausgleichsflächen, bei denen wegen eines hohen Düngervorrates im Boden Schwierigkeiten mit dem vorgegebenen Schnitzeitpunkt auftreten, können landwirtschaftliche Bewirtschafter mit der Fachstelle «Ausmaigerungsverträge» abschliessen. Die Wirkungskontrolle nach einer sechsjährigen Praxis zeigte nun, dass mit diesen Verträgen in dieser Zeitspanne die Probleme aus betrieblicher Sicht

gelöst werden. Um ein biologisches Qualitätsniveau für entsprechende Beiträge zu erreichen, sind von den Bewirtschaftern jedoch noch zusätzlich Anstrengungen notwendig.

Kommission für Natur- und Landschaftsschutz

Die Kommission für Natur- und Landschaftsschutz, die als beratende Kommission in unterschiedlichsten Planungs-, Bewilligungs- und Unterschutzstellungsverfahren Stellung zu Handen der zuständigen Entscheidungsbehörden nimmt, hat im Berichtsjahr zu 59 Geschäften Stellung genommen. Darunter waren einzelne sehr gewichtige und aufwendige Stellungnahmen wie etwa die zweite Vorprüfung zum Gestaltungsplanentwurf Bürgenstock Resort oder die Begutachtung zum Projekt «Kristall» in Stans.

Vermessung

LIS Nidwalden AG

Die Einführung von WebOffice stand im Berichtsjahr im Mittelpunkt der Tätigkeiten der LIS Nidwalden AG. Neu können über drei verschiedene Methoden Projekte aufgerufen werden. Mit einem entsprechenden Suchmechanismus wird gewährleistet, dass auch gelegentliche Nutzer gezielt und schnell auf die gewünschten Datensätze zugreifen können.

Am GIS Forum vom 24. März 2009 konnten die wichtigsten Projekte gezeigt werden.

Die LIS Nidwalden AG wurde von der Zugriffsintensität auf ihr Webportal überrascht. Zusammen mit der Komplexität der Projekte (kantonale Projekte inkl. detailliertere Abbildungen) kamen die Server an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Server werden deshalb massiv aufgerüstet, anfangs 2010 werden neue Server die alten ersetzen. In einer Übergangsphase werden sowohl die bisherigen Projekte auf der Basis von Neapoljs als auch die neuen Projekte auf der Basis von WebOffice verfügbar gemacht.

Um die Aktualität der Webprojekte noch besser zu gewährleisten, hat die LIS Nidwalden AG mit einem sogenannten Prozessier-Service den Datentransfer für die Aktualisierung der Geodatendrehzscheibe automatisiert. Es werden permanente, tägliche und periodische Aktualisierungen vorgenommen. Damit wurde ein weiterer

Schritt unternommen, um die Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und Aktualität der Geodaten zu verbessern.

Die Anzahl der Datenabgaben haben sich im Kanton Nidwalden gegenüber 2008 um ca. 5% reduziert. Der Umsatz war jedoch leicht höher, was darauf zurückzuführen ist, dass vermehrt komplexere und umfassendere Datenbezüge verlangt werden. Einfache Datenabfragen wurden vorwiegend direkt vom Kunden aus den Geoportalen vorgenommen. Eine stetige Zunahme dieser Dienstleistungen zeigt eine entsprechende Statistik.

Die Zusammenarbeit mit dem GIS Obwalden hat sich auch im 2009 bewährt. Die Bedürfnisse und Projekte sind weitgehend identisch, so dass beide Kantone aus dieser Zusammenarbeit profitieren.

Amtliche Vermessung

Im Jahr 2009 konnte die Nachführung der amtlichen Vermessung im Kanton Nidwalden mit etablierten und bewährten Abläufen abgewickelt werden. Die anfallenden Nachführungsarbeiten konnten termingerecht durchge-



Die Erarbeitung des Geoinformationsrechts des Kantons Nidwalden ist im Gange. Ein wichtiger Bestandteil dieser Gesetzesgrundlage ist der Geobasisdatenkatalog, welcher für den Kanton und seine Gemeinden erarbeitet werden muss. Voraussichtlich 2010 soll der Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung kommen.

Um die Geodaten auf einem aktuellen Stand zu halten, ist es notwendig, die Koordination der Nachführungen verschiedenster Geodatenätze zu gewährleisten. Die einzelnen Dateneigentümer wurden über die auszuführenden Nachführungsarbeiten durch die Geschäftsstelle informiert. Sie koordiniert und sammelt die Nachführungsmeldungen und leitet diese an die entsprechenden Nachführungsstellen weiter.

führt werden. Dank eines gut funktionierenden Meldewesens und ausreichender Personalressourcen ist die Aktualität der Nachführung in Nidwalden auf einem guten Stand. Von den wichtigeren Bauvorhaben wie Neubauten wird der bewilligte Zustand bereits als «projektierte Bauten» erfasst. Die Daten der amtlichen Vermessung werden wie bisher nach dem Mehrgenerationenprinzip gesichert und dezentral aufbewahrt.

Die Arbeiten zur Erneuerung der Ebene Nomenklatur wurden per Ende 2009 definitiv abgeschlossen und vom Bund anerkannt. Der Regierungsrat hat aber das Inkraftsetzungsverfahren für die Gemeinden ausgesetzt, bis neue Weisungen über die Schreibweise vorliegen. Die Arbeiten umfassten die Übernahme der

provisorischen Flur-, Gelände- und Ortsnamen, deren parzellenscharfe Abgrenzung und die Bereinigung von örtlichen Zuordnungen.

Die Daten, welche im Projekt «Einführung des neuen Datenmodells DM.01-AV_UR-SZ-OW-NW» überarbeitet wurden, wurden laufend zur Verifikation abgegeben. Die Vermessungsaufsicht setzte dabei erstmals das Verifikationstool «BE-LUTI» ein, welches eine umfassende Prüfung erlaubt. Die Anerkennung durch den Bund ist im Frühjahr 2010 vorgesehen. Ende 2008 wurde für die flächendeckende Definition und Erfassung der Ebene Gebäudeadressen und die Erfassung von EGID (eidg. Gebäudeidentifikator) und EDID (eidg. Eingangsidefikator) im Rahmen der Registerharmonisierung ein Werkvertrag abgeschlossen. Die Arbeiten verlaufen planmässig und sollten im Herbst 2010 zur Verifikation abgegeben werden können.

Im Jahr 2009 musste ein Nachfolger für den Nachführungsgeometer gesucht werden. Paul Odermatt beende-

te per 2009 seine Tätigkeit und trat in den Ruhestand. Nach einer öffentlichen Ausschreibung wählte der Regierungsrat Peter Abry zum neuen Nachführungsgeometer per 1. Januar 2010.

2009 wurden die Aufwendungen der Vermessungsaufsicht erstmals nicht mehr als Pauschale, sondern nach Aufwand verrechnet. Das gemäss Vereinbarung vom 6. November 2008 abgemachte Kostendach konnte eingehalten werden (350 Stunden vorgesehen, 253,2 Stunden verrechnet). Das gegenüber den Vorjahren unveränderte Budget beim Kanton wurde aber überschritten. Dies hat vor allem zwei Gründe: Zum einen waren die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Wahl des neuen Nachführungsgeometers ausserordentlich. Zum anderen erlaubte das neue Verifikationstool eine vertiefte Prüfung der Daten. Dies ist zeitintensiv, trägt aber zur Werterhaltung der bisher in die Amtliche Vermessung investierten Mittel bei.

2.2.4 Vernehmlassungen an den Bund

Baudirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung des Bundesamts für Umwelt betreffend Smaragdnetzwerk	Nr. 102 vom 17. Februar 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des Bundesamts für Landestopografie betreffend Einführungsplan für die 'minimalen Geodatenmodelle' der Geobasisdaten des Bundesrechts	Nr. 204 vom 31. März 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Vernehmlassung des Bundesamts für Raumentwicklung zum Prüfbericht zum Agglomerationsprogramm Stans	Nr. 228 vom 7. April 2009	Mehrheitliche Ablehnung, zahlreiche Änderungsanträge
Vernehmlassung des Bundesamts für Raumentwicklung zum Prüfbericht zum Agglomerationsprogramm Luzern	Nr. 229 vom 7. April 2009	Änderungsantrag bez. Priorisierung Tunnel Hergiswil
Vernehmlassung des UVEK zum Bundesbeschluss über die Finanzierungsetappe 2011–2014 für das Programm Agglomerationsverkehr	Nr. 230 vom 7. April 2009	Ablehnung
Vernehmlassung des UVEK betreffend Revision des Raumplanungsgesetzes	Nr. 231 vom 7. April 2009	Mehrheitliche Zustimmung; einige Änderungsanträge
Vernehmlassung des UVEK betreffend Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel	Nr. 232 vom 7. April 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Vernehmlassung der Eidgenössischen Oberzolldirektion zum Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen	Nr. 515 vom 18. August 2009	Zustimmung

2.3 Justiz- und Sicherheitsdirektion

2.3.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion versieht Aufgaben der Justizverwaltung, des Zivilstandwesens, der Migration und der Strafvollzuges. Sie umfasst das Grundbuchamt samt Notariatsaufgaben. Die Kantonspolizei und das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz sorgen für die Aufrechterhaltung eines optimalen Sicherheitsstandards im Kanton Nidwalden.

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion nimmt auch integral die Aufgaben der Aussenbeziehungen wahr.

Im Weiteren sind der Justiz- und Sicherheitsdirektion das Verkehrssicherheitszentrum, die Nidwaldner Sachversicherung sowie Staatsanwaltschaft, Verhöramt und Jugendanwaltschaft administrativ zugewiesen.



Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Staatsanwaltschaft	1.2	1.2
Jugend-anwaltschaft	1.3	1.3
Verhöramt	7.4	10.2
Amt für Justiz	19.2	19.5
Grundbuchamt	5.3	5.3
Kantonspolizei	54.5	56.0
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	23,4	24,5

Jahr in Zahlen

- 45,3 % weniger eingereichte Gesuche im Bereich ordentliche Einbürgerungen.
- 8 514 Verpflegungstage im Untersuchungs- und Strafgefängnis.
- 1603 von der Kriminalpolizei registrierte Straftaten.
- 233 von der Verkehrs- und Sicherheitspolizei registrierte Verkehrsunfälle.
- 178 aus der Militärdienstpflicht entlassene Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten.
- 512 geleistete Dienstage des Zivilschutzes.
- Bei 264 Ereignissen leisteten die Nidwaldner Feuerwehren 5131 Einsatzstunden.

2.3.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/b	Legislativziel Sicherung des Engelberger Tals als Lebensraum.	
	Jahresziel Umsetzung weiterer Notfallplanungen im Bereich Naturgefahren auf Basis des Risikokatasters und gemäss Vorprojekt vom 10. Juli 2007.	Ziel erreicht Der Projektzeitplan gemäss Vorprojekt vom 10.07.2007 konnte eingehalten werden. Per Ende 2009 wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen 16 Notfallplanungsprojekte bearbeitet und zum Teil fertig erstellt. Die Notfallpläne für die wahrscheinlichsten Risiken (Engelberger Aa, diverse Wildbäche, Seehochstand und Lawinen) wurden in erster Priorität erstellt oder ergänzt.
	Jahresziel Die Alarmierung der Bevölkerung ist optimiert.	Ziel erreicht Im Rahmen der Notfallplanungen wurden die zeitkritischen Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung bei Notlagen vorsorglich vorbereitet und im Einsatzleitsystem der KAPO erfasst. Die Grundlagen für die Alarmierung und Information der Bevölkerung bei Notlagen ist auf Grund der Erfahrungen im Unwetter 2005 ein fester Bestandteil der laufenden Notfallplanung. Die Zusammenarbeit mit der nationalen Alarmzentrale/Radio DRS wurde in verschiedenen Ernstfall-Übungen trainiert. Der zeitverzugslose Kontakt zum Radiostudio DRS ist während 24 Stunden / 365 Tagen über die Einsatzzentrale der Kantonspolizei sichergestellt. Die Auslösung der Sirenen über die Fernsteuerung wird jedes Jahr getestet.
	Jahresziel Sicherstellung des kantonalen Führungsstandortes sowie des Ausbildungsgebäudes im Rahmen des Zentrums für Bevölkerungsschutz / SWISSINT.	Ziel erreicht Der Bau des Zentrums für Bevölkerungsschutz / Ergänzung Camp SWISSINT und damit auch die Sicherstellung des Führungsstandortes für die Kantonale Notorganisation erfolgt gemäss Projektzeitplan. Die Bezugsbereitschaft ist auf den 1. Januar 2011 festgelegt.
	Legislativziel Gewährleistung der Sicherheit im Kanton.	
	Jahresziel Konsolidieren der eingeleiteten Massnahmen und konsequente Umsetzung.	Ziel erreicht Die konsequente Präsenz im öffentlichen Raum, insbesondere im Raum Stans, hat sich positiv auf «Ruhe und Ordnung» ausgewirkt. Das konsequente Ahnden von Tatbeständen wie Nachtruhestörung, Tätlichkeiten, Sachbeschädigungen usw. trägt positive Früchte. Die Kriminalprävention an der ORST ist angelaufen; die Schulräte, Klassenlehrer und die interessierten Eltern sind informiert. Die Präventionsarbeit wird in den Klassenzimmern gestaltet.
3/j	Legislativziel Die Justizreform des Bundes ist umgesetzt. Die Gerichte sind umfassend neu organisiert und der Rechtsweg ist garantiert.	
	Jahresziel Einführungsbestimmungen zur neuen Zivilprozessordnung sowie zur neuen Strafprozessordnung sind erstellt.	Ziel erreicht Die Gesetzgebungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Der Zeitplan 1. Januar 2011 kann eingehalten werden.
	Jahresziel Kantonsverfassung ist angepasst.	Ziel erreicht Die Teilrevision der Kantonsverfassung betreffend die Gerichtsorganisation wurde vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Die Volksabstimmung findet am 2. Mai 2010 statt.
	Jahresziel Neue Prozesskostenverordnung ist erstellt.	Ziel erreicht Das Prozesskostengesetz (Tarif für Gerichte und Anwälte) ist in Vorbereitung.
	Jahresziel Rechtsweggarantie ist umgesetzt	Ziel erreicht Das Gerichtsgesetz (Totalrevision) ist vom Regierungsrat verabschiedet und in der externen Vernehmlassung. Die Behandlung im Landrat ist im Mai/Juni 2010 vorgesehen. Das EG ZGB, EG OR und Persönlichkeitsschutzgesetz (Einführungsrecht, Zuständigkeit der Gerichte) sind in Vorbereitung. Die Verwaltungsrechtspflegeverordnung (Umsetzung der Rechtsweggarantie, allg. Rechtswittel VRPV) und die Anpassung von ca. 80 Erlassen sind in Vorbereitung.
	Jahresziel Reorganisation der Gerichte vollzogen.	Ziel erreicht Wird im Gerichtsgesetz geregelt. Die Behandlung im Landrat ist im Mai/Juni 2010 vorgesehen. Die Umsetzung wird auf den 1. Januar 2011 vollzogen.

Nr.	Ziel	Bericht
3/j	Legislativziel Die Justizreform des Bundes ist umgesetzt. Die Gerichte sind umfassend neu organisiert und der Rechtsweg ist garantiert.	
	Jahresziel Integration Einzelrichter SchKG ins Kantonsgericht vollzogen	Ziel erreicht Wird im Gerichtsgesetz geregelt. Die Behandlung im Landrat ist im Mai/Juni 2010 vorgesehen. Die Umsetzung wird auf den 1. Januar 2011 vollzogen.
	Jahresziel Reorganisation Staatsanwaltschaft und Verhöramt abgeschlossen	Ziel erreicht Wird im Gerichtsgesetz geregelt. Die Behandlung im Landrat ist im Mai/Juni 2010 vorgesehen. Die Umsetzung wird auf den 1. Januar 2011 vollzogen.

2.3.3 Tätigkeiten der Ämter

2.3.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat unterstützt als allgemeine Stabsstelle die Direktionsleitung in organisatorischen Belangen, bereitet die Regierungsrats- und Landratsgeschäfte vor und erstellt interne und externe Vernehmlassungen.

Aufsicht Vormundschaftswesen

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion übt unter anderem die Aufsicht über das Vormundschaftswesen aus. Am 19. Dezember 2008 verabschiedeten die Eidgenössischen Räte die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht). Das neue Recht soll 2013 oder 2014 in Kraft treten. Mit dem neuen Gesetz wird die Organisation der heutigen Vormundschaftsbehörden entscheidend verändert. Um die Umsetzung ins kantonale Recht vorzubereiten, wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingesetzt.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Dem Kanton Nidwalden stehen pro Jahr 20 Kontingentseinheiten für die Bewilligung des Erwerbs von Ferienwohnungen zur Verfügung. Die sechs Bewilligungen für Ferienwohnungen des Berichtsjahres wurden dem Kontingent 2008 belastet. Alle 20 Kontingentseinheiten aus dem Jahr 2009 stehen für das Jahr 2010 weiterhin zur Verfügung.

Gleichstellungskommission Mann und Frau

Die Kommission und die Fachstelle (FS) haben sich verwaltungsmässig auch 2009 intensiv mit der Idee einer Fachstelle Gesellschaftsfragen auseinandergesetzt. Zudem waren sie wieder in verschiedenen Projekten und Veranstaltungen aktiv:

- Familien Netzwerk Nidwalden: Mitkoordination des Netzwerkes, Planung und Organisation einer öffentlichen Veranstaltung sowie Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe. Beide Tätigkeiten wurden im November 2009 in die neue Fachstelle Gesellschaftsfragen Nidwalden überführt.
- Mitarbeit in der Kampagne «Stark durch Erziehung» in Nidwalden: Im November wurde dieses Projekt mit einer Schlussveranstaltung abgeschlossen.
- Projekt «Fit für Familien» Zentralschweiz: Mitarbeit in der Projektgruppe sowie Herausgabe dreier Newsletters.
- Start der Zentralschweizer Veranstaltungreihe zum Thema «Schule und Geschlecht»: Im September wurde die Reihe mit dem Anlass in Sarnen zum Thema «Matura – kein Ziel mehr für Jungs?» eröffnet.
- Mitarbeit beim Aufbau des Projekts «Maitli- und Buebepowerwoche OW/NW», die im Frühling 2010 in Stans und Sarnen stattfinden wird.
- Organisation der Ausstellung «Mit Macht zur Wahl – 100 Jahre Frauenstimmrecht in Europa».
- Informationsunterlagen zum CEDAW-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau wurden in beiden Kantonen verteilt.
- Mitarbeit der FS beim nationalen Medienmonitoring-Tag.

Die FS arbeitet weiterhin beim deutschschweizerischen Projekt www.gleichstellungsgesetz.ch mit, das Gleichstellungsfälle via eine Homepage für die Öffentlichkeit zugänglich macht. Die Website wird jährlich aktualisiert und 2009 wurde ein Fall aus Nidwalden in die Datenbank aufgenommen. Ebenfalls ist das Bulletin LEA&LEO wiederum dreimal erschienen. Die FS hat 2009 zahlreiche Anfragen bearbeitet, war an kantonalen Veranstaltungen präsent, hat die Dokumentation weitergeführt und gemeinsam mit der Kommission sechs Vernehmlassungs- und Mitberichte verfasst.

Nomenklaturkommission

Zu Beginn des Jahres diskutierte die Kommission die rechtliche Situation der Nomenklatur in Nidwalden. Mit dem neuen schweizerischen Geoinformationsgesetz und den bundesrätlichen Vollzugsbestimmungen hat sich die Organisation der Nomenklatur grundlegend verändert. Die Kommission entschied sich, ihre Arbeit bis zum Vorliegen der neuen bundesrechtlichen Richtlinien zur Namensfestlegung, wenigstens jedoch bis zum Ende der laufenden Legislatur, einzustellen. Die neue Kommission soll dann zunächst die nötigen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vornehmen.

Um die laufende Registerharmonisierung nicht zu behindern, wurde die bereits begonnene Arbeit der Namensfestlegung in den Gemeinden Buochs, Beckenried und Emmetten bis Ende des Jahres noch abgeschlossen. Daneben behandelte die Kommission mehrere Einsprachen von privater Seite und nahm Stellung zu drei Anträgen verschiedener Gemeinden auf Änderungen von Strassenamen. Zwei Anträge konnten abgeschlossen werden, ein Antrag ist hängig, weil die neuen bundesrechtlichen Richtlinien abgewartet werden müssen.

Anwalts- und Beurkundungskommission

Die laufenden Geschäfte konnten anlässlich von fünf Sitzungen erledigt werden. Es wurden drei Anwaltsexamen abgenommen. Der kantonale Befähigungsausweis als Rechtsanwalt konnte keinem Kandidaten verliehen werden. Ein Kandidat bestand die Prüfung zum zweiten Mal nicht.

Schlichtungsbehörde

Es fanden 5 (Vorjahr 5) Sitzungen bis zu zwei Stunden und 11 (Vorjahr 14) Halbtagesitzungen statt. Es sind 25 (Vorjahr 26) Fälle eingegangen, bei welchen die Schlichtungsbehörde Entscheid-Kompetenz hatte (Kündigung, Erstreckung, Hinterlegung). Zudem sind 58 (Vorjahr 104) Vermittlungsverfahren hängig gemacht worden. Bezüglich der Verfahrensart ist zu bemerken, dass im Berichtsjahr sowohl die Gesuche um Anfechtung von Mietzinserhöhungen als auch Forderungsstreitigkeiten abgenommen haben. Die Abnahme der Anzahl Mietzinsanfechtungen ist wohl darauf zurückzuführen, dass der massgebende Referenzzinssatz während des Berichtsjahres zwei Änderungen erfuhr. Er wurde per 3. Juni 2009 von 3,50 % auf 3,25 % und per 2. September 2009 auf 3,00 % gesenkt. Die Forderungsstreitigkeiten hingegen haben ohne einen nachvollziehbaren Einfluss abgenommen. Auch dieses Jahr ist es des Öfteren vorgekommen, dass mehrere Mietparteien aus einer Liegenschaft gleichzeitig klagten. Über das Sekretariat der Schlichtungsbehörde wurden insgesamt 299 (Vorjahr 406) telefonische oder persönliche Beratungen/Auskünfte erteilt.

2.3.3.2 Amt für Justiz

Dem Amt für Justiz unterstehen die vier Abteilungen Migration, Gefängnis, Zivilstandsamt und Jagd/Fischerei. Folgende Fachdienste gehören zum Amt: Bürgerrechtssdienst, Aufsicht über das Zivilstandsamt, Namensänderungen, Straf- und Massnahmenvollzug von Erwachsenen und Jugendlichen, Passwesen, Hundekontrolle/Hundesteuern, Hilfe an Opfer von Straftaten sowie das Sekretariat der Jagd und Fischerei.

Bürgerrechtssdienst

Der Bürgerrechtssdienst befasst sich mit dem Erwerb und dem Verlust des Schweizer Bürgerrechts. Er bearbeitet die Gesuche und koordiniert den Verfahrensablauf zwischen den gesuchstellenden Personen und den Gemeinden sowie dem Bund und dem Kanton. Bearbeitet und koordiniert werden auch Gesuche von Schweizerinnen und

Schweizern, welche sich in einer Nidwaldner Gemeinde einbürgern oder auf ein Nidwaldner Gemeindebürgerrecht verzichten wollen.

Im Berichtsjahr konnte bei den ordentlichen Einbürgerungen von ausländischen Staatsangehörigen (Art. 13 BÜG) eine Abnahme der Gesuchseingänge von 75 im Jahre 2008 auf 41 im 2009 verzeichnet werden (- 45,3 %). Zu Buche fällt einerseits die Abnahme der Einbürgerungsgesuche von deutschen Staatsangehörigen (von 30 auf 19). Diese Abnahme kann damit einen Zusammenhang haben, dass sich seit der Zulassung der mehrfachen Staatsbürgerschaft in Deutschland im Sommer 2007 der erste Ansturm auf das Schweizer Bürgerrecht gelegt hat. Andererseits fällt die Abnahme der Gesuchstellenden aus dem Balkan von 35 auf 14 auf. Ob dies im Zusammenhang mit den erhöhten Anforderungen seit der Einführung der Einbürgerungsrichtlinien im Jahre 2006 zu tun hat, kann nicht abschliessend beurteilt werden. Bei den erleichterten Einbürgerungen und Wiedereinbürgerungen, für deren Entscheide das Bundesamt für Migration zuständig ist, blieben die Zahlen in etwa konstant. Für weitere Details wird auf den Tabellenteil verwiesen.

Seit dem 1. Januar 2006 gehen die zuständigen Behörden nach neuen Einbürgerungs-Richtlinien vor. Zur Evaluation dieses neuen Instruments wurde im Sommer 2008 bei den Gemeinden eine Umfrage getätigt, welche grundsätzlich zu einem positiven Feedback geführt hat. Es konnten aber auch Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Um die Anregungen der Gemeinden aufnehmen und Verbesserungen in die Einbürgerungs-Richtlinien einbringen zu können, wurde Ende 2008 die Arbeitsgruppe «Einbürgerungs-Richtlinien» erneut aktiviert. In der neu formierten Arbeitsgruppe haben 11 Personen aus Gemeinderäten, Kommissionen und Verwaltung mitgewirkt. Auch die politische Zusammensetzung des Gremiums wurde berücksichtigt.

Grundlegende Änderungen wurden unter anderem bei der Beurteilung der Sprachkenntnisse vorgenommen. Neu sollen professionelle Sprachschulen die Sprachqualität beurteilen, wobei die einbürgerungswilligen Personen schlussendlich ein Prüfungszertifikat vorzuweisen haben. Auch wurde in den revidierten Richtlinien definiert, was

der Begriff «seinen Verpflichtungen nachkommen» (Art. 12 Ziff. 4 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes) beinhaltet. Bezüglich den Strafregistereinträgen, welche seit dem 15. Februar 2008 durch die Einbürgerungsinstanz auf Stufe Kanton online eingesehen werden können, wurden die Zulassungsfristen von vorbestraften einbürgerungswilligen Personen festgesetzt. Auch wird in den revidierten Richtlinien das Thema «Einbürgerung von geistig behinderten Personen» behandelt. Diese Themen haben in der Praxis immer wieder zu Fragen und Diskussionen Anlass gegeben. Im September 2009 wurde der Entwurf der teilrevidierten Einbürgerungs-Richtlinien allen Gemeinden, dem Rechtsdienst und der Justizkommission im Rahmen einer Vernehmlassung zur Stellungnahme zugestellt. Die Rückmeldungen waren durchwegs positiv. Die teilrevidierten Einbürgerungs-Richtlinien werden demnächst durch die Justiz- und Sicherheitsdirektion in Kraft gesetzt.

Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst

Die Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst beaufsichtigt das kantonale Zivilstandsamt (u. a. Inspektionen) und wirkt bei der Registerführung, beim Berichtigungs- und Lösungsverfahren im informatisierten Standesregister (INFOSTAR) und beim Vorbereitungsverfahren von Eheschliessungen mit. Sie erlässt Verfügungen über die Anerkennung und die Eintragung im Ausland eingetretener Zivilstandsereignisse sowie ausländische Entscheidungen, die den Personenstand betreffen. Sie sorgt für die Aus- und Weiterbildung der im Zivilstandsdienst tätigen Personen. Die Aufsichtsbehörde Nidwalden wird durch den Zivilstandsinspektor mit rund 35 Stellenprozenten abgedeckt.

In der zivilstandsamtlichen Tätigkeit werden auch Namensänderungsgesuche nach Art. 30 Abs. 1 und 2 ZGB zu Handen des Regierungsrates bearbeitet. Im Jahre 2009 wurden 242 Fälle in die Geschäftskontrolle aufgenommen (Vorjahr 260 Fälle). Weitere statistische Angaben sind dem Tabellenteil zu entnehmen.

Anlässlich der Aufsichtsbehördenkonferenz KAZ vom 23./24. April 2009 wurde unter anderem die zukünftige Betriebsorganisation Infostar diskutiert. Die Kantone haben zusammen mit dem Bund ein hervorragendes Instrument aufgebaut, dessen Weiterbetrieb es zu regeln gilt.



Zur Diskussion stand die zukünftige Betriebsorganisation von Infostar durch den Bund oder durch die Kantone. Mit 17 zu 8 Stimmen entschieden sich die Kantone anlässlich der ausserordentlichen Konferenz vom 13. November 2009 für die Bundeslösung. Gegenwärtig werden die entsprechenden Verträge und die gesetzgeberischen Vorlagen ausgearbeitet. Die neue Organisation sollte voraussichtlich auf den 1. Januar 2013 greifen.

Die zur Region Zentralschweiz vereinigten Aufsichtsbehörden von Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern, Zug und Zürich tagten am 16. April in Lungern und am 22. Oktober 2009 in Hergiswil. Traktanden bildeten hauptsächlich die Aus- und Weiterbildung sowie Fragen zur Reorganisation Zivilstandsdienst und Infostar sowie Fallbesprechungen zu rechtlich schwierigen Fällen. An diesen Tagungen wie auch an der vom Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen (EAZW) für die Aufsichtsbehörden durchgeführten Erfa-Tagung vom 27. Januar 2009 nahmen der Zivilstandsinspektor und die Leiterin des Zivilstandsamtes teil.

Am 23. Juni 2009 wurde im Rahmen der Oberaufsicht durch das EAZW eine Inspektion bei der Aufsichtsbehör-

de Nidwalden durchgeführt. Geprüft wurden der First-Level-Support Infostar, die ausländischen Entscheide, Urkunden und Verfügungen und die Amtsorganisation. Das EAZW beurteilte im Inspektionsbericht abschliessend, dass die Aufsichtsbehörde Nidwalden mit hoher Kompetenz und gutem Fachwissen effizient geführt wird. In Bezug auf die personelle Besetzung werden die Regeln der Gewaltentrennung berücksichtigt. Der Bereich ausländische Entscheide, Urkunden und Verfügungen wird vorschriftsgemäss, gewissenhaft und pflichtbewusst bearbeitet. Der Amtsorganisation konnte das EAZW ebenfalls ein gutes Zeugnis ausstellen.

Am 17. und 18. Dezember 2009 führte die Aufsichtsbehörde Nidwalden eine Inspektion beim Zivilstandsamt Nidwalden für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 durch, wobei für den ersten Inspektions-tag im Sinne der gegenseitigen interkantonalen Amtshilfe der Zivilstandsinspektor des Kantons Uri zugezogen worden war. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Beurkundungen der verschiedensten Geschäftsfälle in Infostar gelegt. Die Stichproben ergaben tadellos geführte Register und Belegsablagen sowie eine korrekte Infostar-Handhabung. Das Zivilstandsamt Nidwalden ist sehr gut organisiert und leistet sehr saubere und kompetente Arbeit. Weisungen seitens EAZW und der kantonalen Aufsichtsbehörde werden eingehalten.

Zivilstandsamt

Die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten führen die zivilstandsamtlichen Register (Papierregister wie auch das seit Ende 2003 eingeführte informatisierte Standesregister INFOSTAR), erstellen Mitteilungen und Urkunden, führen Ehevorbereitungsverfahren durch, vollziehen die Trauungen, beurkunden Eingetragene Partnerschaften und nehmen Erklärungen (Anerkennungen, Namensklärungen usw.) entgegen. Statistische Angaben zu den Geschäftsfällen vom Sonderzivilstandsamt (zuständig für die Nachbarbeurkundungen von Geschäftsfällen im Ausland, welche Nidwaldner BürgerInnen aber auch ausländische Staatsangehörige, die in Nidwalden wohnen, betreffen) sowie zu den schweizerischen und ausländischen Gerichts- und Verwaltungsentscheiden, welche den Personenstand be-

treffen, sind aus der Tabelle im Anhang ersichtlich. Nach wie vor sind Rückerfassungen von über 9000 Nidwaldner Bürgerinnen und Bürgern aus den Familienregistern ins elektronische Register Infostar zu tätigen (Stand Ende 2009). Aufgrund eines längeren krankheitsbedingten Ausfalles einer Zivilstandsbeamtin (Pensum: 80 %) musste die systematische Rückerfassung in Infostar zurückgestellt werden, was sich unter anderem auf die ereignisbegleiteten Rückerfassungen auswirkte.

Straf- und Massnahmenvollzug

Dieser Fachdienst stellt den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen und Jugendlichen im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben gemäss Straf- und Militärstrafgesetzbuch, Jugendstrafgesetz, kantonalem Strafvollzugsgesetz sowie den Richtlinien des Strafvollzugskonkordates Nordwest- und Innerschweiz sicher. Dabei werden Urteile der Nidwaldner Justizbehörden und rechtshilfweise Abtretungen von Strafvollzügen anderer Kantone vollzogen. 2009 wurden insgesamt 693 Vollzugsfälle (Vorjahr 505) in die Geschäftskontrolle aufgenommen. Dies entspricht einer Zunahme von 37%. Sie ist hauptsächlich auf die im Dezember 2008 zusätzlich in Betrieb genommene fixe Radarinstallation im Kirchenwaldtunnel Fahrtrichtung Norden zurückzuführen. Die daraus resultierenden nicht bezahlten Bussen werden in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt und dem Strafvollzug zum Vollzug übergeben. Vorwiegend betrifft dies ausländische Fahrzeuglenker. Weitere statistische Auswertungen zum Straf- und Massnahmenvollzug sind dem Tabellenteil zu entnehmen.

Untersuchungs- und Strafgefängnis

Das Untersuchungs- und Strafgefängnis Stans dient dem Vollzug der Untersuchungs- und Sicherheitshaft; Freiheitsstrafen an Erwachsenen und Freiheitsentzügen an Jugendlichen; der Auslieferungs-, Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft; des polizeilichen Gewahrsams; der Freiheitsstrafen gemäss Militärgesetz, im Rahmen der Strafvollzugsgesetzgebung. Zudem kann es administrativ festgenommene Personen bis zur Überführung in eine geeignete Anstalt aufnehmen.

Jahresziele

Die Jahresziele konnten zu einem grossen Teil erreicht werden. Insbesondere konnten die im Berichtsjahr eingeleiteten baulichen Sicherheitsmassnahmen abgeschlossen werden. Der Einbau neuer Fenster und die Verstärkung und Sicherung der Gitterstäbe ist umgesetzt. Dies erforderte teilweise einen personellen Mehraufwand, da der Gefängnisbetrieb für diese Zeit nicht eingestellt werden konnte. Dagegen gestaltete sich die Akquisition zusätzlicher Arbeiten zur Beschäftigung der Insassen schwierig, dies auch bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage. Die Förderung eigener, interner Arbeiten, wie die Herstellung von Fasnachtsmasken oder Taschen ist aufwendig und mit grösseren Investitionen verbunden. Zudem fehlt es am Know-How für die Werbung und den Vertrieb.

Gefängnisbetrieb/Belegung

Die Belegungszahlen sanken im Berichtsjahr um 3,67% auf 8514 (Vorjahr: 8838) Verpflegungstage. Bei 243 (Vorjahr: 190) Eintritten sank die durchschnittliche Aufenthaltssauer auf 35 (Vorjahr: 47) Tage. Die Auslastung betrug dennoch über 97%. Die Fremdbelegung des Untersuchungs- und Strafgefängnisses Stans durch andere Kantone (ausser Nidwalden und Uri) belief sich auf 70% (Vorjahr: 73%). Zu berücksichtigen ist, dass in den Frühjahrsmonaten der Insassenbestand wegen Umbauarbeiten tief gehalten werden musste. Die extremen Schwankungen in den Belegungen kommen grösstenteils zufällig zustande und bereiten auf der Personalebene grosse Mühe. Während es beispielsweise im Januar über Tage hinweg nur 15 Insassen zu betreuen galt, mussten im November bis zu 33 Insassen täglich mit demselben Personalbestand betreut werden.

Gefängnis-Betriebskommission

Die Betriebskommission des Gefängnisses hat die Aufgabe, den Vollzug der Vereinbarung über die Mitbenutzung des Untersuchungs- und Strafgefängnisses des Kantons Nidwalden durch den Kanton Uri zu überwachen. Neben der Überwachung der Vereinbarung hat die Betriebskommission auch die Aufgabe, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die beiden Kantonsregierungen, die zum

Vollzug dieser Vereinbarung erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Am 6. April 2009 fand im Untersuchungs- und Strafgefängnis Stans die 27. Betriebs-Kommissionssitzung statt. Neben den üblichen Traktanden, wie Genehmigung der Jahresrechnung, Belegungen, Insassenarbeit, wurde die oftmals negative Medienberichterstattung über den Strafvollzug diskutiert. Da das Untersuchungs- und Strafgefängnis Stans mittlerweile 20 Jahre in Betrieb ist, wurde vom Präsidenten der Betriebskommission eine kleinere Feier organisiert, zu welcher die Mitarbeiter mit Partnerinnen, Behördenmitglieder aus beiden Kantonen und ehemalige Mitglieder der Betriebskommission eingeladen waren. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das neue «Firmenlogo» Jail-Art vorgestellt. Es zielt vorwiegend die für den Verkauf gefertigten Taschen, die grossen Anklang finden.

Gefängnisseelsorge

Pfarrer Michael Dietliker, Stansstad, hat im Berichtsjahr 135 (Vorjahr: 162) Stunden Seelsorge im Gefängnis geleistet.

Migration

Die Abteilung Migration ist zuständig für die ausländerrechtlichen Belange im Kanton Nidwalden. Dabei wird geregelt, wer unter welchen Bedingungen in die Schweiz einreisen, in der Schweiz leben und arbeiten darf. Mit der Assoziation an Schengen/Dublin am 12. Dezember 2008 verpflichtete sich die Schweiz, die entsprechenden Vorschriften umzusetzen. Was das Dublin-System anbelangt, hat die Schweiz seither die Möglichkeit, asylsuchende Personen anderen Dublin-Staaten zu überstellen, wenn diese für die Prüfung deren Asylgesuche zuständig sind. Dadurch hat sich die Zahl der Ausschaffungen im Asylbereich mehr als vervierfacht. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen erfolgt der Vollzug dieser Wegweisungen in einen anderen Dublin-Staat oft nicht durch die Bundesbehörden ab den Empfangszentren sondern über die Kantone. Die gesetzlichen Grundlagen hinsichtlich der Zwangsmassnahmen sind dafür aber mangelhaft, sodass nicht nur für die Migration sondern auch für andere kantonale Behörden (Haftrichter, Polizei, Gefängnis) zusätzliche Aufwendungen entstehen. Erschwerend

kommt hinzu, dass die entsprechenden Massnahmen jeweils unter grossem Zeitdruck in absoluter Priorität abzuwickeln sind.

Jagd

Die Abteilung Jagd ist für die Erhaltung gesunder, den Lebensräumen angepasster Wildbestände verantwortlich. Ihr obliegt die Planung, die Organisation und Durchführung sowie die Kontrolle der Jagd.

Jagdperiode 2009/2010

Die revidierte Jagdgesetzgebung hat sich auch im zweiten Jahr sehr gut bewährt. Sie kann als gelungen und äusserst positiv bewertet werden, vor allem das Punktesystem für Irrtumsabschüsse. Die Abschusszahlen der Jäger konnten im Vergleich zu den Vorjahren nicht ganz eingehalten werden. Das Wetter war auf der Hochjagd viel zu warm und zu schön. Aus diesem Grund wurden die Abschusszahlen beim Gamswild sowie Rotwild nicht ganz erreicht. Beim Rotwild wurde zum ersten Mal eine Hege- und Regulationsjagd durchgeführt. Die Jagd wurde an zwei Samstagen (vor Mitte Dezember) im Gemeindegebiet Wolfenschiessen erfolgreich und sehr weidmännisch durch die Jäger unter der Kontrolle der Wildhut betrieben.

Steinbockkolonien Pilatus und Brisen

Bei der Konkordatssitzung der Kantone Nidwalden, Obwalden und Luzern wurde im Januar beschlossen, dass am Projekt Pilatus festgehalten wird. So wird bei der Kolonie Pilatus bis Ende 2010 keine Regulationsjagd getätigt. Wenn Hegeabschüsse gemacht werden müssen, dürfen diese nur von Wildhütern der betreffenden Kantone ausgeführt werden. In der Kolonie Brisen wurden wie bis anhin die vom Bund bewilligten Abschüsse an die berechtigten Jäger vergeben.

Wildschaden

Das Ziel, die Wildschäden im Wald auf ein tragbares Mass zu stabilisieren, wurde erreicht. Es sind keine weiteren Massnahmen zur Verhütung von Schäden notwendig. Die Wildschadensituation in den unteren und mittleren Lagen ist unproblematisch, in den höheren Lagen tolerier-

bar. Die Erkenntnisse aus dem Wildschadenbericht wurde in den Jagdbetriebsvorschriften (Abschuss Schalenwild) berücksichtigt.

Wildruhegebiete

Die 13 Wildruhegebiete wurden im Kanton Nidwalden umgesetzt und sind seit dem 7. Juli 2009 in Kraft. Die Signalisation hat sich leider etwas verzögert, da vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) schweizweit einheitliche Tafeln entworfen wurden. So konnten die Signalisationen nicht vor dem ersten Schnee aufgestellt werden. Diese Arbeiten mussten auf das Frühjahr 2010 verschoben werden.

Luchsmonitoring

Vom 20. Januar bis 21. März 2009 wurde im Kompartiment III ein Luchsmonitoring mittels 60 Fotofallen, davon 13 im Kanton Nidwalden, durchgeführt. Alle Fotofallen wurden mit Vertretern der koordinierten Forschungsprojekte zur Erhaltung und zum Management der Raubtiere in der Schweiz (KORA) sowie unseren Wildhütern aufgestellt und betreut. Das Monitoring ergab, dass im Kanton Nidwalden im Durchschnitt pro Jahr zwei Luchse anwesend sein müssen.

Fischerei

Die Abteilung Fischerei ist für die Erhaltung gesunder, den Lebensräumen angepasster Fischbestände verantwortlich. Ihr obliegt die Planung, Organisation und Durchführung sowie die Kontrolle der Fischerei. Insbesondere werden Fischereipatente durch das Amt erteilt. Der vom Bund neu geforderte Sachkundenachweis über die Fischerei (SaNa) hat breite Akzeptanz gefunden. Jede Person, die ein Fischer-Patent von mehr als einem Monat erwerben will, muss einen solchen Nachweis erbringen. Dafür eine Ausbildung absolviert und der Nachweis erbracht werden, dass ausreichende Kenntnisse über Fische und Krebse und die tierschutzgerechte Ausübung der Fischerei vorhanden sind.

Engelberger Aa

Im Frühjahr 2009 konnte das Umgehungsgewässer am Ambauenwehr fertiggestellt werden. So ist ein weiteres Hindernis für die Fische beim Aufstieg vom Vierwaldstät-

tersee in den Oberlauf der Engelberger Aa beseitigt. Zur Förderung dieser Wanderung der Seeforellen werden nun einmal pro Jahr Seeforellenbrütlinge und Vorsommerlinge im Oberlauf der Engelberger Aa eingesetzt.

Scheidgraben

Der im Jahr 2006 renaturierte Scheidgraben wird wieder sehr gut von den Fischen angenommen und besiedelt. Es konnten in diesem Jahr bereits mehrere Laichgruben von See- und Bachforellen festgestellt werden.

Laichertrag

Der Laichertrag von Grossfelchen ist gegenüber den letzten Jahren etwa gleich geblieben. Laut Aussagen der Berufsfischer ist die Kalterbrütung von Grossfelchenlaich am Fangerfolg spürbar und macht auch in Zukunft sicher Sinn. Der Bruterfolg bei Bach- und Seeforellen sowie den Hechten liegt im üblichen Rahmen.

Passwesen

Im Berichtsjahr mussten die Vorbereitungen für die Einführung des neuen biometrischen Passes (Pass 10) getroffen werden. Die Zuständigkeit für die Erfassung der persönlichen Daten für Pässe von Schweizer Bürgerinnen und Bürger aus dem Kanton Nidwalden wird ab 1. März 2010 dem kantonalen Passbüro übertragen. Technische Voraussetzungen bei der Erfassung der biometrischen Daten machten diesen Schritt notwendig. Neu wird das kantonale Passbüro auch die Anträge für die Ausstellung der Identitätskarten entgegennehmen.

Hundekontrolle

Dem Amt für Justiz obliegen insbesondere die Führung des Hundeverzeichnisses in Zusammenarbeit mit der externen Datenbank ANIS und die Veranlagung der Hundesteuer. Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Sozialdirektion eine breit angelegte Informationskampagne durchgeführt, mit welcher die Hundebesitzer auf die Folgen von durch Kot verunreinigte Wiesen und Felder hingewiesen wurden.

Hilfe an Opfern von Straftaten

Die Opferhilfe gewährleistet die Beratung und Vermittlung von Hilfe an Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind. Per Mitte 2009 konnte der Rechtsdienst des Kantons, der die Opferhilfe für das Amt für Justiz viele Jahre betreute, diese Aufgabe abgeben. Die Sachbearbeitung obliegt nun der Amtsleitung.

2.3.3.3 Grundbuchamt

Das Grundbuchamt führt das Grundbuch des Kantons Nidwalden im Sinne des Zivilgesetzbuches. Es nimmt Grundbuchanmeldungen entgegen, führt die Grundbuchdaten nach und erteilt Auskünfte über die bestehenden Eintragungen. Das Amtsnotariat errichtet öffentliche Urkunden über Willenserklärungen, über Tatbestände und Vorgänge sowie über rechtliche Verhältnisse.

Am 1. Februar 2009 hat Roger Näpflin die Nachfolge von Max Galliker als Grundbuchverwalter angetreten. Nach der erfolgreichen Absolvierung der Nidwaldner Notariatsprüfung übernahm Roger Näpflin Mitte November zudem das Amtsnotariat. Am 1. März 2009 hat Reto Abächerli die Tätigkeit als erster Mitarbeiter Grundbuchamt aufgenommen.

Das Grundbuchamt hat per Oktober 2009 eine Praxisänderung bei der Schuldbrieferrichtung vollzogen. Neu wird für die Errichtung eines Schuldbriefes ein öffentlich-beurkundeter Pfandvertrag mit dem Pfandnehmer vorausgesetzt. Davon ausgenommen ist vorderhand noch die Errichtung eines Eigentümer-Schuldbriefes, bei welchem der Pfandtitel nur dem Grundeigentümer ausgehändigt wird.

Die laufende ZGB-Revision (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht) wird auch im Tätigkeitsbereich des Grundbuchamtes / Notariates erhebliche Veränderungen mit sich bringen. Mit dem Register-Schuldbrief wird ein Registerpfandrecht geschaffen, für das kein Wertpapier mehr ausgestellt werden muss. Die Errichtung von Papier-Schuldbriefen wird jedoch parallel dazu beibehalten. Zudem werden neu sämtliche Dienstbarkeitsverträge öffentlich-beurkundet werden müssen.

Grundbuchbereinigung

Das Grundbuchbereinigungsamt konnte im Jahr 2009 einige Parzellen des Plangebietes 7 abschliessen. Das vorgenommene Ziel wurde nicht erreicht. Folgende Gründe haben zu diesem Ergebnis geführt: Die Bereinigungsbeamtin übernahm ab Dezember 2008 bis Ende Januar 2009 die interimistische Leitung des Grundbuchamtes, infolge Pensionierung des Grundbuchverwalters/Notars und der Neubesetzung der Grundbuchverwalter- und Stellvertreterstelle. In den Monaten Februar und März 2009 arbeitete die Bereinigungsbeamtin zum grössten Teil weiterhin für das Grundbuchamt. In dieser Zeit stand die Bereinigung der Gemeinde Dallenwil still. Die laufenden Grundbuchbereinigungsgeschäfte wurden somit hinausgeschoben. Im Weiteren wurden wie bereits in den letzten drei Jahren dem Grundbuchbereinigungsamt zusätzlich Arbeiten des Grundbuchamtes zur Bearbeitung und Erledigung zugeteilt, namentlich das rechtsverbindliche Nachführen der Gläubigerregistereinträge und bei Abwesenheit des Grundbuchverwalters das Kontrollieren und Unterzeichnen der Grundbuchauszüge. Das Nachführen der Gläubigerregistereinträge konnte im Verlaufe des Jahres wieder an einen Mitarbeitenden des Grundbuchamtes übertragen werden.

Für das Jahr 2010 hat sich das Grundbuchbereinigungsamt für die Gemeinde Dallenwil zum Ziel gesetzt, so viele Grundstücke wie möglich des Plangebietes 7 abschliessen zu können.

Grundbuchbereinigungskommission

Die Grundbuchbereinigungskommission verzeichnete ein ruhiges Geschäftsjahr 2009, dies aus dreierlei Gründen: Zum Einen wurde der Gemeinde Emmetten aufgrund des Wechsels des Gemeindeschreibers eine letzte Frist gesetzt, um wenig begründete öffentliche Fusswegrechte fallen zu lassen, so dass diese Verfahren zufolge Rückzugs vom Protokoll abgeschrieben werden können. Läuft die Frist ungenutzt ab, werden im Geschäftsjahr 2010 Einigungsverhandlungen angesetzt und die Streitgegenstände entschieden. Diese Zielsetzung hat für die Kommission im neuen Geschäftsjahr Priorität. Sodann sind in der Gemeinde Oberdorf ausschliesslich Verfahren hängig, die in Zusammenhang mit Bau- und Fahrweg-

rechten bei Bahnübergängen auf der Parzelle Nr. 60 der Zentralbahn zb stehen. Diese werden teilweise gemäss Beschluss des Landrates entweder saniert oder aber auch ganz aufgehoben. Sodann macht es keinen Sinn, über die strittigen Rechte aufgrund dieser Konstellation vor der Sanierung/Aufhebung zu befinden. Und letztlich hat das Grundbuchbereinigungsamt bereits die Bereinigung der Gemeinde Dallenwil in Angriff genommen, ohne dass aber im Geschäftsjahr 2009 schon Verfügungen des Bereinigungsamtes erledigt werden mussten.

In der Gemeinde Emmetten waren von ursprünglich insgesamt 94 Verfahren per 1. Januar 2009 18 Verfahren (Vorjahr: 18) hängig. Aufgrund der Ausgangslage sind diese per 31. Dezember 2009 nach wie vor hängig. In der Gemeinde Oberdorf waren von ursprünglich insgesamt 49 Verfahren per 1. Januar 2009 16 Verfahren (Vorjahr: 16) hängig. Es konnten drei Verfahren durch Entscheid bereinigt werden. Alsdann sind per 31. Dezember 2009 noch 13 Verfahren hängig. In der Gemeinde Dallenwil musste die Kommission bislang nicht tätig werden. Sie sind demzufolge per 31. Dezember 2009 auch noch keine Verfahren hängig.

2.3.3.4 Kantonspolizei

Die Hauptaufgaben der Polizei sind die Kriminal-, die Verkehrs- und die Sicherheitspolizei. Sie leistet dem Bürger im Rahmen ihrer Dienstausbübung Hilfe. Sie unterstützt die Behörden bei der Durchsetzung der Rechtsordnung, soweit die Anwendung von Zwang gegen Personen oder Sachen eine polizeiliche Mitwirkung erfordert. Die Polizei erfüllt ferner die Aufgaben, die ihr durch besondere Bestimmungen übertragen sind.

Das Berichtsjahr 2009 zeichnet sich im Vergleich zu vorangegangenen Jahren bei «Ereignisse/Straftaten/Aufträge» quantitativ nicht speziell aus. Im Mehrjahresvergleich (5 Jahre) sticht allerdings die Anzahl von drei tödlichen Verkehrsunfällen ins Auge. Dieser statistische Ausreisser ist sehr bedauerlich, seitens der Kantonspolizei indes kaum beeinflussbar. Was die Qualität der Ereignisse des Jahres 2009 betrifft, gab es Ereignisse, die in ihrer Art und Weise ausserordentlich sind und den Rahmen des Gewohnten sprengen:

- Im März 2009 konnte aufgrund einer minutiös durchgeführten Verkehrskontrolle, in deren Folge mehrere Tausend Schuss gestohlener Munition zutage kamen, Einbruchdiebstähle in Nidwaldner Schützenhäuser und insbesondere der spektakuläre Diebstahl schwerer Maschinengewehre ab abgesperrten Piranha-Schützenpanzern in der Kaserne Oberdorf aus dem Jahr 2004 aufgeklärt werden.
 - Der tödliche Sprengunfall vom 25. April 2009 anlässlich eines Kurses in der Kaserne Wil, bei dem ein Antiterror-spezialist der Kantonspolizei Basel-Stadt ums Leben kam und ein Luzerner Sprengstoffexperte sehr schwer verletzt wurde, erregte gesamtschweizerisches Aufsehen.
 - Am frühen Sonntagmorgen, 14. Juni 2009, konnte in Hergiswil ein Carchauffeur angehalten werden, bei dem die genaue Kontroller ergab, dass er seit 35 Jahren in ganz Europa als professioneller Lenker ohne Fahrerlaubnis unterwegs war.
 - Das Unwetter vom 17. Juli 2009, bei dem die zwei Kinder beim Überqueren der Furt des Gerlibaches weggeschwemmt wurden, löste die grösste je in Nidwalden durchgeführte Suchaktion aus. Über einen Monat stand diese Aktion im Fokus sämtlicher Schweizer Medien. Die Einsatzleitung überzeugte neben der effektiven Sucharbeit insbesondere durch professionelle und erstklassige Medienarbeit, die hohe Anerkennung auslöste.
 - Der unerwartete Tod von Landschreiber Josef Baumgartner am 18. August 2009 löste ungeahnte Betroffenheit aus und verlangte eine besondere Trauerarbeit.
 - Ins Lager der besonderen Vorkommnisse – es gibt wirklich nichts was es nicht gibt – gehört der Vorfall vom 6. September 2009, bei dem in Büren am frühen Morgen eine Frau beim Traubenlesen von einem Geschoss getroffen wurde. Vom Schützen fehlt trotz ausgesprochen umfangreicher Ermittlungsarbeiten jede Spur.
- Diese Beispiele zeigen auf, dass polizeiliche Auftragsbewältigung nicht auf Bussenerhebungen und Radarkontrollen reduziert werden darf und kann. Die polizeiliche Arbeit ist ausgesprochen vielfältig und sehr anspruchsvoll. Der Umstand, dass die Kantonspolizei Nidwalden ihr Metier beherrscht und den Auftrag erfüllt, belegt einmal mehr das verflossene Jahr 2009.

Kriminalpolizei

Straftaten allgemein (StGB und Nebengesetzgebung)

Seit 2007 werden die Straftaten mittels Schweizerischer Kriminalstatistik (PKS) erfasst. Folglich ist erstmals ein Dreijahresvergleich (2007-2009) möglich. Dabei fällt auf, dass die Straftaten in diesem Zeitraum konstant geblieben sind, obwohl im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr 2008, welches ausserordentlich tiefe Fallzahlen aufwies, ein Anstieg der Straftaten zu verzeichnen war. 2009 wurden 1603 Straftaten registriert. 1282 Straftaten entfielen auf Widerhandlungen gegen das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB), bei welchem erstmals die Fahrzeugdiebstähle dazu gerechnet wurden. 197 Mal wurde gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) verstossen, 25 Mal gegen das Ausländerrecht (ANAG/AuG). Weitere 57 Widerhandlungen entfallen auf die übrigen bundesrechtlichen Strafbestimmungen und 29 Mal wurde gegen die kantonale Gesetzgebung gehandelt. Die verstärkte Präsenz im Aussendienst führte dazu, dass mehr Delikte als im Vorjahr abgeklärt werden konnten. So wurden 41 % der Straftaten abgeklärt. Für diese 669 abgeklärten Straftaten zeichneten sich 322 Männer und 61 Frauen verantwortlich. Von den 383 tatverdächtigen Personen besitzen deren 285 das Schweizer Bürgerrecht. 98 Tatverdächtige haben einen Ausländerstatus.

Straftaten StGB

Erfreulicherweise musste im Jahr 2009 erneut kein vorsätzliches Tötungsdelikt verzeichnet werden. Die 76 Straftaten gegen das Rechtsgut «Leib und Leben» resultieren vorab aus 36 Tötlichkeiten und 19 Körperverletzungen. Insgesamt wurden 906 Vermögens-Straftaten begangen. 533 Straftaten fallen unter den Tatbestand des Diebstahls (Diebstähle allgemein: 353; Einbruch- und Einschleiche-diebstähle: 131). Neu folgen die Fahrzeugdiebstähle mit 214 Straftaten sowie Sachbeschädigungen mit 137 Straftaten. Bei den Freiheitsdelikten mussten 50 Straftaten (Hausfriedensbruch bei Einbruch- und Einschleiche-diebstählen nicht mitgerechnet) verzeichnet werden. Diese sind vor allem auf Drohungen und Nötigungen zurückzuführen. Gegen Tatbestände unter dem Titel «Sexuelle Integrität» musste in 9 Fällen rapportiert werden, wegen

Urkundendelikten 4 Mal. Im Bereich «Häusliche Gewalt» wurden 41 Straftaten registriert. Diese strafbaren Handlungen wurden von 16 männlichen Tatverdächtigen und 8 weiblichen Tatverdächtigen verübt.

Lagebezogener präventiver und repressiver Aussendienst

Die Kantonspolizei Nidwalden verfeinerte und intensivierte im Jahr 2009 ihr Konzept der lagebezogenen Aussendiensttätigkeiten. Ergänzt wurde diese Massnahme mit einem Präventionsprojekt gegen Gewalt an den Schulen, welches Klassenbesuche an sämtlichen 1. ORS Klassen des Kantons Nidwalden jährlich vorsieht und zusätzlich die Eltern und Lehrerschaft für diese Thematik an Informationsabenden in den Oberstufenschulhäusern des Kantons sensibilisiert.

Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Verkehrsunfallstatistik

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen. Leider mussten 3 Todesopfer beklagt werden. Die Zahl der Verletzten nahm gegenüber dem Vorjahr wieder ab. Insbesondere die Anzahl Schwerverletzter nahm stark ab. In der Gemeinde Dallenwil ereigneten sich am wenigsten Unfälle. Die Gemeinden Stans steht nach wie vor an der Spitze. In acht Gemeinden waren Zunahmen zu verzeichnen, in den Gemeinden Stans, Hergiswil und Dallenwil hat die Anzahl Unfälle hingegen abgenommen. Bei den Unfallverursachern nahm der Anteil der angetrunkenen Lenker erfreulicherweise wieder ab. Einmal war Fahren unter Drogeneinfluss die Ursache. Der Höchstwert der Alkoholkonzentration im Blut betrug 2,98 ‰. Nach Wochentagen ereigneten sich am Mittwoch und nach Monaten im Oktober die meisten Unfälle. Auch auf der Autobahn nahmen die Verkehrsunfälle zu. Die häufigste Unfallstelle befand sich in Stansstad, auf der A2, Km 105 Richtung Norden (Baustelle Lärmschutzgalerie).

Kontrolltätigkeiten

Die Einsätze für verkehrs- und sicherheitspolizeiliche Kontrollen wurden in kleinen Teams innerhalb der Frontgruppen

ausgeführt. Trotz des Jahresziels «Intensivierung der Zweiradkontrollen» konnte eine leichte Zunahme der unfallbeteiligten Velo- und Mofafahrer nicht verhindert werden. Im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Intensivierung der Kontrollen wurde der Schwerverkehr auf der A2 täglich kontrolliert. Die Verkehrspolizei musste auf der A2 zwischen Stans Süd und Buochs während 11 Tagen den Warteraum für Lastwagen einrichten. Zweimal mussten die Chauffeure auf der A2 übernachten und konnten erst am Folgetag die Fahrt Richtung Süden fortsetzen. Ab dem 1. März 2009 musste der Warteraum nicht mehr betrieben werden. Die Geschwindigkeitskontrollen wurden zur Erhöhung der Verkehrssicherheit weiter intensiviert. Im Kirchenwaldtunnel Süd und Nord waren die Anlagen in Dauerbetrieb. Mit der mobilen Anlage wurden innerorts, ausserorts und auch auf der A2 weitere Kontrollen durchgeführt. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 3 126 203 Fahrzeuge kontrolliert.

Verkehrsinstruktion

Die Verkehrsinstruktoren besuchten wiederum alle Klassen und erteilten vom Kindergarten bis zur 5. Klasse in mehreren Lektionen Unterricht. Die Drittklässler konnten im Verkehrsgarten, auf dem Areal des Flugplatzes, praktische Fahrübungen mit dem Velo unter Aufsicht der Polizei absolvieren. Höhepunkt und Abschluss der Verkehrsausbildung war erneut die kantonale Radfahrerprüfung der Fünftklässler. In den Gemeinden Buochs, Ennetbürgen, Ennetmoos und Wolfenschiessen bildeten die Verkehrsinstruktoren Schülerpatrouilleure aus. An zehn Mittwochnachmittagen wurden Schüler, welche eine Verkehrsübertretung begangen hatten, zur Nacherziehung aufgeboten. Ihnen wurde das verkehrsgerechte Fahren instruiert und die Gefahren bei falschem Verhalten aufgezeigt. In die verschiedenen Verkehrssicherheitskampagnen wie «Fit für die Strasse», Velohelmkampagne, «Schulanfang», Gurtenkampagne und Tag des Lichts waren alle Einsatzgruppen der Verkehrspolizei eingebunden.

Prävention

Im September führte die Kantonspolizei zusammen mit «Road Cross» eine weitere Raserpräventions-Kampagne am Kollegium in Stans durch. Der authentische Bericht

eines Raseropfers gab den Jugendlichen zum Nachdenken Anlass. Die Verkehrsinstruktoren sowie die Verkehrsinstruktorin engagierten sich zudem am Velofahrkurs «IG Velo» und im Angebot des Ferienpasses.

Strassen- und Signalisationstechnik; Hilfeleistung an Dritte

Die Verkehrspolizei nahm zu etlichen Verkehrs- und Signalisationsprojekten Stellung. Die Arbeiten für Begutachtungen, Stellungnahmen und Begehungen vor Ort nahmen gegenüber dem Vorjahr zu.

Über die Hilfeleistungen an Dritte und weitere Kontrolltätigkeiten informieren die Tabellen.

Seepolizei

Einsätze der Seepolizei und die Anzahl der Kontrollen haben im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen.

Betriebskommission Polycom

Die Betriebskommission Polycom hat folgende Aufträge zu erfüllen:

- Organisation und Sicherstellung des baulichen und betrieblichen Unterhaltes für das gesamte Sicherheitsfunknetz, dessen Einrichtungen und Gerätschaften
- Planung, Budgetierung und Beschaffung allfälliger Nachrüstungen, Ersatzbeschaffungen und Updates der Software
- Überprüfung der Gesuche zusätzlicher Anwender
- Abschluss von Wartungs- und Serviceverträgen
- Koordination mit den Betriebsorganen der Nationalstrasse
- Rechnungswesen für den Betrieb und Unterhalt
- Führung einer Geschäftskontrolle (Aufträge, Termine, Pendenzen etc.)
- Anpassungen oder Verlängerung von Standortverträgen
- macht Vorinvestitionen bei Zusatznutzern geltend
- genehmigt und koordiniert die Geräteprogrammierung (Belegung)
- Erteilung von Projektierungs-, Bauleitungsaufträgen, Bestellung von Lieferungen und Vergabe von Arbeiten im Rahmen bewilligter Kredite bis zu einer Auftragssumme von 500 000 Franken. Für Vergaben über diesem Schwellenwert ist der regierungsrätliche Vergabeausschuss zuständig.

Die Betriebskommission Polycom wird vom Polizeikommandanten präsiert; Vizepräsident ist Xaver Stirnimann, Vorsteher des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz. Für den Systemverantwortlichen, Stefan Stadelmann, Leiter Dienststelle EZ, Kantonspolizei, für den Chef Unterhalt, Franz Flury, zentras, und die Rechnungsführerin, Agnes Wyss, Polizeikommando/Sekretariat, bestehen Pflichtenhefte. Weitere Mitglieder der Kommission sind Ruedi Wyrsch, Chef Ausbildung Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Toni Käslin, Feuerwehrinspektor, und Robert Limacher, stv. Leiter Dienststelle EZ, Kantonspolizei. Mit RRB Nr. 784 vom 2. Dezember 2008 wurde Hans Büchel, Ing HTL, Stans, mit Wirkung ab 1. Januar 2009 als Begleitorgan und technischer Berater in die BK Polycom bestellt. Sein Pflichtenheft umfasst unter anderem die Beratung und Unterstützung beim Abschluss von Wartungs- und Serviceverträgen, die Beratung bei Neuerstellung oder Anpassungen von Verträgen, die Beratung bei Gesuchen von zusätzlichen Anwendern, die Vorbereitung von Anträgen an die Betriebskommission, die Koordination der Zusammenarbeit für das Teilnetz Obwalden, die Beratung bei der Erstellung der Betriebskostenabrechnung und dem Budget sowie die Überwachung und Begleitung von Arbeiten für die Betriebskommission.

Die Betriebskommission Polycom tagte 2009 dreimal. Anlässlich der dritten Sitzung vom 12. November 2009 konnte sie mit grosser Genugtuung den Schlussbericht der Projektleitung Polycom (vgl. Berichtsteil Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Notorganisation) zu Kenntnis nehmen. Das System Polycom als solches bietet keinerlei Probleme und funktioniert zu aller Zufriedenheit. 2010 wird das erste Jahr sein, in dem die Betriebskommission Polycom im Rahmen ihres Pflichtenheftes in umfassend eigener Kompetenz aktiv ist.

2.3.3.5 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Nach der Zusammenlegung der beiden bisherigen Ämter Bevölkerungsschutz und Militär wurden 2009 noch einige Detailoptimierungen getroffen. Die neue Amtsstruktur mit den vier Abteilungen funktioniert gut.

Abteilung Militär

SWISSINT

Im Berichtsjahr leisteten rund 350 Angehörige der Armee (AdA) verschiedene Friedensförderungseinsätze (PSO) im Ausland. Das grösste Kontingent (rund 220 AdA) befindet sich nach wie vor im Kosovo (KFOR), 19 AdA sind zu Gunsten der EUFOR in Bosnien, 18 UN-Militärbeobachter in Afrika und Asien, in vier verschiedenen Missionen, tätig. 10 AdA sind als Einzelpersonen zu Gunsten der Korea-Mission NNSC und als Entminungs-Spezialisten im Einsatz. Insgesamt wurden im Rahmen der militärischen Friedensförderung rund 100 000 Dienstage erbracht. Schwerpunkt der Friedensoperationen bildet weiterhin das Schweizer Kontingent SWISSCOY im Kosovo, dessen Einsatz durch das Parlament bis mindestens Ende 2011 bewilligt ist.

Kreiskommando

Orientierungstage/Rekrutierung: An den obligatorischen Orientierungstagen wurden 261 angehende Stellungspflichtige über die rechtlichen Grundlagen sowie die Aufgaben und Einsätze in der Armee, im Zivilschutz und im Zivildienst informiert. Im Berichtsjahr wurden 254 junge Nidwaldner Männer rekrutiert, davon waren 193 militärdiensttauglich, 29 schutzdiensttauglich, 25 schutzdienstuntauglich und 7 wurden zurückgestellt. Die Diensttauglichkeit im Rekrutierungszentrum Windisch (Kantone Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Solothurn und Uri) lag bei 74.16 %. Der Kanton Nidwalden liegt mit einer Tauglichkeitsrate von 75,98 % gesamtschweizerisch an 2. Stelle, knapp hinter dem Kanton Appenzell Innerrhoden. Nach der Einführung des neuen Gesetzes über den Zivildienst per 1. April 2009 wurden im Berichtsjahr gesamtschweizerisch 6720 junge Männer zum Zivildienst zugelassen, 56 davon sind Nidwaldner Männer. Zurzeit sind landesweit noch 706 Gesuche pendent.

WK-Pflicht: Die Armeeangehörigen des Geb Inf Bat 29 (Gros der Nidwaldner Wehrmänner sind dort eingeteilt) leisteten ihren Kadervorkurs vom 19. bis 23. Oktober 2009 und den Wiederholungskurs vom 26. Oktober bis 13. No-

vember 2009 im Gotthardgebiet. Die einzelnen Kompanien wurden auf verschiedene Gemeinden verteilt und wurden für subsidiäre Sicherungseinsätze geschult.

Dienstverschiebungswesen: Im Jahr 2009 wurden beim Kreiskommando total 612 Gesuche eingereicht und behandelt. Davon wurden 453 bewilligt, 16 ärztlich und 15 am Einrückungstag entlassen. 159 Gesuche wurden abgelehnt.

Entlassung aus der Militärdienstpflicht: Zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht sind total 178 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welche ihre Dienstage geleistet haben oder vom Jahrgang her aus der Militärdienstpflicht entlassen wurden, angetreten und in würdiger Form verabschiedet worden. Davon hat ein Drittel auf die Übernahme der Waffe ins Eigentum verzichtet. 15 Angehörige der Armee hatten ihren Militärdienst ohne die Waffe geleistet.

Schiesswesen ausser Dienst: Die obligatorische Schiesspflicht (Obligatorisches) gilt bis zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht, längstens jedoch bis zum Ende des Jahres, in dem die schiesspflichtigen Angehörigen der Armee das 34. Altersjahr vollenden.

Militärstrafwesen

Infolge Schiessversäumnis 2008 mussten insgesamt 116 Angehörige der Armee (AdA) zur Stellungnahme angeschrieben werden. Davon hatten jedoch 11 die Schiesspflicht erfüllt, wurden aber dem Kreiskommando vom entsprechenden Schützenverein nicht gemeldet; 18 AdA wurden dispensiert (medizinische Gründe, Auslandsaufenthalt etc.). 65 AdA mussten mit einer Disziplinarbusse belegt werden. Es gingen dieses Jahr keine Beschwerden ein und es musste auch kein scharfer Arrest verhängt werden.

Wehrpflichtersatz

Im Ersatzjahr 2009 wurden total 1070 Ersatzpflichtige veranlagt; davon waren 707 Dienstuntaugliche und 363 Dienstverschieber. Von den 1070 eröffneten Veranlagungen mussten 217 Mahnungen ausgestellt werden. Insgesamt wurden 45 Betreibungen eingeleitet. Bedingt durch die Zunahme der Militärdienstuntauglichen (7 %) und die Abnahme der Dienstverschiebungen haben sich die Einnahmen im Ersatzjahr 2009 wiederum leicht erhöht.

Die Rückerstattungen geleisteter Ersatzabgaben haben sich mehr als verdoppelt, was auf das Interesse des Nachholens verschobener Militärdienste hinweist.

Zeughaus und Waffenplatz

Logistik / Vorortlager SWISSINT: Gemäss Leistungsvertrag betreibt der Kanton Nidwalden eine Retablierungsstelle. 2009 wurden 3846 Kundenkontakte von Angehörigen der Armee registriert (Beratung, Anprobe, Abgabe, Rücknahme, Verkauf, Tausch etc. von persönlichem Armeematerial). Der effektiv geleistete Stundenaufwand für das Vorortlager (Übergabe/Rücknahme Korpsmaterial, Bestandesführung, Instandhaltung, usw.) betrug 3880 Stunden. Im Vorortlager werden im Auftrag des übergeordneten Log-Centers nachfrageorientiert System- und Materialmodule für die Truppe bereitgestellt. Der Betriebsablauf zu Gunsten des Hauptkunden SWISSINT hat sich nun optimal eingespielt. Die Form der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Nidwalden und der Armee hat sich bewährt und konnte zur Zufriedenheit aller Beteiligten weiterentwickelt werden.

Infrastruktur: Die Planungsarbeiten für das Kompetenzzentrum SWISSINT (Anpassung der Ausbildungs- und Einsatzinfrastruktur) sind abgeschlossen. Das Parlament hat mit der Immobilienbotschaft 2009 den entsprechenden Baukredit gutgeheissen. Die Belegungszahlen sind seit Abschluss der Erweiterung/Sanierung der Kaserne und der Inbetriebnahme des neuen Kursgebäudes nochmals leicht angestiegen. Der Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappried wurde wiederum intensiv benutzt. Gegenüber dem Vorjahr sind die Belegungstage in etwa gleich geblieben. Die Menge verschossener Munition erhöhte sich leicht.

Kombinierte Schutzanlage Ob- und Nidwalden / AC-Labor:

Die kombinierte Schutzanlage Obwalden und Nidwalden wird seit dem 1. September 2009 wieder durch das Waffenplatzpersonal Wil-Oberdorf gewartet. Die kombinierte Schutzanlage war während 8 Tagen durch die Kantonalen Führungsstäbe Obwalden und Nidwalden belegt. Der Gesamtaufwand für Unterhalt und Betrieb belief sich auf 17 831 Franken. Das VBS und der Kanton Obwalden beteiligten sich an den Unterhaltskosten mit



je einem Drittel. Der Aufwand für das AC-Labor betrug 1 650 Franken. Daran beteiligte sich der Kanton Obwalden zur Hälfte.

Abteilung Zivilschutz

Ausbildung/Kurswesen: Als neuer Kommandant der Zivilschutzorganisation Nidwalden wurde auf den 1. April 2009 Roger Waser gewählt. Als sein Nachfolger als Zivilschutzinstruktor, trat am 1. April 2009 Mark Gerber seine Stelle an. In den Grund-, Kader-, Spezialisten-, Weiterbildungs- sowie Wiederholungskursen wurden in kantonaler wie interkantonaler Zusammenarbeit die Qualität und damit die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisation geschult und ausgebildet. Dabei wurden vor allem die Abläufe und Mechanismen bei Einsätzen und die Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes trainiert.

ZSO Nidwalden

Im Auftrag des Regierungsrates unterstützte ein Zivilschutz-Detachement vom 9. bis 21. Juli 2009 die Junioren Wildwasser Kanu Weltmeisterschaften in Buochs. Unter Anleitung vor Ort wurden die Schutzdienstpflichtigen in

den Bereichen Logistik, Auf- und Abbau der Infrastruktur gemäss einer Leistungsvereinbarung eingesetzt. Die ZS Kompanien Stanserhorn und Buochserhorn führten ihren WK im normalen Rahmen im Kanton Nidwalden durch und erledigten Aufträge zu Gunsten der Gemeinden.

Die ZS Kompanie Lopper absolvierte turnusgemäss ausserkantonale ihren WK in Graubünden und schulte damit insbesondere die Führungskräfte. Die Dienstleistung der ZS Stabskompanie beinhaltete neben Ausbildungsblöcken einige Aufträge im Bereich Kulturgüterschutz.

Baulicher Zivilschutz

Für An-, Um- und Aufbauten wurden 20 schriftliche und 35 telefonische Auskünfte erteilt, diese Bauprojekte sind seit dem 1. Januar 2004 generell von der Schutzraumbaupflicht befreit. Es musste vermehrt darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen eines An- oder Umbaus die Schutztauglichkeit eines A-Schutzraumes nicht aufgehoben werden kann. 14 neue Schutzraumprojekte mit 466 Schutzplätzen im Wohnbereich wurden begutachtet. Es sind 44 Schutzplätze über die Schutzplatzbaupflicht hinaus bewilligt worden (gemäss Baueingaben). 53 Bau-

vorhaben sind auf Befreiung bzw. Ersatzbeitragsleistung geprüft worden. Bei 52 Objekten (428 Schutzplätze) wurde eine Ersatzbeitragsleistung verfügt. Bei 4 Objekten (28 Schutzplätze) wurde der Einkauf in einen bestehenden Schutzraum bewilligt. In den Gemeinden Ennetbürgen und Buochs wurden die Schutzraumkontrollen abgeschlossen und die Mängelprotokolle den Eigentümern zugestellt. In den Gemeinden Beckenried und Emmetten wird die Periodische Schutzraumkontrolle PSK durchgeführt, die Mängelprotokolle werden fortlaufend im 2010 zugestellt. Die Kontrolle gibt einen Überblick des Zustandes der privaten und öffentlichen Schutzräume. Die Kontrolle bildet die Grundlage der Schutzplatzsteuerung in den Gemeinden und ist die Entscheidungsgrundlage für die Schutzraumbaupflicht in den Beurteilungsgebieten. Die Anlagen in den Gemeinden wurden im Rahmen der Quartalswartungen unterhalten und geprüft. Die Anlagen sind generell in einem guten Zustand. Einige Gemeinden haben Sanierungs- und Ausbauprojekte. Im öffentlichen Schutzraum der Zivilschutzanlage «Allmendli» Hergiswil wurden die Panzerschiebwände saniert. Die Zivilschutzanlage «Breitli» Buochs wurde zum Führungsstandort ausgebaut und der Gemeinde übergeben. Das Konzept ZSA Schliessanlagen wurde umgesetzt. In den Zivilschutzanlagen Stans und Wolfenschiessen wurden im Rahmen der Quartalswartungen mit den Anlagewarten und in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz die Periodischen Anlagekontrollen durch. Die generelle Projektplanung für den Telematikausbau in den Führungsstandorten der Gemeinden wurde in Auftrag gegeben. Die stationäre Sirene in Altzellen wurde ersetzt. Die Geschützte Operationsstelle beim Kantonsspital wurde im Rahmen der Quartalswartungen periodisch kontrolliert und gewartet.

Neubau Zentrum für den Bevölkerungsschutz und Optimierung Camp Swissint

Das Nidwaldner Stimmvolk hat der Abstimmungsvorlage vom 8. Februar 2009 zum Neubau des Zentrums für den Bevölkerungsschutz und Optimierung Camp SWISSINT mit einer 2/3-Mehrheit zugestimmt. Gemäss Zeitplan ist die Inbetriebnahme des neuen Zentrums für den Bevölkerungsschutz ab 1. Januar 2011 vorgesehen.

Notorganisation

Sicherheitsfunknetz POLYCOM: Am 20. Oktober 2009 hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 690 den Schlussbericht der Projektleitung genehmigt. Der Objektkredit von 6 120 000 Franken konnte dank höheren Beiträgen des Bundes und zusätzlichen Eigenleistungen der Projektleitung um rund 1 868 647 Franken (inkl. Projektierung) unterschritten werden.

Schlussbericht Unwetter Aug 2005: Am 30. Juni 2009 hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 442 den Schlussbericht zum Unwetter August 2005 zuhanden des Landrates genehmigt. Die Erkenntnisse und Lehren werden laufend in die Notfallplanung der Notorganisation einbezogen.

Alarmierung der Bevölkerung: Am 4. Februar 2009 wurde das kantonale Sirenenetz (40 stationäre und 18 mobile Sirenen) getestet und gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den Alarmstellen der Feuerwehr die Alarmnotfallplanung überprüft und ergänzt. Der Test ergab, dass die Auslösung der Sirenen über die verschiedenen Fernsteuerungen der Kantonspolizei und des EWN funktionierte.

Alarmierung und Einsätze: Der Sonderstab «Naturgefahren» des Kantonalen Führungsstabes wurde im Jahr 2009 mit 12 besonderen Alarmen der nationalen Alarmzentrale durch die Einsatzzentrale der Kantonspolizei per SMT alarmiert. Der Felssturz am Lopper sowie die starken Niederschläge vom 19. Juni 2009 und vom 17. – 18. Juli 2009 erforderten den Einsatz des Sonderstabes «Naturgefahren». Die notwendigen Sofortmassnahmen wurden jeweils direkt in der Einsatzzentrale der KAPO angeordnet.

Umsetzung Risikokataster: Die Umsetzung des kantonalen Risikokatasters erfolgt gemäss Zeitplan und Beschluss des Regierungsrates Nr. 413 vom 10. Juli 2007 planmässig. Gemäss Projektzeitplan dauert der Umsetzungsprozess bis 2012. Die Ereignisse bezüglich Steinschlag / Felssturz am Lopper und bei Kehrsiten bestätigen die bereits bisher erkannte Notwendigkeit der Notfallplanungen zusätzlich.

Notfallplanungen: Auch 2009 wurde intensiv an verschiedenen Notfallplänen gearbeitet. In mehreren Arbeitsgruppen wurden 16 laufende Projekte bearbeitet. Das Schwergewicht lag bei den Naturgefahren-Szenarien (Steinibach Hergiswil, Steinibach Dallenwil, Wildbäche Stanserhorn, Wildbäche Kniri-West, Secklisbach Wolfenschüssen, Hochwasser See Buochs als Pilotprojekt, Steinschlag Emmetten, Rutschungen Hergiswil, Lawinen Emmetten als Pilotprojekt, Lawinen Stans und Dallenwil), Eisenbahnunfall (offen Strecken LSE), Talsperrenbruch Bannalp, Bergbahnunfall, Ausfall Informatikstrukturen, Epidemie / Pandemie.

Care-Organisation: Per Ende 2009 wurde das Careteam Zentralschweiz aufgelöst. Im Rahmen der Zentralschweizer Kantone hat sich Nidwalden an der Neuorganisation des Carebereiches beteiligt und die im Kanton Nidwalden wohnhaften Mitglieder des bisherigen Careteams Zentralschweiz in die Notorganisation Nidwalden überführt. Ab dem 1. Januar 2010 ist diese Nachfolgeorganisation bereits einsatzbereit und kann über die Einsatzzentrale der KAPO alarmiert werden. Mit der Neuorganisation wird gleichzeitig die Aufschaltung auf das bestehende nationale Datenmanagement (IES: Information und Einsatz im Sanitätsdienst) vorgenommen. Die Schulung und Einführung dieses nationalen Daten-Systems erfolgt unter der Leitung einer Projektgruppe bei der Kantonspolizei, bei der Stützpunktfeuerwehr Stans und beim kantonalen Führungsstab.

Koordinierte Dienste: Am 8. Juni 2009 wurden die Mitglieder des Koordinierten Sanitätsdienstes im Rahmen einer Einsatzübung in Engelberg geschult. Die Mitglieder der mobilen Sanitätshilfsstelle Nidwalden (Ärzte, Fachpersonal und Samariter) absolvierten diverse Weiterbildungen. Der Koordinierte ABC-Schutzdienst hat im Rahmen der kantonalen Arbeitsgruppe unter der Leitung des kantonalen ABC-Koordinators (Markus Bolz, Buochs) die Vorbereitungsarbeiten für die Notfallplanung im Hinblick auf ABC-Ereignisse durchgeführt. Diese Notfallplanungen werden im Verbund der Zentralschweizer Kantone erstellt.

Ausbildung / Übungen: Am 12. und 13. Mai 2009 wurden die Mitglieder des Kantonalen Führungsstabes in der Führungs- und Stabstechnik durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz geschult.

Die Gemeindeführungsstäbe von Buochs, Ennetmoos, Stans und Stansstad wurden im Rahmen der Stabsübungen «TEKTON TRE» mit dem Szenario «Extreme Winterlage mit Stromausfall» beübt. Die Übungsreihe wurde damit per Ende 2009 abgeschlossen. Die Erkenntnisse und Konsequenzen fliessen in die laufende szenarienbezogene Notfallplanung ein.

2.3.3.6 Feuerwehrinspektorat

Der Gesamtbestand der Nidwaldner Feuerwehren beträgt 953 Angehörige der Feuerwehren (AdF). Seit 1992 wurde der Bestand von 1564 AdF auf 953 AdF imd somit um 39.6 % reduziert. An 21 Kursen wurde bei den rund 680 Teilnehmern das bestehende Fachkenntnisse vertieft und Neues vermittelt.

Ausbildung: Die kantonale Feuerwehrausbildung wird vor allem bei Kaderkursen, wie auch im Atemschutz, gemeinsam mit Obwalden koordiniert und durchgeführt. Dazu wird auf modernsten Ausbildungsanlagen z.B. in Zofingen oder auch in Balsthal trainiert.

Koordination Einsatzleitung (KEL): In jedem Ereignis spielt die Zusammenarbeit der betroffenen Einsatzkräfte eine wichtige Rolle. Das Nidwaldner Feuerwehrinspektorat führte mit den Instruktoren einen KEL-Kurs durch, an welchen erstmals auch Angehörige der Polizei, des Rettungsdienstes sowie der Chemiewehr Uri teilnahmen. Aufgrund der positiven Rückmeldungen, wird diese Ausbildungssequenz zum festen Bestandteil der jährlichen Ausbildungskurse.

Instruktoren: Die 19 Feuerwehrinstruktoren kamen an 290 Ausbildungstagen zum Einsatz. Nur Dank grossem Engagement dieser nebenamtlichen Instruktoren, konnte die Feuerwehrausbildung in rund 2700 Ausbildungsstunden umgesetzt werden.

Anschaffungen: Als Dank für die gute Zusammenarbeit erhielten sämtliche aktiven Feuerwehrleute von der Nidwaldner Sachversicherung eine zweckmässige Regenbekleidung. Dies im Rahmen ihres Jubiläums «125 Jahre Nidwaldner Sachversicherung». Weiter wurden wiederum finanzielle Beiträge an Feuerwehrfahrzeuge und Material ausgerichtet.

Einsätze: Bei 264 Ereignissen leisteten die Nidwaldner Feuerwehren 5131 Einsatzstunden.

Dies bei Bränden, Unwetterereignissen, Ölunfällen oder technischen Hilfeleistungen. Bei der Suchaktion in der Engelberger Aa und im Vierwaldstättersee war die Solidarität der Feuerwehren untereinander besonders spürbar.

Löschwasserversorgungen: In Zusammenarbeit mit Planern, Betreibern von Wasserversorgungen und den zuständigen Feuerwehrkommandanten, wurden verschiedene bestehende sowie neue Hydranten überprüft und verbessert. Auch im Bereich der Löschwasserversorgung richtet die Nidwaldner Sachversicherung Beiträge aus.

Einsatzplanung / Notfallplanung: Die Feuerwehren sind neben Polizei und Rettungsdienst die einzigen Einsatz-elemente die innert Minuten zum Einsatz gelangen. In der ersten Phase sind diese vielfach auf sich alleine gestellt. Eine optimale Planung und Vorbereitung ist unabdingbar. Bei der Erarbeitung von Einsatz- und Notfallplänen werden Stärken, aber auch Schwächen offensichtlich. Durch präventive Massnahmen kann eine Vielzahl dieser Schwächen eliminiert werden.

Feuerwehr 2015 / Konzept Nidwalden: Das gesamtschweizerische Feuerwehrkonzept 2015 konnte im vergangenen Jahr verabschiedet werden. Nun sind die zuständigen Instanzen gefordert, die Umsetzung in ihrem Kanton an die Hand zu nehmen. In Nidwalden wurden alle Gemeinderäte über die zukünftige Entwicklung des Feuerwehrwesens orientiert. Diese zukünftige Neuausrichtung wurde mehrheitlich getragen. Zurzeit laufen betreffend Optimierung und Reorganisation Gespräche in verschiedenen Gemeinden. Mit der Teilrevision des Feuerschutzgesetzes wurde bereits gestartet.

2.3.4 Vernehmlassungen an den Bund

Justiz- und Sicherheitsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Justiz- und Sicherheitsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Justiz- und Sicherheitsdirektion. Vernehmlassung des EJPD betreffend 06.3658 Motion Heberlein i.S. gesetzliche Massnahmen gegen Zwangsheiraten	Nr. 45 vom 27. Januar 2009	Zustimmung
Beratung von gewaltausübenden Personen im Bereich der Häuslichen Gewalt in der Zentralschweiz; drei Entwürfe für gemeinsame Leistungsvereinbarungen	Nr. 46 vom 27. Januar 2009	Grundsätzliche Zustimmung; eine redaktionelle Anpassung
Nidwaldner Sachversicherung. Feuerwehrinspektorat. Konzept "Feuerwehr 2015" der Feuerwehr Koordination Schweiz FKS	Nr. 71 vom 03. Februar 2009	Zustimmung
Revision der Alarmierungsverordnung (AV, SR 520.12)	Nr. 105 vom 17. Februar 2009	Grundsätzliche Zustimmung; einige Verbesserungsvorschläge
Vernehmlassung der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates betreffend die Standesinitiative Bern 05.309 i. S. Differenzierung der Motorfahrzeugsteuer auf Bundesebene	Nr. 106 vom 17. Februar 2009	Grundsätzliche Zustimmung; einzelne Verbesserungsvorschläge betreffend Formulierung
Via sicura; Varianten zum Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr	Nr. 126 vom 03. März 2009	Beantwortung in Form eines 10-seitigen Fragebogens
Entwurf zur Änderung des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer	Nr. 206 vom 31. März 2009	Zustimmung
Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer als indirekter Gegenvorschlag zur "Ausschaffungsinitiative"	Nr. 235 vom 07. April 2009	Vorbehalte
Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Online-Zugriffe VOSTRA)	Nr. 236 vom 07. April 2009	Zustimmung

Justiz- und Sicherheitsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vorentwurf einer Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Elterliche Sorge) und des Strafgesetzbuches (Art. 220)	Nr. 271 vom 28. April 2009	Zustimmung
Europakonvention zum Schutze von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (ETS 201). Anhörung der Kantone zur Frage der Unterzeichnung der Konvention	Nr. 404 vom 09. Juni 2009	Zustimmung
Parlamentarische Initiative 05.404; Verbot von sexuellen Verstümmelungen	Nr. 405 vom 09. Juni 2009	Zustimmung; einzelne Präzisierungen
Justiz- und Sicherheitsdirektion. Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE). Bezeichnung der zuständigen Stellen	Nr. 416 vom 16. Juni 2009	Bezeichnung der Stellen
Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens über die Cyberkriminalität	Nr. 417 vom 16. Juni 2009	Zustimmung
Vereinbarung über eine schweizerische Kommission Jugendschutz-Film	Nr. 479 vom 07. Juli 2009	Zustimmung (mit Ausnahme der Entschädigung)
Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und -juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG)	Nr. 480 vom 07. Juli 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des Bundesamtes für Justiz zur Evaluation der Schweiz durch die Groupe d'Etats contre la corruption (GRECO) des Europarates betreffend Umsetzung der Empfehlungen	Nr. 524 vom 18. August 2009	Mitwirkung zu den Empfehlungen 2, 3, 7, 11
Anhörung zum Entwurf der Teilrevision der Verordnung vom 27. November 2000 über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV; SR 941.411)	Nr. 581 vom 01. September 2009	Zustimmung
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Rückführungsrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	Nr. 582 vom 01. September 2009	Zustimmung
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Verhandlungsmandat für ein Freihandelsabkommen mit Hong Kong: Gemeinsame Stellungnahme	Nr. 599 vom 08. September 2009	Zustimmung
Bundesbeschluss über die Genehmigung der Verordnung (EG) Nr. 380/2008 zur Einführung der Biometrie im Ausländerausweis (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	Nr. 616 vom 15. September 2009	Zustimmung
Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend rassistische Symbole	Nr. 655 vom 13. Oktober 2009	Skeptische Haltung; Tendenziell Ablehnung
Erlass der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen (ABCN-Einsatzverordnung)	Nr. 689 vom 20. Oktober 2009	Viele Änderungs- oder Ergänzungsanträge
Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK). Umfrage betreffend Erarbeitung einer Strategie der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK)	Nr. 691 vom 20. Oktober 2009	Beantwortung der 4 Fragen
Bundesgesetz über die Teilrevision des Zivilgesetzbuches, des Obligationenrechts und der Zivilprozessordnung	Nr. 756 vom 17. November 2009	Zustimmung
Unterzeichnung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	Nr. 786 vom 01. Dezember 2009	Ablehnung

2.4 Bildungsdirektion

2.4.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Zuständigkeit der Bildungsdirektion umfasst die Bereiche Erziehung, Bildung, Sport, Kulturpflege und Kulturförderung. Der Direktion sind damit das Amt für Berufsbildung und Mittelschule mit der kantonalen Mittelschule, der kantonalen Berufsfachschule, der Lehraufsicht und der Berufs- und Studienberatung, das Amt für Volksschulen und Sport mit dem Schulpsychologischen Dienst und dem Zentrum für Sonderpädagogik sowie das Amt für Kultur mit vier Museen und der Kantonsbibliothek unterstellt. Für die Volksschule, welche in den 11 Schulgemeinden angesiedelt ist, übernimmt die Bildungsdirektion hauptsächlich Steuerungs-, Entwicklungs- und Koordinationsaufgaben.

Jahr in Zahlen

- 3214 Schülerinnen und Schüler im Kindergarten und an der Primarschule.
- 1111 Schülerinnen und Schüler an der Orientierungsschule.
- 570 Schülerinnen und Schüler an der Mittelschule.
- 53 Schülerinnen und Schüler in einem Brückenangebot.
- 807 Schülerinnen und Schüler in beruflicher Grundausbildung an der Berufsfachschule.
- 1101 Gesamtbestand an Lehrverhältnissen.
- 10,1 % Anteil ausländische Schülerinnen und Schüler.
- 935 435 Franken wurden für Stipendien ausbezahlt.
- 203 519 Franken flossen in die Kulturförderung.
- 16 193 Besucherinnen und Besucher im Nidwaldner Museum

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Direktionssekretariat	2,7	2,7
Amt für Volksschulen und Sport (inkl. Lehrpersonen)	32,2	35,7
Amt für Berufsbildung und Mittelschule (inkl. Lehrpersonen)	118,5	121,9
Amt für Kultur	8,2	9,3

2.4.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
3/d	Legislativziel Verstärken der Qualitätskontrolle in den Schulen	
	Jahresziel Volksschule: Ausübung der Kontrollfunktion durch die Abteilung Schulaufsicht gemäss Qualitätskonzept Amt für Volksschule.	Ziel erreicht Im Nachgang zu den von der Fachstelle durchgeführten Externen Evaluationen an den Gemeindeschulen wurden mit vier Schulen die Massnahmenpläne besprochen.
	Jahresziel Berufsfachschule: Bestehen des Zwischenaudits 2009.	Ziel erreicht Im Rahmen des Zwischenaudits 2009 wurden durch die externe Zertifizierungsgesellschaft keine Abweichungen festgestellt. Der Auditor machte anhand der Qualitätsmanagement-Dokumentation, der vorgelegten Nachweisdokumente, der geführten Interviews und der überprüften Prozesse folgende Feststellungen: «(...) Die Berufsfachschule Nidwalden zeichnet sich durch ihre hohe Effektivität aus. Sie hat ihre Ziele 2008/2009 grossmehrheitlich erfüllt. (...) Das Schulführungssystem der Berufsfachschule Nidwalden hat bezüglich Leistungs- und Wirkungstransparenz Modellcharakter in der Deutschschweizer Berufsbildung. (...)»
	Jahresziel Mittelschule: Grundlagen schaffen für systematische Qualitätssicherung und -entwicklung.	Ziel erreicht Die Mittelschule Nidwalden hat im Laufe des Jahres 2009 ein Qualitätsleitbild erarbeitet, in dem die Qualitätsansprüche und die Zielvorgaben so formuliert, dass sie sinnvoll evaluiert werden können. Die Struktur richtet sich dabei nach dem Modell Q2E. Basierend auf diesem Leitbild wurde ein Qualitätskonzept erarbeitet und vom Mittelschulrat verabschiedet.
3/d	Legislativziel Verbesserung der Integrationsfähigkeit an den Schulen	
	Jahresziel Überarbeitung Volksschulverordnung Kapitel Sonderpädagogik.	Ziel erreicht Die Arbeitsgruppe hat den Bericht zum Verordnungsentwurf fertig gestellt. Der Regierungsrat hat im November 2009 den Verordnungsentwurf für die Vernehmlassung frei gegeben.
	Jahresziel Berufsfachschule: Etablierung des Stütz- und Förderkonzepts.	Ziel erreicht Das Konzept Stütz- und Förderpädagogik der Berufsfachschule Nidwalden, basierend auf den Elementen Stütz- und Förderkurse, schulische Begleitung im Rahmen der fachkundigen individuellen Begleitung, Lernatelier und Lernstudio sowie persönliche Beratung, wurde erfolgreich eingeführt. Im Rahmen einer Evaluation werden die ersten Erfahrungen ausgewertet und eine Anpassung des Konzepts geprüft.
3/f	Legislativziel Verbesserung der Übergänge zwischen den Bildungsstufen	
	Jahresziel Etablierung einer nachhaltigen Bearbeitung der Übergänge zwischen der Eingangs-, der Mittel- und der Oberstufe.	Ziel erreicht Mit der Einrichtung von drei Koordinationsgruppen (4-8; Mittelstufe I und II; Orientierungsschulen), welche durch Mitarbeitende des Amtes für Volksschulen geleitet werden, wurde eine kontinuierliche Bearbeitung der anstehenden Schulentwicklungsthemen gewährleistet und die interne Vernetzung sichergestellt.
	Jahresziel Berufsfachschule: Sicherstellung einer beruflichen Grundbildung für (gefährdete) Jugendliche aus der Sekundarstufe I.	Ziel erreicht Das Konzept Case Management Berufsbildung Nidwalden befindet sich in der Umsetzungsphase und entsprechende Massnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen Luzern und Obwalden implementiert. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass der Bedarf weniger im Bereich der Schnittstelle Sek I-Sek II liegt als im Bereich der Lehrabbrüche.
	Jahresziel Berufsfachschule: Verhinderung bzw. Auffangen von Lehrabbrüchen.	Ziel erreicht Die Implementierung des Konzepts Stütz- und Förderpädagogik der Berufsfachschule Nidwalden zeigt Wirkung. Die Angebote werden rege genutzt. Die Wirkungstransparenz der durchgeführten Massnahmen ist allerdings kaum mess- oder nachweisbar. Es zeigt sich, dass bei Fällen mit Mehrfachproblematik zusätzliche Massnahmen notwendig sind, um Lehrabbrüche zu vermeiden. Diese können im Rahmen des Case Management Berufsbildung abgedeckt werden.

Nr.	Ziel	Bericht
3/g	Legislaturziel Verbesserung der zeitlichen Strukturen der Schulen als Bestandteil der Familienpolitik.	
	Jahresziel Volksschule: Konzeption Tagesschulen für Nidwaldner Gemeinden klären.	Ziel erreicht Das Projekt zur Bearbeitung von Familien- und Schulergänzenden Tagesstrukturen wurde aufgegleist. Strukturen und Verantwortlichkeiten sind geklärt. Das Projekt wird vom Sozialamt geleitet. Es wurde ein externer Projektauftrag vergeben. Die Arbeiten werden im Frühjahr 2010 aufgenommen.
4/a	Legislaturziel Umsetzung «Vision Nidwaldner Museum».	
	Jahresziel Durchführung der ersten Sommerausstellung gemäss neuem Konzept im Salzmagazin.	Ziel erreicht Die Ausstellung «Alpenpanoramen. Höhepunkte der Schweizer Fotografie» wurde vom 3. Mai bis 18. Oktober 2009 in Zusammenarbeit mit den Stanserhornbahnen AG erfolgreich durchgeführt.
4/b	Legislaturziel Erhaltung der mobilen und immobilen Kulturgüter.	
	Jahresziel Erstellen zweier weiterer Gemeindeinventare über die schutzwürdigen Bauten	Ziel teilweise erreicht Das Inventar der Gemeinde Stans wurde genehmigt; das Inventar der historischen Gärten und Anlagen wurde abgeschlossen. Die teilweise Erreichung des Ziels erklärt sich dadurch, dass die Gemeinden den Rhythmus der Arbeiten vorgeben. Drei Inventare liegen zur Genehmigung bei den Behörden, drei weitere sind in Arbeit.
	Jahresziel Abschluss des Projekts KGS-Sanierung	Ziel erreicht Das Projekt KGS konnte abgeschlossen werden. Ausstehend sind nur noch die Restaurierung einiger weniger Objekte sowie der Schlussbericht mit der Schlussabrechnung.
4/c	Legislaturziel Geschichte des Kantons Nidwalden.	
	Jahresziel Aufnahme der Arbeit an der Kantongeschichte.	Ziel nicht erreicht Ende Jahr wurde das Konzept von der Kulturkommission gebilligt. Die Arbeit kann 2010 starten. Die zeitliche Verzögerung hat sich durch die sehr sorgfältige und zeitintensive Konzeption ergeben, welche auch den Wettbewerb für die grafische Gestaltung einschloss sowie die Ausarbeitung einer Absichtserklärung zur Publikation durch den Historischen Verein Nidwalden.
4/d	Legislaturziel Konsolidierung der J+S Sportförderung und Ausbau der Kinderförderung.	
	Jahresziel Überführung des Kinderförderprogramms OKTOPUS in «J+S-Kids».	Ziel erreicht Ab dem 1. Januar 2009 konnte J+S-Kids in der ganzen Schweiz eingeführt werden. Dieses nationale Sportförderprogramm für 5 - 10-Jährige hat die gleichen Zielsetzungen wie OKTOPUS und ersetzt nun das kantonale Angebot. Anlässlich eines Einführungskurses wurden die bisherigen Leiterinnen und Leiter des OKTOPUS-Programms in J+S-Kids überführt.

2.4.3 Tätigkeiten der Ämter

2.4.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Bildungsdirektion. In dieser Eigenschaft ist es zuständig für die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, der interkantonalen Konferenzen, für die Planung und Koordination innerhalb der Verwaltung sowie die Information innerhalb der Direktionen und nach aussen. Im Weiteren bearbeitet das Direktionssekretariat

die Bereiche interkantonale Schulvereinbarungen und Ausbildungsbeiträge.

Bildungskommission

Die Bildungskommission traf sich zu zwei ordentlichen Sitzungen und behandelte die folgenden Haupttraktanden: Integration und Heterogenität in der Schule, Lehrplan 21 und Revision der Volksschulverordnung im Bereich Sonderpädagogik.

Revision der Lehrpersonalverordnung und Entlohnungsvereinbarung.

Nach der Totalrevision der Lehrpersonalverordnung per 1. August 2008 wurde auf das Schuljahr 2009/10 eine Teilrevision erarbeitet, welche neben einer leichten Korrektur der Altersentlastung der Lehrpersonen eine Grundsatzbereinigung der Unterrichtsverpflichtungen beinhaltet.

Ebenfalls per 1. August 2009 wurde im Auftrag der Schulpräsidentenkonferenz die Entlohnungsvereinbarung der Schulgemeinden bereinigt. Die Totalrevision betraf neben der Aufhebung der Zusatzabgeltung von Lehrpersonen im Mehrklassenunterricht Anpassungen, welche den Schulgemeinden im Anschluss an die Revision des Personalgesetzes bei der Lohnfestlegung mehr Freiheiten einräumen.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit standen die Weiterentwicklung der Konkordate zur Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) und der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) sowie die Mitwirkung am Aufbau der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) im Zentrum. Während die neue Rechtsgrundlage zur FHZ nicht mehr grundsätzlich hinterfragt wird, konnte im Berichtsjahr noch keine Lösung zur Zukunft der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Zentralschweiz gefunden werden. Die Fragen zur Neuorganisation der D-EDK, die u.a. für das Projekt Lehrplan 21 zuständig ist, konnten hingegen weitgehend geklärt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

In den vier Ausgaben des Nidwaldner Schulblatts wurde jeweils eines der folgenden Schwerpunktthemen erörtert: Kindergarten, Bildung auf der Sekundarstufe II, Sonderpädagogik und Berufswahl. Im Nidwaldner Wochenblatt publizierte die Bildungsdirektion verschiedene Beiträge zu aktuellen kantonalen Bildungsthemen. In Zusammenarbeit mit Obwalden organisierte die Bildungsdirektion zwei sehr gut besuchte öffentliche Referate: Beat Zemp, der Präsident des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, sprach über den Lehrerberuf heute und der Psychologe Alan Guggenbühl referierte über den Umgang mit Heterogenität in der Schule.

2.4.3.2 Amt für Volksschulen und Sport

Das Amt für Volksschulen bearbeitet die pädagogischen, didaktischen und organisatorischen Belange der Volksschule. Es koordiniert, fördert und begleitet die Entwicklung der Volksschule und ist insbesondere zuständig für die externe Qualitätssicherung, die fachliche Aufsicht über den Schulbetrieb und die Überwachung der Einhaltung der kantonalen Vorgaben, die Beratung und Unterstützung der Schulen und der Schulbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Sicherstellung eines Beratungsangebotes für die Lehrpersonen sowie die Planung und Organisation der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung.

Schulentwicklung

Das Projekt Englisch an der Primarschule wurde nach 7 Jahren Laufzeit per Ende 2009 abgeschlossen. 76 Lehrpersonen haben die Nachqualifikation zum Unterrichten von Englisch an der Primarschule abgeschlossen. Damit ist der Bedarf an Englischlehrpersonen in den Gemeinden gedeckt. Der Projektkredit von 950 000 Franken wurde um 120 000 Franken unterschritten.

Zusammenarbeit mit den Schulbehörden

Die Schulpräsidentenkonferenz hat viermal getagt und folgende Geschäfte behandelt:

- Lehrpersonalverordnung und Entlohnungsvereinbarung
- Abschlussprüfung im 9. Schuljahr
- Lehrplan 21
- Schulische Sozialarbeit
- Volksschulverordnung, Kapitel Sonderpädagogik
- Ferienpass, Ferienordnung
- Gewaltprävention an den Schulen, Konzept der Kriminalpolizei

Schulaufsicht und Schulevaluation

Ab Schuljahr 2005/06 begann die systematische und planmässige Evaluation der Nidwaldner Schulen gemäss dem Konzept «Schulaufsicht und Externe Evaluation im Kanton Nidwalden». In der Zwischenzeit wurde der erste Zyklus abgeschlossen. Alle Nidwaldner Volksschulen wurden ein erstes Mal extern evaluiert. Dies ist mit ein

Grund dafür, dass im Verlaufe des Berichtsjahres das Amt für Volksschulen und Sport eine externe Evaluation der verschiedenen Qualitätsprozesse der Volksschule in Auftrag gab. Resultate dazu werden 2010 vorliegen.

Die interkantonale Zusammenarbeit mit Obwalden wird weiterhin konsequent gepflegt. Zusätzliche Zusammenarbeit erfolgt mit der interkantonalen Arbeitsgemeinschaft für externe Schulevaluation (ARGEV).

Im Schuljahr 2008/09 wurden sechs externe Schulevaluierungen durchgeführt, wovon vier Beurteilungen Nidwaldner Schulen mit folgenden Themenschwerpunkten betrafen:

- Primarschule Hergiswil: Schulprofil / Lehren & Lernen Deutsch / Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen
- Primarschule Dallenwil: Schulprofil / Lehren & Lernen Deutsch / Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit persönlichen Lernzielen
- Orientierungsschule Buochs: Schulprofil / Lehren & Lernen Deutsch / ORS-Modell / Schülerinnen und Schülerpartizipation
- Schule Stansstad: Schulprofil / Lehren & Lernen Deutsch / Fremdsprachenunterricht

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung (LWB)

Zum achten Mal hat die Fachstelle für Lehrpersonenweiterbildung in Zusammenarbeit mit den Fachstellen von Uri und Obwalden ein gemeinsames NORI-Weiterbildungsprogramm 2009/10 für Lehrpersonen herausgegeben. Von den 337 Weiterbildungskursen hat die Abteilung LWB Nidwalden 58 Kurse entwickelt und angeboten. 148 Kurse wurden von den drei PHZ Weiterbildungsstandorten Luzern, Schwyz und Zug übernommen, was einem Anteil von ca. 44 % entspricht. Die restlichen 131 Kurse wurden von Obwalden und Uri angeboten.

Rund 840 Kursanmeldungen erfolgten aus Nidwalden. Die NORI-Kurse decken rund die Hälfte der Weiterbildungsaktivitäten der Lehrpersonen ab. Die andere Hälfte betrifft schulinterne Weiterbildung, Nachqualifikationen (vor allem im Fremdsprachenbereich) sowie Weiterbildungsaktivitäten bei anderen Anbietern.

Ein besonderer Schwerpunkt im NORI-Programm war und wird auch im Schuljahr 2010/11 den Fächern Mensch & Um-

welt sowie Naturlehre gewidmet. Nebst einer reichhaltigen Palette von Kursen werden in den Kantonen Zug, Luzern, Nidwalden und Schwyz Tagungen durchgeführt.

Zentrum für Sonderpädagogik (ZSP)

Seit 2009 ist das ganze Angebot der sonderpädagogischen Massnahmen für Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 20 Jahren dem Zentrum für Sonderpädagogik angegliedert. Das bedingte eine erneute Anpassung der Organisationsstruktur.

Heilpädagogische Früherziehung (HFE)

Für die 160 gesprochenen Stellenprozente wurden drei Heilpädagoginnen Früherziehung angestellt. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 60 HFE Kinder erfasst. Die HFE arbeiten in der Regel mit dem Kind zu Hause in seiner gewohnten Umgebung. Vereinzelt kommen Kinder ans Zentrum für Sonderpädagogik. Die Einzelförderung oder Förderung in Kleingruppen am Zentrum wird aufgrund der Förderschwerpunkte gewählt.

Sonderschulung - Heilpädagogische Schule (HPS) und Integration (IS)

Seit die Möglichkeit zur integrativen Sonderschulung besteht, ist – was die entsprechende Grafik im Tabellenteil eindrücklich belegt – eine deutliche Verlagerung weg von der separativen Sonderschulung festzustellen. Die massive Zunahme der Integrationen im Berichtsjahr war so nicht vorhersehbar. Das hatte Konsequenzen auf den Personalaufwand: Fünf Schulische Heilpädagoginnen der Gemeinden und fünf Heilpädagoginnen der HPS begleiten die Sonderschülerinnen und -schüler in der Integration.

Therapeutische Dienste – Logopädie und Psychomotorik

Im ersten Halbjahr konnten in der Logopädie die Pensen aller Gemeinden abgedeckt werden. Die Wartezeiten in der Psychomotorik sind nach wie vor problematisch; 118 Kinder konnten 2009 erfasst werden.

Schulpsychologischer Dienst

Im Schuljahr 2008/2009 wurden vom Schulpsychologischen Dienst 268 Anmeldungen bearbeitet. Darunter wa-

ren 13.8 % Fremdsprachige; der Anteil der Jungen lag mit 63.8 % höher als derjenige der Mädchen. Anmeldeinstanzen waren die Schule (46.6 %), die Eltern (23.5 %), Ämter und Behörden (19.7 %), Ärzte/Ärztinnen (9.2 %), und andere (1 %). Die häufigsten Anmeldegründe betrafen allgemeine Lern- u. Leistungsschwierigkeiten (16.5 %), Verhaltens-/Erziehungsschwierigkeiten in der Schule oder in der Familie (15.5 %), Schullaufbahnberatungen (13 %) und persönliche Probleme (7 %). 13 % der Anmeldungen standen im Zusammenhang mit Sonderschulmassnahmen oder sonderschulischen Massnahmen. Insgesamt mussten 154 Berichte erstellt werden. Sechs Unterrichtsbesuche wurden durchgeführt. Pro Anmeldung fanden im Durchschnitt 2,3 Konsultationen statt.

Die in den Vorjahren eingeführten Schulhaussprechstunden wurden zwischenzeitlich zwecks Qualitätssicherung in 7 der 11 Schulgemeinden evaluiert. Die Ergebnisse sind in allen Bereichen sehr positiv ausgefallen. Das «Fachteam» wurde während eines Jahres als neue Arbeitsmethode in einer Schulgemeinde praktiziert. Eine schrittweise Einführung in weiteren Schulgemeinden steht bevor.



Abteilung Sport

Jugend + Sport / J+S-Kids

Vom Bund wurden insgesamt 299 077 Franken direkt an die Nidwaldner Sportorganisationen und J+S-Coaches ausbezahlt. Die 289 Kurse und Lager der Nidwaldner Sportorganisationen wurden von 3605 Kindern und Jugendlichen besucht bei einem Mädchenanteil von 36 %. Geleitet wurden die Kurse von 1144 ehrenamtlich tätigen J+S-Leiterinnen und -Leitern. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass Doppel- und Mehrfachzählungen möglich sind. Ab dem 1. Januar 2009 konnte J+S-Kids in der ganzen Schweiz eingeführt werden. Dieses nationale Sportförderprogramm für 5 bis 10-Jährige hat die gleichen Zielsetzungen wie OKTOPUS und ersetzt nun das kantonale Angebot. Anlässlich eines Einführungskurses wurden die bisherigen Leiterinnen und Leiter des OKTOPUS-Programms in J+S-Kids überführt.

Schulturnen und freiwilliger Schulsport

Zur Förderung des Schulsports wurden diverse Sportkurse für die Lehrpersonenweiterbildung organisiert, freiwillige Schulsportanlässe, die obligatorische Sportprüfung im 8. Schuljahr und das kantonale Sommersportlager in Tenero durchgeführt.

Sportfonds

Swisslos weist dem Kanton einen jährlichen Beitrag zu. Zudem gibt es auf die Mittel einen Zinsertrag. Von diesem ganzen Geld hat der Sportfonds im Berichtsjahr 20 % oder 461 952 Franken erhalten.

2.4.3.3 Amt für Berufsbildung und Mittelschule

Das Amt für Berufsbildung und Mittelschule (ABM) ist zuständig für alle Fragen der beruflichen und der allgemeinen Grundbildung auf der Sekundarstufe II sowie der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung. Es vollzieht die Berufsbildungs- und die Mittelschulgesetzgebung und vertritt den Kanton in regionalen und nationalen Gremien. Ausserdem sorgt es für die Koordination

der Erwachsenen- und Weiterbildung und die allgemeine Information über die Bildungsangebote sowie für die individuelle Beratung bei Vorbereitung, Wahl und Gestaltung der beruflichen Laufbahn.

Lehraufsicht

Der Lehrstellenmarkt hat sich im Berichtsjahr zufriedenstellend präsentiert. Per Sommer 2009 wurden insgesamt 377 neue Lehrverträge abgeschlossen (Vorjahr: 379). Der Anteil an zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit eidg. Berufsattest beträgt 2.4 % oder 9 Verträge. Hier ist das Angebot an Ausbildungsplätzen für eher praktisch begabte Jugendliche im Kanton Nidwalden nach wie vor ungenügend. Das Lehrstellenmarketing im Attestbereich wird deshalb auch in Zukunft nebst dem Marketing für neu geschaffene Berufe einen Schwerpunkt der Tätigkeit der Lehraufsicht bilden. Insgesamt konnten in Nidwalden 66 neue Bildungsbewilligungen ausgestellt werden, wovon 46 Bewilligungen an 22 Lehrbetriebe gingen, die bisher nicht ausgebildet haben.

Das Case Management (CM) Berufsbildung stellt sicher, dass Jugendliche, deren Einstieg in die Berufswelt gefährdet ist, frühzeitig erfasst und in einen strukturierten Begleitprozess aufgenommen werden. Es beginnt frühestens mit dem 8. Schuljahr und endet spätestens mit Erreichen des 25. Altersjahres. Aufgrund der Tatsache, dass in Nidwalden nur wenige Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit Mühe beim Eintritt in die Berufs- und Arbeitswelt bekunden, wurden mit Lehrbeginn 2009 lediglich 3 Jugendliche ins CM aufgenommen.

Im Bereich der fachkundigen individuellen Begleitung (FiB) für die zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest wurden zwei Jugendliche im betrieblichen bzw. sozialen Umfeld individuell betreut.

Im Rahmen der Qualifikationsverfahren 2009 wurden insgesamt 369 Lehrabschlussprüfungen durchgeführt. An den Diplomfeiern konnten den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen in 72 verschiedenen Berufen insgesamt 5 eidgenössische Berufsatteste, 348 eidgenös-

sische Fähigkeitszeugnisse und 10 Anlehrausweise überreicht werden. Lediglich 2,1 % der Absolventinnen und Absolventen (6) waren nicht erfolgreich. Über 8 % (30) der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen wurden mit einer Ehrenmeldung (Note 5,4 und höher) ausgezeichnet. Die Durchschnittsnote sämtlicher Prüfungen betrug bemerkenswerte 4,88.

Berufs- und Studienberatung

Am 4. November 1944 erschien im Amtsblatt sozusagen die Geburtsanzeige der Berufsberatung Nidwalden. Die Berufs- und Studienberatung nahm das 65-Jahr-Jubiläum zum Anlass, um eine breite Öffentlichkeit mit Fragen der Berufswahl und der beruflichen Entwicklung vertraut zu machen. In einer Jubiläumszeitung wurde die Entwicklung der Berufsberatung seit der Nachkriegszeit skizziert, und es wurden mehrere Jubiläumsveranstaltungen durchgeführt.

Für die Berufswahlvorbereitung und den Berufswahlprozess wurden die Vorbereitungen zur Einführung der interaktiven Plattform «myBerufswahl.ch» getroffen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Implementierung erfolgt im Laufe der Jahre 2010/11.

Wie jedes Jahr wurden die Schulabgängerinnen und -abgänger im Rahmen der Schulumfrage zu ihren beruflichen Zielen und Erfahrungen bei der Lehrstellensuche befragt. Rund 99 % der Jugendlichen im Kanton Nidwalden haben bei Schulaustritt eine Lösung oder eine Zwischenlösung gefunden.

Mit 344 offenen Lehrstellen für den Sommer 2010 war erfreulicherweise trotz Wirtschafts- und Finanzkrise ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Insgesamt stehen den Jugendlichen Ausbildungsangebote in 116 verschiedenen Berufen zur Verfügung.

Berufsfachschule

Die Berufsfachschule wächst stetig. So waren im Schuljahr 2008/09 insgesamt 860 Lernende in den beruflichen Grundbildungen und in den Brückenangeboten regist-

riert. Das ist recht erfreulich. Allerdings zeigen sich in den einzelnen Berufen jährlich beträchtliche Schwankungen in der Zahl von neu eintretenden Lernenden. Dies stellt die Berufsfachschule immer wieder vor grosse organisatorische Herausforderungen.

Schwerpunkte der Schulentwicklung im Berichtsjahr waren pädagogische Themen wie Klassenführung, Lehr- und Lernstil sowie die Stütz- und Förderpädagogik.

Bei den Brückenangeboten war die Zahl der Aufnahmegesuche, die innerhalb der ordentlichen Frist eingereicht wurden, leicht rückläufig. Mit zwei Klassen im Kombinierten Brückenangebot und je einer Klasse im Schulischen und im Integrativen Brückenangebot blieb die Klassenzahl gleich wie im Vorjahr.

Die Vorbereitungen zur Umsetzung der neuen Bildungsverordnung in den Berufen Polymechaniker und Konstrukteure, aber auch die bereits angelaufenen Umsetzungen in den Berufen des Auto-, Coiffeur- und Elektroinstallationsgewerbes forderten von den Lehrpersonen ein hohes Mass an Zusatzaufwand. Zwei Mitarbeitende in der gewerblich-industriellen Abteilung konnten im Juni 2009 ihre Ausbildung zur Berufsfachschullehrperson erfolgreich abschliessen.

Im vergangenen Schuljahr wurde die Fusion der Weiterbildungsabteilungen des Kollegiums St. Fidelis und der Berufsfachschule zur «Weiterbildung Nidwalden» vorbereitet. Die Angebotspalette wurde überprüft und am Bedarf der Kundschaft ausgerichtet. Neu wird das Weiterbildungsangebot vom Amt organisiert und administriert.

Mit einer Evaluation wurde im Sommer 2009 das Projekt «Stütz- und Fördermassnahmen» abgeschlossen. In der Folge werden die Angebote konsolidiert, die Kompetenzen konzentriert und die «Lernberatung Berufsfachschule Nidwalden» konzipiert. Aufgrund der zunehmenden Heterogenität der Klassen, der kulturellen Vielfalt sowie des rasanten gesellschaftlichen Wandels im Allgemeinen wurde im Rahmen des Projektes «Lehren lernen» begonnen, eine Lehrbegleitung zu institutionalisieren mit dem Ziel, eine Basis für das erfolgreiche Lehren zu legen.

Am 5. Sportforum wurde der Leitfaden «Leistungssport und Berufslehre» vorgestellt. In bester Zusammenarbeit mit dem Amt für Volksschulen und Sport entstand ein Konzept für junge Sportlerinnen und Sportler (im Alter zwischen 11 und 15 Jahren), um sie im Berufswahlprozess und vor bzw. während der Ausbildungszeit zu begleiten.

Mittelschule Kollegium St. Fidelis

Im August 2009 begann das neue Schuljahr mit 31 Klassen, zwei Klassen mehr als im vorangehenden Schuljahr. Fünf neue Lehrpersonen nahmen ihre Arbeit auf. Mit dem Schuljahr 2009/2010 schliesst der zweite Jahrgang die Mittelschule ab, welcher das Schwerpunktfach aus insgesamt sieben Angeboten auswählen konnte. Die traditionellen Sonderwochen im Herbst und im Frühling wurden ein weiteres Mal erfolgreich durchgeführt. Als Schwerpunkt in der Gesundheitsförderung stand das Thema Suchtprävention im Zentrum der Frühlingssonderwoche. Im Jahresbericht der Mittelschule sowie in den drei Ausgaben der Schulzeitschrift Stanser Student wird detailliert auf das Schulleben eingegangen.

Die Firma Lead Consultants führte unter der Federführung der Baudirektion den Architekturwettbewerb «Ergänzungsbau» der Mittelschule durch. Das Projekt forderte von der Verwaltung einen beachtlichen Mehraufwand, um die gewünschten Daten und Unterlagen zuhanden der Architekten bereitzustellen.

In der Mensa verpflegen sich täglich durchschnittlich 346 (Vorjahr 350) Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen. Das Speiseangebot wird laufend den Bedürfnissen der Gäste angepasst.

Bei der Erarbeitung des Qualitätskonzeptes orientiert sich das Kollegium am Qualitätsmanagementmodell Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung). Bei diesem steht die Primärevaluation des Unterrichts im Vordergrund. Daneben müssen auch andere Bereiche aus dem Schulleben, wie die Sonderwochen, Schulveranstaltungen, etc. einem hohen Qualitätsanspruch genügen. Feedbacks von Lehrpersonen (Hospitation) und von Lernenden, Mentorate

für neue Lehrpersonen und der Unterrichtsbesuch durch externe Fachberatungen sind institutionalisiert. Das Q-Leitbild wurde von der Lehrerkonferenz und vom Mittelschulrat genehmigt. Auch das als Jahresziel zu erstellende Q-Konzept wurde nach der Verabschiedung durch die Lehrerkonferenz vom Mittelschulrat im Herbst genehmigt. Einige der darin geplanten Instrumente und Massnahmen zur Q-Sicherung können erst bei der geplanten Ressourcenerweiterung der Schulleitung umgesetzt werden. Für diese Erweiterung wurde ein Modell erarbeitet.

Weiterbildungskurse für Erwachsene, Theateraufführungen und diverse Konzerte bereicherten das Weiterbildungsangebot und das kulturelle Leben von Nidwalden. Mit der Zusammenführung der Weiterbildung im Amt für Berufsbildung und Mittelschule konnten Ressourcen gebündelt sowie die Administration vereinfacht und vereinheitlicht werden.

2.4.3.4 Amt für Kultur

Das Amt für Kultur nimmt gegenüber der Bildungsdirektion und dem Regierungsrat Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturpflege, Kulturförderung, Denkmalpflege, Nidwaldner Museum und Kantonsbibliothek wahr. Im Bereich Kulturförderung prüft es Unterstützungsgesuche von Dritten zu Handen der Kulturkommission, die darüber entscheidet, und verwaltet die von der Kulturkommission abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen. Die Denkmalpflege nimmt Stellung zu Bauprojekten und begleitet diese. Zusammen mit der Denkmalpflegekommission bereitet sie Unterschutzstellungen und Subventionsgeschäfte zu Handen des Regierungsrats vor.

Auf Anregung und mit tatkräftiger Unterstützung Dritter fand eine Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag des Stanser Architekten Arnold Stöckli statt. In mehreren Sitzungen der Initiativgruppe sowie des sich allmählich bildenden Kernteams wurden Struktur, Inhalt, Form und Zeitplan des Projekts Kantonsgeschich-

te präziser gefasst. Es wird dem Regierungsrat Anfang 2010 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Publikation ist für das Jahr 2014 vorgesehen. Für den Auftritt des Kantons am Zürcher Sächsilüüte wurden Vorarbeiten zum Rahmenprogramm geleistet.

Nidwaldner Museum

Im Berichtsjahr besuchten 16 193 Personen das Nidwaldner Museum.

Für die HörsehBar des Museums an den Stanser Musiktagen schaffte die Luzerner Künstlerin Barbara Jäggi eine abstrakte Landschaft aus Findlingen. Der Innerschweizer Komponist Reto Stadelmann brachte die stummen Klötze mit seiner Komposition für Violine und Cello zum Klingen. Im Salzmagazin zeigte die Ausstellung «Alpenpanoramen. Höhepunkte der Schweizer Fotografie» die kulturgeschichtliche und technische Entwicklung der Panoramafotografie und widmete sich besonders den Werken des Nidwaldner Panoramafotografen Willi P. Burkhardt. Zusammen mit der Stanserhornbahn wurde ein Kombiticket (Eintritt ins Museum und Fahrt aufs Stanserhorn) lanciert. Für Schulklassen wurden Workshops angeboten.

Im Winkelriedhaus fand die Sonderausstellung «Berg und Beton gegen den Krieg. Militär und Alltag in Fürigen vor 70 Jahren» statt. Sie entstand im Rahmen des Fernsehprojektes «Alpenfestung – Leben im Reduit». Das Nidwaldner Museum stellte Schweiz aktuell für dieses Projekt während zwei Monaten die Festung Fürigen zur Verfügung und betrieb während der drei Sendewochen im Sommer das Besucherzentrum. Während dieser Zeit standen die Festung Fürigen und das Winkelriedhaus im Mittelpunkt der Schweizer Medienberichterstattung. Die Presse schrieb reichlich über die Sendung sowie die beiden Standorte Festung Fürigen und Hof Ertigen in Emmetten: Der Medienspiegel von SF DRS umfasst 6 Bände à je 200 Seiten.

Die drei Wochen dauernde Ausstellung «Berg und Beton. Militär und Alltag in Fürigen vor 70 Jahren» zog 2512 Besucherinnen und Besucher an. In der Fassstrasse gingen zur gleichen Zeit über 2400 Portionen Essen über die Theke. Die von Oliver Bono moderierte Livesendung, die unter der Woche aus dem Innenhof des Winkelriedhau-

ses gesendet wurde, verfolgten in dieser Zeit über 4000 Personen vor Ort. Die Einschaltquote der Sendung «Alpenfestung» betrug im Durchschnitt 47 %. Die Museumsleiterin trat in der Talksendung «Club» auf.

Im September wurde im Höfli die kleine Architekturausstellung «Bauen in der Landschaft» gezeigt, konzipiert vom Innerschweizer Heimatschutz zusammen mit der Stadtmühle Willisau. Neu ist der Kinderclub des Museums. Er traf sich an sechs Nachmittagen und beschäftigte sich mit Themen rund um das Museum.

Die Sammlung wurde durch Schenkungen und Ankäufe erweitert. Unter anderem wurde Kunst von Rochus Lussi und René Odermatt angekauft.

Kantonsbibliothek

Die Kantonsbibliothek konnte gegenüber dem Vorjahr fast 20 % mehr Besucherinnen und Besucher begrüßen. Der grossen Nachfrage an neuen Medien wie Hörbüchern und DVDs wurde Rechnung getragen. Die hohen Absenzzahlen von über 50 % widerspiegeln sich ebenfalls in den angestiegenen Ausleihzahlen (15 % mehr entlehene Medien gegenüber dem Vorjahr).

Der Eingangsbereich wurde mit einer modernen, zeitgemässen Einrichtung ausgestattet. Ebenfalls erneuert wurde die Medienpräsentation. So wurden der Medienbestand im Freihandbereich bereinigt und die Beschriftungen kundenorientiert ausgerichtet.

Nebst zahlreichen Führungen für Schulklassen lud die Kantonsbibliothek zur Buchvernissage des neuesten Werkes von Thea Uhr ein. Um die Angebote innerhalb der Verwaltung bekannt zu machen, wurde eine Veranstaltung für die Verwaltungsmitarbeitenden durchgeführt.

Denkmalpflege

Das Inventar der geschützten und schützwürdigen Bauten der Gemeinde Stans sowie die Liste der historischen Gärten und Anlagen im Kanton konnten der Bildungsdirektion übergeben werden.

In sechs Sitzungen hat die Kommission für Denkmalpflege die laufenden Subventionsgesuche behandelt. Weiterhin wurde stark in Immobilien investiert, was eine Vielzahl an Beratungen und Stellungnahmen erforderte. In

die Entwicklung des Gestaltungsplans Bürgenstock war die Denkmalpflege von Beginn an involviert.

Die ausbezahlten Subventionen im Berichtsjahr belaufen sich auf rund 580 000 Franken. Darin enthalten sind Bundessubventionen im Umfang von 50 000 Franken. Der Regierungsrat hat die Programmvereinbarung zum NFA unterzeichnet. Die Zusammenarbeit mit dem Bund ist geklärt, die beanspruchten Bundesbeiträge sind für vier Jahre im Voraus festzulegen.

Der Tag des Denkmals stand unter dem Motto «Am Wasser» und fand in den Gemeinden Beckenried und Buochs statt. Der interessierten Bevölkerung standen vier sich im Umbau befindliche Wohnhäuser offen, die von kompetenten Fachleuten erläutert wurden. Zum 100. Geburtstag des Architekten Arnold Stöckli hat die Denkmalpflege einen Architekturrundgang durch Stans zusammengestellt, der die wichtigsten Arbeiten einem breiten Publikum vermittelte.

Abgeschlossene Restaurierungen (Auswahl)

Gde. Emmetten: Restaurierung Käsespycher Chohltal
 Gde. Hergiswil: Notmassnahmen Kath. Pfarrkirche
 Gde. Hergiswil: Restaurierung Wohnhaus Benzenhalten
 Gde. Stans: Aussenrestaurierung Haus Krone, Dorfplatz 6
 Gde. Stans: Aussenrestaurierung Schmiedgasse 38
 Gde. Stans: Restaurierung Umgebungsmauer Rathausplatz 6
 Gde. Stans: Restaurierung Wohnhaus Nägeligasse 10

Laufend und in Vorbereitung

Gde. Beckenried: Gesamtrestaurierung Haus Dorfplatz 2
 Gde. Buochs: Aussenrestaurierung Hotel Krone
 Gde. Oberdorf: Aussenrestaurierung Wohnhaus Bünt
 Gde. Stans: Restaurierung Kapuzinerkloster
 Gde. Stans: Innenrestaurierung Pulverturm
 Gde. Stansstad: Bürgenstock Resort (Gestaltungsplan)
 Gde. Wolfenschiessen: Sanierung Wohnhaus Hostatt

Unterschutzstellungen

Gde. Beckenried: Seestrasse 7 (Ablehnung)
 Gde. Buochs: Hotel Krone
 Gde. Ennetbürgen: Vorder Breiten (Ablehnung)

**Schutzentlassungen**

keine

Feststellungsentscheide

Gde. Stans: Areal Müller Martini (Ablehnung)

Kulturförderung

Die Kulturkommission behandelte an neun Sitzungen 104 Gesuche um Beiträge an kulturelle Projekte. Sie organisierte die NOW 09 – Auswahlausstellung Obwaldner und Nidwaldner Kunstschaffen 2009 vom November/Dezember im Salzmagazin und vergab ein Atelierstipendium für Berlin. Sie traf sich zwei Mal zur Aussprache mit der Kulturförderungskommission des Kantons Obwalden und empfing im April anlässlich der Stanser Musiktage eine Delegation des Kultur-Kuratoriums des Kantons Solothurn. Sie nahm ihre gesetzliche Kompetenz wahr und delegierte Entscheidungen bis 1 000 Franken an einen Ausschuss.

2.4.4 Vernehmlassungen an den Bund

Bildungsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative 04.430n Regulierung der Bücherpreise	Nr. 86 vom 10. Februar 2009	Mehrheitlich Zustimmung; einige Änderungsanträge
Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss. Parlamentarische Initiative	Nr. 636 vom 22. September 2009	Zustimmung unter Vorbehalten



2.5 Landwirtschafts- und Umweltdirektion

2.5.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

In der Landwirtschafts- und Umweltdirektion sind Ämter beheimatet, die sich mit den natürlichen Lebensgrundlagen und deren Bewirtschaftung befassen.

Das Amt für Landwirtschaft vollzieht die landwirtschaftliche Gesetzgebung. Es gewährt Beiträge und Kredite für Neubauten und Sanierungen land- und alpwirtschaftlicher Ökonomiegebäude, Wohnbauten, Strassen, Wasserversorgungen und Seilbahnen (Investitionshilfen) und administriert die Direktzahlungen der Sömmerungs- und Naturschutzbeiträge. Ferner begleitet und berät das Amt die Bauernfamilien bei der Suche nach zukunftsgerichteten Lösungen, bietet Weiterbildungskurse an, berät in landwirtschaftlichen Tierschutzfragen und in den Bereichen Ökologie, Gewässerschutz, Boden und Düngung, wobei es auch für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft verantwortlich zeichnet.

Das Amt für Wald und Energie stellt mit dem Vollzug der eidgenössischen und der kantonalen Waldgesetzgebung

die Aufgaben des Waldes in der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion sicher und befasst sich umfassend mit der Naturgefahrenabwehr, insbesondere mit dem Schutz vor Lawinen, Steinschlag und Rutschungen. Das Amt nimmt die Funktion als Aufsichtsbehörde für kantonal konzessionierte Luftseilbahnen und Skilifte wahr. Die dem Amt angegliederte Energiefachstelle koordiniert die kantonale Energiepolitik mit derjenigen des Bundes, berät Private und Behörden über eine sparsame und rationelle Energienutzung sowie über die Nutzung von erneuerbaren Energien. Im Weiteren ist die kantonale Fachstelle für Wanderwege angegliedert, welche die Planung und Aufsicht über das kantonale Wanderwegnetz und die Wahrung der Interessen der Wanderer sicherstellt.

Das Amt für Umwelt schützt Menschen, Tiere und Pflanzen sowie Lebensräume vor schädlichen Einwirkungen und erhält die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft. Es ist zuständig für alle Fragen im Umwelt- und Gewässerschutz und für die Benutzung des Vierwaldstättersees im Rahmen des Wasserrechts. Es erteilt Bewilligungen in den Bereichen Lärm- und Gewässerschutz, für Wärmepumpenanlagen, Tankanlagen und den Umgang mit Sonderabfällen. Ferner überwacht es den Zustand der Luft, des Bodens und der Gewässer.

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Direktionssekretariat LUD	0,5	0,5
Amt für Landwirtschaft	6,8	7,0
Amt für Wald und Energie	6,5	6,5
Amt für Umwelt	9,0	9,0

Jahr in Zahlen

- 481 neu- oder ersatzgepflanzte Hochstammbäume aufgrund Fördermassnahme.
- 17 (2008: 876) gerodete Bäume wegen Feuerbrand.
- 1,83 Mio. Franken zugesicherte Beiträge für Strukturverbesserungen und Wohnbausanierungen.
- Rund 8 Mio. Franken an Bauvolumen, das mit der Gewährung von Investitionshilfen ausgelöst wurde.
- 21,25 Mio. Franken Direktzahlungen des Bundes an 469 Betriebe.

- 160 ha gepflegte Schutzwaldfläche.
- 15 700 Stück im Rahmen der Walderhaltung neu gepflanzte Bäume.
- 473 000 Franken Kantonsbeiträge (inkl. Bundesanteil) zur Förderung erneuerbarer Energien und energetischer Gebäudesanierungen.
- 34 Neuanlagen von Wärmepumpen mit Grund- oder Seewasserbezug, 43 Neuanlagen mit Erdsonden.
- 1,02 Mio. Franken Kantonsbeiträge an Abwasseranlagen der Gemeinden.

2.5.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/c	Legislativziel Aktualisierung der Gefahrenkarten	
	Jahresziel Aktualisierung Stans und Stansstad abgeschlossen	Ziel grösstenteils erreicht Stans: „Lawinen“, „Wildbäche“ sind abgeschlossen. „Talfluss“ kann erst im Rahmen des Projektes „Hydrologie Stans/Stansstad“ bearbeitet werden (2010). Stansstad: „Wildbäche“ und „Talfluss“ wird mit Projekt „Hydrologie Stans/Stansstad“ koordiniert (2010). Hergiswil: zusätzlich wurde die Gefahrenkarte „Lawinen“ aktualisiert.
1/d	Legislativziel Übersicht über mittelfristig zu realisierende bauliche Schutzmassnahmen.	
	Jahresziel Einrichten eines Schutzbauteilkatasters	Ziel nicht erreicht Der Bund arbeitet zurzeit an einer schweizweit einheitlichen Lösung. Sobald die Bundeslösung vorliegt, wird diese übernommen.
1/e	Legislativziel Weiterführung der Landwirtschaftspolitik im Sinne der AP 2011 und des kantonalen Leitbildes.	
	Jahresziel Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Fördermassnahmen.	Ziel erreicht Alle Gesuche für die Direktzahlungen des Bundes und die Fördermassnahmen des Kantons sowie die Gesuche für Investitionshilfen wurden bearbeitet, einzelbetriebliche Kontrollen vor Ort durchgeführt und die Beiträge und Darlehen verfügt. Alle Gesuche für die Direktzahlungen des Bundes und die Fördermassnahmen des Kantons sowie die Gesuche für Investitionshilfen wurden bearbeitet, einzelbetriebliche Kontrollen vor Ort durchgeführt und die Beiträge und Darlehen verfügt.
1/f	Legislativziel Verursachergerechte Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen (Abwasser, Kehricht etc.).	
	Jahresziel Schaffung gesetzliche Grundlage für Abwasserbereich	Ziel erreicht Gewässerschutzgesetz von Landrat verabschiedet. Die In-Kraft-Setzung erfolgte per 1. August 2009.
	Jahresziel Neue Entwässerungsreglemente sind in allen Gemeinden in Kraft	Ziel teilweise erreicht Die Mehrheit der Gemeinden verfügt über verursachergerechte Siedlungsentwässerungsreglemente.
1/g	Legislativziel Förderung Energieeffizienz/erneuerbare Energien.	
	Jahresziel Umsetzung Förderprogramm für Gebäudeerneuerung, Neubauten im MINERGIE-P Standard (Solaranlagen werden durch EWN/EWB unterstützt)	Ziel grösstenteils erreicht Solaranlagen: 35 Anlagen (180 m ²) installiert; Holzheizungen: 24 neue Heizungen realisiert; Gebäudeerneuerung: 13 Gebäudehüllen saniert; Minergie-P: 1 neues Wohnhaus gebaut.
1/h	Legislativziel Gesetzliche Grundlage für aktualisierte Energiepolitik geschaffen.	
	Jahresziel Revision Energiegesetzgebung gemäss MuKE 08 (Mustervorschriften der Kantone)	Ziel erreicht Energiegesetz durch Landrat verabschiedet, Energieverordnung in der Vernehmlassung.
	Jahresziel EW-Gesetz von Landrat verabschiedet (Motion Amstad)	Ziel nicht erreicht Regierungsrat hat vorerst Eignerstrategie, als Grundlage für Revision des EW-Gesetzes, erarbeitet und verabschiedet.

Nr.	Ziel	Bericht
1/i	Legislativziel Verbesserung Luftqualität.	
	Jahresziel Einführung Kontrolle kleine Holzfeuerungen aus Massnahmenplan I	Ziel erreicht Start erfolgt per 1. Januar 2010.
	Jahresziel Umsetzung Massnahmenplan II	Ziel erreicht Ressourcenprogramm Ammoniakreduktion wurde vom Bund genehmigt; Verbot für «Mottfeuer» wurde eingeführt.
1/j	Legislativziel Ökologische Aufwertung von Siedlungsräumen.	
	Jahresziel Massnahmen des Sanierungsberichts Restwasser (2008) umsetzen	Ziel nicht erreicht Aufgrund von Pendenzen der Kraftwerksbetreibenden zu den Wirtschaftlichkeitsabklärungen konnten weiterführende Gespräche erst wieder im September 2009 aufgenommen werden. Weitere Grundlagenabklärungen zur Versickerung in den Restwasserstrecken der Engelberger Aa wurden im November 2009 durchgeführt, um konkrete Sanierungsvarianten im prioritär zu sanierendem Gewässer ausarbeiten zu können.
1/k	Legislativziel Förderung der Biodiversität im Wald.	
	Jahresziel Unterschutzstellung Waldreservat Naswald; Vernetzung von Lebensräumen	Ziel teilweise erreicht Nach der Genehmigung des Waldreservatskonzeptes konnten die Vertragsverhandlungen für den Naswald noch nicht abgeschlossen werden. Das Schwergewicht des Mitteleinsatzes wurde auf die Vernetzung von Lebensräumen gelegt: 3'500 m' Waldrandpflege (9x mehr als geplant).
1/l	Legislativziel Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des Rohstoffpotentials im Wald.	
	Jahresziel Unterbreitung Bericht zur nachhaltigen Holznutzung in Nidwalden	Ziel teilweise erreicht Methodik entwickelt, für Pilotbetriebe Korporationen Beckenried und Stans liegen Ergebnisse vor.
1/m	Legislativziel Weiterführung Schutzwaldpflege.	
	Jahresziel Behandlung von 150 ha Schutzwald	Ziel erreicht 160 ha Schutzwald gepflegt; Schutzwaldprojekt Stansstad von Regierungsrat genehmigt.
1/n	Legislativziel Neues Bundesrecht ist umgesetzt und die kantonale Anschlussgesetzgebung ist verabschiedet.	
	Jahresziel Landrat verabschiedet Revision des kantonalen Gewässerschutzgesetzes	Ziel erreicht Verabschiedung Gewässerschutzgesetz am 1.4.2009; In Kraft gesetzt am 1.8.2009.
1/o	Legislativziel Das Wasserrecht und der Wasserbau im Kanton sind neu geordnet.	
	Jahresziel Projektstart für Revision Wasserrechtsgesetz und Wasserbaugesetz	Ziel erreicht Projekt wurde gestartet, erste Teilentwürfe liegen vor.
2/i	Legislativziel Stärkung der Absatzförderung in der Landwirtschaft.	
	Jahresziel Unterstützung von innovativen, regionalwirtschaftlich bedeutenden Projekten mit hoher Wertschöpfung	Ziel teilweise erreicht Drei innovative Projekte konnten mit einem Absatzförderungsbeitrag gefördert werden. Die Umfrage «Buirä Märcht Nidwalden» wurde ausgewertet. Das dynamische, datenbankbasierte Verzeichnis im Internet als Plattform für Nidwaldner Produkte ist in Bearbeitung.

2.5.3 Tätigkeiten der Ämter

2.5.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat als Stabsstelle der Direktion ist in erster Linie für die Vorbereitung und Abwicklung der Direktionsgeschäfte besorgt und stellt die Koordination mit den Ämtern sicher. Ein Schwerpunktgeschäft war die Erarbeitung einer Eignerstrategie für das EW Nidwalden als Grundlage für die Revision des EWN-Gesetzes. Im Auftrag des Direktionsvorstehers wurde diverse Korrespondenz verfasst, 17 Stellungnahmen, Vernehmlassungen und Mitberichte bearbeitet sowie 2 parlamentarische Vorstösse betreut.

Im Bereich der juristischen Tätigkeit wurden die Ämter bei konkreten rechtlichen Problemen mit Auskünften und Abklärungen unterstützt, insbesondere beim Erlass von Verfügungen und Entscheiden sowie beim Verfassen von Regierungsratsbeschlüssen. Bei Beschwerdeverfahren im Zuständigkeitsbereich der Direktion amtierte das Direktionssekretariat als Instruktionsstelle und besorgte die Verfahrensleitung. Im Rahmen der Gesetzgebung erfolgte die Mitarbeit am Gewässerschutzgesetz und der Gewässerschutzverordnung, der Weinverordnung und am Wasserrechtsgesetz.

2.5.3.2 Amt für Landwirtschaft

Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft

Die Agrarpolitik ist in erster Linie Bundessache. Der Vollzug der Bundesmassnahmen ist jedoch zu einem beachtlichen Teil den Kantonen übertragen. Die kantonale Agrarpolitik ergänzt die Bundespolitik mit eigenen Schwerpunkten und Massnahmen. Die Konferenz der Leiter der kantonalen Landwirtschaftsämter der Schweiz (KOLAS) ist ein wichtiger Ansprechpartner für den Bund und umgekehrt Sprachrohr für gemeinsame Anliegen der Kantone beim Bund. Sie bezweckt eine gegenseitige Information und eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Landwirtschaftsämtern. Schliesslich erledigt die KOLAS Aufträge der Konferenz der kantonalen Land-

wirtschaftsdirektoren (LDK) oder richtet an sie eigene Aufträge. Verschiedene Arbeitsgruppen nahmen sich gemeinsamen Themen an und entlasteten so die einzelnen kantonalen Ämter. Eine besonders enge Kooperation wurde mit den Nachbarkantonen angestrebt. Im Bereich Weiterbildung haben die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden in Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Organisationen wiederum ein vielseitiges Programm zusammengestellt. In der KOLAS Zentralschweiz wurde ein gemeinsames Ressourcenprojekt zur Reduktion der Ammoniakverluste erarbeitet und beim Bund eingereicht. Mit dem gemeinsam geführten akkreditierten Kontrolldienst Schwyz, Nidwalden, Zug wird die Strategie der bestmöglichen Koordination der Kontrollen konsequent weitergeführt. Um den wachsenden Anforderungen in den Bereichen der Lebensmittelsicherheit und der Tierseuchenbekämpfung sowie des Tierschutzes zu genügen, erfolgt eine enge Zusammenarbeit und Aufgabenteilung mit dem Veterinäramt der Urkantone.

Forum Landwirtschaft Nidwalden

Das Forum Landwirtschaft Nidwalden, welches sich seit zehn Jahren aktiv mit Veränderungsprozessen der schweizerischen Agrarpolitik und deren Auswirkungen auf die kantonale Landwirtschaft auseinandersetzt, befasste sich an seiner Herbsttagung intensiv mit den aktuellen Problemen des Milchmarktes. Mit der Aufhebung der Milchkontingentierung im vergangenen Frühjahr scheint der schweizerische Milchmarkt aus den Fugen geraten und eine kostendeckende Milchproduktion in unserem Kanton nicht mehr möglich zu sein. Die Zukunft vieler Familienbetriebe wird so in Frage gestellt. Vor diesem hochaktuellen Hintergrund bildeten Fragen rund um eine wettbewerbsfähige Milchproduktion in Nidwalden das Haupttraktandum der Arbeitstagung. Um sich den grossen Herausforderungen zu stellen, wurde die Kampagne „Optimierung der Produktionskosten Milch“ ins Leben gerufen. An einem zweitägigen Kurs unterziehen die Landwirte ihre eigenen Buchhaltungszahlen einer vertieften Analyse, kostensenkende Massnahmen werden aufgezeigt und diskutiert und mögliche Strategien für den eigenen Betrieb erarbeitet. Zudem rapportierten

die sechs Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse und erhielten Aufträge für das nächste Jahr.

Die transparente und aktive Informationspolitik des Amtes ist nicht nur ein klar formuliertes Ziel im Amts-Leitbild, sondern entspricht auch einem Auftrag des leitenden Ausschusses des Forums Landwirtschaft Nidwalden. Um diesem Informationsauftrag nachzukommen, setzt das Amt für Landwirtschaft (ALW) verschiedene Kommunikationsmittel ein, wie eine aktive Zusammenarbeit mit den Medien, einen umfassenden Internetauftritt (www.landwirtschaft.nw.ch), regelmässig durchgeführte Informationstreffen mit Vertreterinnen und Vertretern bäuerlicher Organisationen und neu das „ALW-Infobulletin“. Das Bulletin wurde erstmals im Berichtsjahr herausgegeben und steht allen Interessierten offen. Es kann auf der Webseite des Amtes für Landwirtschaft unter der Rubrik „Publikationen“ heruntergeladen werden.

Boden- und Pachtrecht / Raumplanung

Im Vergleich zu den Vorjahren wurden mehr Erwerbsbewilligungen für Grundstücke erteilt: Verschiedene Pächter konnten ihre bisher gepachteten Grundstücke erwerben. Zur Totalrevision des Raumplanungsgesetzes des Bundes wurde eine detaillierte Stellungnahme ausgearbeitet, ebenso zur Verordnung des Bundes zur Besteuerung von Liquidationsgewinnen.

Gewässerschutz

Der Bund hat dem gemeinsamen Projekt der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug zur Reduktion der Ammoniakemissionen zugestimmt. Er wird 80 Prozent der Kosten dieses Projektes in den nächsten sechs Jahren mit einem Beitrag von rund 11,5 Mio. Franken unterstützen. Die restlichen 20 Prozent haben die Kantone aufzubringen. Somit können die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug ab 2010 mit der Umsetzung beginnen. Mit den vorgesehenen Massnahmen werden die Ammoniakemissionen in den beteiligten Kantonen um rund 200 Tonnen je Jahr vermindert. Somit können zusammen mit dem Kanton Luzern, der mit einem eigenen Ammoniakprojekt bereits 2009 gestartet ist, die Vorgaben des Massnahmenplans Luftreinhaltung II

der Zentralschweizer Kantone erfüllt werden. Voraussetzung ist aber, dass bis 2012 rund 60 Prozent der Betriebe ihr Hofdüngermanagement nach den Vorgaben des Ressourcenprogramms verbessert haben und dass auf rund 60 Prozent der mit Schleppschlauch begülbaren Fläche der Schleppschlauch eingesetzt wird. Im neu aufgelegten Hofdüngermerkblatt, das allen Landwirtschaftsbetrieben zugestellt wurde, sind die wichtigsten Grundsätze zum Umgang mit den Hofdüngern zusammengefasst.

Tierschutz

Das Amt für Landwirtschaft hat seit 2009 keine eigentliche Vollzugsverantwortung mehr im Bereich Tierschutz. Im Bedarfsfall wird allerdings die Beratungstätigkeit aufrechterhalten. 25 Einzelberatungen wurden angefordert. Die Tierschutzkontrollen wurden mit dem zuständigen Veterinärdienst der Urkantone (VdU) koordiniert und sind Bestandteil der Leistungsvereinbarung zwischen dem VdU und dem Kontrolldienst SZ/NW/ZG. Es handelte sich dabei um 28 ordentliche Kontrollen, Nachkontrollen aufgrund von angeordneten Massnahmen oder Attestbeurteilungen.

Agrardatenverwaltung und Direktzahlungen

Projekt Landwirtschaftliche Nutzflächen (LWN) und Direktzahlungen

Das Ziel, die flächenbezogenen Direktzahlungen aller Nidwaldner Gemeinden aufgrund der bereinigten Flächendaten (Nachführung der amtlichen Vermessung landwirtschaftlich genutzter Flächen) per Ende 2009 abzurechnen, konnte bedingt durch die beschränkten personellen Ressourcen im Amt nicht erreicht werden. Zehn Gemeinden wurden mit den nachgeführten, bereinigten Vermessungsdaten abgerechnet, ebenso wurden in diesen Gemeinden die Hangbeiträge mittels den neu vom Bundesamt für Landestopografie übernommen Hangneigungsdaten berechnet. Die Flächen der verbleibenden Gemeinde Wolfenschiessen werden 2010 bereinigt, sodass im Anschluss alle landwirtschaftlich genutzten Flächen im Kanton Nidwalden aufgrund aktueller amtlicher Vermessungsdaten abgerechnet werden können.

Direktzahlungen

Im Direktzahlungswesen konnten die Umsetzungen des zweiten Verordnungspaketes zur Agrarpolitik 2011 problemlos vorgenommen werden. Nebst diversen Beitragsanpassungen wurden die tierbezogenen Massnahmen erstmals aufgrund der massgeblichen Rindviehbestände anhand der Tierverkehrsdatenbank berechnet. Im Berichtsjahr wurden der Nidwaldner Landwirtschaft mit elf Direktzahlungsarten 21,25 Mio. Franken Direktzahlungen und Beiträge des Bundes ausbezahlt. 469 Betriebe erfüllten die gestellten Anforderungen.

Direktzahlungen und Beiträge sind Gegenstand einer Leistungsvereinbarung zwischen Staat und Landwirtschaft. Durch eine auf den Markt ausgerichtete, nachhaltige Produktion erbringt die Landwirtschaft Leistungen im Interesse der Allgemeinheit und im Sinne der Verfassung von Bund und Kanton. Beim überwiegenden Teil der Landwirte resultierten aus den ÖLN-Kontrollen keine Beanstandungen. Beitragskürzungen von insgesamt 56 000 Franken mussten bei 62 Betrieben vorgenommen werden. Die Beiträge konnten bis Ende Jahr bei allen Betrieben termingerecht ausbezahlt werden.

Kantonale Fördermassnahmen**Hochstammbäume**

Im zweiten Jahr dieser per 2008 neu eingeführten kantonalen Fördermassnahme wurde die Neu- bzw. Ersatzpflanzung von insgesamt 481 Hochstammbäumen (2008: 468) mit einem Totalbetrag von 120 250 Franken unterstützt.

Absatzförderung

Im Berichtsjahr wurden kantonale Beiträge in der Höhe von total 55 820 Franken an zwei Projekte zur Förderung des Absatzes von Landwirtschaftsprodukten zugesichert. Ein Beitrag kam einem Projekt zur wertschöpfenden Nischenproduktion zu Gute (Kräuteranbau und -verarbeitung zur Teeproduktion, Sirupproduktion, Rohfleischproduktion), beim anderen handelte es sich um den Tag der offenen Tür zum 15-Jahr-Jubiläum der IG Milchschafe, an welchem die Produktion und Verarbeitung von Schafmilch vorgeführt wurde.

Betriebsumstellungen und Betriebsaufgaben

Für die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für Betriebsumstellungen und Betriebsaufgaben konnten an drei Betriebe, welche einen Businessplan erstellten, Beiträge zugesichert werden.

Schleppschlauchverteiler

Die Massnahme wurde im Jahre 2005 eingeführt und fällt ab 2010 mit dem Beginn des Ressourcenprojektes Ammoniak weg. Während fünf Jahren wurde die gemeinsame Anschaffung von 21 Schleppschlauchverteilern finanziell unterstützt. Diese werden von 75 Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 1 000 Hektaren eingesetzt.

Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen**Strukturverbesserungen**

Strukturverbesserungsmassnahmen fördern eine rationellere Bewirtschaftung. Sie lösen aber auch Investitionen aus und helfen damit, Arbeitsplätze zu erhalten und Einkommen zu schaffen. Unter dem Titel "Strukturverbesserungen" gewähren Bund und Kantone Investitionshilfen in Form von Beiträgen (à fonds perdu) und Investitionskredite in Form von zinslosen Darlehen. Mit Strukturverbesserungsmassnahmen werden die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum verbessert. Investitionshilfen unterstützen die landwirtschaftlichen Infrastrukturen und ermöglichen die Anpassung der Betriebe an die sich ändernden Rahmenbedingungen. Bund und Kanton schnüren heute Konjunkturpakete, um die kriselnde Wirtschaft mit arbeitswirksamen Massnahmen zu stützen. Strukturverbesserungsprojekte können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 konnten mit Bundes- und Kantonsmitteln von rund 5 Mio. Franken jährlich Investitionen im Wert von rund 10 Mio. Franken ausgelöst werden.

Soziale Begleitmassnahmen

Die sozialen Begleitmassnahmen umfassen Betriebshilfen und Umschulungsbeihilfen. Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Betriebes erhalten Betriebshilfe, um eine ausserordentliche finanzielle Belastung zu überbrücken,

um bestehende Schulden zur Verminderung der Zinsbelastung umzuschulden oder die Betriebsaufgabe zu erleichtern. Im Berichtsjahr wurden zwei zinslose, rückzahlbare Betriebshilfedarlehen zur Überbrückung einer finanziellen Notsituation gewährt.

Wohnbausanierungen

Im Jahr 2009 wurden insgesamt an neun Wohnbausanierungsprojekte 726 990 Franken Beiträge zugesichert.

Viehwirtschaft/Pflanzenschutz/Obstbau

Nach dem für Nidwalden verheerenden Feuerbrand-Jahr 2008 strebte der Kanton in Absprache mit den bäuerlichen Obstbauorganisationen und dem Forum Landwirtschaft eine Umteilung des gesamten Kantones in die Feuerbrand-Befallszone an und stellte ein entsprechendes Gesuch beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW). Das BLW entsprach diesem Gesuch, und alle Nidwaldner Gemeinden sind seit dem 1. April 2009 in die Befallszone eingeteilt. Diese Einteilung entschärfte die Feuerbrand-Vollzugsarbeit. Mussten bis Ende 2008 alle Pflanzen, welche nachweislich mit Feuerbrand-Bakterien infiziert waren, gerodet werden, konnten seither die Sanierungsentscheide differenziert nach Befallsstärke gefällt werden. Wenig stark befallene Obstbäume können seit diesem Jahr mittels Rückriss/Rückschnitt saniert werden. Unter dem neuen Feuerbrand-Bekämpfungsregime beteiligt sich der Bund ausschliesslich an den Kontroll- und Überwachungskosten und leistet keinen Beitrag mehr an die Abfindungszahlungen für gerodete Obstbäume. 2009 wurden 27 feuerbrandbefallene Obstbäume und 5 befallene Zierpflanzungen gemeldet. Von den befallenen Obstbäumen wurden 17 Stück gerodet und 10 Stück mittels Rückriss/Rückschnitt saniert. Befallene Zierpflanzen müssen nach wie vor vollständig gerodet werden. Dem Kanton entstanden durch die Feuerbrand-Überwachung und -Bekämpfung Kosten in der Höhe von 26 400 Franken.

Beratung und Weiterbildung

Gruppenberatung – Weiterbildung

Die bewährte Zusammenarbeit der Beratungsdienste Uri, Obwalden und Nidwalden wurde mit der Herausgabe des vierten gemeinsamen Weiterbildungsprogramms für Bäuerinnen und Bauern der drei Kantone weitergeführt. Im Winter 2008/2009 konnten so 104 Kurse und Informationsveranstaltungen zu 82 Themen angeboten werden. Darin sind auch Angebote anderer zentralschweizer Beratungsdienste sowie bäuerlicher Organisationen enthalten. Insgesamt wurde das umfangreiche Angebot von über 3 300 Bäuerinnen und Bauern aus den drei Kantonen genutzt. Der Bäuerinnen- und Bauernverband Nidwalden bot im Rahmen der mit dem Kanton getroffenen Leistungsvereinbarung drei Tagesseminare sowie drei Kurse an. Ebenfalls im Rahmen der Leistungsvereinbarung führten die Berufsverbände Arbeitskreise durch. Die bereits seit 2008 bestehenden Arbeitskreise „Futterbau“ und „SchuB“ (Schule auf dem Bauernhof) wurden erfolgreich weitergeführt. Im Frühling 2009 startete ein neuer Arbeitskreis bzw. eine neue Erfa-Gruppe „Bäuerin in Trennung und Scheidung“.

erinnen und Bauern der drei Kantone weitergeführt. Im Winter 2008/2009 konnten so 104 Kurse und Informationsveranstaltungen zu 82 Themen angeboten werden. Darin sind auch Angebote anderer zentralschweizer Beratungsdienste sowie bäuerlicher Organisationen enthalten. Insgesamt wurde das umfangreiche Angebot von über 3 300 Bäuerinnen und Bauern aus den drei Kantonen genutzt. Der Bäuerinnen- und Bauernverband Nidwalden bot im Rahmen der mit dem Kanton getroffenen Leistungsvereinbarung drei Tagesseminare sowie drei Kurse an. Ebenfalls im Rahmen der Leistungsvereinbarung führten die Berufsverbände Arbeitskreise durch. Die bereits seit 2008 bestehenden Arbeitskreise „Futterbau“ und „SchuB“ (Schule auf dem Bauernhof) wurden erfolgreich weitergeführt. Im Frühling 2009 startete ein neuer Arbeitskreis bzw. eine neue Erfa-Gruppe „Bäuerin in Trennung und Scheidung“.

Einzelberatung

Das im Herbst 2003 vom Amt für Landwirtschaft lancierte Einzelberatungsangebot „Kompass“ unterstützt Bauernfamilien bei der Suche nach zukunftssträchtigen Lösungen für ihre Betriebe. Im Jahr 2009 wurden drei Kompassberatungen durchgeführt.

Die vom Kanton Nidwalden geförderte Massnahme „Betriebsumstellungen und Betriebsaufgaben“, welche die betriebsbezogene Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für finanziell und sozial verträgliche Entwicklungspfade unterstützt, wurde von fünf Betrieben genutzt. Die Betriebsleiterehepaare erarbeiteten dabei unter anderem zusammen mit qualifizierten Fachpersonen an mehrtätigen Kursen oder in Einzelberatung ein zukunftsgerichtetes Konzept für ihren Betrieb.

Leistungsaufträge Dritter

Kontrollwesen/Kontrolldienst KDSNZ

Die Strategie der bestmöglichen Koordination im landwirtschaftlichen Kontrollwesen wurde auch im Berichtsjahr 2009 konsequent weitergeführt. Die dafür notwendige Erneuerung der Akkreditierung als „Inspektionsstelle für landwirtschaftliche Produktions- und Anbauformen sowie Tierhaltungsbedingungen (nach der Norm ISO/IEC 17020)“ konnte erfolgreich erlangt werden. Die Ge-

schäftsführung des Kontrolldienstes Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ) wird von Nidwalden im Umfang von 10 Stellenprozenten erfüllt. Um die Kontrollgänge auf die Landwirtschaftsbetriebe zu minimieren, führte der KDSNZ in Ergänzung der ÖLN-Kontrollen und verschiedener Label-Kontrollen im Auftrag des Veterinäramtes der Urkantone rund 150 Inspektionen in den Bereichen Milchhygiene, Primärproduktion und Tierverkehr durch.



2.5.3.3 Amt für Wald und Energie

Naturgefahren

Allgemeines

Einmal mehr zeigte es sich, dass Infrastrukturabschnitte, die durch rote Gefahrenzonen führen, einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Die Gefahrenabwehr im Gebirgsraum ist daher eine permanente Aufgabe: Prävention durch Meiden gefährdeter Räume (Raumplanung), Objektschutz beim Bauen in Gefahrenzonen (Auflagen bei der Baubewilligung), Realisierung von Schutzbauten und Schutzwaldpflege sowie Vorbereitungen für den Katastrophenfall durch Notfallplanungen. Die kantonale Fachkommission Naturgefahren (Amt für Wald und Energie, Tiefbauamt, Amt für Raumentwicklung, Nidwaldner Sachversicherung) widmete sich dieser Thematik an 21 Sitzungen und beurteilte zusammen mit der Nidwaldner Sachversicherung z.H. der Gemeinden 130 Bauvorhaben in Gefahrengebieten (71 Wohn- und Gewerbebauten, 59 kleine An- und Umbauten). Sie nahm Stellung zu 7 Gestaltungsplänen sowie zu 10 Zonenplanrevisionen/Einzonungsbegehren.

Walderhaltung und Waldwirtschaft

Programmvereinbarungen NFA

Der aktuelle Stand in den einzelnen Programmvereinbarungen präsentiert sich nach zwei von vier Jahren Laufzeit wie folgt:

Massnahme/Programm	Sollwert 2008-2011	Istwert 2008-2009	von Soll
Schutzwaldpflege	614 ha	304 ha	49 %
Jungwaldpflege	200 ha	70 ha	35 %
Waldrandpflege (Biodiversität)	6000 lm	2 950 lm	49 %
Waldreservate eingerichtet (Biodiversität)	140 ha	0 ha	0 %
Lebensraumverbesserungen (Biodiversität)	6 ha	1,5 ha	25 %

Einzelne Mitglieder der Kommission waren bei der Erarbeitung von 3 (Teil-)Gefahrenkarten beteiligt:

- Wolfenschiessen: Teilgebiet Secklisbach nach Massnahmen
- Stans: Teilgebiet Kniri West nach Massnahmen (Wildbach und Lawinen)
- Hergiswil: Gefahrenkarte Lawinen

Projekte

An den Verbauungsprojekten der Gemeinden und Korporationen engagierte sich der Kanton mit rund 2,1 Mio. Franken (inkl. Bundesbeitrag).

An den Schutzwaldprojekten der Korporationen beteiligten sich Kanton und Bund mit rund 2 Mio. Franken oder rund 71 % an den Bruttokosten von rund 2,8 Mio. Franken. Die restlichen 29 % steuerten die Waldeigentümer mit dem Holzerlös bei.

Notfallplanung

Im Rahmen des Projektes Notfallplanung in den Gemeinden wurden die Notfallplanungen „Lawinen“ in Emmetten, Hergiswil und Stans erarbeitet und in Dallenwil begonnen. Zusätzlich konnte in Stans die Notfallplanung „Wildbäche Stanserhorn“ abgeschlossen werden.

Forstpolizei

Die Landwirtschafts- und Umweltdirektion erteilte fünf Bewilligungen für Rodungen mit einer Waldfläche von insgesamt 9 897 m². Rodungsbewilligungen wurden erteilt für die Erstellung eines Trottoirs (Stansstad), die Erweiterung eines Wildbachgeschiebesammlers (Dallenwil), den Bau einer Erschliessungsstrasse (Bürgenstock, Ennetbürgen), den Bau eines Kleinwasserkraftwerkes (Wolfenschiessen) und für eine Ablagerungsstelle von Schlamm aus Wildbächen (Ennetmoos).

Weitere forstpolizeiliche Aufgaben waren Waldfeststellungen, Überprüfung von Waldabständen, Stellungnahmen und Bewilligungen zu nichtforstlichen Kleinbauten und Anlagen im Wald sowie zu Zonenplanrevisionen und Gestaltungsplänen.

Waldbewirtschaftung

Holzschlaggesuche stellten 37 Privatwaldeigentümer für die Nutzung von 2 241 m³ Holz. Holzschläge von öffentlichen Waldeigentümern (Korporationen) und Holzschläge von Privaten im Rahmen von bewilligten Schutzwaldprojekten sind darin nicht enthalten.

Die Holznutzungen bestanden aus geplanten Normalnutzungen, vor allem in den Schutzwaldprojekten, und aus Sturmholz. Der Westwindsturm „Quinten“ am 10. Februar 2009 sowie ein Hagelschlag am 23. Juli 2009 verursachten Schäden am Wald vor allem in den Gemeinden Beckenried und Emmetten (total 1 241 m³ Schadholz).

Die Holzpreise sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken und nach wie vor zu tief, um die Holzerntekosten decken zu können oder als Anreiz für vermehrte Holzerei zu wirken.

2009 wurden insgesamt 15 700 Bäume gepflanzt. 45 Prozent der Pflanzen waren Pionierholzarten (Erlen, Weiden, Heckensortimente), die zum Zweck der Bodenstabilisierung und Bodenverbesserung gepflanzt wurden.

Waldreservatskonzept

Im multifunktionalen Ökosystem Wald wurde mit der Genehmigung des kantonalen Waldreservatskonzeptes durch die Landwirtschafts- und Umweltdirektion ein Schwerpunkt für die Förderung der Biodiversität im Wald

gelegt. Das Konzept legt dar, welche Waldflächen einen besonderen Naturwert aufweisen und sich daher auch besonders als Reservat eignen.

Aus- und Weiterbildung des Forstpersonals

Die Neuorganisation der forstlichen Berufsbildung verschiebt die Zuständigkeiten vom AWE zum Amt für Berufsbildung und Mittelschule und weist den Branchenverbänden neue Aufgaben zu. Der Aufbau der neuen Strukturen erwies sich schwieriger als erwartet (Berufsbildungsfonds). Um die Kontinuität der Ausbildung nicht zu gefährden, engagierte sich das Amt für Wald und Energie weiterhin personell und finanziell an den Kursen für Forstwarte. Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton Obwalden, welche die forstliche Lehraufsicht für die Forstwarte in beiden Kantonen regelt, hat sich bewährt (Synergien, Qualität der Ausbildung).

Öffentlichkeitsarbeit

Der kantonale Forstdienst leitete 15 Veranstaltungen mit rund 480 Teilnehmern zu den Themen Wald, Forstwirtschaft, (Holz)Energie, Wild, Naturgefahren und Wanderwege. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Führungen mit Schulklassen und Lehrpersonen.

Energiefachstelle

Im Energiebereich konnte das Förderprogramm zur rationalen Energienutzung sowie zur Nutzung von erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Total wurden 490 000 Franken Förderbeiträge ausbezahlt (2008: 330 000 Franken) und damit der Kredit voll ausgeschöpft. Unterstützt wurden der Bau von 13 Holzheizungen (bei Heizungssanierungen), 9 Anschlüsse an mit Holz betriebene Fernwärmenetze, die Installation von 40 Sonnenkollektoranlagen, 1 Neubau im MINERGIE-P Standard, 13 Gebäudesanierungen und die Ausarbeitung von 2 Machbarkeitsstudien. Mit den Machbarkeitsstudien wurden die Wirtschaftlichkeit von 2 Holzschneitzelheizungen mit Wärmeverbund in Beckenried und Ennetmoos abgeklärt. Die Studien kamen zum Schluss, dass beide Holzwärmenetze mit grosser Wahrscheinlichkeit wirtschaftlich betrieben werden können. Drei Gemeinden (Buochs, Ennetmoos, Stansstad)

haben sich auf den Weg zur Energiestadt gemacht. Die Prozesse wurden mit einem Beitrag unterstützt.

Die unterstützten Massnahmen bringen eine Einsparung von jährlich 480 Tonnen Heizöl, womit ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität geleistet werden kann. Mit den Fördergeldern konnte ein Investitionsvolumen von rund 3,7 Mio. Franken ausgelöst werden, was vorwiegend dem regionalen Gewerbe zu Gute kam.

Die Energieberatung für Gebäudeerneuerungen wurde weitergeführt. Ziel der Beratung ist es, dem Hauseigentümer aufzuzeigen, welche energetischen Massnahmen an seinem Gebäude am effizientesten umgesetzt werden können, ohne damit Gebäudeschäden zu verursachen. Von den akkreditierten Beratern konnten 56 Gebäude analysiert werden. Der Kanton beteiligte sich an den Kosten mit 400 Franken pro Beratung, total also mit 22 400 Franken.

Das Interesse an Fragen zum Thema Energie steigt laufend. Die zeitliche Beanspruchung der Energiefachstelle für die Beratungs- und Auskunftstätigkeit war auch im Berichtsjahr entsprechend hoch.

Die Energiedirektoren haben neue Mustervorschriften im Energiebereich (MuKEN 08) erlassen mit der Zielsetzung, den gesetzlich zulässigen Energiebedarf bei Neubauten zu halbieren. Um die neuen Vorschriften auch in Nidwalden einführen zu können, musste das Energiegesetz revidiert werden; es wurde im Dezember vom Landrat verabschiedet. Der Entwurf der dazugehörigen Vollziehungsverordnung wurde in die Vernehmlassung gegeben.

An die Wasserversorgung Oberrickenbach wurde eine Konzession erteilt für die Nutzung von Wasser zum Betrieb eines Kleinwasserkraftwerkes. Für zwei Wasserkraftwerke wurde eine Projektierungsbewilligung erteilt.

Kantonal konzessionierte Luftseilbahnen und Skilifte

Der Bestand der Anlagen ist in den letzten Jahren etwa gleich geblieben. Der gesamtschweizerische Trend zu Sesselbahnen als Ersatz für Skilifte hält weiter an.

Fachstelle für Wanderwege

Am kantonalen Wanderwegnetz (rund 600 km) wurden nur punktuelle Änderungen (Wegverlegungen, Umklas-

sierungen: Wanderweg – Bergwanderweg – Alpinwanderweg) vorgenommen. Die SchweizMobil-Routen wurden von Tourismusorganisationen gut vermarktet und brachten zusätzliche Frequenzen.

2.5.3.4 Amt für Umwelt

Wasserrecht

Mit dem Gesetz zur Entlastung der Haushalte des Kantons und der Gemeinden, welches auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden war, änderten u.a. die Nutzungsentschädigungen für die Benützung von Seegebiet nach § 53 Wasserrechtsverordnung. Für die Hafenanlagen war eine Spezialbehandlung erforderlich, da die Hafenreglemente bzw. Mietverträge der Standplätze eine längere Mitteilungs-/Kündigungsfrist für Änderungen (u.a. Tarifanpassungen) beinhalten als die Frist von der Verabschiedung des Gesetzes bis zur Inkraftsetzung. Dies hatte zur Folge, dass die Auswirkung der Anpassung der Nutzungsentschädigung erst auf Anfang 2009 vollständig wirksam wurde, weshalb die Erträge gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht stiegen. Die Einnahmen des Kantons aus den Nutzungsentschädigungen im Seegebiet betrugen im Jahr 2009 rund 0,57 Mio. Franken (zur Entwicklung über die letzten zehn Jahre siehe Tabellenteil).

Die Kiesausbeutung vor Beckenried (Risleten) erhöhte sich gegenüber den Vorjahren leicht. Beim Abbaugelände vor Stansstad musste die Ausbeutung im 4. Quartal wegen einer Beschwerde gegen die Neukonzessionierung vorübergehend unterbrochen werden, weshalb die Kiesausbeute geringer ausfiel (zur Entwicklung über die letzten zehn Jahre siehe Tabellenteil). Insgesamt wurden durch den Materialabbau im See 750 000 Franken eingenommen, was gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von 200 000 Franken bedeutet.

Luft

Zustand der Luft/Immissionsmessungen

Weil sich in den letzten sechs bis sieben Jahren die Belastung nicht mehr stark verändert hat und um Kosten zu sparen, wurde das gemeinsame Zentralschweizer Luft-

messnetz in-LUFT überarbeitet. Die automatische Station Stans wird nun mit Engelberg geteilt, d.h. in geraden Jahren wird Ozon und Feinstaub in Stans, in ungeraden in Engelberg gemessen. Längerfristige Trends können so immer noch einwandfrei ermittelt werden. Deshalb liegen für das Berichtsjahr nur die Resultate der Stickstoffdioxid-Passivsammler vor.

Beim Ozon dürften die Grenzwerte immer noch deutlich überschritten sein, während beim Feinstaub PM10 die Werte an den am stärksten belasteten Orten knapp über dem Grenzwert liegen.

Beim Stickstoffdioxid liegen die Messwerte für drei NO₂-Passivsammler-Standorte im Bereich des Grenzwertes. Bei den anderen Standorten ist der Grenzwert klar eingehalten (siehe auch Tabellenteil).

Die aktuellen Messresultate sowie die Berichte können im Internet unter www.in-luft.ch abgerufen werden.

Mottfeuerverbot

Aufgrund der geänderten Luftreinhalte-Verordnung des Bundes und des gemeinsamen Zentralschweizer Massnahmenplans zur Verbesserung der Luftqualität wurde das offene Verbrennen von Wald-, Feld- und Gartenabfällen grundsätzlich verboten. Ausnahmen sind bewilligungspflichtig. Ausgenommen vom Verbot sind Grill-, Lager- und Brauchtumsfeuer (z.B. 1. Augustfeuer).

Kontrolle von kleinen Holzfeuerungen

Ebenfalls aufgrund der geänderten Luftreinhalte-Verordnung und des gemeinsamen Zentralschweizer Massnahmenplans wurde für kleine, regelmässig benutzte Holzfeuerungen mit einer Feuerungswärmeleistung bis 70 kW eine Kontrollpflicht eingeführt. Die Kontrollen begannen am 1. Januar 2010. Zur Durchführung der Kontrollen wurde mit den Kaminfeuern eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.

Ressourcenprojekt Ammoniak

Im Rahmen der Programme „Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ des Bundesamtes für Landwirtschaft, des gemeinsamen Ressourcenprojektes der Zentralschweizer Kantone zur Verminderung der Ammoniak-Immissio-

nen und des Zentralschweizer Massnahmenplans zur Verbesserung der Luftqualität wurden an drei Standorten Messgeräte für Ammoniak aufgestellt. Messbeginn ist Anfang 2010.

Abfallplanung

Das Gesetz fordert die periodische Nachführung der Abfallplanung (Art. 16 TVA). Darüberhinaus vermag die Abfallplanung aus dem Jahre 1997/98 den heutigen Ansprüchen bezüglich Aktualität und der anstehenden Probleme (insbesondere zu Fragen der Zukunft der Deponie Cholwald, der Koordination mit der Raumplanung und der Entsorgung von Geschiebesammlerhalten, Aushub, Seekreide usw.) nicht mehr zu genügen. Für die Mithilfe bei der Überarbeitung der Abfallplanung wurde deshalb ein Auftrag an ein externes Büro vergeben.



Kugelfang-Sanierungen

Im Berichtsjahr erfolgte die Kugelfangsanierung der Schiessanlagen Stansstadried und Obbürgen in Stansstad, Riedboden in Wolfenschiessen und Renggstrasse in Hergiswil. Der Kanton hat sich bei der Kugelfangsanierung der Pistolenanlage Stans mit 34 304 Franken und bei der Kugel-

fangsanierung des Stansstaderrieds mit 40 273 Franken (jeweils 50 % der Ausfallkosten) an den Sanierungskosten beteiligt (siehe auch Tabellenteil).

Die Abrechnungen der Anlagen Obbürgen, Riedboden und Renggstrasse sind noch ausstehend. Die Schiessanlagen Pistolen Stans und Riedboden Wolfenschiessen werden weiter betrieben, die Schüsse werden aber durch die neu eingebauten Kugelfangsysteme aufgefangen. In Stansstad und Hergiswil konnten die sanierten ehemaligen Kugelfanggebiete den Grundeigentümern für eine andere Nutzung übergeben werden.

Lärm

Anlässlich einer Informationsveranstaltung für die Gemeinden im Oktober 2009 hat das seit 2008 für die Lärm- sanierung der Nationalstrassen zuständige ASTRA über das Auflageprojekt für die Strecke Acheregg bis Beckenried der A2 orientiert. Die Auflage soll anfangs 2010 stattfinden. Da im Projekt aus Sicht Kanton und Gemeinden nur minimale Lärmschutz-Massnahmen vorgesehen sind, hat sich auf Initiative des Kantons eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gemeinden Beckenried, Buochs, Stans und Stansstad sowie dem Amt für Umwelt und dem Tiefbauamt formiert. Innerhalb der Arbeitsgruppe wird eine Strategie für ein koordiniertes Vorgehen zwischen Gemeinden und Kanton ausgearbeitet.

Gewässerschutz

Restwassersanierungsbericht für bestehende Wasserkraftanlagen

Die Kantone müssen für bestehende Wasserkraftanlagen entscheiden, ob und in welchem Ausmass eine Sanierung hinsichtlich Restwasser notwendig ist. Die Ausarbeitung des entsprechenden Berichtes wurde durch das AFU (gemeinsam mit dem Amt für Landwirtschaft und Umwelt Obwalden) im April 2008 vergeben. Aufgrund von Pen- denzen der Kraftwerksbetreibenden zu den Wirtschaft- lichkeitsabklärungen konnten weiterführende Gespräche erst im September 2009 wieder aufgenommen werden. Weitere Grundlagenabklärungen zur Versickerung in den Restwasserstrecken der Engelberger Aa wurden im No- vember 2009 durchgeführt, um konkrete Sanierungsvari-

anten im prioritär zu sanierendem Gewässer ausarbeiten zu können. Die neuerlichen Abklärungen zur Wirtschaft- lichkeit können mit den Kraftwerksbetreibenden erst Anfang 2010 diskutiert werden. Das Ziel, den Sanierungs- bericht Restwasser Ende 2009 fertigzustellen, konnte folglich nicht eingehalten werden.

Richtlinie Gewässerraum an Fließgewässern ausserhalb des Baugebietes

Basierend auf den Bundesgesetzgebungen für Gewässer- schutz und Wasserbau sowie dem revidierten kantonalen Gewässerschutzgesetz ist der Kanton angehalten, Ge- wässerräume entlang von Fließgewässern festzulegen, welche für den Schutz vor Hochwasser und die Gewähr- leistung der natürlichen Funktionen des Gewässers erfor- derlich sind. Um eine einheitliche und nachvollziehbare Handhabung bei der Ausscheidung der Gewässerräume ausserhalb der Bauzone zu erreichen, erarbeiteten die betroffenen Amtsstellen der Baudirektion und der Land- wirtschaft- und Umweltdirektion gemeinsam eine ent- sprechende Richtlinie. Damit wurden praxistaugliche und im Spannungsfeld der verschiedenen Raumansprüche ak- zeptierte Grundsätze definiert. Die Richtlinie wurde am 2. September 2009 durch die beiden Direktionen verab- schiedet.

NFA-Programmvereinbarung Renaturierungen

Die Zielvereinbarungen im Rahmen der ersten Programm- periode 2008-2011 umfassen 10 km Vernetzung, 0,7 km Renaturierung sowie 0,2 km Ausdolung von Fließgewäs- sern. Mit der Umsetzung des Fischaufstiegs am Ambauen- wehr konnte das Ziel Vernetzung umgesetzt werden. Für die Erfüllung der beiden weiteren Zielvorgaben liegen bevorzugte Projekte vor. Die Realisierung ist teilweise jedoch noch abhängig von der Genehmigung durch die Gemeindeversammlungen.

Projekt Hydrologie Oberdorf – Stans – Stansstad

Das Amt für Umwelt lancierte gemeinsam mit den bei- den Gemeinden Stans und Stansstad wie auch dem kan- tonalen Tiefbauamt und der Naturgefahrenkommission das Projekt Hydrologie Oberdorf – Stans – Stansstad. Im

Projekt sollen unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte möglichst effiziente und wirtschaftliche Massnahmen zur Verbesserung der Grundwassersituation und des Hochwasserschutzes bestimmt werden. Die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Entwicklung der Siedlungen müssen dabei zwingend mitberücksichtigt werden.

Tankanlagen

Im Jahr 2009 gab es viele Ausserbetriebnahmen von Tankanlagen, da die bereits in den vergangenen Jahren festgestellte Tendenz zu deren Ersatz durch Wärmepumpen weiter anhält. Die Anzahl der ausstehenden Revisionen konnte durch die 2008 wieder eingeführten Aufforderungsschreiben erneut halbiert werden.

Abwasser

Kantonsbeiträge an Abwasseranlagen der Gemeinden

Im Jahr 2009 zahlte der Kanton 1,01 Mio. Franken an Abwasseranlagen der Gemeinden. Per Ende 2009 stehen Verpflichtungskredite des Kantons an die Gemeinden von rund 1,85 Mio. Franken aus (zur Entwicklung seit 1966 siehe Tabellenteil).

Generelle Entwässerungspläne der Gemeinden (GEP)

Im 2009 wurde der GEP der Gemeinde Wolfenschiessen durch den Regierungsrat genehmigt. Damit verfügen nun alle Nidwaldner Gemeinden über einen genehmigten GEP. Die vom Bund und Kanton zugesicherten Beiträge von durchschnittlich 80 % wurden den Gemeinden allesamt ausbezahlt.

Abwasserreinigungsanlagen

Die drei zentralen Abwasserreinigungsanlagen in Buochs, Hergiswil und Stans erfüllen die heute geltenden, gesetzlich geforderten Reinigungsleistungen. Bei den ARA Rotzwinkel, Stans, und Lopper, Hergiswil, stehen Kapazitätserhöhungen an. Für die ARA Lopper wurde durch das Amt für Umwelt ein etappiertes Ausbauprojekt genehmigt. Für die ARA Rotzwinkel wurde ein Masterplan, welcher den Bedarf an finanziellen Mitteln für die nächsten 15 Jahre aufzeigt, erstellt. Die Ende 2009 durch den Bund in die Vernehmlassung gegebene Revisi-

on der Gewässerschutzgesetzgebung betreffend die Einleitbedingungen für Mikroverunreinigungen könnte für die Abwasserreinigung in Nidwalden wegweisend sein. Allfällige Anpassungen bei den ARA müssen frühzeitig und gesamtheitlich in der strategischen Planung berücksichtigt werden.

Ausserhalb der Bauzone erfolgte die Inbetriebnahme einer neuen Kleinkläranlage für zirka 10 Einwohner. Total stehen heute somit 12 Kleinkläranlagen in Betrieb, die das Schmutzwasser von rund 280 Einwohnern reinigen.

Branchenlösungen mit Industrie- und Gewerbebetrieben

Die Kontrollen der Maler- und Auto-/Transportbetriebe erfolgten im Berichtsjahr wiederum vollständig durch die Branchenverbände. Neu wurde im 2009 eine Branchenvereinbarung mit dem Zentralschweizer Milchkäuferverband für die Kontrollen der milchverarbeitenden Betriebe abgeschlossen. Die Alpkäsereien werden im Moment noch nicht durch die Branchenlösung kontrolliert. Die Ergebnisse und die Akzeptanz sind im Allgemeinen sehr gut. Das Amt für Umwelt überprüft die Kontrollen stichprobenweise.

Nutzung von Umweltwärme

(Wasser- / Erdsondenwärmepumpen)

Im Jahr 2009 hat der Bau von Wärmepumpen im Kanton Nidwalden nochmals zugenommen. Die Anzahl der Anlagen steigt stetig, sind doch per Ende Jahr bereits 240 Erdsondenanlagen und 253 Grund- bzw. Seewasseranlagen in Betrieb (zur Entwicklung in den letzten 10 Jahren siehe Tabellenteil). Mit der aus dem Erdinnern und dem Grundwasser gewonnenen Wärmeenergie können umgerechnet rund 6,9 Mio. Liter Heizöl pro Jahr eingespart werden. Zum Antrieb dieser Anlagen braucht es jährlich schätzungsweise 15,5 Mio. Kilowattstunden elektrische Energie. Der Boom der Wärmepumpen ist ungebrochen und wird voraussichtlich weitergehen. Die Einnahmen des Kantons aus den wasserrechtlichen Konzessionsgebühren und Wasserzinsen für Wasserwärmepumpen betragen im Jahr 2009 rund 68 500 Franken (ohne Wasserentnahmen für weitere Brauchzwecke; zur Entwicklung der Einnahmen siehe auch Tabellenteil).

2.5.4 Vernehmlassungen an den Bund

Landwirtschafts- und Umweltdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats zur Parlamentarischen Initiative 08.445 «Angemessene Wasserzins»	Nr. 27 vom 13. Januar 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des UVEK zur Änderung des Energiegesetzes, der Energieverordnung und der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen	Nr. 91 vom 10. Februar 2009	Grundsätzliche Zustimmung, einige Änderungsanträge. Der Stellungnahme der EnDK angeschlossen.
Vernehmlassung des UVEK zur Änderung des Gentechnikgesetzes (Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft)	Nr. 92 vom 10. Februar 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des UVEK zur Änderung der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)	Nr. 110 vom 17. Februar 2009	Zustimmung
Anhörung des UVEK zur Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA)	Nr. 111 vom 17. Februar 2009	Grundsätzliche Zustimmung. Der Stellungnahme der Zentralschweizer Umweltschutzfachstellen angeschlossen.
Anhörung des UVEK zur Änderung des CO ₂ -Gesetzes (Ausrichtung der schweizerischen Klimapolitik nach 2012)	Nr. 167 vom 17. März 2009	Zustimmung zur Variante «Verbindliche Klimaziele»
Konsultation des Bundesamts für Energie zum Zwischenbericht zum Projekt EnergieSchweiz nach 2010	Nr. 168 vom 17. März 2009	Grundsätzliche Zustimmung, einige Vorbehalte. Der Stellungnahme der EnDK angeschlossen.
Anhörung des UVEK betreffend elektrische Hochspannungsleitungen – Kriterien für die Beurteilung von Kabel- und Freileitungsvarianten	Nr. 431 vom 30. Juni 2009	Grundsätzliche Zustimmung. Der Stellungnahme der EnDK angeschlossen.
Anhörung des UVEK zur Änderung des CO ₂ -Gesetzes (Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen)	Nr. 486 vom 7. Juli 2009	Grundsätzliche Zustimmung, einige Änderungsanträge
Anhörung des UVEK zur Umweltetiketten-Verordnung	Nr. 584 vom 1. September 2009	Grundsätzliche Zustimmung, einige Änderungsanträge.
Anhörung des UVEK zur Verordnung über den Notfallschutz in der Umgebung von Kernanlagen (NFSV)	Nr. 707 vom 27. Oktober 2009	Grundsätzliche Zustimmung, einige Änderungsanträge
Anhörung des UVEK zur Änderung der CO ₂ -Verordnung (Massnahmen im Gebäudebereich)	Nr. 857 vom 22. Dezember 2009	Ablehnung. Der Stellungnahme der EnDK angeschlossen.

2.6 Gesundheits- und Sozialdirektion

2.6.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Gesundheits- und Sozialdirektion (GSD) organisiert im Kanton die Bereiche Gesundheit und Soziales und ist für den Vollzug der entsprechenden Gesetzgebung von Bund und Kanton zuständig. Dem Direktionsvorsteher steht das Direktionssekretariat als Stabsstelle zur Verfügung. Für den Vollzug sind das Gesundheitsamt, das Sozialamt sowie das Amt für Asyl und Flüchtlinge zuständig. Der Direktion sind das Kantonsspital Nidwalden, die Ausgleichskasse Nidwalden, das Laboratorium der Urkantone (Kantonschemiker und Kantonstierarzt) sowie die Kantonsapothekerin (Urkantone und Glarus) zugewiesen.



Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Direktionssekretariat GSD / Gesundheitsamt	3,5	3,4
Sozialamt	16,7	18,2
Amt für Asyl und Flüchtlinge	6,7	7,7

Jahr in Zahlen

- 14 erteilte Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachpersonen
- 8 Inspektionen durch die Kantonsapothekerin
- 882 ausserkantonale hospitalisierte Nidwaldnerinnen und Nidwaldner
- 160 ausserkantonale Heimplatzierungen (inkl. Tulpenweg in Obwalden)
- 1 452 Anzahl Fälle im Sozialamt
- 170 Asylbewerberinnen und -bewerber in Nidwalden
- Asylbewerberinnen und Asylbewerber stammen aus 18 Nationen

2.6.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
3/b	Legislativziel Umsetzung der neuen Gesundheitsgesetzgebung.	
	Jahresziel Erlass einer Verordnung zum Gesundheitsgesetz.	Ziel erreicht Der Regierungsrat setzte die neue Verordnung vom 3. Februar 2009 zum Gesundheitsgesetz (Gesundheitsverordnung, GesV) auf den 1. März 2009 in Kraft.
3/c	Legislativziel Umsetzung einer Familienpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik.	
	Jahresziel Umsetzung spezifischer Massnahmen in den Bereichen Familienpolitik und Jugendförderung.	Ziel teilweise erreicht Die Fachstelle für Gesellschaftsfragen hat am 1. November 2009 die Arbeit aufgenommen. Massnahmen in den Bereichen Familienpolitik und Jugendförderung werden jetzt formuliert und im Folgejahr umgesetzt. Ebenfalls wurde das Projekt «schul- und familienergänzende Kinderbetreuung» auf das Jahr 2010 verschoben. Die Finanzierung des Projekts konnte damit über den ordentlichen Budgetprozess erfolgen.
3/i	Legislativziel Heim- und Betreuungswesen, neue Zuständigkeit gemäss NFA.	
	Jahresziel Weiterführung des ZRK-Projektes mit neuer Steuerungsgruppe (inkl. neuer Arbeitsgruppe)	Ziel erreicht Unter der Federführung der Zuger Sozialdirektorin konnte das ZRK-Projekt weitergeführt werden.
3/k	Legislativziel Ausländer- und Asylgesetzgebung sind umgesetzt. Die Integrationsmassnahmen sind unter Berücksichtigung der Familienpolitik erarbeitet und werden eingesetzt.	
	Jahresziel Umsetzung des Schwerpunktprogrammes des Bundes (Sprachförderung)	Ziel erreicht Im Rahmen des Schwerpunktprogrammes des Bundes konnten Sprachförderungskurse angeboten werden. 60 Personen haben von diesem niederschweligen Angebot Gebrauch gemacht.
3/n	Legislativziel Der Veterinärdienst der Urkantone arbeitet nach vereinheitlichten gesetzlichen Grundlagen.	
	Jahresziel Ablösung des Tierseuchengesetzes, des Tierschutzgesetzes und der Lebensmittelverordnung durch ein neues Gesetz über die Lebensmittelsicherheit	Ziel teilweise erreicht Die vier Urkantone haben ihre Gesetzgebung im Veterinärbereich bis Ende 2010 anzupassen. Die Vorarbeiten des Kantons Schwyz wurden im Berichtsjahr besprochen. Zudem wurden für den Kanton Nidwalden Entwürfe für ein Lebensmittel- und Veterinärsgesetz sowie für eine Vollzugsverordnung erstellt.
4/f	Legislativziel Koordination und Förderung von sozialpolitischen Massnahmen.	
	Jahresziel Koordiniertes Bearbeiten von sozialpolitischen Fragen in den Bereichen Familie, Jugend und Integration	Ziel erreicht Mit der Schaffung der Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist sichergestellt, dass die Themen in den Bereichen Familie, Jugend und Integration koordiniert bearbeitet werden (siehe auch 3/c).

2.6.3 Tätigkeiten der Ämter

2.6.3.1 Direktionssekretariat

Funktionsbeschreibung

Das Direktionssekretariat GSD ist als Stabsstelle für die Geschäftsabwicklung der Direktion verantwortlich. Es organisiert und koordiniert die Regierungsrats- und Landratsgeschäfte sowie die inner- und ausserkantonale und die konföderale Zusammenarbeit.

Koordinationsaufgaben

Folgende der Gesundheits- und Sozialdirektion zugewiesenen selbständigen Anstalten und Institutionen erstellen eigene Jahresberichte: Kantonsspital Nidwalden (KSNW), Ausgleichskasse Nidwalden (AKN), Laboratorium der Urkantone (LdU), Behinderten-Betriebe Nidwalden (BBNW), Alters- und Pflegeheime. Praktisch alle Geschäfte und Anträge dieser Anstalten und Institutionen, die dem Regierungsrat oder Landrat vorgelegt werden müssen, laufen über das Direktionssekretariat GSD und werden durch dieses vor- oder aufbereitet.

2.6.3.2 Gesundheitsamt

Funktionsbeschreibung

Das Gesundheitsamt vollzieht zahlreiche Bundesgesetze (inkl. KVG), ist für die Spitalplanung und für Controllingaufgaben zuständig und überwacht die Berufe und Institutionen des Gesundheitswesens. Es ist Verbindungsstelle im Heimbeitragswesen und kümmert sich um die Fragen im Alters- und Behindertenbereich. Es stellt die Zusammenarbeit mit dem Kantonschemiker, dem Kantonstierarzt und der Kantonsapothekerin sicher. Der Kantonsarzt unterstützt die GSD bei sämtlichen humanmedizinischen Fragen.

Luzerner – Nidwaldner Spitalversorgung bzw. Spitalregion (LUNIS)

Die Kantonsregierungen von Luzern und Nidwalden stimmten der Absichtserklärung vom 22. September 2009 zur gemeinsamen Spitalversorgung Luzerner – Nidwalden

(LUNIS) zu, die aufgrund einer Vorstudie erstellt worden war. Am 15. Dezember 2009 beauftragten sie die beiden Gesundheits- und Sozialdirektionen mit der Weiterarbeit (Auftrag Konzeptphase).

Neue Gesundheitsverordnung

Der Regierungsrat setzte die neue Vollzugsverordnung vom 3. Februar 2009 zum Gesundheitsgesetz (Gesundheitsverordnung, GesV) auf den 1. März 2009 in Kraft.

Alterspolitik

Das Grossprojekt Umsetzung des Alterskonzepts wurde weitergeführt. Die Steuerungsgruppe behandelte die in elf Teilprojekten erarbeiteten Anträge, Themen, Zwischen- sowie Fortschrittsberichte und verabschiedete zwei Schlussberichte. Das Projekt ist aber bei Weitem noch nicht abgeschlossen.

Controlling

Ausserkantonale Hospitalisationen

Mit konsequenter Bewirtschaftung konnten die ausserkantonalen Hospitalisationen mit 6,8 Mio. Franken (2008: 6,9 Mio. Franken, Abnahme um 2,1%) auf Vorjahresniveau gehalten werden. Das Kantonsspital Luzern weist mit 56,4% (2008: 49,5%) den höchsten Anteil am Gesamtumsatz aus und ist damit klar die Nummer 1 für Zentrumsleistungen. Bei den Kliniken mit einem Umsatzanteil $\leq 1,0\%$ handelt es sich oft um Kostenbeteiligungen aufgrund von Notfalleinweisungen oder Aufenthalten in Spezialkliniken.

Bei den durchschnittlichen Fallkosten zeigt sich ebenfalls die Kostensenkung im Vergleich zum Vorjahr. Diese betragen im Berichtsjahr 7'642 Franken (2008: 8'112 Franken). Die mittlere Aufenthaltsdauer ist mit 10,9 Tagen leicht gesunken (2008: 11,5 Tage) und die Anzahl Fälle stieg mit 882 im Vergleich zum Vorjahr mit 849 Hospitalisationen leicht.



Heimwesen

Beiträge an Heimbewohner

Die Beiträge an Heimbewohnerinnen und -bewohner in kantonalen und ausserkantonalen Heimen belaufen sich gestützt auf den Vollzug des Heimbeitrags- und Sozialhilfegesetzes auf total 16 562 175 Franken (2008: 16 122 321 Franken).

Behinderten-Betriebe Nidwalden (BBNW)

Die Heilpädagogische Werkstätte wird mit einem prospektiv festgelegten Gesamtbeitrag in Höhe der vom Kanton verrechneten Miete sowie dem letztmals gezahlten Beitrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) aus dem Jahre 2007 unter Berücksichtigung der Teuerung finanziert. Dies entspricht für das Jahr 2009 einem Gesamtbetrag von 1 840 600 Franken für die Heilpädagogische Werkstätte.

Das Wohnhaus Weidli kann weiterhin mit einer Defizit-Deckung rechnen, wobei auch hier die Beiträge des BSV laut Gesetz garantiert werden müssen. Die für das Jahr 2009 abgeschlossene Leistungsvereinbarung mit den Behinderten-Betrieben Nidwalden umfasst den Wohn-, Beschäftigungs- und Arbeitsbereich. Für die Planung und Koordination der Angebote im Behindertenwesen erar-

beiten derzeit die sechs Zentralschweizer Kantone ein gemeinsames Modell der bedarfsgerechten Angebotsermittlung und -planung.

Heimwesen ausserkantonale (IVSE)

Der Kanton Nidwalden ist auch im Heimbereich in hohem Masse von ausserkantonalen Leistungserbringern abhängig. Im Berichtsjahr lernten, wohnten und/oder arbeiteten 149 Personen (2008: 142 Personen) in ausserkantonalen Einrichtungen inklusive Sonderschulen. Durch eine Spezialvereinbarung mit der Stiftung Rütimattli in Sachseln wurden 11 psychisch behinderte Erwachsene (2008: 10 Erwachsene) in der Werkstatt Tulpenweg in Sarnen beschäftigt. Per 30 Januar 2010 wurden für das Jahr 2009 5,5 Mio. Franken (2008: 5,6 Mio. Franken) in diesem Bereich ausgegeben. Mit dem Beitritt zur IVSE verpflichten sich die Wohnkantone zur Übernahme der anteiligen Betreuungskosten ihrer Heimbewohnerinnen und -bewohner. Damit wurde praktisch das Vorjahresniveau gehalten.

Mit dem Beitritt zur IVSE verpflichten sich die Wohnkantone zur Übernahme der anteiligen Betreuungskosten ihrer Heimbewohnerinnen und -bewohner.

Individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

Laut KVG richten die Kantone Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Prämienverbilligungen aus. Für untere / mittlere Einkommen sind zudem die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung um mindestens die Hälfte zu verbilligen. Mit dem Vollzug ist die Ausgleichskasse Nidwalden betraut. Es wurden 11 578 (Vorjahr: 11 099) Steuerpflichtige im April 2009 informiert. Bis zum Einreichungsdatum gingen 10 972 Gesuche (Vorjahr: 10 726) ein. Da in den Anmeldungen nicht nur allein stehende Steuerpflichtige, sondern auch Ehepaare und Kinder enthalten sind, mussten die Daten von 20 074 Personen (49 % der Wohnbevölkerung des Kantons) EDV-mässig verarbeitet werden. Rund 86 % der Anmeldungen konnten gutgeheissen werden, 12 % wurden abgewiesen und 2 % sistiert (keine definitiven Steuerzahlen vorhanden). Es kamen ca. 43,5 % der Bevölkerung (Vorjahr: 43 %), nämlich 17 727 Versicherte (Vorjahr: 17 511) im Jahre 2009 in den Genuss von Prämienverbilligungen. Es wurde ein Gesamtbetrag von 14 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,886 Mio. Fr.) ausgerichtet.

Aufsicht über die Berufe und Institutionen im Gesundheitswesen

2009 wurden 14 Gesuche (Vorjahr: 29) bewilligt. Die Verordnung des Bundesrates über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung lief Ende Jahr aus. Neu sind nur noch die Spezialärztinnen und Spezialärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie die Apothekerinnen und Apotheker der Verordnung unterstellt.

Kantonsarzt

Meldewesen: Im Frühjahr 2009 traten erneut Maserninfektionen auf. Gehäuft erkrankten Personen an einer Infektion mit Campylobakter. Bei einem Erwachsenen wurde eine offene Tuberkulose festgestellt. Die angeordnete Umgebungsuntersuchung durch die Lungenliga Luzern ergab keine Hinweise auf eine Ansteckung von Personen im Umfeld des Patienten. Zwei positive Befunde für das pandemische Grippevirus A H1N1 wurden erstmals im

Juni 2009 im Kanton Nidwalden festgestellt, welche jedoch nicht Kantonseinwohner betrafen. Nach einer längeren Pause bis Mitte November 2009 wurden bis Ende 2009 70 weitere positive Fälle registriert. Es traten wegen dieser Grippe keine Engpässe in der Gesundheitsversorgung auf. Die Impfkation wurde nach anfänglicher Verzögerung aus logistischen Gründen in den Hausarztpraxen und im Kantonsspital Nidwalden durchgeführt.

Schulärztlicher Dienst: 2009 wurde die Impfung gegen das Papilloma-Virus an den Schulen weitergeführt und die Impfkation für alle Frauen zwischen 11 und 20 Jahren abgeschlossen. Die Durchimpftrate an den Schulen liegt bei 50 %. Ab dem Schuljahr 2009/2010 wird die Impfung nur noch an der 6. Klasse angeboten.

Ausserkantonale Hospitalisationen gemäss Art. 41.3 KVG: Der Kanton Nidwalden übernimmt neu ausserkantonale Leistungen im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes für die Durchführung der Koronarographien, da diese nicht im Kanton Nidwalden angeboten werden können.

Gutachtertätigkeit für das Strassenverkehrsamt: Voraussetzung für die Beurteilung der Fahreignung der Kategorie I und II bildet neu eine abgeschlossene Ausbildung in verkehrsmedizinischen Fragen. Ein Kurs für interessierte Ärzte wurde im Kanton Obwalden angeboten. Neu wird vermehrt die Haaranalyse bei Verdacht auf chronischen Alkoholismus durchgeführt.

Koordinierter Sanitätsdienst (KSD): Die Führung der mobilen Sanitätshilfsstelle führte zwei Übungen durch. Ab 2010 wird die Leitung vom Kantonsarzt auf den Rettungsdienst des Kantonsspitals Nidwalden übertragen.

Psychiatrie Obwalden/Nidwalden

Die Psychiatrie Obwalden/Nidwalden (PONS) am Kantonsspital Obwalden stellt für die Bevölkerung der beiden Kantone die (teil)-stationäre psychiatrische Grundversorgung sicher. In Ergänzung zu den privaten Leistungserbringern stehen auch spezialisierte ambulante Behandlungsangebote zur Verfügung. Die überschaubare Grösse

des Versorgungsgebietes und die Angliederung an das Akutspital bieten ideale Voraussetzungen, um die umfassenden Leistungsangebote gemeindenah und integriert anzubieten. Im Berichtsjahr wurde dieser Grundsatz konsequent weiterverfolgt. Mit dem massvollen Ausbau des psychiatrischen Ambulatoriums sowie des Konsiliar- und Liaisondienstes (fachärztliche Beratung und Mitbetreuung durch einen psychiatrischen Facharzt) wurde gleichzeitig ein Projekt zur ambulanten bzw. aufsuchenden Pflege umgesetzt. Vermehrt wurden auch Kinder- und Jugendliche einer ambulanten psychiatrischen Abklärung und Behandlung zugewiesen. Diese Sprechstunde wird deshalb im kommenden Jahr nachfrageorientiert ausgebaut. Im Jahre 2009 verzeichnete die PONS In allen Bereichen bzw. Stationen eine markante Zunahme der Auslastung. Mit 94 % (Vorjahr: 85 %) war die Bettenbelegung sehr hoch, weshalb vereinzelte Zuweisungen in Psychiatrische Kliniken der Nachbarkantone umgelenkt werden mussten. Die Tagesklinik war mit 84 % ebenfalls gut ausgelastet (Vorjahr: 69 %). Im Ambulatorium nahmen die Konsultationen um 25 % zu. Erstmals hatte die PONS im stationären und teilstationären Bereich mehr Pflege- resp. Aufenthaltstage aus dem Kanton Nidwalden. Es hielten sich also im Jahre 2009 mehr Nidwaldner als Obwaldner Patientinnen und Patienten in diesem Bereich auf.

Lebensmittelkontrolle – Pilzkontrolle

Das Jahr 2009 war eine gute Pilzsaison. Die Pilzkontrolle wurde an 45 Terminen durchgeführt. 156 Personen brachten ihre Pilze zur Prüfung. Insgesamt wurden 216 kg Pilze kontrolliert. 122 kg konnten für den Genuss freigegeben werden, 62 kg waren Handelspilze. 32 kg mussten als ungeniessbar bezeichnet werden, was einem Anteil von 17,39 % entsprach. 11 Stücke der kontrollierten Pilze mussten als tödlich giftige Pilze bezeichnet werden und wurden beschlagnahmt.

Heilmittelkontrolle – Kantonsapothekerin

Mit dem ersten Auftreten des A H1N1-Grippevirus in der südlichen Hemisphäre im Frühling 2009 starteten die Vorbereitungen für die Durchführung einer A H1N1-Imp-

fung. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) sowie andern Kantonen wurden die logistischen Abläufe für die Belieferung der Arztpraxen mit dem Impfstoff erarbeitet, so dass nach der Registrierung der Impfstoffe durch Swissmedic diese auf dem üblichen Distributionsweg und gemäss Zeitplan des Bundes in die Arztpraxen und ins Spital gelangten. Als Folge der neuen kantonalen Gesundheitsgesetzgebung und in Ausführung des eidgenössischen Heilmittelgesetzes konnte im Juni 2009 die Liste mit den verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, die durch Hebammen angewendet werden dürfen, in Kraft gesetzt werden. Periodische Betriebskontrollen wurden in der Spitalapotheke, in 4 Arztpraxen, 2 Naturheilpraxen sowie im Rettungsdienst durchgeführt. Es mussten keine Nachinspektionen angeordnet oder Betriebsbewilligungen eingeschränkt werden.

2.6.3.3 Sozialamt

Funktionsbeschreibung

Auf dem Sozialamt laufen alle Fäden der verschiedenen öffentlichen und privaten Anbieter von Sozialhilfe zusammen. Das Sozialamt übernimmt Aufgaben der Koordination und Vernetzung, der Planung sowie der Kontrolle. Für die ganze Bevölkerung Nidwaldens führt das Sozialamt folgende Beratungsstellen: Alimenteninkasso, Amtsvormundschaft, Suchtberatung, Bewährungshilfe, Jugend- und Familienberatung, Sozialdienst, Fachstelle für Gesellschaftsfragen sowie Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW.

Sozialplanung

Integration

Auf Grundlage des Schwerpunkteprogrammes „Sprache und Bildung“ des Bundesamtes für Migration wurde im Berichtsjahr die Sprachförderung fokussiert. Durch Beiträge des Bundes und des Kantons konnten Kurse für bildungsferne Migrantinnen angeboten werden. 60 Personen haben dieses Angebot genutzt. Der Bereich Integration wird neu vollständig in die Fachstelle für Gesellschaftsfragen integriert.

Häusliche Gewalt

Die Zentralschweizer Fachgruppe Häusliche Gewalt erarbeitete Grundlagen, um die Zusammenarbeit im Bereich häusliche Gewalt zwischen den Kantonen zu verstärken. Als wichtigen Meilenstein haben die Zentralschweizer Kantone mit dem Verein gegen Männergewalt, Luzern, eine gemeinsame Leistungsvereinbarung zur Beratung von gewaltausübenden Personen abgeschlossen. Diese beinhaltet eine Hotline für Krisensituationen, ein freiwilliges Beratungsangebot sowie die Möglichkeit für die Strafvollzugsbehörden, gewaltausübende Personen zu Beratungen zu verpflichten.

Schulsozialarbeit

Der Regierungsrat beauftragte das Sozialamt, die Schulsozialarbeit im Kanton aufzubauen. Der Landrat hat der notwendigen Leistungsauftragserweiterung zugestimmt. Im laufenden Jahr werden die Schulgemeinden Buochs, Hergiswil und Stansstad mit der Schulsozialarbeit starten. Das Personal wird vom Kanton angestellt und mittels Leistungsvereinbarungen den Schulgemeinden zur Verfügung gestellt. Die Personalkosten tragen die Schulgemeinden. Mit diesem Modell sind eine einheitliche Umsetzung sowie die Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit im ganzen Kanton sichergestellt.

Spielsuchtprävention

Die Lotterie- und Wettunternehmen leisten den Kantonen eine Abgabe von 0,5 % der Bruttospielerträge. Die Kantone sind verpflichtet, diese Abgaben zur Prävention und Spielsuchtbekämpfung einzusetzen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, haben die Zentralschweizer Kantone eine Leistungsvereinbarung mit der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) abgeschlossen. Diese hat den Auftrag, interkantonale Modelle für die Spielsuchtprävention zu erarbeiten und umzusetzen. Sie erhält dafür 25 % der Spielsuchtgebühren. Der andere Anteil der Abgaben fließt der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW zu. Diese lanciert gezielt Projekte zur Spielsuchtprävention vor Ort.

Schweizerische Sozialhilfestatistik 2008

Im Jahr 2008 bezogen gemäss Schweizerischer Sozialhilfestatistik insgesamt 374 Nidwaldnerinnen und Nidwaldner, d.h. 0,9 % der Wohnbevölkerung Sozialhilfe. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 66 Personen mehr unterstützt, die Sozialhilfequote stieg somit um über 10 %. Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2008 zum ersten Mal die Unterstützungszahlen seit dem Jahr 2005 wieder zunahmen. Der Beginn der Finanzkrise zeigte bereits im 4. Quartal 2008 erste Auswirkungen. Betroffen waren davon insbesondere kurzfristig angestellte Personen, welche als erste ihre Arbeit verloren und aufgrund nicht ausreichender Beitragszeit keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung hatten.

Kantonale Sozialhilfestatistik

Auch im vergangenen Jahr sind trotz steigender Fallzahlen die Ausgaben der Gemeinden für wirtschaftliche Sozialhilfe deutlich gesunken. Insgesamt haben die Gemeinden im Berichtsjahr 1 996 955 Franken (netto) aufgewendet. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Ausgaben um 20 %. Der Rückgang der Ausgaben ist primär auf die vermehrte Rückerstattungen von (Sozial-)Versicherungen zurückzuführen. Die Rückerstattungen haben sich verglichen zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Im Jahr 2009 wurden für 108 Kinder die Alimente bevorschusst. Dafür wurden insgesamt 636 347 Franken aufgewendet. Demgegenüber konnten durch die Bemühungen des Alimenteinkassos 268 360 Franken bei den Schuldern eingefordert werden. Proportional zu den Fallzahlen stieg auch der Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 6 %.

Zusammenarbeit und Information**Sozialkommission**

Die kantonale Sozialkommission widmete sich schwergewichtig folgenden Themen: Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung, Häusliche Gewalt, Schulsozialarbeit, neues Erwachsenenschutzrecht und diverse Fragen wirtschaftlicher Sozialhilfe.

Sozialkonferenz

Die Sozialkonferenz 2009 befasste sich mit dem Thema Islam. Es wurde aufgezeigt, wie muslimische Menschen in der Zentralschweiz leben. Dabei wurde deutlich, dass sich auch muslimische Menschen eher an den Traditionen ihres Heimatlandes als an der Religion orientieren. Ein einheitliches Bild des Islams in der Zentralschweiz besteht nicht. Gegen 100 Personen nahmen an der Tagung teil.

Leistungsverträge mit privaten Institutionen**Chinderhuis Nidwalden – Verein für familienergänzende Kinderbetreuung**

Im Berichtsjahr konnte in der Tageskrippe Stans der Aufbau der dritten Gruppe tatkräftig in Angriff genommen werden. Die Belegungstage in den Tageskrippen waren bis zum Sommer 2009 stetig angestiegen, jedoch auf Schulbeginn naturgemäss wieder gesunken. Die Auslastung auf der 3. Gruppe betrug 55 %. Dies entspricht einem Durchschnitt eines neuen Angebotes. Die anderen Gruppen konnten eine hohe Auslastung von durchschnittlich 90 % erreichen. Aufgrund der vermehrten Anfrage von Eltern wurden halbe Tage ins Krippenangebot aufgenommen, um vor allem Kindern im Kindergartenalter die Möglichkeit zu bieten, weiterhin zwei halbe Tage in der ihnen vertrauten Umgebung der Tageskrippe zu verbringen. Die Betreuungsstunden in den Tagesfamilien gingen im 1. Halbjahr ebenfalls zurück. Im 2. Halbjahr konnten sie jedoch stabilisiert werden.

Pro Senectute – Für das Alter

173 Menschen ab 60 Jahren wurden von der Sozialberatung von Pro Senectute Nidwalden beraten und begleitet. Davon lebten 25 Personen in einem Heim. 112 Personen haben um Informationen im Bereich Sozialberatung angefragt. Dienstleistungen im Bereich Mahlzeitendienst, Steuererklärung- und Treuhanddienst, Fusspflege, Rollstuhltaxi und begleitete Ferien haben 486 Personen bezogen. Das vielfältige Angebot im Bereich Bildung und Begegnung haben rund 2 000 Personen beansprucht. 1 109 Seniorinnen und Senioren nutzten das vielfältige Sport- und Bewegungsangebot.

Pro Infirmis – Die Organisation für behinderte Menschen

Im Jahre 2009 wurden im Kanton Nidwalden insgesamt 70 Klientinnen und Klienten beraten und unterstützt (Vorjahr: 66). Die Zunahme erfolgte ausschliesslich bei Personen mit einer geistigen Behinderung. Neben der Sozialberatung wurden zwei Personen mit einer leichten geistigen Behinderung beim selbständigen Wohnen begleitet und unterstützt. Die finanziellen Unterstützungsleistungen betragen 52 714 Franken.

Hilfsverein für Psychischkranke des Kantons Luzern – Begleitetes Wohnen und Sozialberatung

Der Hilfsverein für Psychischkranke begleitete im Rahmen der Sozialberatung 21 Klientinnen und Klienten aus Nidwalden. Für vier Klienten wurde eine Schuldensanierung durchgeführt. Ende 2009 lebten sechs Personen aus dem Kanton Nidwalden (1 Frau und 5 Männer) in vom Hilfsverein gemieteten Wohnungen. Vier Wohnungen befinden sich im Kanton Nidwalden, zwei im Kanton Luzern.

elbe – Verein Ehe- und Lebensberatung LU, OW und NW, Luzern

Im Jahr 2009 haben sich bei der Ehe- und Lebensberatung 44 Personen für eine Beratung und/oder Therapie gemeldet (15 Paare, 10 Frauen und 4 Männer). Schwerpunkte waren „auseinandergeliebt“, die Art und Weise der Kommunikation, Aussenbeziehungen sowie Fragen bezüglich Trennung. Bei der Schwangerschaftsberatung suchten 13 Personen Unterstützung und Begleitung. Die Hauptanliegen bezogen sich auf die Konfliktberatung bei ungeplanter Schwangerschaft, Kinderwunsch/Adoption und finanzielle Unterstützung. Bezüglich Präventionsarbeit ist es elbe gelungen, das Angebot in Sexualpädagogik und Prävention im Kanton Nidwalden weiter zu festigen. Die elbe-Fachpersonen leisteten sexualpädagogischen Unterricht an Schulen in Stans und Oberdorf (16 Klasseneinsätze).

Fabia – Fachstelle Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Luzern

Statistisch wurden folgende Anfragen gezählt: 38 (Vorjahr: 40) telefonische Informationen und Beratungen, 6

(Vorjahr: 11) persönliche Beratungskontakte, 4 (Vorjahr: 1) schriftliche Beratungseinheiten. Die Website www.integrations-zentralschweiz.ch wurde aktuell gehalten und gepflegt. Die Fabia wirkte in Arbeitsgruppen mit und unterstützte das Sozialamt bei der Vorbereitung der Sozialkonferenz Nidwalden zum Thema „Islam“. Im Kanton Nidwalden führte die Fabia im vergangenen Jahr 9 Deutsch- und Integrationskurse mit insgesamt 60 Teilnehmenden in den Gemeinden Buochs, Stans und Stansstad durch.

Aidshilfe Luzern

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 10 telefonische und 25 persönliche Beratungen mit Personen aus dem Kanton Nidwalden durchgeführt. Ein Grossteil der Beratungen findet anonym per E-Mail statt. Diese können statistisch keinem Kanton zugeordnet werden. Neben der Beratung fanden im Kanton Nidwalden 9 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen zum Thema Sexualpädagogik und HIV/Aids statt.

Kontaktstelle Arbeit Obwalden/Nidwalden

Die Kontaktstelle Arbeit OW/NW stand 2009 ganz im Zeichen des Wandels. Einerseits wurden die Büros von Hergiswil nach Sarnen verlegt, andererseits wurde der Auftritt der Fachstelle modernisiert. So ist aus dem „Arbeitsmarkt OW NW“ die „Kontaktstelle Arbeit OW/NW“ geworden. Gleich geblieben sind die Dienstleistungen. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage konnten insgesamt 80 Arbeitseinsätze vermittelt werden. Bedingt durch die Wirtschaftskrise mussten verschiedene grössere Firmen Kurzarbeit anmelden und durften somit niemanden einstellen. Dafür ist es gelungen, zusätzlich neue Nischenarbeitsplätze zu akquirieren und so Klienten für eine befristete Zeit eine Tagesstruktur zu bieten.

Spontan – Notaufnahme (NOA) und begleitetes Wohnen (BW) für Jugendliche

Für die Notaufnahme gingen im Jahr 2009 26 Anfragen für 19 Frauen und 7 Männer ein. Die Anfragen kamen am häufigsten von Sozialinstitutionen oder der Polizei, weiter von Eltern, Drittpersonen oder den Jugendlichen selbst. Bei 7 Fällen kam es zu einer Aufnahme. 5 Jugendli-



che kamen aus Nidwalden und je eine Person aus Schwyz und dem Aargau. Die NOA war entsprechend während 196 Tagen ein- oder mehrfach belegt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Jugendlichen betrug 28 Tage. In der NOA leisteten 16 Freiwillige am Abend und in der Nacht Pikett-Dienst im Umfang von 983 Arbeitsstunden. Das Begleitete Wohnen bietet längerfristig Platz für 3 Jugendliche oder junge Erwachsene im Alter von zirka 16 – 22 Jahren. Im Jahr 2009 waren im Betreuten Wohnen jeweils zu dritt insgesamt 4 Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Alter von 16, 17, 21 und 27 Jahren wohnhaft.

Abteilung Sozialberatung und Existenzsicherung Sozialdienst

Im Berichtsjahr 2009 wurden total 505 Fälle geführt. Dabei haben die Neuzugänge (264) gegenüber dem Vorjahr (216) deutlich zugenommen, die Zahl der Fallabschlüsse (214) blieb im Vergleich zum Vorjahr (210) in etwa gleich. In über zwei Dritteln aller Fälle (68 %) wurde die Hilfe wegen finanziellen Problemen in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 343 Fälle mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt. Bei den unterstützten Personen handelte es sich zum grossen Teil um alleinstehende Männer (131 Fälle) sowie um alleinerziehende Frauen und Männer mit Kindern (103 Fälle). Bei rund einem Drittel aller geprüften Fälle bestand ähnlich wie im Vorjahr kein Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe. Von allen im Berichtsjahr bearbeiteten Fällen konnten insgesamt 42 % innerhalb des Berichtsjahres von der Sozialhilfe abgelöst und in die finanzielle Selbständigkeit entlassen werden. Der Anteil der Unterstützung mit persönlicher Sozialhilfe (8 %) blieb wie der Anteil der indirekten Sozialhilfe (13 %) auf nahezu gleichem Niveau. Im Rahmen der persönlichen Sozialhilfe wurden mehrheitlich Beratung und Unterstützung aufgrund von Beziehungsproblemen in Familie und Partnerschaft (90 %) in Anspruch genommen. Die Fälle in der indirekten wirtschaftlichen Sozialhilfe teilten sich auf in Budgetberatung (53 %), Schuldensanierung (32 %) und Einkommensverwaltung (15 %). Im Rahmen der Pflegekinderaufsicht wurden im Berichtsjahr Pflegeverhältnisse von 19 Kindern und 12 bewilligungspflichtigen Institutionen beaufsichtigt. Im Weiteren wurden 6 Abklärungen für eine Pflegeplatzbewilligung vorgenommen.

Alimenteninkasso

Auch im Fachbereich Alimenteninkasso nahmen die Fallzahlen im Jahr 2009 (201) im Vergleich zum Vorjahr (183) zu. Dabei wurden in 41 % aller Dossiers im laufenden Jahr nahezu gleich viele Kinderalimente bevorschusst wie im Vorjahr (40 %). Insgesamt wurden im Berichtsjahr 201 Kinder und 41 Erwachsene bei der Durchsetzung ihrer Unterhaltsansprüche unterstützt. Die Gesamtforderung, für welche die Hilfe des Alimenteninkassos beansprucht wurde, betrug 2 136 259 Franken. Sie war damit mit über einer halben Million Franken höher als im

Vorjahr. Nahezu die Hälfte dieser Forderungen (47 %) konnte bei den Gläubigern durch Inkassomassnahmen wiederbeschafft werden.

Abteilung Kinder- und Erwachsenenschutz Amtsvormundschaft

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 358 Mandate geführt. Dies entspricht einer Zunahme von 43 Mandaten oder 13,6 % gegenüber dem Vorjahr. Sowohl beim Kindes- als auch beim Erwachsenenschutz stiegen die Dossierzahlen, wobei letztere etwas stärker zunahm. Damit verbunden hat sich auch die Zahl der Einkommensverwaltungen um 16,5 % erhöht. Neu wurden 162 Einzelbuchhaltungen geführt und dabei ein Gesamtvermögen von rund 17,2 Mio. Franken (+ 40 %) verwaltet. Trotz des stattlichen Vermögens der einen ist ein Grossteil der Klientinnen und Klienten auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen.

Bewährungshilfe und Sozialberatung Gefängnis

Im Berichtsjahr hat die Bewährungshilfe 16 strafrechtliche Mandate geführt. Vier Mandate betrafen Jugendliche, welche durch die Jugendanwaltschaft überwiesen wurden. Neben der sozialen Integration stand die Minimierung des Rückfallrisikos im Zentrum der Arbeit. Ein weiterer Aufgabenbereich beinhaltete die wöchentliche Sozialberatung im Straf- und Untersuchungsgefängnis Stans. Im Berichtsjahr wurden 32 inhaftierte Personen betreut.

Abteilung Jugend, Eltern und Sucht Jugend- und Elternberatung

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 215 Dossiers durch die Jugend- und Familienberatung geführt. Dies entspricht einer Zunahme von 23 % gegenüber dem Vorjahr (174 Dossiers). 193 Kinder und Jugendliche mit ihren Familien wurden beraten sowie 22 Abklärungen Kinderschutz im Auftrag der Vormundschaftsbehörden durchgeführt. Seit dem Jahr 2006 ist ein kontinuierlicher Anstieg der bearbeiteten Dossiers zu verzeichnen. Dies zeigt, dass die Verunsicherung der Eltern betreffend Erziehung zugenommen hat. Das Angebot der Jugend- und Familienberatung konnte im Berichtsjahr ausgeweitet werden. Neu können auch Eltern mit vorschulpflichtigen Kindern eine

Beratung in Anspruch nehmen. Entsprechend wurde der Name von Jugend- und Elternberatung in Jugend- und Familienberatung geändert.

Suchtberatung

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 125 Dossiers durch die Suchtberatung geführt. Dies entspricht einer leichten Abnahme um 7 % gegenüber dem Vorjahr (136 Dossiers). 84 Suchtpatientinnen und -patienten und deren Angehörige wurden beraten sowie 41 Substitutionsbehandlungen durchgeführt. Neu führt die Suchtberatung viermal jährlich eine Weiterbildung für die Suchtpatientinnen und -patienten der Psychiatrie Obwalden/Nidwalden durch. Das Ziel dieser Weiterbildung ist, sie nach ihrem stationären Aufenthalt in der Psychiatrie für eine weiterführende ambulante Beratung motivieren zu können.

Fachstelle für Gesellschaftsfragen

Am 1. November 2009 nahm die neue kantonale Fachstelle für Gesellschaftsfragen (FGF) mit den drei Bereichen Jugend, Familie und Integration ihre Arbeit auf. Die Bereiche Gesundheitsförderung und Prävention sowie die Gleichstellung von Frau und Mann werden ab dem 1. Januar 2011 in die FGF integriert. Die FGF fördert das Wohl der Gesellschaft, indem sie Chancengleichheit, Integration und Partizipation anstrebt. Sie entwickelt und bearbeitet relevante Themen der Gesellschaft vernetzt und innerhalb der einzelnen Bereiche. Die ersten zwei Monate waren ausserdem der internen Organisation und der externen Vernetzung auf kantonaler und Bundesebene gewidmet. Die FGF nahm die Arbeit am kantonalen Konzept für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung auf. Der Kanton Nidwalden ist nun auch aktiv in den interkantonalen und nationalen Konferenzen im Bereich Jugend vertreten; auch lokal haben verschiedene Vernetzungstreffen stattgefunden. Im Bereich Integration fanden verschiedene Treffen mit Gruppen, Partnern und Akteurinnen aus dem Integrationsbereich statt, um die zukünftige Zusammenarbeit festzuhalten.

Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden

Die Schwerpunktthemen der Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW waren Alkoholpolitik und Jugendschutz, Früherkennung/Frühintervention in Gemeinden und Schule, neue Medien, Gewalt- und Mobbingprävention, Sensibilisierung der Eltern für ihre Erziehungsarbeit und FitNOW, die Umsetzung des Aktionsprogramms zum gesunden Körpergewicht. Im Weiteren wurde die Reorganisation der Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention in die Fachstelle für Gesellschaftsfragen geplant.

Zentrale Themen, welche mit umfassenden Projekten angegangen werden, waren im Berichtsjahr:

- Alkoholpolitik und Jugendschutz in den Gemeinden
- Früherkennung/Frühintervention in den Gemeinden und Schulen
- Projekt „Generation@“ für Schulen zum Thema Geldspielsucht, Internetsucht und Medienerziehung
- Gewalt- und Mobbingprävention
- Sensibilisierung der Eltern zu ihrer Erziehungsarbeit
- FitNOW, die Umsetzung des Aktionsprogramms gesundes Körpergewicht

2.6.3.4 Amt für Asyl und Flüchtlinge

Asylbewerber

Anfangs 2009 lebten im Kanton Nidwalden insgesamt 165 Personen, Status N (Asylsuchende mit hängigem Gesuch); F (vorläufig aufgenommene Ausländer). Bis Ende Dezember vergrösserte sich die Anzahl auf 170 Asylbewerber. Ein grosser Zuwachs kam aus den Ländern Eritrea, Somalia, Sri Lanka und Nigeria. Es waren 61 Austritte zu verzeichnen. Gründe waren die freiwillige Rückkehr, Heirat, untergetaucht, bewilligte Härtefallgesuche, Dublin-Verfahren oder anerkannte Flüchtlinge.

Betreuung/Unterbringung

Neu wurden weitere Kollektivunterkünfte (Stansstaderstr. 80 in Stans, 20 Plätze; Asylunterkunft Rotzloch in

Stansstad, 34 Plätze) eröffnet. Schwierig gestaltete sich nach wie vor die Betreuung, da Asylbewerber aus 18 verschiedenen Nationen untergebracht werden mussten. Die meisten Personen sprechen nur ihre eigene Landessprache. Familien wurden vermehrt in Privatunterkünften verlegt. Neu kommen die Dublin-Fälle zum Tragen, d.h. Personen werden von der Polizei aus den Unterkünften abgeholt, in Haft genommen und in den Staat ausgeschafft, in welchem sie bereits vorgängig ein Asylgesuch gestellt haben.

Personen mit Nichteintretensentscheid NEE

Die Strukturen haben sich bewährt. Ein Zimmer mit 8 Betten steht jederzeit bereit.

Anerkannte Flüchtlinge

Die Zahl der zu betreuenden anerkannten Flüchtlinge blieb im Berichtsjahr unverändert gegenüber dem Vorjahr. Der grösste Anteil der Flüchtlinge stammte nach wie vor aus der Türkei (Kurden). Auch andere Ethnien, z.B. Flüchtlinge aus Usbekistan, Sri Lanka, Kosovo und Eritrea wurden vom Amt betreut. Ab 1. Mai 2009 wurde das Case Management im B- und C-Bereich eingeführt. In diesem Verfahren werden die Flüchtlinge befähigt, Unterstützungsleistungen selbständig zu nutzen.

Flüchtlinge mit Status C (Niederlassungsbewilligung)

Die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge mit Niederlassungsbewilligung C ging zurück (Ende Jahr 14 Personen). 2 Familien (6 Personen) wurden im Verlaufe des Jahres 2009 dem Sozialamt Nidwalden übergeben. Eine Familie (4 Personen) wurde selbständig. Eine Familie (3 Personen) und eine Frau verzichteten auf die Flüchtlingseigenschaft. Psychologische Betreuung und Hilfe zur Verarbeitung der traumatischen Erfahrungen und Probleme im Exil gegen die krank machende Perspektivlosigkeit im Alltag waren oft Themen in der Betreuung der anerkannten Flüchtlinge im C-Bereich.

Flüchtlinge mit Status B und F (Aufenthaltserlaubnis)

Die Zahl der zu betreuenden Flüchtlinge mit Status B und F blieb im Berichtsjahr stabil: Ende Jahr 30 Flüchtlinge mit Status B und 2 Flüchtlinge mit Status F. Das Amt betreut seit Ende 2008 Flüchtlinge aus Eritrea. Die meisten verfügen über eine gute Allgemeinbildung, eine Ausbildung bzw. einen erlernten Beruf. Es fehlten Deutschkenntnisse und Berufserfahrung in der Schweiz. Aus diesem Grund war das Erlernen der deutschen Sprache nach wie vor für alle Flüchtlinge das wichtigste Ziel im Integrationsprozess. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie z.B. der Berufsberatung oder „The Bütz“ sollten ermöglichen, Anlehren und Praktika zu absolvieren. Das im Mai 2009 eingeführte Case Management unterstützte die Planung der Integration (sprachliche, berufliche, soziale) sowie Hilfestellung für Menschen in komplexen Lebenssituationen. Gemeinsame Zielformulierung, Vorgehensweise sowie Überprüfung der Ziele im Rahmen der Evaluation wurden von den Klientinnen und Klienten geschätzt. Sie wurden in ihrem Vorhaben unterstützt und respektiert. Traumatisierte Flüchtlinge wurden psychologisch durch spezialisierte Stellen betreut. Diese Therapien ermöglichen, traumatische Erlebnisse aus der Vergangenheit z.B. Folter, Gewalt, Verlust von nahestehenden Personen zu verarbeiten. Weiter wurden Flüchtlingsfamilien mit schulpflichtigen Kindern im Rahmen des Projektes „Schule in Nidwalden“ beraten und begleitet. Für alle Personen konnte eine Wohnung gefunden werden.

Rückkehrberatung

In der Rückkehrberatungsstelle wird die freiwillige und pflichtgemässe Rückkehr von Asylbewerbern, von vorläufig Aufgenommenen und von anerkannten Flüchtlingen in ihr Heimatland gefördert. Das Bundesamt für Migration BFM bot im Jahre 2009 sechs Länderprogramme zur Förderung der pflichtgemässen Ausreise an. Die Rückkehrberatung führte fünf Veranstaltungen in den verschiedenen Asylunterkünften durch. Dabei wurden die wichtigsten Punkte von der Einreise bis zur Ausreise besprochen. Ein Grossteil der Arbeit beinhaltete zudem die Weitergabe von Informationsmaterialien an alle betroffenen Asylbewerber.

2.6.4 Vernehmlassungen an den Bund

Gesundheits- und Sozialdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung der Projektgruppe Nidwaldner Jugendkulturhaus zum Nidwaldner Jugendkulturhaus	Nr. 114 vom 17. Februar 2009	Grundsätzliche Zustimmung; Kanton lehnt eine Trägerschaft ab. Einmaliger Investitionsbeitrag müsste dem Landrat unterbreitet werden
Zweite Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung	Nr. 144 vom 03. März 2009	Unzählige Änderungsanträge
Entwürfe zur Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV), der Verordnung vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) und der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV)	Nr. 177 vom 17. März 2009	Viele Vorbehalte in den einzelnen Verordnungen
Verordnung über das elektronische Informationssystem zur Verwaltung der Tierversuche (VerTi-V) und Verordnung des BVET über die Versuchstierhaltungen und die Erzeugung gentechnisch veränderter Tiere sowie über die Verfahren bei Tierversuchen (Tierversuchsverordnung)	Nr. 254 vom 07. April 2009	Zustimmung
Revision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG)	Nr. 281 vom 28. April 2009	Teilweise Zustimmung
Heilmittelverordnungspaket III (Medizinprodukteverordnung, Tierarzneimittelverordnung, Arzneimittel-Bewilligungsverordnung, Arzneimittelverordnung und Pharmakopöeverordnung)	Nr. 282 vom 28. April 2009	Einige Änderungsvorschläge
Kantonsspital Nidwalden. Kantonsarzt. Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik)	Nr. 302 vom 05. Mai 2009	Zustimmung unter Vorbehalten
Ausgleichskasse Nidwalden. Sozialamt. Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG). Einrichtung eines Familienzulagenregisters	Nr. 303 vom 05. Mai 2009	Mehrheitliche Zustimmung
Änderung der Verordnung vom 12. April 1995 über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA)	Nr. 354 vom 26. Mai 2009	Teilweise Zustimmung mit Präziserungsanträgen
Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG). Inkraftsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung. Erwirkung einer konsolidierten Stellungnahme der Kantonsregierungen	Nr. 550 vom 18. August 2009	Zustimmung zum Antrag der KdK
Verordnung des Bundesrates zum Schutz vor Passivrauchen. Eröffnung des Anhörungsverfahrens	Nr. 573 vom 27. August 2009	Einige Änderungsvorschläge
Vorentwurf zur Totalrevision der Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO; Pflegekinderverordnung) sowie Vorentwurf zur Verordnung über die Adoption (AdoV; Adoptionsverordnung)	Nr. 603 vom 08. September 2009	Ablehnung
Laboratorium der Urkantone. Revision des Lebensmittelgesetzes	Nr. 639 vom 22. September 2009	Stellungnahme in Form einer Tabelle (17 Seiten)
Vorentwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)	Nr. 640 vom 22. September 2009	Die Anstossfinanzierung soll verlängert werden
Ausgleichskasse Nidwalden. 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket	Nr. 670 vom 13. Oktober 2009	Ablehnung
Änderung von Art. 25b Arzneimittelverordnung	Nr. 711 vom 27. Oktober 2009	Zustimmung
Vernehmlassung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates betreffend die parlamentarische Initiative Kohler i.S. Verbot von Pitbulls in der Schweiz (Hundegesetz)	Nr. 799 vom 01. Dezember 2009	Fragebogen; 4 von 5 Fragen mit Nein beantwortet

2.7 Volkswirtschaftsdirektion

2.7.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Volkswirtschaftsdirektion unterstützt die Betriebe im Kanton im Umgang mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gastgewerbe und anderen Bewilligungen (Mikroebene). Daneben unterstützt sie die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und die damit zusammenhängenden Standortfaktoren (Makroebene). Das Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung fasst die Bereiche Industrie Gewerbe und Arbeit, die Wirtschaftsförderung sowie den öffentlichen Verkehr zusammen. Besondere Bedeutung kommt der Betreuung von

arbeitslos gemeldeten Personen zu. Das Arbeitsinspektorat stellt die Arbeitssicherheit und den Vollzug des Arbeitsrechtes sicher. Die Wirtschaftsförderung kümmert sich um die Ansiedlung neuer Betriebe und die Betreuung ansässiger Unternehmungen durch neutrale Beratung und kundenspezifische Betreuung. Weiter gehört die Regionalpolitik und die Entwicklung des Tourismus zu deren Aufgabengebiet. Die bedürfnisgerechte Entwicklung des öffentlichen Verkehrs fällt ebenfalls in die Verantwortung des Amtes. Das Handelsregisteramt stellt die öffentliche Quelle für wirtschaftliche Informationen über die Unternehmen im Kanton dar. Als Vorstreckungsbehörde gemäss den einschlägigen Bestimmungen des Bundesrechtes über Schuldbetreibung und Konkurs dient das Betreibungs- und Konkursamt ebenfalls den Betrieben und der Öffentlichkeit des Kantons.

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Direktionssekretariat VD	0,5	0,5
Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung	27,9	27,9
Betreibungs- und Konkursamt	8,8	8,0
Handelsregisteramt	2,0	2,5

Jahr in Zahlen

- Im Jahresdurchschnitt wurden 383 Personen als arbeitslos registriert.
- Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresschnitt 1,8% (CH: 3,7%).
- 34 Betriebe mussten Kurzarbeit anmelden, was zu 128 661 Ausfallstunden führte.
- Die Arbeitslosenkasse zahlte insgesamt 14,67 Mio. Franken aus. Dieser Betrag ging an arbeitslose Personen, Unternehmen und Gläubiger (Insolvenz).
- Das Eichamt Luzern hat im Auftrag von Nidwalden 82 Waagen geeicht sowie 15 Zapfsäulen und 30 Fertigpackungen kontrolliert.
- Im Handelsregister erfolgten insgesamt 2 267 Eintragungen, was einer Zunahme von 14% gegenüber dem Vorjahr entspricht.
- Die Zahl der Konkursöffnungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 11 auf 49 an.
- Im Rahmen der öffentlichen Auflage des Doppelspurausbaus in Hergiswil sind 176 Einsprachen eingegangen.

2.7.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
2/c	Legislativziel Einführung neue Regionalpolitik (NRP).	
	Jahresziel Zwei Projekte aus dem kantonalen Umsetzungsprogramm 2008-2010 erreichen die Realisierungsreife.	Ziel erreicht Im abgelaufenen Jahr konnten vier Projekte aus dem kantonalen Umsetzungsprogramm 2008-2010 mit NRP-Beiträgen unterstützt werden. Es handelt sich um folgende Projekte: Bike Arena Emmetten, Sbrinz Route, Schaukäserei Klewenalp und die Gesuchseingabe für die Realisierung des Naturparks Urschweiz beim Bund. Die Projekte haben die Realisierungsreife erreicht. Damit konnte das Jahresziel (2 Projekte) übertroffen werden.
2/d	Legislativziel Schaffung Regionaler Naturpark UR/NW/Engelberg.	
	Jahresziel Gesuchseingabe beim Bund ist erfolgt.	Ziel erreicht Das Gesuch um globale Finanzhilfe zur Errichtung eines Naturparks Urschweiz und eines Parklabels wurde am 8. Januar 2010 beim Bundesamt für Umwelt, BAFU eingereicht.
2/e	Legislativziel Schrittweise Umsetzung Park+Ride Konzept.	
	Jahresziel Konkretes Vorgehenskonzept zur Förderung von Park + Ride wird umgesetzt.	Ziel teilweise erreicht Ein konkretes Vorgabenkonzept wurde nicht erarbeitet, da im Rahmen der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms Stans (2. Generation) dieses Thema aufgenommen wird. Angestrebt wird dabei eine Integration von Langsamverkehr, Park+Ride, Bike+Ride und öffentlichem Verkehr in einem gesamtheitlichen Mobilitätsmanagement.
2/f	Legislativziel Sicherstellen zivile Mitbenutzung des Militärflugplatzes.	
	Jahresziel Planungsverfahren sind abgeschlossen und Investitionen in die Flugplatzinfrastruktur sind getätigt.	Ziel nicht erreicht Die Verhandlungen mit dem Eigentümer der Flugplatzinfrastrukturen (armasuisse), den Flugplatzgemeinden und Korporationen ziehen sich in die Länge. Auch die Umzäunung der Hauptpiste und die Sanierung des Towers konnten noch nicht realisiert werden.
2/h	Legislativziel Bestandespflege und Neuansiedlungen innovativer KMU.	
	Jahresziel Kantonale Wirtschaftsförderung wirkt aktiv bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze mit.	Ziel erreicht Die Wirtschaftsförderung fokussiert bei ihrer Arbeit die Betreuung und Ansiedlung von innovativen und zukunftsgerichteten Unternehmen. Flankierend dazu sind Massnahmen in Bearbeitung, um das Potential innovativer KMU besser auszuschöpfen. So wurde ein Pull-Coach als Bindeglied zwischen Forschungs- und Innovationstätigkeit an Hochschulen eingesetzt, welcher die KMU besucht und berät.
3/p	Legislativziel Harmonisierung der Verwaltungsdaten.	
	Jahresziel Harmonisierung der Einwohner-, sowie Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) in den Gemeinden ist abgeschlossen	Ziel erreicht Ende 2009 haben alle Nidwaldner Gemeinden den Abgleich des Gebäude- und Wohnungsregisters des Bundes (GWR) mit der eigenen Bauadministration abgeschlossen und die Verknüpfung mit den Einwohnerdaten über die Gebäude- und Wohnungsidentifikationen durchgeführt. Im schweizweiten Vergleich nimmt der Kanton bezüglich Datenbearbeitungsfortschritt eine Spitzenstellung ein.



2.7.3 Tätigkeiten der Ämter

2.7.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat ist die Stabstelle der Volkswirtschaftsdirektion. Es bearbeitet in dieser Funktion verschiedene Projekte und übernimmt direktionsübergreifende Aufgaben. Es plant und koordiniert innerhalb der Direktion und ist für die Information innerhalb der Direktion und nach Aussen verantwortlich. Im Rahmen des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Grundstückerwerbsgesetz) ist die Volkswirtschaftsdirektion beschwerdeberechtigte kantonale Behörde. Im abgelaufenen Jahr wurden 11 Bewilligungen oder Feststellungen der Nichtbewilligungspflicht überprüft (2008: 12). Gegen keine dieser Bewilligungen wurde eine Beschwerde geführt. Die Arbeiten an der Registerharmonisierung im Hinblick auf die Volkszählung 2010 beschäftigte die Direktion auch im Berichtsjahr. Die Bereinigung des Gebäude- und Wohnungsregisters und der Abgleich mit dem Einwohnerregister der Gemeinden konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Nachdem der Regierungsrat einem Auftritt von Nidwalden als Gastkanton am Sechseläuten in Zürich im Jahr 2010 zugestimmt hatte, übernahm die Volkswirtschaftsdirektion die entsprechende Organisation. In Abstimmung mit dem Zentralkomitee der Zürcher Zünfte wurden die Vorbereitungsarbeiten an die Hand genommen.

2.7.3.2 Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung

Öffentlicher Verkehr

Das Fahrplanjahr 2009 brachte keine namhaften Angebotsausbauten im Kanton. Es wurden lediglich punktuelle Verbesserungen bei einzelnen Bus- und Bahnlinien eingeführt. Im Rahmen der notwendigen Ausbauten von Bahninfrastrukturen in der Schweiz hat der Bund das Projekt Bahn 2030 lanciert. Es handelt sich um das Nachfolgeprojekt von ZEB (Zukunft Eisenbahninfrastrukturen), in welchem für 5,4 Mrd. Franken verschiedene

Bahninfrastrukturen in der Schweiz realisiert werden. Während die Zentralschweiz im Rahmen von ZEB praktisch leer ausging, hat sich die Zentralschweiz im Hinblick auf Bahn 2030 erstmals einheitlich positioniert. Unter der Führung der Zentralschweizer Regierungskonferenz ZRK erarbeiteten die kantonalen Verkehrsdirektoren eine einheitliche Positionierung der Zentralschweiz. Darin werden drei Schlüsselprojekte (Tiefbahnhof Luzern, Zimmerbergtunnel II, Axentunnel) gefordert. Ebenfalls im Hinblick auf Bahn 2030 lancierte der Kanton Luzern die Planungsarbeiten für einen Tiefbahnhof Luzern. Der Kanton Nidwalden hat ebenfalls grosses Interesse an dieser Bahninfrastruktur. Die Luzerner Bevölkerung stimmte in der Folge einem Planungskredit in der Höhe von 20 Mio. Franken für die Planung des Tiefbahnhofs Luzern zu. Der Kanton Nidwalden ist in den laufenden Projektierungsarbeiten miteinbezogen. Die Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees SGV führte mit dem Fahrplan 2009 erstmals einen Taktfahrplan auf dem See ein. Nachdem verschiedene Seegemeinden und Tourismusorganisationen diesem Taktfahrplan kritisch gegenüber standen, sollen die ersten Erfahrungen damit Ende 2009 ausgewertet werden.

Doppelspurausbau und Tieflegung der Zentralbahn in Luzern

Die Arbeiten am Doppelspurausbau und der Tieflegung der Zentralbahn (zb) in Luzern laufen gemäss Plan und im Rahmen des genehmigten Kostenrahmens. Der doppelspurige Tunnel unter der Allmend wird im Druckluftverfahren vorangetrieben. Auch die Beschleunigungsmassnahmen der zb in den Kantonen Ob- und Nidwalden (schnellere Weichen, Sicherungsanlagen) werden termingerecht umgesetzt.

Doppelspurausbau Hergiswil

Im Laufe des Jahres wurden die Arbeiten am Auflageprojekt intensiv weitergeführt. Das Projekt führte zu verschiedenen politischen Eingaben und Diskussionen im Zusammenhang mit der Linienführung in der Gemeinde Hergiswil. Es bildete sich eine Interessengemeinschaft «Lärm weg», welche eine Änderung der geplanten Linienführung fordert. Gegen Ende des Jahres konnte das Plangenehmigungsverfahren für den Doppelspurausbau

in Hergiswil eingeleitet werden. In den Monaten November und Dezember wurde das Auflageprojekt öffentlich aufgelegt. Damit kann erstmals über ein vorliegendes Projekt konkret diskutiert werden. Nach Abschluss der Projektauflage sind 176 Einsprachen beim Bundesamt für Verkehr BAV eingegangen. Der Regierungsrat hat in der Folge eine Begleitgruppe eingesetzt, welche die Zusatzabklärungen zum Auflageprojekt begleiten wird. Damit werden die betroffenen Grundeigentümer, die Gemeinde Hergiswil und weitere Interessierte am Prozess beteiligt.

Tunnel Engelberg

Im Winter 2008/09 konnten die Sanierungsarbeiten im vom Wassereinbruch betroffenen Teil des Tunnels abgeschlossen werden. Heute steht fest, dass der Tunnel Ende 2010 in Betrieb genommen werden kann. Der Einbau der Bahntechnik und die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme sind Ende des Berichtsjahres eingeleitet worden.

Verschiedene Planungsarbeiten

Das Amt wirkte wiederum im Rahmen des Agglomerationsprogramms Stans bei der Integration des öffentlichen Verkehrs in ein Gesamtverkehrskonzept mit. Die Detailplanung für eine Haltestelle Bitzi wurde vorerst auf Eis gelegt. Zuerst muss sichergestellt werden, dass ein Siedlungsschwerpunkt von Stans im Bereich dieser Haltestelle entstehen wird. Nur so kann gegenüber dem Bund das nötige Potential und die wirkliche Verknüpfung von Siedlungsentwicklung und Verkehr nachgewiesen werden. Die Gemeinde Stans hat dann auch eine Überarbeitung ihres Siedlungsleitbildes in Auftrag gegeben. Im Zusammenhang mit dem künftigen Controlling für die Agglomerationsprogramme wurde in der Agglomeration Stans eine Testerhebung der vorhandenen Veloparkplätze durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebung bilden die Grundlage für die gezielte Förderung des Langsamverkehrs in der Ebene von Stans.

Sanierung von Bahnübergängen

Unter der Federführung der Direktion wurden in enger Zusammenarbeit mit der zb die Planungen für die Sanierung der Bahnübergänge auf der Strecke Hergiswil-En-

gelberg an die Hand genommen. Im Berichtsjahr konnten drei Bahnübergänge saniert werden (Aemmättlihof, Niederdorf und Kleinlehli). In den Gemeinden Stans und Oberdorf befinden sich alle betroffenen Bahnübergänge in der Planungsphase. Mit den betroffenen Strasseneigentümern und Gemeinden wurden Gespräche geführt. In der Gemeinde Wolfenschiessen präsentiert sich eine besondere Situation. Aufgrund der aktuellen Bewirtschaftungs- und Eigentumsverhältnisse beidseitig der Kantonsstrasse und Eisenbahn zeichnet sich eine besondere Problematik ab. Zudem sind die Landeigentümer und Bewirtschafter vom Hochwasserschutz und einem geplanten Wasserkraftwerk des Elektrizitätswerks direkt betroffen. Aus diesem Grund sollen diese drei Projekte koordiniert werden. Damit kann eine gesamtheitliche Sicht der Problemlösung erreicht werden und die Betroffenen haben jeweils nur einen Ansprechpartner.

Neues Rollmaterial für die Brüniglinie

Das Streckennetz der zb umfasst auch die Linie zwischen Luzern und Interlaken-Ost. Das Rollmaterial auf dieser Linie muss ersetzt werden. Die zb beschafft deshalb neue zahnradgängige und verpendelte Triebzüge. Es werden 4 siebenteilige und 3 dreiteilige Triebzüge beschafft. Damit kann eine hohe betriebliche Flexibilität erreicht werden. Die Ablieferung dieser rund 170 Mio. Franken teuren Triebzüge ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

Wirtschaftsförderung

Trotz einem recht widrigen konjunktur- und wirtschaftspolitischen Umfeld konnte die Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr einen erheblichen Teil der gesteckten Ziele ganz oder teilweise erreichen. Im Berichtsjahr konnten insgesamt 132 neue Kontakte geschaffen werden. An vier Veranstaltungen zusammen mit der OSEC in Deutschland konnten jeweils zwischen 45 bis 80 Firmenvertreter aus den dort eingeladenen Industrie- und Handelskammern begrüsst werden. Die Wirtschaftsförderung organisierte zudem weitere 4 eigene Veranstaltungen zur Promotion des Wirtschaftsstandorts und nahm an 5 Partnerevents teil. Durch die direkte Mitwirkung der Wirtschaftsförderung konnten neun Unternehmungen

oder Privatpersonen mit insgesamt rund 15 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Gemäss Eidgenössischem Handelsregister ergab sich für den Kanton Nidwalden eine Nettozunahme von 74 Unternehmen auf total 4 382 Gesellschaften im Jahr 2009. Im Rahmen der Bestandespflege wurden im vergangenen Jahr 32 Betriebe zum Informations- und Meinungsaustausch besucht. Nachdem der Flugplatz zivil genutzt und als Standortvorteil eingesetzt werden soll, wurde der Aufbau eines Aviatik Clusters konkret an die Hand genommen. Die Wirtschaftsförderung setzt sich für die Gründung eines neuen Vereins ein, mit dem Ziel, alle Akteure der schweizerischen Luft- und Raumfahrt und der Satellitennavigation zu vereinigen. Der Verein soll anfangs 2010 gegründet werden. Die Gespräche über den Ausbau der bestehenden Repräsentanz der Wirtschaftsförderung Nidwalden in Deutschland wurden aufgenommen und die neu zu schaffende Struktur und Organisation konkret entwickelt. Mit der erfolgten Schaffung eines sogenannten Pull Coaches als Bindeglied zwischen der universitären Forschungs- und Innovationstätigkeit und in Nidwalden ansässigen KMU's will man die Nidwaldner Unternehmen vermehrt von der Arbeit der Hochschulen profitieren lassen.

Konsumkredite

Der Bund verpflichtet die Kantone dazu, die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten gemäss Konsumkreditgesetz zu bewilligen. Im Berichtsjahr sind bei der Volkswirtschaftsdirektion dazu weder Gesuche eingereicht noch Bewilligungen ausgestellt worden.

Wirtschaftliche Landesversorgung

Die Arbeiten für die wirtschaftliche Landesversorgung konzentrierten sich auf den Aufbau der Heizölbewirtschaftung im Krisenfall. Die Verantwortlichen der kantonalen Fachstellen für wirtschaftliche Landesversorgung wurden zu einem Rapport eingeladen. Dabei sind die Neuerungen des Bundesvollzugs bei der wirtschaftlichen Landesversorgung kommuniziert worden.

Neue Regionalpolitik

Die konkrete Realisierung des kantonalen Umsetzungsprogramms 2008 bis 2011 war im Berichtsjahr erfolgreich

unterwegs. Es wurden fünf Projekte mit NRP-Beiträgen unterstützt. Es sind dies die Bike Arena Emmetten, die Alpkäserei auf Klewenalp, die Sbrinz Route sowie die Bergarena Ob- und Nidwalden. Es wurden je 700 000 Franken als à-fonds-perdu-Beiträge aus der kantonalen und interkantonalen Bundeslimite ausbezahlt. Mit der Unterstützung dieser Projekte wurde hauptsächlich das Ziel einer Erhöhung der Wertschöpfung aus den natürlichen Ressourcen (Natur und Landschaft) der Region erreicht. Neben den ordentlichen NRP-Beiträgen hat der Bund im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes zusätzliche NRP-Mittel zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln konnte das Projekt einer Cabrio-Bahn am Stanserhorn mit 6 Mio. Franken (Bund und Kanton) unterstützt werden. Damit kann ein Tourismusunternehmen der Region in seiner Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unterstützt werden.

Tourismus

2009 verzeichnete der Kanton Nidwalden 209 210 Logiernächte in Hotels und Camping (Vorjahr: 229 099). Dies entspricht einem Rückgang von 8,7 % gegenüber dem Vorjahr. Wiederum haben sich die verschiedenen Hotellschliessungen in Nidwalden negativ auf die Entwicklung der Logiernächtezahlen ausgewirkt. Die Beiträge des Kantons an die Tourismusvermarktung blieben mit 215 000 Franken im Rahmen der Vorjahre. Aufgrund von Veränderungen in der Tourismuslandschaft Zentralschweiz haben sich die Rahmenbedingungen für den Betrieb der Vermarktungsplattform Vierwaldstättersee Tourismus grundlegend geändert. Gestützt darauf hat der Regierungsrat den Auftrag erteilt, die bestehende Tourismusvermarktung zu überprüfen. Es wurden deshalb Gespräche mit Luzern Tourismus AG und Engelberg Titlis Tourismus AG zur Zusammenarbeit geführt. Die Tourismusbranche wurde über diese Schritte laufend informiert und miteinbezogen. Der Entwurf des neuen Tourismusgesetzes fand in der Vernehmlassung mehrheitlich Zustimmung. Ergänzungen oder Änderungen daraus werden in die definitive Gesetzesfassung einfließen. Darin sollen auch Aussagen über die künftige Vermarktung der Nidwalden Tourismusangebote gemacht werden. Ende 2009 lag das Gesuch für eine globale Finanzhilfe zur Errichtung eines Naturparks Urschweiz und eines entsprechen-

den Labels vor. Damit ist eine wichtige Hürde in Richtung eines regionalen Naturparks auf dem Boden von Nidwalden und Uri genommen. Auf dem Bürgenstock wurden die Planungsarbeiten für das Resort weitergeführt. So konnte das Baugesuch eingereicht werden. Eine Wiederbelebung des traditionellen und weltbekannten Bürgenstocks als Kongress- und Ferienort wird dabei eingeleitet.

Statistik

Im Auftrag des Bundesamtes für Statistik (BFS) wurden auf kantonaler Ebene verschiedene Erhebungen durchgeführt. Es handelt sich dabei um die Wanderungs- und Baustatistik sowie die Erhebung über leerstehende Gebäude. Weiter wurden zahlreiche Anfragen zu statistischen Daten des Kantons beantwortet. Hilfestellung wurde auch bei der Zusammenstellung der Daten für die Publikation «Nidwalden in Zahlen» geleistet.

Wohn- und Eigentumsförderung

Die ausserordentliche Landsgemeinde vom 23. Oktober 1994 hat einem Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung zugestimmt. Der vom Landrat am 21. Dezember 1994 bewilligte Rahmenkredit für die Jahre 1995 und 1996 beträgt 1,848 Millionen Franken. Hiermit sollten maximal 70 Wohnungen gefördert werden. Insgesamt erfolgten Zusicherungen für 37 Wohnungen mit einer Verbilligungsverpflichtung von total 979 882 Franken. Der Kanton beteiligt sich mit einem Beitrag von 50 % an den Aufwendungen der Standortgemeinden. Per Ende 2009 sind insgesamt Beiträge von total 469 776 Franken ausbezahlt worden. Die Gemeinden haben sich mit 50 % daran beteiligt. Zurzeit steht kein neuer Verpflichtungskredit zur Verfügung, so dass keine neuen Zusicherungen mehr abgegeben werden können. Der Bund sichert seit dem 1. Januar 2002 keine Bundeshilfe gestützt auf das Wohn- und Eigentumsförderungsgesetz mehr zu.

Arbeitsmarkt

Der Bund stellte dem Kanton Nidwalden 9 Kontingente für Jahresbewilligungen zugunsten von Personen von ausserhalb der EU/EFTA zur Verfügung. Diese Kontingente wurden nicht vollständig ausgeschöpft. Das Kontingent

von 16 Kurzaufenthaltsbewilligungen reichte dagegen nicht aus. Das Bundesamt für Migration stellte deshalb 10 zusätzliche Kontingente zur Deckung der Bedürfnisse der Wirtschaft zur Verfügung. Die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen wurde durch die Tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK) überwacht. Die Kommission, welche für die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden zuständig ist, traf sich im vergangenen Jahr zu vier Sitzungen. Die Vollzugsstelle der TAK führte im Kanton Nidwalden 71 Kontrollen vor Ort gemäss Art. 7 Entsendegesetz durch. Im Weiteren wurden 84 Kontrollen zur Verhütung von Schwarzarbeit durchgeführt. Die unentgeltliche Beratung in Sachen Arbeitsvertragsrecht wurde wiederum sehr häufig in Anspruch genommen. Ein wesentlicher Teil dieser Fragen- und Problemstellungen aus dem Arbeitsrecht konnten durch die Beratung der Abteilung Industrie, Gewerbe und Arbeit ohne gerichtliche Auseinandersetzung bereinigt werden.

Arbeitslosigkeit

Der Jahresdurchschnitt der registrierten Arbeitslosen betrug in Nidwalden 383 Personen im Berichtsjahr (2008: 258). Dies entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1,8% (2008: 1,2%). Der gesamtschweizerische Durchschnitt der Arbeitslosenquote in dieser Periode betrug vergleichsweise 3,7% (2008: 2,6%).

Regionale Arbeitsvermittlung (RAV) und Arbeitslosenkasse

Im Berichtsjahr hat das regionale Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden und Nidwalden (RAV) in Hergiswil durchschnittlich 383 arbeitslose Personen aus dem Kanton Nidwalden betreut (2008: 258). Die Zahl der zu betreuenden Stellensuchenden stieg auf durchschnittlich 606 (2008: 481). Das Jahr 2009 zeichnete sich durch eine starke Zunahme an Stellensuchenden aus. Dies erforderte eine Aufstockung von beratendem und administrativem Personal beim RAV und der Arbeitslosenkasse. Das RAV informierte die paritätisch zusammengesetzte Aufsichtskommission der Kantone Ob- und Nidwalden an drei Sitzungen über seine Arbeit. Ebenso wurde die tripartite Kommission durch das RAV laufend informiert. Die inter-

institutionelle Zusammenarbeit (IIZ) zwischen dem RAV, dem Sozialdienst, der Berufsberatung und IV-Stelle wurde wiederum intensiv gepflegt.

Die Arbeitslosenkasse bearbeitete 845 Taggeldgesuche mit insgesamt 61 909 Bezugstagen. Dafür wurden 9 793 087 Franken ausbezahlt. Kurzarbeitsentschädigungen wurden an 34 Betriebe für 128 661 Ausfallstunden ausbezahlt. Von der Schlechtwetterentschädigung waren 10 Betriebe mit 2 447 Ausfallstunden betroffen. Weiter wurde Insolvenzenschädigung für 8 Betriebe oder 40 Bezüger ausbezahlt. Insgesamt bezahlte die Arbeitslosenkasse Beiträge in der Höhe von 14 673 816 Franken aus.

Arbeitsmarktliche Massnahmen

2009 stand die Umsetzung des neuen Betriebskonzeptes des Zentrums für berufliche Integration – Job Vision Obwalden/Nidwalden im Vordergrund. Dabei wurden im Wesentlichen die Umnutzung der gemieteten Räumlichkeiten auf dem Areal Risismühle in Stans, die Anpassung der internen Abläufe und der weitere Ausbau des Angebotes umgesetzt. In der Job Vision werden verschiedene realitätsnahe, produktbezogene und leistungsorientierte Tätigkeiten in den Bereichen Handwerk, Wirtschaft, kaufmännische Berufe und Verkauf angeboten. Parallel zu den produktiven Tätigkeiten werden die Stellensuchenden auch mit arbeitsmarktorientierten Kursen und Ausbildungen begleitet. Für den viermonatigen Einsatz im Beschäftigungsprogramm wurden durch das RAV 336 Personen zugewiesen. Davon erschienen 50 Personen nicht im RAV. 229 traten 2009 wieder aus. In rund 110 Fällen konnte beim Austritt ein ganzer oder teilweiser Erfolg erreicht werden, sodass die Eingliederungsquote bei rund 48,6 % liegt. Neu wurden auch von den IV-Stellen Obwalden/Nidwalden Teilnehmer im Rahmen von Frühinterventions-Massnahmen 4 Personen zugewiesen. Der selbst erwirtschaftete Programmiererlös betrug 2009 brutto 390 625 Franken. Dieser Betrag wurde hauptsächlich im Brockenhaus in Buochs erwirtschaftet.

Arbeitsinspektorat

Im Rahmen des Vollzugs des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes wurden 70 Betriebe durch den Arbeitsinspektor besucht, beraten und kontrolliert. Dabei wurden auch

Kontrollen des betrieblichen Systems zur Umsetzung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz durchgeführt. 53 Planbegutachtungen für Neu- und Umbauten und 2 Plangenehmungen für industrielle Betriebe wurden bearbeitet. Dies zeigt, dass im Jahr 2009 nach wie vor eine rege Planungs- und Bautätigkeit herrschte. Es konnten 2 Betriebsbewilligungen aufgrund der Kontrolle von Bau und Einrichtung in industriellen Betrieben erteilt werden. 16 Gastgewerbebetriebe wurden im Rahmen des Vollzugs der Gastgewerbeverordnung besucht, beraten und teilweise zusammen mit dem Laboratorium der Urkantone kontrolliert. Es wurden 111 kantonale Bewilligungen für ausserordentliche Arbeitszeiten erteilt. Davon waren 51 für Sonntagsarbeit verbunden mit dem Offenhalten eines Verkaufsgeschäftes, 25 für Sonntagsarbeit, 18 für Nacharbeit und 17 für das Offenhalten eines Verkaufsgeschäftes gemäss Ruhetagsgesetz. Es mussten nur einzelne Schlechtwettermeldungen bearbeitet werden. Dagegen waren 87 Voranmeldungen für Kurzarbeit zu prüfen und die nötigen Entscheide zu treffen. Im September hatten 30 Betriebe mit einem Personalbestand von 2'040 Personen Kurzarbeit angemeldet. In diesen Betrieben waren insgesamt 900 Personen direkt von Kurzarbeit betroffen.

Eich- und Messwesen

Das Eichamt des Kantons Luzern nimmt aufgrund einer interkantonalen Vereinbarung die Aufgaben des Eichamtes Nidwalden war. Im Berichtsjahr wurden im Auftrag von Nidwalden 82 Waagen geeicht und nur eine davon beanstandet. Weiter wurden 15 Zapfsäulen an Tankstellen und 30 Fertigpackungen kontrolliert und geeicht. Hier gab es lediglich 3 Beanstandungen.

Lotteriewesen

Es wurden 11 Bewilligungen für Lottomatches (2008: 14) und 2 Bewilligungen zur Durchführung einer Tombola ausgestellt. Zudem wurden 7 Durchführungsbewilligungen für interkantonale Lotterien erteilt.

Reisenden- und Schaustellergewerbe

Im Berichtsjahr wurden an 7 Handelsreisende Bewilligungen ausgestellt (2008: 9) und 2 Schaustellerbewilligungen erteilt.

2.7.3.3 Betreibungs- und Konkursamt

Im Jahr 2009 wurden 6 476 Zahlungsbefehle ausgestellt und 3 591 Pfändungen vollzogen. Dies entspricht einer Zunahme der Betreibungen um 8 % gegenüber dem Vorjahr und bei den Pfändungen um 7 %. Die Zahl der Konkursöffnungen stieg um 29 % auf 49. Dies ist der höchste Wert an Konkursen in den letzten Jahren. Allein im Monat Juni wurden 10 Konkurse eröffnet. Insgesamt wurden Verlustscheine im Betrag von 6 669 139 Franken ausgestellt. Die Abteilung für öffentliche Inventarisierungen hatte ein einziges öffentliches Inventar zu erstellen und musste zusätzlich ihre Aufgabe als Aufsichtsbehörde über die Willensvollstreckung, Erbschaftsverwaltung und Erbschaftsvertretung mehrmals wahrnehmen.

2.7.3.4 Handelsregisteramt

Im Berichtsjahr erfolgten im Handelsregister insgesamt 2267 Eintragungen (2008: 2 001). Dies entspricht einer Zunahme von rund 14 % gegenüber dem Vorjahr. Auf Jahresende stellt sich die Zahl der im Register eingetragenen Rechtseinheiten auf 4 382 (2008: 4 308). Dies entspricht einer Zunahme von 74 Rechtseinheiten und liegt im Rahmen früherer Jahre. Die vorzunehmenden Eintragungen, vor allem im Bezug auf die Revisionspflicht, führten beim Handelsregisteramt zu einem administrativen Mehraufwand. Dies blieb nicht ohne Konsequenzen auf die Bearbeitungsdauer der Geschäfte insgesamt. Wiederum hat die Zahl der Eintragung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zugenommen, ebenfalls diejenigen der Aktiengesellschaften und erfreulicherweise auch von Einzelunternehmungen. Die Anzahl der Genossenschaften und Stiftungen ist praktisch gleich geblieben.

2.7.4 Vernehmlassungen an den Bund

Volkswirtschaftsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Volkswirtschaftsdirektion. Amt für Wirtschaft und öffentlichen Verkehr. Anpassung der Kriterien für die Bewilligungsverweigerung im Güterkontrollgesetz	Nr. 39 vom 20. Januar 2009	Teilweise Zustimmung; Forderung nach Umsetzung von Präzisierungen
Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz)	Nr. 193 vom 24. März 2009	Grundsätzliche Ablehnung
Bundesgesetz über die Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG)	Nr. 255 vom 07. April 2009	Ergänzungen und Präzisierungen
Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG)	Nr. 283 vom 28. April 2009	Grundsätzliche Zustimmung trotz einigen Kritikpunkten
Revision der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV)	Nr. 321 vom 12. Mai 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Entwürfe für Verordnungen im Bereich des Güterverkehrs	Nr. 355 vom 26. Mai 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Änderung der Verordnung über Glücksspiele und Spielbanken	Nr. 423 vom 16. Juni 2009	Zustimmung
Revision der technischen Eisenbahnbestimmungen sowie der Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs	Nr. 424 vom 16. Juni 2009	Ablehnung
Verordnungsanpassungen zur Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr (RöVE)	Nr. 434 vom 23. Juni 2009	Zurücksendung der Vorlage infolge zu wenig einberaumte Zeit für eine Vernehmlassung
Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung. Öffentlicher Verkehr. Zweiter Schritt der Bahnreform II	Nr. 642 vom 22. September 2009	Grundsätzliche Zustimmung
Anhörung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes betreffend die Verordnung über das Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften hergestellten Produkten	Nr. 771 vom 24. November 2009	Grundsätzliche Zustimmung

2.8 Staatskanzlei

2.8.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Staatskanzlei steht dem Landrat und dem Regierungsrat als Stabsstelle zur Verfügung. Sie organisiert und koordiniert den Geschäftsverkehr zwischen dem Regierungsrat und dem Landrat. Ihr obliegen insbesondere die Unterstützung von Landammann und Regierungsrat bei der Führung, Planung, Koordination und Information auf Regierungsebene.

Personalbestand

	Vollzeitstellen Ende	
	2008	2009
Staatskanzlei	8.1	6.6
Rechtsdienst	4.3	4.4
Staatsarchiv	4.1	4.1



2.8.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
2/s	Legislativziel Verbesserte Kundenorientierung und Effizienz bei der Bereitstellung elektronischer Dienstleistungen.	
	Jahresziel Umstieg auf CMI Konsul ist für alle Geko-Bereiche vollzogen.	Ziel erreicht Die Migration vom bisherigen Konsul 3 auf das neue CMIKonsul erfolgte für alle Direktionen Mitte Juli 2009. Damit wurde die Basis gelegt, um weitere Amtsstellen mit der Geschäftsverwaltung Konsul vertraut zu machen und letztlich auch die Direktionsgeschäfte mit diesem wichtigen Arbeitsinstrument zu bearbeiten.
	Jahresziel CMS-Datenbank wird als zentrale Datenverwaltung genutzt	Ziel teilweise erreicht Die Adressen der Mitglieder von Gremien können mithilfe versteckter Felder im Content Management System (CMS) erfasst und mutiert werden. Die Schaffung von Schnittstellen zwischen dem CMS und der Geschäftsverwaltungssoftware wurde aufgrund der Priorisierung im laufenden Projekt ELVER zurückgestellt.
	Jahresziel Das Projekt ELVER NW (e-lektronische Verwaltung) ist lanciert und ist in allen Verwaltungseinheiten in den Alltag eingebunden	Ziel teilweise erreicht Das Projekt ELVER Nidwalden hatte den Verlust des Projektleiters und Initiators, Landschreiber Josef Baumgartner, zu verkraften. Die Projektgremien haben die Arbeit trotzdem weitergeführt und gemäss Projektplan die im Jahr 2009 vorgesehenen Aufgaben erledigt.
	Jahresziel Elektronische Verzeichnisse im Webaufruf bereitgestellt	Ziel erreicht Die Bestände der Archivbibliothek im Lesesaal wurden geordnet und erschlossen. Im Oktober konnte der Katalog im Internet aufgeschaltet werden, womit die Bibliotheksbestände öffentlich recherchierbar sind. In einem nächsten Schritt müssen die Altbestände aufgearbeitet werden.
2/t	Legislativziel Verbesserte Kundenorientierung im Beschwerdebereich.	
	Jahresziel Der Rechtsdienst hat Beschwerden spätestens drei Monate nach Abschluss des Rechtsschriftenverkehrs behandelt.	Ziel weitgehend erreicht Die Beschwerden konnten in der Regel innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Rechtsschriftenwechsels behandelt werden. Längere Zeit beanspruchten insbesondere Verfahren mit zusätzlichen Verfahrensschritten (Gutachten, Verhandlungen zwischen den Parteien).
2/u	Legislativziel Verbesserte Dienstleistungen für Behörden und Verwaltung in Aktenführung und Archivierung.	
	Jahresziel Umsetzung des neuen Archivierungsgesetzes geplant und vorbereitet	Ziel erreicht Im Frühling wurde die Vollzugsverordnung ausgearbeitet, die am 1. Mai zusammen mit dem Archivierungsgesetz in Kraft getreten ist. Gleichzeitig begann die Umsetzung im Staatsarchiv: Neue Musterverträge wurden erstellt und die Informationen der Homepage angepasst. Für die Gemeinearchive wurde ein Leitfaden zur Archivierung erarbeitet.
	Jahresziel Mitarbeit an Projekt ELVER NW initialisiert	Ziel erreicht Das Staatsarchiv war an den Teilprojekten Konzept und Elektronisches Archiv beteiligt und hat seine Arbeit gemäss Projektplan abgeschlossen. Zuerst wurde das übergeordnete ELVER-Konzept erarbeitet, das der Regierungsrat im August genehmigte. Im Herbst wurde eine Projektskizze zum Aufbau eines elektronischen Archivs erstellt.

2.8.3 Tätigkeiten der Ämter

2.8.3.1 Kanzleisekretariat Staatskanzlei

Am 18. August 2009 ist Landschreiber Josef «Baschi» Baumgartner völlig unerwartet verstorben. Als Stellvertreter des Landschreibers hat Landratssekretär Hugo Murer die Funktion von Josef Baumgartner übernommen. Zusammen mit dem ganzen Team der Staatskanzlei sorgte er für eine lückenlose Sicherstellung der Dienstleistungen der Staatskanzlei. Gleichzeitig führte Hugo Murer das Sekretariat des Landrates. In der Folge hatten alle Mitarbeitenden der Staatskanzlei zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Verschiedene Teilprojekte mussten temporär zurückgestellt werden.

Am 16. Dezember 2009 hat der Landrat Hugo Murer, Beckenried, zum neuen Landschreiber gewählt. Bis zum Amtsantritt des neuen Landratssekretärs übte Hugo Murer mit Unterstützung des ganzen Teams der Staatskanzlei weiterhin beide Funktionen aus.

Abstimmungen

Am 8. Februar 2009 sowie am 29. November 2009 lagen sowohl kantonale als auch eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung auf. Am 17. Mai gelangten zudem weitere eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung. Details zu den Urnengängen können dem Tabellenteil entnommen werden.

Geschäftskontrolle Konsul

Im Berichtsjahr wurden alle Geschäftsverwaltungsbereiche von der bisherigen Version Konsul 3 in das Metatool CMI Konsul migriert. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um Konsul auch in den Direktionen und Amtsstellen als Geschäfts- und Dokumentenverwaltung zu nutzen. CMI Konsul ist auch eine Fachapplikation, zu welcher gemäss dem Projekt Elektronische Datenverwaltung (ELVER NW) Schnittstellen zum Dokumentenmanagementsystem gebaut werden müssen.

E-Government

Der Internetauftritt des Kantons wird von den Webmasterinnen und Webmastern in den Direktionen und Amtsstellen sorgfältig gewartet. Die Staatskanzlei sorgt für die Umset-

zung des Controllingkonzeptes, das verschiedene Instrumente beinhaltet (z.B. Monitoring, Erfahrungsaustausch unter den Webmastern). Das von der Staatskanzlei im Berichtsjahr angestossene Red-Design-Projekt für die Kantonswebpage (Ziele: Auffrischung grafische Elemente; Verbesserung des Informationszuganges über thematische Gliederung) musste aufgrund des unerwarteten Todes von Landschreiber Josef Baumgartner temporär zurückgestellt werden.

Die vom Gemeindeschreiberverband einberufene Erfahrungsgruppe im Informatikbereich hat im Sommer 2009 das erste Mal getagt. Die Gruppe soll die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, dem Kanton und dem ILZ stärken und Forderungen gegenüber dem Anbieter des Content Management Systems, das sowohl bei den Gemeinden als auch beim Kanton im Einsatz steht, grösseres Gewicht verleihen.

Projekt ELVER NW

Ein Teilprojekt in der Projektplanung von ELVER NW (Projekt elektronische Datenverwaltung) war, ein konkretes Konzept als Grundlage für die Umsetzung in der gesamten Verwaltung auszuarbeiten. Dieses Konzept konnte letztlich am 18. August 2009 dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Projektleiter Josef Baumgartner stellte das Konzept mit Stolz und Überzeugung dem Regierungsrat vor. Die Umsetzung muss nun leider ohne ihn erfolgen. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Projektorganisation definierte letztlich die Anforderungen an eine Geschäftsverwaltung und erarbeitete Weisungen für die Aktenführung. Diese Papiere sind für die Umsetzung des Elverkonzeptes in der kantonalen Verwaltung wichtig und entscheidend. Die flächendeckende Umsetzung kann nur mit der Unterstützung des Regierungsrates und den Führungspersonen erreicht werden. Das Projekt ist auf einem guten Weg und es wird zielgerichtet daran gearbeitet.

2.8.3.2 Landratssekretariat

Der Landrat versammelte sich zu 7 (2008: 6) Halbtags- und 3 (2008: 3) Ganztagesitzungen. Er behandelte insgesamt 122 (2008: 122) Geschäfte.

2.8.3.3 Rechtsdienst

Aufgrund des unerwarteten Todes von Landschreiber Josef

Baumgartner mussten ab 18. August alle Mitarbeitenden der Staatskanzlei und somit auch des Rechts- bzw. Parlamentsdienstes zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Die Sekretariate der Aufsichtskommission, der Justizkommission und der Finanzkommission wurden neu von Rolf Brühwiler beziehungsweise Erwin Schlüssel übernommen. Auf diese Weise konnte Landratssekretär Hugo Murer in seiner Funktion als Stellvertreter des Landschreibers entlastet werden.

Gesetzgebung

Die Herausgabe und die Nachführung der Gesetzgebung wurde weiterhin von Armin Eberli als Hauptverantwortlicher sichergestellt.

Die Arbeiten im Bereich der Gesetzgebung nehmen nach wie vor sehr viel Zeit in Anspruch. Im Berichtsjahr konnten verschiedene grössere Projekte abgeschlossen werden und für das wohl umfassendste, die Umsetzung der Justizreform des Bundes, ist der Abschluss im Jahre 2010 geplant, dies unter der Voraussetzung, dass die Revision der Kantonsverfassung anlässlich der Volksabstimmung vom 2. Mai 2010 angenommen wird.

Die Arbeitslast bleibt jedoch unvermindert bestehen. Als grössere Vorhaben sind u.a. die Neuregelung der Pflegefinanzierung und die Anpassung der Kantonalen Gesetzgebung als Folge des neuen Erwachsenenschutzrechts (bisher Vormundschaftsrecht) in Bearbeitung.

Rechtsberatung und Beschwerdeinstruktion

Diese Kernbereiche des Rechtsdienstes beschäftigten im Berichtsjahr wiederum alle Mitarbeitenden. Verschiedene Beschwerdefälle erwiesen sich als sehr komplex und aufwändig und vermehrt wurde von einer der Parteien der Entscheid an das Verwaltungsgericht weitergezogen.

Überdies zeigte sich vermehrt, dass insbesondere Amtsstellen aus Direktionen, die über keinen Juristen als Direktionssekretär verfügen, auf die Hilfe des Rechtsdienstes angewiesen waren.

Weitere Tätigkeiten

Nach wie vor werden vom Rechtsdienst betreut:

- die Grundbuchbereinigungscommission (Rolf Brühwiler);

- der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland (Armin Eberli).

2.8.3.4 Staatsarchiv

Schwerpunkte

Die Arbeitsschwerpunkte lagen in den Bereichen Überlieferungsbildung (Leitfaden Gemeindearchive), Erschliessung (kein Zuwachs unerschlossener Ablieferungen) und Benutzung (Katalogisierung der Präsenzbibliothek). Umfangreiche Arbeiten ergaben sich auch aus der neuen Gesetzgebung. Im Winter wurde die Vollzugsverordnung vorbereitet, die zusammen mit dem Archivierungsgesetz am 1. Mai 2009 in Kraft getreten ist. Anschliessend wurden interne Richtlinien und Arbeitsabläufe angepasst.

Weitere Schwerpunkte lagen in der Entflechtung der Sammelgebiete und in der Vereinfachung von Arbeitsabläufen. Zusammen mit der Kantonsbibliothek und dem Museum wurde ein Sammelkonzept für Kulturgüter vorbereitet, das 2010 verabschiedet werden soll. Im Archiv wurden diese Arbeiten durch eine klarere Trennung von Archivbeständen und Beständen der Präsenzbibliothek im Lesesaal begleitet. Grundlegend überarbeitet wurden die Betreuung im Lesesaal und die Arbeitsabläufe in der Präsenzbibliothek.

Überlieferungsbildung

Im Zentrum der Überlieferungsbildung standen die Mitarbeit am Projekt ELVER NW und die Arbeit an einem Leitfaden für Gemeindearchive. Der Leitfaden wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeindeschreibern erarbeitet und im November 2009 verabschiedet. Er enthält Richtlinien für Aktenführung und Archivierung in den Gemeinden; Kernstück ist ein neuer Registraturplan, der in allen Gemeinden einheitlich angewendet werden soll. Der Leitfaden unterstützt die Gemeinden gleichzeitig bei der Einführung einer elektronischen Geschäftsverwaltung. Auch die Betreuung der Gemeindearchive durch das Staatsarchiv wurde neu konzipiert.

Das Staatsarchiv war am Projekt ELVER NW beteiligt. In Zusammenarbeit mit dem ILZ erstellte das Staatsarchiv das zentrale Konzept für die Organisation einer elekt-

ronischen Verwaltung, das der Regierungsrat im August genehmigte. Im Herbst folgte eine Skizze über den Aufbau eines elektronischen Archivs, die als Grundlage für die weitere Arbeit dienen soll.

Daneben fanden mehrere Besprechungen zur archivistischen Bewertung von Akten statt, insbesondere in der Finanzdirektion sowie in Gemeindearchiven.

Erschliessung

Hauptziel war es, ein weiteres Anwachsen des Akzessionsarchivs zu stoppen, d.h. mindestens so viele Ablieferungen zu bearbeiten und zu erschliessen wie neue eintreffen. Insgesamt nahm der Akzessionsbestand sogar um rund 29 Laufmeter ab. In 45 Ablieferungen nahm das Staatsarchiv 370 Laufmeter Unterlagen entgegen. 38 Ablieferungen stammten aus der Kantonsverwaltung, je 1 Ablieferung aus einer selbständigen Anstalt bzw. aus einer Gemeinde. Die übrigen 5 Ablieferungen waren privater Herkunft.

Zwar wurden erst 32 Ablieferungen (342 Laufmeter) erschlossen, dafür 13 ältere Ablieferungen (57 Laufmeter) nacherschlossen. Dazu kamen laufende Sammlungsserien wie etwa Zeitungen oder Fotografien. Am Ende des Berichtsjahres umfasste das Akzessionsarchiv noch 80 Ablieferungen im Umfang von 259 Laufmetern.

In einem eigenen Projekt wurden die verbleibenden Ablieferungen sowie ungenügend erschlossene Archivbestände für die weitere Erschliessung priorisiert.

Erhaltung, Sicherung

In den Archivräumen wurden regelmässige Klimamessungen wieder aufgenommen: Während der feuchtwarmen Sommermonate kam die Klimaanlage in einem Archivraum an ihre Grenzen, in den anderen beiden Archiven ist das Klima gut.

Durch Mikroverfilmung gesichert wurden insbesondere Protokolle verschiedener Abteilungen des Kantonsgerichts aus den Jahren 1981-2003 sowie die Zeitungsserie 2008. Restauriert wurden drei Bände aus dem 16. und 17. Jahrhundert, die langsam vom Zerfall bedroht waren.

Benutzung, Vermittlung

Die Benutzung des Staatsarchivs bewegt sich im gleichen

Rahmen wie im Vorjahr: Knapp 1 000 Personen besuchten das Staatsarchiv für Nachforschungen. Dazu kamen rund 300 zum Teil umfangreiche Anfragen sowie knapp 100 Ausleihen von Archivgut an Behörden und Amtsstellen.

Ergänzt wurde die Benutzung des Staatsarchivs durch verschiedene Veranstaltungen und Texte sowie durch Führungen (Gedenkveranstaltung für den Stanser Architekten Arnold Stöckli, Ausstellung zum 400-jährigen Jubiläum der Burger Beckenried). Zum ersten Mal erschien im Nidwaldner Wochenblatt eine dreiteilige Serie, in der Schatzstücke aus dem Archiv vorgestellt wurden. Anhand konkreter Archivstücke wurden in kurzen Artikeln historische Zusammenhänge beleuchtet.

Einen Schwerpunkt bildete die Katalogisierung der Präsenzbibliothek im Lesesaal (Aufschaltung des Kataloges im Internet).

Forschung, Publikationen

Das Staatsarchiv arbeitete am Vorprojekt zu einer neuen Darstellung der Kantonsgeschichte mit. Das Vorprojekt umfasste die Erstellung eines Projektplans und von Gestaltungsvorgaben sowie eine grobe Übersicht über Aufbau und Themen der Kantonsgeschichte. Das Projekt soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit der archäologischen Rettungsgrabung auf dem Dorfplatz Stans wurde an einer Übersicht über die Besiedlung des Stanser Dorfkerns im frühen 18. Jahrhundert mitgearbeitet. Zudem war das Staatsarchiv am Nidwaldner Kulturhandbuch beteiligt.

2.8.3.5 Fachstelle für Archäologie

Schwerpunkte

Intensiv vorangetrieben wurde die Auswertung der Funde aus der Grabung in der Pfahlbausiedlung Kehrsiten. Daneben sind insbesondere die umfangreichen Stellungnahmen zur neuen Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen in den Bereichen Denkmalpflege und Archäologie zu nennen. Die Vereinbarung wurde am 5. Mai 2009 abgeschlossen, für die Programmperiode 2012-2015 zeichnet sich eine neue Form der Vereinbarung ab.



Weitere Arbeiten betrafen die Revision des schweizerischen Kulturgüterschutz-Inventars sowie Abklärungen im Zusammenhang mit der Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter. Die Arbeiten am Inventar der Objekte von nationaler Bedeutung wurden abgeschlossen, in den nächsten Jahren wird die Überprüfung der Objekte von regionaler und lokaler Bedeutung stattfinden.

Rettungsgrabungen, Prospektionen

Im März fand anlässlich eines Anbaus eine Rettungsgrabung an der Nägelgasse 19, Stans, statt. Auf dem Gelände stand der 1798 abgebrannte Herrschaftssitz der Familie Leuw. Die Rettungsgrabung brachte drei verschiedene Mauern des Leuwischen Anwesens zum Vorschein. Daneben fanden Begehungen im Kapuzinerkloster Stans sowie am Hubel, Wolfenschüssen, statt.

Pfahlbausiedlung Kehrsiten

Die Fachstelle für Unterwasserarchäologie der Stadt Zürich trieb die Aufarbeitung, Konservierung und Auswertung der Funde während des gesamten Jahres voran. Parallel zu den Auswertungen lief die Mitarbeit an der internationale Kandidatur der Pfahlbauten im Alpenraum als UNESCO-Welterbe. Im Januar 2010 wurde die Kandidatur eingereicht, der Entscheid soll 2011 fallen.

Höhepunkt des Jahres war im Dezember die Eröffnung der von Kuratorin Carmen Stirnimann, Luzern, konzipierten und koordinierten Ausstellung «Versunkene Welten. Die Pfahlbauer von Kehrsiten» in der Sust, Stansstad. Die Ausstellung zeigte anhand von Funden aus Kehrsiten Einblicke in das Leben der Pfahlbauer und in die Arbeitsmethoden der Archäologen. Die Ausstellung blieb bis am 17. Januar 2010 geöffnet und war ein schöner Erfolg, insgesamt besuchten etwas mehr als 1 000 Personen die Ausstellung.

2.8.3.6 Gesetzgebungsausschuss

Der Gesetzgebungsausschuss hat an 2 Sitzungen, in Absprache mit den Direktionen und gestützt auf den RRB Nr. 735 vom 14. Juli 1998 die Gesetzgebungsarbeiten geplant und koordiniert. Die Prioritätenliste informiert das Landratsbüro, die Regierung und die Verwaltung über den Stand der einzelnen Vorlagen.

Der Gesetzgebungsausschuss hat im Rahmen der des internen Vernehmlassungsverfahrens 19 Erlasse an 19 Sitzungen beziehungsweise im schriftlichen Verfahren juristisch begutachtet.

2.8.3.7 Abstimmungsbüro

Das Abstimmungsbüro hat die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen organisiert und durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden war sehr gut. Die elektronische Übermittlung der Ergebnisse aus den Gemeinden im System ist sehr effizient und funktioniert einwandfrei.

2.8.4 Vernehmlassungen an den Bund

Staatskanzlei	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vernehmlassung des EJPD betreffend Datenschutz bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes	Nr. 214 vom 31. März 2009	Zustimmung
Vernehmlassung der Staatspolitischen Kommission des Ständerates betreffend die Parlamentarische Initiative 08.515: Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags	Nr. 285 vom 28. April 2009	Zustimmung
Vernehmlassung des EJPD zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden	Nr. 497 vom 07. Juli 2009	Zustimmung
Erneuerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2011 bis 2014	Nr. 674 vom 13. Oktober 2009	Zustimmung



3 Tabellenteil



3.1 Finanzdirektion

3.1.1 Direktionssekretariat

Finanzkraftfaktor der Gemeinden

Gemeinden	2008	2007	2006	2005	2004	2003
Beckenried	885.59	813.48	820.50	797.92	706.11	704.98
Buochs	836.63	795.64	771.80	701.41	688.58	708.71
Dallenwil	531.56	533.60	522.24	504.76	508.50	553.60
Emmetten	929.23	941.85	867.81	840.63	888.49	890.87
Ennetbürgen	1 176.98	1 111.68	1 005.12	962.85	902.38	927.26
Ennetmoos	711.13	651.87	679.76	619.30	598.92	608.49
Hergiswil	2 992.03	2 681.53	2 747.22	2 312.88	2 313.77	2 248.91
Oberdorf	659.46	648.11	612.40	590.99	588.27	605.58
Stans	1 063.28	1 051.96	999.98	964.79	993.47	1008.11
Stansstad	1 772.38	1 538.05	1 563.11	1 473.37	1 523.17	1 540.43
Wolfenschiessen	567.98	516.89	519.60	504.22	587.59	510.48
gewogenes Mittel	1 267.05	1 172.29	1 161.30	1 064.28	1 065.03	1 065.84

Finanzausgleichsbeiträge an Gemeinden

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	1 703 640	1 682 582	1 637 151	1 393 817	2 050 950	2 093 970
Buochs	3 294 637	3 259 871	3 618 164	3 648 657	3 819 337	3 359 973
Dallenwil	2 928 192	2 666 355	2 996 011	2 704 022	2 828 009	2 574 406
Emmetten	1 260 368	992 560	1 301 696	1 081 323	957 242	1 006 724
Ennetbürgen	—	—	—	—	—	—
Ennetmoos	2 016 357	1 896 450	2 027 730	1 781 099	2 029 498	1 761 152
Oberdorf	3 531 528	2 915 943	3 327 961	2 906 049	2 712 955	2 871 786
Stans	1 292 054	681 643	406 914	487 963	—	—
Wolfenschiessen	3 003 935	2 817 565	2 997 838	2 799 225	2 455 157	2 972 309
Beiträge total	19 030 711	16 912 969	18 313 465	16 802 155	16 853 148	16 640 320

Finanzausgleichsbeiträge an Politische Gemeinden

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	618 906	588 216	574 816	425 643	718 392	778 015
Buochs	794 670	706 342	726 970	590 502	647 706	587 858
Dallenwil	870 165	741 435	905 240	752 679	768 542	736 196
Emmetten	478 940	357 322	543 206	460 716	412 758	426 973
Ennetbürgen	—	—	—	—	—	—
Ennetmoos	539 969	488 297	514 791	506 868	544 243	547 913
Oberdorf	931 370	738 207	997 658	793 465	817 211	787 304
Wolfenschiessen	795 262	677 497	934 204	848 553	609 771	797 260
Beiträge total	5 029 282	4 297 316	5 196 885	4 378 426	4 518 623	4 661 519

Finanzausgleichsbeiträge an Schulgemeinden

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	1 084 734	1 094 366	1 062 335	968 174	1 332 558	1 315 955
Buochs	2 499 967	2 553 529	2 891 194	3 058 155	3 171 631	2 772 115
Dallenwil	2 058 027	1 924 920	2 090 771	1 951 343	2 059 467	1 838 210
Emmetten	781 428	635 238	758 490	620 607	544 484	579 751
Ennetbürgen	—	—	—	—	—	—
Ennetmoos	1 476 388	1 408 153	1 512 939	1 274 231	1 458 255	1 213 239
Oberdorf	2 600 158	2 177 736	2 330 303	2 112 584	1 895 744	2 084 482
Stans	1 292 054	681 643	406 914	487 963	—	—
Wolfenschiessen	2 208 673	2 140 068	2 063 634	1 950 672	1 845 386	2 175 049
Beiträge total	14 001 429	12 615 653	13 116 580	12 423 729	12 334 525	11 978 801

Beiträge der steuerstarken Gemeinden

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Ennetbürgen	256 392	273 891	—	202 102	—	—
Hergiswil	8 994 571	7 981 193	9 338 261	7 831 389	7 725 510	7 453 911
Stans	—	—	—	362 375	454 634	489 234
Stansstad	2 207 042	1 576 495	1 994 138	2 042 004	2 371 706	2 433 423
Beiträge total	11 458 005	9 831 579	11 332 399	10 437 870	10 551 850	10 376 568

Verschuldung der Gemeinden (in 1000 Franken)

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	Zahlen	7 864	8 012	8 476	9 619	11 292
Buochs	erst ab	10 653	11 570	10 351	7 067	5 190
Dallenwil	Mai 2010	2 831	2 851	4 076	4 488	4 143
Emmetten	verfügbar	4 320	5 273	6 893	7 788	8 320
Ennetbürgen		3 813	4 943	5 029	4 129	3 183
Ennetmoos		1 911	2 295	2 087	2 897	692
Hergiswil		-8 516	-2 850	-2 860	-1 695	-3 422
Oberdorf		1 075	1 672	21	-2 089	-3 131
Stans		34 909	36 530	27 344	21 233	21 201
Stansstad		440	2 481	4 013	7 751	7 388
Wolfenschiessen		8 805	4 470	2 730	4 049	2 434
Gemeinden total		68 107	77 246	68 161	65 238	57 290

Verschuldung der Gemeinden (pro Kopf in Franken)

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	Zahlen	2 434	2 516	2 712	3 097	3 769
Buochs	erst ab	2 008	2 195	1 961	1 328	975
Dallenwil	Mai 2010	1 596	1 605	2 296	2 556	2 386
Emmetten	verfügbar	3 541	4 365	5 773	6 578	6 842
Ennetbürgen		893	1 165	1 204	984	767
Ennetmoos		937	1 133	1 051	1 483	359
Hergiswil		-1 564	-529	-528	-314	-643
Oberdorf		343	531	7	-705	-1 066
Stans		4 485	4 821	3 619	2 827	2 872
Stansstad		98	562	892	1 731	1 630
Wolfenschiessen		4 361	2 196	1 377	2 026	1 209
Gemeinden total		1 673	1 918	1 701	1 636	1 449

Ergänzungsleistungen

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	keine	keine	625 566	558 396	542 150	530 598
Buochs	Aufteilung	Aufteilung	1 056 556	956 967	963 421	937 287
Dallenwil	nach	nach	355 322	315 693	315 409	309 141
Emmetten	Gemeinden	Gemeinden	239 016	212 860	220 045	216 256
Ennetbürgen	100%	100%	836 157	754 715	750 795	738 784
Ennetmoos	Kanton	Kanton	397 560	351 110	346 353	345 901
Hergiswil			1 084 381	970 092	962 878	947 149
Oberdorf			617 759	532 328	531 655	528 087
Stans			1 512 570	1 350 505	1 335 651	1 318 514
Stansstad			900 816	805 053	820 282	808 179
Wolfenschiessen			396 759	359 380	364 268	363 654
Beiträge total			8 022 462	7 167 099	7 152 907	7 043 550

ab 1999: 100% zulasten der Gemeinden nach Abzug des Bundesbeitrages

1998: 70% zulasten der Gemeinden nach Abzug des Bundesbeitrages

bis 1997: 40% zulasten der Gemeinden nach Abzug des Bundesbeitrages

Einwohner per Ende Jahr

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	3 249	3 231	3 184	3 125	3 106	2 996
Buochs	5 314	5 305	5 272	5 278	5 323	5 324
Dallenwil	1 794	1 774	1 776	1 775	1 756	1 743
Emmetten	1 228	1 220	1 208	1 194	1 184	1 216
Ennetbürgen	4 290	4 268	4 242	4 177	4 198	4 149
Ennetmoos	2 085	2 040	2 026	1 986	1 953	1 914
Hergiswil	5 435	5 444	5 390	5 417	5 396	5 321
Oberdorf	3 110	3 135	3 148	3 086	2 961	2 938
Stans	7 803	7 784	7 577	7 556	7 512	7 381
Stansstad	4 452	4 478	4 412	4 500	4 478	4 533
Wolfenschiessen	1 999	2 019	2 036	1 982	1 999	2 013
Einwohner total	40 759	40 698	40 271	40 076	39 866	39 528

Lotteriewesen

Verteilung der Mittel von Swisslos 2009

	Begünstigte	Unterstütztes Projekt
	Kultur	
KF	Abraxas, Luzern	Festival
"	Allgemeine Plakatgesellschaft, Luzern	Ausstellung "NOW 09" Salzmagazin
"	Amstutz Donato, Luzern	Ausstellung in Pordenone
"	Amt für Kultur, Schwyz	Anita Z'Rotz, Atelier Zentralschweiz in Berlin
"	Artig, Ennetbürgen	"der offenen Ateliers"
"	Artists in residence ch, Aarau	Beitrag
"	Ausstellungsgruppe EXPO Turbine, Ennetbürgen	Buchprojekt "der letzte Koffer"
"	Barmettler Rita, Buochs	DC Projekt
"	Benteli Verlag AG, Bern	Buch "Franz Troxler-Farbperlen"
"	Bildung, Kultur und Sport, Aarau	Zurlauben-Erschliessung
"	Burch Gottfried und Maryna, Wilen	Konzert "Just 50"
"	Burger-Bruderschaft, Beckenried	400-Jahr-Jubiläum mit Fahnenweihe
"	Cadrage GmbH, Zürich	"Hotel Hoffnung"
"	Caritas Schweiz, Luzern	KulturLegi
"	Chorprojekt Ennetbürgen, Ennetbürgen	10-Jahrjubiläum
"	Comixnix & Cie., St. Gallen	Sommertheater "Simple Life"
"	Dampferfreunde Vierwaldstättersee, Luzern	Mitgliederbeitrag
"	Dampferfreunde Vierwaldstättersee, Luzern	Generalsanierung "DS Unterwalden"
"	Discover, Stans	Beitrag
"	Dové plan AG, Luzern	ICOMOS
"	Druckerei Odermatt AG, Dallenwil	Broschüre Ausstellung "NOW 09" Salzmagazin
"	Eblenkamp Hubert, Stansstad	Bürgerstock Kultursommer 2009
"	EchoParkMusic, Luzern	CD Marygold
"	Ensemble corund, Zürich	Passionskonzert
"	Ensemble Musicalina, Trimbach	Beitrag
"	Entlebucher Kunstverein, Schüpfheim	Literaturfestival, Ausstellung auf Heiligkreuz
"	ETH, Zürich	Publikationsbeitrag
"	Europa Forum, Luzern	Veranstaltung
"	Europa-Forum, Luzern	Patronatsbeitrag
"	Flüeler-Martinez Josef, Stansstad	Nidwaldner Buch
"	Freundeskreis Pravoslav Sovak, Hergiswil	SOVAK weltvernetzt
"	Frick Damian, Stans	"Schlüsselerlebnis"
"	Fumetto, Luzern	Int. Comix-Festival, Luzern
"	Gasser Luke, Karl Bodmer, Kägiswil	Filmdokumentation
"	Gemischter Chor, Stans	Konzert
"	Grass Wyrsh Inga, Hergiswil	Balettaufführung "im Spiegelbild"
"	Herrenhaus Grafenort, Stans	Konzertbeitrag
"	Hochschule - Design & Kunst, Luzern	Koordination/Organisation "NOW 09" Salzmagazin
"	HuisBärg Kulturverein, Sarnen	Openair
"	Innerschweizer Kulturstiftung, Luzern	Beitrag

	Begünstigte	Unterstütztes Projekt
	Kultur	
KF	Innerschweizer SchriftstellerInnenverein	Beitrag
„	Iten Andreas, Unterägeri	Literaturfestival Höhenflug
"	Johanna Spyri-Stiftung, Zürich	Beitrag
"	Jugendmusikwettbewerb, Luzern	Beitrag
"	Kanton Nidwalden	Gastkanton Sechseläuten Zürich 2010
"	Kapellverwaltung Ridli, Beckenried	Orgelspende
"	Kasseler Kunst Verein, Kassel (D)	Beitrag
"	Kleinlaut GmbH, Büren	Vernissage NOW 09
"	KTV / ATP, Biel	Schweizer Künstlerbörse
"	Kunstmuseum, Luzern	Zentralschweiz. Kunstschaffen - Preis
"	Kunstmuseum, Luzern	Jahresausstellung Zentralschweiz. Kunstschaffende
"	Malevez Jara, Bruxelles	Dokufilm "Hommage"
"	Mirage Verein, Buochs	Ausstellung
"	Muisig Lanzgmeind, Wolfenschiessen	Beitrag
"	Müller Kathrin, Sarnen	Erzähltheater
"	Musik in Luzern, Stans	Richard Rosenberg
"	NIKE, Liebefeld	Beitrag
"	Obrist Marco / Frey Patrick, Zürich	NOW 09, Jury-Honorar
"	Obwaldner Volkskulturfest, Sarnen	Beitrag
"	Ohnsorg Annalies, Kerns	Homepage und Flyer
"	OK "Freilichtspiel Maria-Rickenbach	Theaterstück "Die eine wilde Jagd"
"	Orchesterverein Nidwalden, Stans	Neujahrskonzert
"	Orellfüssli Verlag, Zürich	Beitrag Pestalozzi-Kalender
"	Paravicini Gianni Reto, Luzern	Projektbeitrag
"	per-sonari, Flüelen	Beitrag
"	Politische Dienste, Bern	Hilfeleistungen im Ausland
"	Politische Gemeinde, Stans	Inventarisierung schutzwürdige Kulturobjekte
"	Pro Natura Unterwalden, Sachseln	Jahresbeitrag
"	Quantensprung, Unterägeri	CD Produktion
"	Rotary Club, Stans	Rotarymusikpreis
"	Schiffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee, Luzern	Generalsanierung "DS Unterwalden"
"	Schweiz. Bibliothek für Blinde und Sehbehinderte, Zürich	Förderbeitrag
"	Schweiz. Burgenverein, Basel	Druckkostenbeitrag
"	Schweizer Heimatschutz, Kriens	Beitrag
"	Schweizer Jugendschriftenwerk, Zürich	Beitrag
"	Serigraphie Uldry AG, Hinterkappelen	Plakate "NOW 09" Salzmagazin
"	Sidler Ivo, Emmenbrücke	"Sounds like ivo"
"	SIK ISEA, Zürich	Sikart Future 2008-2011
LW	Sonntagsfreuden, Wetzikon	Buch "Blasiusbrot"
"	SRG idée suisse Zentralschweiz, Luzern	Beitrag

	Begünstigte	Unterstütztes Projekt
	Kultur	
KF	Stadmühle Willisau	Zentralschweizer Literaturtage
"	Stanser Musiktage, Stans	Musiktage
"	Stiftung Academia, Engelberg	Jahreskonferenz
"	Stiftung Eidg. Zusammenarbeit, Bern	ch Reihe
"	Stiftung Skulptur Urschweiz, Ennetbürgen	Ausstellungskatalog
LW	Stiftung Vier-Quellen-Weg, Seedorf	Beitrag
KF	Tambourenverein, Ennetbürgen	60-Jahr-Jubiläum
"	Tanztotal, Zürich	Tanzklinik
"	Techtelmechtel, Stans	Musikprojekt
"	Theater Aeternam, Luzern	Beitrag
"	Theatergesellschaft, Buochs	150 Jahre Theater
"	Theatergesellschaft, Stans	Theaterumbau
"	Trigon-Film, Ennetbaden	Stiftungsbeitrag
"	Tscholitsch Mireille, Oberdorf	Unterwaldner Kunstpreis
"	Unterwaldner Musikverband, Giswil	Jahresbeitrag
"	Upcoming Film Makers, Luzern	8. Schweiz. Jugendfilmfestival
"	Verein Chäslager, Stans	Leistungsvereinbarung
"	Verein Lakeside, Hergiswil	Beitrag
"	Verein zur Erhaltung des Bourbaki Panoramas, Horw	Beitrag
"	Vereinigung Schweizer Denkmalpfleger, Bern	Beitrag
"	Verkehrshaus der Schweiz, Luzern	Defizitdeckungsbeitrag
"	Verkehrshaus der Schweiz, Luzern	Beitrag Planetarium
"	Verkehrshaus der Schweiz, Luzern	Beitrag 50 Jahr-Jubiläum
"	Verlag Wallimann Martin, Alpnach	Singende Städte
"	Visarte Zentralschweiz, Luzern	Strukturkostenbeitrag
"	Zihlmann Theo, Atelier für Gestaltung, Stans	Ausstellung "NOW 09" Salzmagazin
"	Zimmermann Lukas, Zürich	Ausstellung "NOW 09" Salzmagazin
"	Z'Rotz Anita, Oberdorf	Gruppenausstellung Chäslager
"	Zumbühl Anita, Oberdorf	"Reality Show"
"	Zürcher Barockorchester, Zürich	Cries of Melancholy
	Denkmalpflege	
DF	Einwohner von Wolfenschiessen	Restaurierung Wohnhaus
"	Einwohner von Beckenried	Restaurierung Wohn- und Geschäftshaus
"	Einwohner von Hergiswil	Restaurierung Wohnhaus
"	Einwohner von Kehrsiten	Restaurierung Wohnhaus
"	Einwohner von Stans	Restaurierung Wohnhaus
"	Kapellgemeinde Oberrickenbach	Instandstellung Kapelle
"	Kath. Kirchgemeinde, Beckenried	Kirchenorgel St. Heinrich
"	Kath. Kirchgemeinde, Stans	Sigristenhaus
"	Miteigentümergeinschaft, Stans	Restaurierung Wohnhaus
"	Nidwaldner Sachversicherung, Stans	Aussenrestaurierung Haus Krone
"	Politische Gemeinde, Stans	Restaurierung Glocke Mettenwegkapelle

	Begünstigte	Unterstütztes Projekt
	Jugend und Erziehung	
LW	Lehrlingsheim Nidwalden, Stans	Jahresbeitrag
"	OK Stäcklä, Buochs	Stäckelturnier
"	Pfadi St. Rochus, Büren-Oberdorf	Zeltanschaffung
"	Pfadi Unterwalden, Hergiswil	Beitrag an Ausbildungskosten
"	Pfadibewegung der Schweiz, Bern	Projekt Mitgliederdaten
"	Schweiz. Arbeitsgem. der Jugendverbände, Bern	Aktion 72 Stunden
"	Schweiz. Roverzentrum Bord, Engelberg	Fassadensanierung
"	Schweizer Freunde der SOS-Kinderdörfer, Liebefeld	Jahresbeitrag
"	Solidarité Libanon-Suisse, Stans	Primarschulen
"	Stiftung Dialog, Halten	Jugend debattiert
"	Stiftung Feriengestaltung für Kinder, Ebikon	Ferienlager
"	Stiftung Kinderheim Nidwalden, Stans	Sommerlager
"	Verein Baum, Beckenried	Jugendbewegung "into the wild"
	Gesundheit	
LW	Ärzte ohne Grenzen, Zürich	Nothilfe Somalische Flüchtlinge in Kenya
"	Interverband für Rettungswesen, Aarau	Jahresbeitrag
"	LU tixi Rollstuhl Taxi, Luzern	Beitrag
"	Pro Audito Nidwalden und Engelberg, Dallenwil	Jahresbeitrag
"	Schweiz. Multiple Sklerose Gesellschaft, Zürich	Kant. Subvention
"	Winterhilfe Nidwalden, Wolfenschiessen	Jahresbeitrag
	Sozialwesen	
LW	Caritas Schweiz, Luzern	Bevölkerung Gaza-Streifen
"	Caritas Schweiz, Luzern	Opferhilfe Erdbeben Italien
"	Elisabethenwerk, Luzern	Jahresbeitrag
"	Fund. Para Los Indios del Ecuador, Lenzburg	Beitrag
"	Haus für Mutter und Kind, Hergiswil	Beitrag
"	HEKS, Zürich	Soforthilfe Unwetter Asien
"	Iamaneh Schweiz, Basel	Hilfe zur Selbsthilfe
"	Krebsliga Schweiz, Bern	Beitrag
"	Krebsliga Zentralschweiz, Luzern	Beitrag
"	Morija, Collombey-le-Grand	SOS Überschwemmungen
"	Pädagogische Hochschule, Zürich	Kosovision Contest
"	Pro Juventute Zentralschweiz, Luzern	Sozialpraktika
"	SAD Swiss Academy for Development, Basel	"Youth Innovation Fund"
"	Schweiz. Komitee Unicef, Zürich	Beitrag
"	Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe, Bern	Wanderausstellung
"	Schweiz. Patenschaft für Berggemeinden, Zürich	Unterstützungsbeitrag
"	Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	Nothilfe Italien Erdbeben
"	Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	Überschwemmungen Westafrika
"	Solidaritätsfond für Mutter und Kind, Luzern	Beitrag
"	Swissaid, Bern	Jahresbeitrag
"	Swisscontact, Zürich	Jubiläum

	Begünstigte	Unterstütztes Projekt
	Sozialwesen	
LW	Terre des hommes, Sarnen	Beitrag Sri-Lanka
"	Universität, Zürich	"ein kleiner Sprachatlas...."
	Umwelt und Entwicklungshilfe	
LW	Brücke - Le Pont, Fribourg	Entwicklungsprojekt Mapto
"	Helvetas, Zürich	Projektarbeit
"	Naturforschende Gesellschaft OW/NW, Sarnen	Beitrag
"	Schweiz. Arbeiterhilfswerk, Zürich	Beitrag
	Sport	
SF	Breitensport NSW, Buochs	Rossignol-Achermann-Jugend-Cup
"	Diverse Nidw. Sportvereine	Beitrag Kauf Softshell Jacken
"	Engelberger Sommer Event, Engelberg	Engelbergertal-Trophy
"	ICF Junior Wildwater, Buochs	Junioren WM
"	Kant. Schützengesellschaft NW, Ennetmoos	Ausserdienstliches Schiesswesen
"	Nidwaldner Sportvereine und Sportverbände	Beiträge an subventionsberechtigte Betriebskosten
"	Nidwaldner Sportvereine und Sportverbände	Beiträge an Sportveranstaltungen und Begabtenförderung
"	OK JWWC, Beckenried	Junioren WM Wildwasserabfahrt in Buochs
"	OLG NOW Ski-O Swiss, Zofingen	Nationale Ski-OL Wettkämpfe
"	OLG NOW, Sachseln	Reg. Orientierungslauf - ZJOM Schlusslauf
"	Pro Senectute NW, Stans	Gleichgewicht
"	SAC Sektion Titlis, Stans	SAC Hütte Ruggubel
"	Schulgemeinde, Hergiswil	"schweiz bewegt"
"	SCKT Frauensportverein, Dallenwil	7. Kant. Walkin- und Arobic Event
"	Skiclub Beckenried-Klewenalp, Beckenried	Materialhütte Ergglen / Klewenalp
"	Skiclub Beckenried-Klewenalp, Beckenried	Kant. Jo-Meisterschaften
"	Skiclub Buochs	Swiss Ski JO-Punkterennen
"	Skiclub Hergiswil	Pilatus-Slalom
"	Skiclub Schwendi-Langis, Sarnen	3. Langlaufmeisterschaften
"	Skiclub, Engelberg	Nachtsprint
"	Skiclub, Oberdorf	40. Burer-Langlauf
"	Skiverband Nidwalden, Stans	Begabtenförderung Ski Alpin
"	Sport Union, Beckenried	5. Kant. SVKT Netzball Turnier
"	Sportclub, Buochs	"chum, lueg und bleyb"
"	Sportschützen, Beckenried	2. NW J+S Schiessen
"	STV, Buochs, Ennetbürgen	Kant. Jugend Gerätewettkampf
"	Swiss Jugend, Sarnen	Langlauflager
"	Swisski, Muri bei Bern	JUSKILA
"	Swisski, Muri bei Bern	Interregionale JO-Rennen
"	Tug of War Seilziehclub, Bellach	Pfingstturnier
"	Turnzenter NW, Stansstad	Air Track Pro

KF = Kulturfonds

DF = Denkmalpflegefonds

LW = Lotteriewesen

SF = Sportfonds

Lotteriewesen 2009

A. Laufende Rechnung

		Aufwand	Ertrag
23.72.365.00	Beiträge an kulturelle Institutionen	33'470.00	
23.72.365.10	Beiträge an Invalidenfürsorge	300.00	
23.72.365.20	Beiträge an Altersfürsorge	—	
23.72.365.30	Beiträge an Gesundheits- und Rettungswesen	18'800.85	
23.72.365.40	Beiträge an Erholung und Freizeitgestaltung	142'100.00	
23.72.365.50	Beiträge für übrige Fürsorge und soziale Wohlfahrt	63'450.00	
23.72.365.81	Beitag an Renovation des Dampfschiffes Unterwalden	25'000.00	
23.72.365.85	Beitag an Verkehrshaus Schweiz	45'000.00	
23.72.414.00	Anteil am Ertrag der Landes-Lotterie und des Zahlen-Lottos		2'262'076.00
23.72.414.10	Anteil am Ertrag von Swisslos für Spielsuchtabgabe		16'625.40
23.72.431.00	Lotterie-Bewilligungsgebühren		19'333.40
	1'953'288.55	328'120.85	2'298'034.80
	(mindestens 85 % von 414.00/431.00)		
	Nachtragsbuchung		
23.72.390.00	Zuweisung an Sportfonds 20%	456'281.90	
	Zuweisung an Denkmalpflegefonds 25%	570'352.35	
	Zuweisung an Kulturfonds 40%	912'563.75	
	Zuweisung an Fonds Spielsucht	16'625.40	
	Zuweisung an Denkmalpflegefonds (Rest)	14'090.55	
		2'298'034.80	2'298'034.80

Sport-Fonds 2009

A. Laufende Rechnung

		Aufwand	Ertrag
25.13.318.80	Nidwaldner Sportpreis	-	
25.13.365.00	Beiträge an Sportanlagen	60'450.00	
25.13.365.10	Beiträge an Vereine, Sportveranstaltungen und Begabtenförderung	109'559.15	
25.13.365.20	Beiträge an Sportvereine und Sportverbände an subventionsberechtigte Betriebskosten	259'400.00	
25.13.414.00	Anteil am Reingewinn der Sport-Toto-Gesellschaft		-
25.13.422.00	Zinsertrag		5'670.20
25.13.490.00	Zuweisung aus Lotterie- und Zahlen-Lotto-Mitteln		456'281.90
		429'409.15	461'952.10
25.13.381.00	Fondseinlage	32'542.95	
25.13.481.00	Fondsentnahme		
		<u>461'952.10</u>	<u>461'952.10</u>

B. Vermögensrechnung

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	599'561.00	
Vermögen per Ende 2009		599'561.00
	<u>599'561.00</u>	<u>599'561.00</u>

C. Vermögensvergleich

Vermögen per Ende 2009	599'561.00
Vermögen per Ende 2008	567'018.05
Vermögenszunahme 2009	<u>32'542.95</u>

Fonds Spielsucht 2009

A. Laufende Rechnung

		Aufwand	Ertrag
29.80.365.50	Beiträge aus Spielsuchtfonds	10'182.75	
29.80.422.10	Zinsertrag		245.20
29.80.490.10	Zuweisung aus Lotterie- und Zahlen-Lotto-Mitteln		16'625.40
		<u>10'182.75</u>	<u>16'870.60</u>
29.80.381.10	Fondseinlage	6'687.85	
29.80.481.10	Fondsentnahme		
		<u>16'870.60</u>	<u>16'870.60</u>

B. Vermögensrechnung

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	31'207.15	
Vermögen per Ende 2009		31'207.15
	<u>31'207.15</u>	<u>31'207.15</u>

C. Vermögensvergleich

Vermögen per Ende 2009	31'207.15
Vermögen per Ende 2008	24'519.30
Vermögenszunahme 2009	<u>6'687.85</u>

Kulturfonds 2009

A. Laufende Rechnung

		Aufwand	Ertrag
25.98.318.10	Durchführung von Wettbewerben	65'337.70	
25.98.318.20	Honorare für Bauuntersuchungen	484.20	
25.98.318.40	Inventarisierung	16'412.00	
25.98.318.50	Archäologische Grabung Dorfplatz und Spittelgasse, Stans	—	
25.98.365.20	Aktuelles Kulturschaffen	157'112.30	
25.98.365.21	Mitgliedschaften, Leistungsvereinbarungen	69'760.90	
25.98.365.40	Beiträge an Buchprojektierungen	24'600.00	
25.98.366.10	Kulturpflege, Wissenschaft	21'648.00	
25.98.390.00	Verrechnung Museum	141'617.25	
25.98.390.10	Verrechnung Kantonsbibliothek	52'660.15	
25.98.422.00	Zinsertrag		12'594.20
25.98.434.00	Provisionsgebühren		395.85
25.98.490.00	Zuweisung aus Lotterie- und Zahlen Lotto-Mitteln		912'563.75
		<u>549'632.50</u>	<u>925'553.80</u>
25.98.381.00	Fondseinlage	375'921.30	
		<u>925'553.80</u>	<u>925'553.80</u>

B. Vermögensrechnung

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	1'635'343.48	
Vermögen per Ende 2009		1'635'343.48
	<u>1'635'343.48</u>	<u>1'635'343.48</u>

C. Vermögensvergleich

Vermögen per Ende 2009	1'635'343.48
Vermögen per Ende 2008	1'259'422.18
Vermögenszunahme 2009	<u>375'921.30</u>

Denkmalpflegefonds 2009

A. Laufende Rechnung

	Aufwand	Ertrag
25.98.322.10 Zinsaufwand		
25.98.362.00 Beiträge an Gemeinden	71'274.00	
25.98.365.00 Beiträge an private Institutionen zur Erhaltung von Kulturgütern	507'360.00	
25.98.422.10 Zinsertrag		3'932.90
25.98.460.00 Bundesbeiträge an heimatgeschützwürdige Objekte		50'000.00
25.98.490.10 Zuweisung aus Lotterie- und Zahlen-Lotto-Mitteln		584'442.90
	578'634.00	638'375.80
25.98.381.10 Fondseinlage	59'741.80	
25.98.481.10 Fondsentnahme		—
	<u>638'375.80</u>	<u>638'375.80</u>

B. Vermögensrechnung

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	453'031.08	
Vermögen per Ende 2009		453'031.08
	<u>453'031.08</u>	<u>453'031.08</u>

C. Vermögensvergleich

Vermögen per Ende 2009	453'031.08
Vermögen per Ende 2008	393'289.28
Vermögenszunahme 2009	<u>59'741.80</u>

3.1.2 Steueramt

Steuerfüsse der Gemeinden (Natürliche Personen, o. Konf.)

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	5.00	5.25	5.25	5.50	5.50	5.50
Buochs	4.85	5.00	5.00	5.00	5.00	5.15
Dallenwil	5.08	5.13	5.15	5.15	5.05	5.05
Emmetten	5.05	5.10	5.60	5.60	5.60	5.60
Ennetbürgen	4.40	4.55	4.55	4.55	4.55	4.75
Ennetmoos	4.78	4.98	5.00	5.00	5.00	5.00
Hergiswil	4.20	4.25	4.25	4.25	4.25	4.30
Oberdorf	4.78	4.98	5.10	5.20	5.00	5.00
Stans	5.03	5.08	5.08	5.08	4.98	4.98
Stansstad	4.31	4.43	4.50	4.50	4.50	4.50
Wolfenschiessen	5.40	5.45	5.55	5.55	5.55	5.55

Steuerfüsse der Gemeinden (Juristische Personen)

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	ab 1.1.2008 fester Gewinn- steuersatz von 9%	ab 1.1.2008 fester Gewinn- steuersatz von 9%	4.75	4.75	4.75	4.75
Buochs			5.15	5.15	5.25	5.25
Dallenwil			4.75	4.75	4.75	4.75
Emmetten			4.80	4.80	5.90	5.90
Ennetbürgen			4.55	4.55	4.50	4.60
Ennetmoos			4.80	4.80	4.80	4.80
Hergiswil			4.30	4.55	4.55	4.60
Oberdorf			5.40	5.50	5.30	5.30
Stans			4.95	4.95	4.95	4.95
Stansstad			4.70	4.70	4.70	4.70
Wolfenschiessen			5.85	5.85	5.85	5.85

Steuerfussindex der Gemeinden (Natürliche Personen, o. Konf.); gewichtet nach EW

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	105.6	108.2	107.3	111.9	112.7	111.6
Buochs	102.4	103.0	102.2	101.7	102.5	104.5
Dallenwil	107.3	105.7	105.3	104.7	103.5	102.4
Emmetten	105.6	105.1	114.5	113.9	114.7	113.6
Ennetbürgen	92.9	93.7	93.0	92.5	93.2	96.3
Ennetmoos	100.9	102.6	102.2	101.7	102.5	101.4
Hergiswil	88.7	87.6	86.9	86.4	87.1	87.2
Oberdorf	100.9	102.6	104.2	105.8	102.5	101.4
Stans	106.2	104.7	103.8	103.3	102.0	101.0
Stansstad	91.0	91.3	92.0	91.5	92.2	91.3
Wolfenschiessen	114.0	112.3	113.4	112.9	113.7	112.6
Kanton Nidwalden	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Steuerfussindex der Gemeinden (Natürliche Personen, o. Konf.); gewichtet nach EW:
in % des niedrigsten Steuerfusses

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	119.0	123.5	123.5	129.4	129.4	127.9
Buochs	115.5	117.6	117.6	117.6	117.6	119.8
Dallenwil	121.0	120.7	121.2	121.2	118.8	117.4
Emmetten	119.0	120.0	131.8	131.8	131.8	130.2
Ennetbürgen	104.8	107.1	107.1	107.1	107.1	110.5
Ennetmoos	113.8	117.2	117.6	117.6	117.6	116.3
Hergiswil	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Oberdorf	113.8	117.2	120.0	122.4	117.6	116.3
Stans	119.8	119.5	119.5	119.5	117.2	115.8
Stansstad	102.6	104.2	105.9	105.9	105.9	104.6
Wolfenschiessen	128.6	128.2	130.6	130.6	130.6	129.1

Steuerfussindex der Gemeinden (Juristische Personen); auf der Basis des arithmetischen Mittels

Gemeinden	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Beckenried	100.0	100.0	96.7	96.2	94.4	94.2
Buochs	100.0	100.0	104.9	104.3	104.4	104.2
Dallenwil	100.0	100.0	96.7	96.2	94.4	94.2
Emmetten	100.0	100.0	97.8	97.2	117.3	117.1
Ennetbürgen	100.0	100.0	92.7	92.1	89.5	91.3
Ennetmoos	100.0	100.0	97.8	97.2	95.4	95.2
Hergiswil	100.0	100.0	87.6	92.1	90.5	91.3
Oberdorf	100.0	100.0	110.0	111.3	105.4	105.2
Stans	100.0	100.0	100.8	100.2	98.4	98.2
Stansstad	100.0	100.0	95.7	95.1	93.4	93.3
Wolfenschiessen	100.0	100.0	119.1	118.4	116.3	116.1
Kanton Nidwalden	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Nachsteuerbefreiungen, Erlasse, Bussen

Kantons- und Gemeindesteuern

	2009		2008	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Nachsteuerbefreiungen	207	509 545	239	687 988
Bussenfestsetzungen				
- Strafsteuerverfahren				
vollendete Hinterziehung	25	149 142	19	38'162
versuchte Hinterziehung	1	2 068	—	—
- Ordnungsbussen	118	291 400		
Steuererlassgesuche (behandelt)				
- Kantons- und Gemeindesteuern	55	107 469	67	150 946
- Sondersteuern-Kapitalgewinne	—	—	1	6'527
- Quellensteuern	1	1 255	1	317
- Grundstückgewinnsteuer	—	—	—	—
Erlasse gutgeheissen				
- Kantons- und Gemeindesteuern	35	39 231	50	80 897
- Sondersteuern	—	—	—	—
- Quellensteuern	1	1 255	1	317
- Grundstückgewinnsteuer	—	—	—	—
		2009		2008
Gesuche um Steuererleichterung		—		—

Direkte Bundessteuer

	2009		2008	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Nachsteuer Verfügungen	155	207 112	193	353 044
Bussenfestsetzungen				
- Strafsteuerverfahren				
vollendete Hinterziehung	21	135 578	15	12 774
versuchte Hinterziehung	1	585	—	—
Steuererlassgesuche (behandelt)	20	10 321	33	12 964
Erlasse gutgeheissen	9	1 464	23	4 206

Einmalige Steuern

	2009		2008	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Erbschafts- und Schenkungssteuern	296	629 451	336	5 684 328
Grundstückgewinnsteuern	644	8 973 641	597	9 765 784
Kapitalleistungen aus Vorsorge	1 247	4 977 016	1 049	4 513 453

Veranlagungsstand natürliche Personen

Kantons- und Gemeindesteuern

Steuerperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige ganzes Jahr	provisorisch Veranlagte	nicht Veranlagte
2008	2009	26 145	5 687	37
2007	2008	25 739	5 682	9
2006	2007	25 455	4 716	7

Direkte Bundessteuer

Steuerperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige ganzes Jahr	provisorisch Veranlagte	nicht Veranlagte
2008	2009	24 356	4 710	25
2007	2008	23 971	4 724	7
2006	2007	23 736	3 950	7

Veranlagungsstand juristische Personen

2009 wurden 3 315 Veranlagungen definitiv eröffnet (Vorjahr 3'306). Der Stand der Veranlagungen präsentiert sich wie folgt:

Kantons- und Gemeindesteuern

Steuerjahr	Steuerpflichtige am 31.12.	Veranlagungsspendenzen	
		am 31.12. 2009	Total pro Jahr
2008	3 481	1 067	*1 448
2007	3 364	265	1 425
2006	3 243	96	1 478
2005	3 125	20	995

* alle 2005 – 2008

Direkte Bundessteuer

Veranlagungsperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige mit Rechnung	prov. Veranlagte per 31.12
2008	2009	3 113	837
2007	2008	3 039	898
2006	2007	2 892	1 066
2005	2006	2 765	612
2004	2005	2 633	569

Veranlagungsstand bei den Sondersteuern

Grundstückgewinnsteuern

Steuerjahr	Offene Veranlagungen	davon prov. veranlagt	Handänderungen
2009	383	3	679
2008	348	—	592
2007	353	—	725
2006	646	1	700
2005	665	—	761

Erbschafts- und Schenkungssteuern

Steuerjahr	Offene Veranlagungen
2009	12
2008	10
2007	7
2006	—
2005	—

Quellensteuer

Steuerjahr	Abrechnungsjahr	Anzahl Steuerpfl.	Steuerertrag		
			Total	Kanton	Bund
2008	2009	1 475	5 773 050	4 876 765	896 285
2007	2008	1 321	3 795 878	3 166 915	628 963
2006	2007	1 371	5 610 134	5 120 619	489 515
2005	2006	1 274	5 067 419	4 630 516	436 903
2004	2005	1 259	5 088 989	4 674 693	414 296

Wertschriften-Kontrolle

Im Vergleich mit den Vorjahren hat die Abteilung Wertschriften-Kontrolle die folgenden Rückerstattungsanträge behandelt:

	2009	2008	2007
Wertschriftenverzeichnisse (VST-Betrag)	97 116 190	88 335 313	66 189 879
Anzahl Eingänge:	22 117	21 798	21 659
- bearbeitet	1)18 898	19 190	19 394
- pendent	3 219	2 608	2 265
Erbenanträge (ausbezahlte VST)	877 261	1 214 107	909 596
Anzahl Eingänge:	141	127	109
- bearbeitet	141	127	106
- pendent	—	—	3
Steuerrückbehalt USA (ausb. Rückbehalt)	166 122	243 770	151 406
Anzahl Auszahlungen	258	419	235
Pauschale Steueranrechnung	799 890	1 286 441	1 310 189
Anzahl bearbeitete Fälle	525	614	373
Anzahl Auszahlungen	368	437	461
ausl. Quellensteuerformulare			
Anzahl bestätigte Formulare 2)	233	270	264

1) davon 8 072 von Gemeindesteuerämtern bearbeitet

Steuerbezug

Kantons- und Gemeindesteuern

Buchhaltungszahlen	2009	2008	2007
Steuerertrag Total	244 334 142 / 100 %	253 371 501 / 100 %	243 212 285 / 100 %
Steuerertrag natürliche Personen	221 918 640 / 90.82 %	228 625 310 / 90.23 %	218 061 582 / 89.66 %
Steuerertrag juristische Personen	22 415 502 / 9.18 %	24 746 191 / 9.77 %	25 150 703 / 10.34%
Steuerausstand netto	11 153 484 / 4.56 %	13 719 685 / 5.41 %	14 382 196 / 5.91 %
Abschreibungen	692 244 / 0.28 %	1 022 736 / 0.40 %	1 068 355 / 0.44 %
Vergütungszins (laufendes Jahr)	508 396	482 452	479 139

150

Rechnungsversand	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
Nat. Personen Total	61 005	59 719	58 492
Jur. Personen Total	7 675	7 439	6 794

Inkassomassnahmen	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
1. Mahnung	3 862	4 460	4 717
2. Mahnung	2 200	1 877	2 255
Aufforderung 2. Rate der Jahressteuer	10 427	11 138	10 957
eingeleitete Betreibungen	551	533	697
lfd Konkursverfahren	14	16	18

PC-Zahlungen / Rückzahlungen	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
ESR-Zahlungen verbucht	55 030	55 879	54 842
DTA-Rückvergütungen	11 652	10 941	11 131
PCK-Zahlungen	11 625	11 141	11 286

Direkte Bundessteuer

Buchhaltungszahlen	2009	2008	2007
Steuerertrag Total 1)	111 526 303 / 100 %	125 499 926 / 100 %	105 699 348 / 100 %
Steuerertrag natürliche Personen	81 599 471 / 78.17 %	78 624 438 / 62.65 %	66 569 746 / 62.98 %
Steuerertrag juristische Personen	29 926 832 / 26.83 %	46 875 488 / 37.35 %	39 129 602 / 37.02 %
Steuerausstand	4 956 951 / 4.44%	5 284 641 / 4.21 %	4 482 842 / 4.24 %
Abschreibungen	121 722 / 0.11 %	236 033 / 0.19%	238 866 / 0.23 %

1) exkl. Quellensteuern und Nach-/Strafsteuern

Rechnungsversand	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
nat. und jur. Personen	57 173	55 855	54 156
Inkassomassnahmen	2009 / Anzahl	2008 / Anzahl	2007 / Anzahl
1. Mahnung	2 589	2 948	2 691
2. Mahnung	671	1 060	1 033
eingeleitete Betreibungen	276	351	347
lfd Konkursverfahren	12	13	12

PC-Zahlungen	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
ESR-Zahlungen verbucht	32 248	32 117	31 083

Güterschätzung

Steueramtliche Schätzungen	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
Güterschätzungen	1 111	792	2 124
Einsprachen	9	16	55
Einsprachen erledigt	9	16	44

Schätzungen für Dritte	2009 (Anzahl)	2008 (Anzahl)	2007 (Anzahl)
Verkehrswertschätzungen	30	17	30

Kantons- und Gemeindesteuern

Die Steuerperioden 2008 und 2009 lassen vom gegenwärtigen Veranlagungsstand keine abschliessenden Vergleiche zu. Die untenstehenden Zahlen basieren deshalb auf den Steuerperioden 2006 und 2007.

Kanton Nidwalden

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	1 589	5.9	13 620	0.0	1 567	5.9	15 000	0.0
1 – 50 999	14 121	52.6	29 782 867	16.2	14 202	53.5	30 129 190	17.4
51 000 – 80 999	6 084	22.7	41 292 886	22.5	6 070	22.9	41 550 920	23.9
81 000 – 100 999	1 979	7.4	20 854 273	11.3	1 893	7.1	20 241 854	11.7
101 000 – 150 999	1 832	6.8	28 277 063	15.4	1 677	6.3	26 076 316	15.0
151 000 – 200 999	520	1.9	11 941 063	6.5	499	1.9	11 529 136	6.6
201 000 – 250 999	207	0.8	6 298 427	3.4	182	0.7	5 551 613	3.2
251 000 – 300 999	128	0.5	4 725 348	2.6	106	0.4	3 919 951	2.3
301 000 –	378	1.4	40 681 781	22.1	364	1.4	34 567 472	19.9
Total	2 838	100.0	183 867 328	100.0	26 560	100.0	173 581 452	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens des Kantons Nidwalden

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	10 986	40.9	—	0.0	10 956	41.2	—	0.0
1 – 101 000	5 801	21.6	396 503	1.4	5 673	21.4	388 487	1.5
101 000 – 500 999	6 175	23.0	2 659 174	9.5	6 176	23.3	2 665 226	10.5
501 000 – 1 000 999	2 004	7.5	2 408 775	8.6	1 947	7.3	2 374 165	9.3
1 001 000 – 5 000 999	1 507	5.6	4 990 692	17.8	1 458	5.5	4 786 323	18.8
5 001 000	365	1.4	17 602 164	62.7	352	1.3	15 221 612	59.8
Total	26 838	100.0	28 057 308	100.0	26 562	100.0	25 435 813	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Beckenried

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	177	8.1	720	0.0	147	6.9	920	0.0
1 – 50 999	1 196	54.8	2 651 639	21.4	1 196	55.8	2 728 656	22.2
51 000 – 80 999	476	21.8	3 464 680	28.0	493	23.0	3 755 926	30.6
81 000 – 100 999	143	6.6	1 624 361	13.1	145	6.8	1 730 824	14.1
101 000 – 150 999	128	5.9	2 158 994	17.4	108	5.0	1 942 638	15.8
151 000 – 200 999	24	1.1	646 902	5.2	30	1.4	812 868	6.6
201 000 – 250 999	17	0.8	575 970	4.7	9	0.4	345 151	2.8
251 000 – 300 999	8	0.4	295 825	2.4	5	0.2	227 349	1.9
301 000	14	0.6	955 151	7.7	9	0.4	723 153	5.9
Total Beckenried	2 183	100.0	12 374 242	100.0	2 142	100.0	12 267 485	100.0

21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	825	37.8	0	0.0	796	37.2	0	0.0
1 – 101 000	467	21.4	33 643	3.1	445	20.8	33 952	3.1
101 000 – 500 999	573	26.2	269 083	24.9	593	27.7	288 387	26.1
501 000 – 1 000 999	199	9.1	255 885	23.6	190	8.9	258 721	23.4
1 001 000 – 5 000 999	108	4.9	359 731	33.2	107	5.0	380 424	34.4
5 001 000	11	0.5	163 932	15.1	9	0.4	143 340	13.0
Total Beckenried	2 183	100.0	1 082 274	100.0	2 140	100.0	1 104 824	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Buochs

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	135	4.1	1 750	0.0	124	3.9	1 400	0.0
1 – 50 999	1 773	54.4	4 052 257	20.8	1 761	54.7	4 019 928	21.4
51 000 – 80 999	787	24.1	5 370 920	27.5	806	25.0	5 566 713	29.6
81 000 – 100 999	268	8.2	2 849 966	14.6	261	8.1	2 845 249	15.1
101 000 – 150 999	199	6.1	3 172 537	16.3	180	5.6	2 885 222	15.4
151 000 – 200 999	49	1.5	1 181 907	6.1	42	1.3	1 021 607	5.4
201 000 – 250 999	12	0.4	395 096	2.0	12	0.4	393 901	2.1
251 000 – 300 999	6	0.2	242 545	1.2	10	0.3	388 665	2.1
301 000 –	31	1.0	2 238 504	11.5	24	0.7	1 665 808	8.9
Total Buochs	3 260	100.0	19 505 482	100.0	3 220	100.0	18 788 493	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	1 434	44.0	0	0.0	1 424	44.2	0	0.0
1 – 101 000	696	21.3	50 709	3.3	690	21.4	47 753	3.6
101 000 – 500 999	730	22.4	325 363	21.4	726	22.5	318 052	24.2
501 000 – 1 000 999	246	7.5	304 330	20.0	238	7.4	294 028	22.3
1 001 000 – 5 000 999	138	4.2	447 367	29.4	129	4.0	407 292	30.9
5 001 000	16	0.5	393 901	25.9	15	0.5	249 544	19.0
Total Buochs	3 260	100.0	1 521 670	100.0	3 222	100.0	1 316 669	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Dallenwil Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	108	8.8	570	0.0	119	9.9	920	0.0
1 – 50 999	774	63.2	1 397 909	30.4	732	60.7	1 303 486	28.1
51 000 – 80 999	222	18.1	1 532 596	33.4	234	19.4	1 633 535	35.3
81 000 – 100 999	73	6.0	797 299	17.4	78	6.5	871 644	18.8
101 000 – 150 999	41	3.3	658 048	14.3	28	2.3	443 748	9.6
151 000 – 200 999	5	0.4	115 308	2.5	12	1.0	281 608	6.1
201 000 – 250 999	1	0.1	35 658	0.8	1	0.1	35 507	0.8
251 000 – 300 999	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
301 000 –	1	0.1	55 545	1.2	1	0.1	60 592	1.3
Total Dallenwil	1 225	100.0	4 592 933	100.0	1 205	100.0	4 631 040	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	480	39.2	0	0.0	483	40.1	0	0.0
1 – 101 000	322	26.3	23 191	7.0	311	25.8	23 323	7.4
101 000 – 500 999	325	26.5	139 113	41.9	321	26.6	137 366	43.4
501 000 – 1 000 999	72	5.9	95 238	28.7	70	5.8	93 863	29.7
1 001 000 – 5 000 999	26	2.1	74 223	22.4	20	1.7	61 669	19.5
5 001 000	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Total Dallenwil	1 225	100.0	331 765	100.0	1 205	100.0	316 221	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Emmetten Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	187	15.0	300	0.0	182	14.9	300	0.0
1 – 50 999	789	63.2	1 334 773	25.0	770	62.9	1 251 785	24.0
51 000 – 80 999	152	12.2	1 165 725	21.8	155	12.7	1 219 907	23.4
81 000 – 100 999	47	3.8	576 382	10.8	52	4.2	651 305	12.5
101 000 – 150 999	43	3.4	779 492	14.6	42	3.4	787 382	15.1
151 000 – 200 999	13	1.0	360 387	6.7	11	0.9	302 782	5.8
201 000 – 250 999	6	0.5	214 436	4.0	2	0.2	65 611	1.3
251 000 – 300 999	2	0.2	94 200	1.8	0	0.0	0	0.0
301 000 –	9	0.7	814 349	15.2	11	0.9	926 320	17.8
Total Emmetten	1 248	100.0	5 340 044	100.0	1 225	100.0	5 205 392	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	413	33.1	0	0.0	405	33.1	0	0.0
1 – 101 000	351	28.1	26 171	3.2	350	28.6	25 692	3.3
101 000 – 500 999	366	29.3	153 967	19.0	361	29.5	151 440	19.6
501 000 – 1 000 999	59	4.7	82 981	10.2	51	4.2	70 410	9.1
1 001 000 – 5 000 999	50	4.0	235 257	29.1	51	4.2	222 632	28.8
5 001 000	9	0.7	311 211	38.4	7	0.6	303 202	39.2
Total Emmetten	1 248	100.0	809 587	100.0	1 225	100.0	773 376	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Ennetbürgen Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	132	4.8	1 690	0.0	148	5.4	1 790	0.0
1 – 50 999	1 393	50.6	2 734 749	15.3	1 419	51.6	2 885 844	16.8
51 000 – 80 999	662	24.1	4 261 062	23.8	650	23.6	4 171 551	24.3
81 000 – 100 999	204	7.4	2 014 711	11.2	182	6.6	1 815 638	10.6
101 000 – 150 999	201	7.3	2 972 743	16.6	207	7.5	3 126 787	18.2
151 000 – 200 999	68	2.5	1 471 262	8.2	58	2.1	1 281 682	7.5
201 000 – 250 999	31	1.1	913 569	5.1	28	1.0	826 638	4.8
251 000 – 300 999	25	0.9	911 538	5.1	17	0.6	612 564	3.6
301 000 –	36	1.3	2 629 608	14.7	40	1.5	2 458 356	14.3
Total Ennetbürgen	2 752	100.0	17 910 932	100.0	2 749	100.0	17 180 850	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	1 035	37.6	0	0.0	1 057	38.4	0	0.0
1 – 101 000	596	21.7	38 667	1.6	583	21.2	36 573	1.6
101 000 – 500 999	635	23.1	256 182	10.5	640	23.3	258 776	11.3
501 000 – 1 000 999	245	8.9	278 380	11.4	241	8.8	277 186	12.1
1 001 000 – 5 000 999	199	7.2	646 890	26.4	193	7.0	647 553	28.3
5 001 000	42	1.5	1 228 528	50.2	36	1.3	1 069 981	46.7
Total Ennetbürgen	2 752	100.0	2 448 647	100.0	2 750	100.0	2 290 069	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Ennetmoos Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	87	6.7	500	0.0	67	5.4	550	0.0
1 – 50 999	724	56.2	1 573 513	24.1	720	57.9	1 477 710	24.6
51 000 – 80 999	284	22.0	1 923 907	29.5	292	23.5	1 946 536	32.4
81 000 – 100 999	87	6.7	925 685	14.2	73	5.9	808 440	13.5
101 000 – 150 999	79	6.1	1 239 057	19.0	67	5.4	1 052 206	17.5
151 000 – 200 999	16	1.2	388 499	6.0	15	1.2	369 560	6.2
201 000 – 250 999	9	0.7	300 060	4.6	6	0.5	186 199	3.1
251 000 – 300 999	1	0.1	44 412	0.7	0	0.0	0	0.0
301 000 –	2	0.2	122 158	1.9	3	0.2	159 856	2.7
Total Ennetmoos	1 289	100.0	6 517 791	100.0	1 243	100.0	6 001 057	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	520	40.3	0	0.0	519	41.8	0	0.0
1 – 101 000	314	24.4	22 024	4.7	279	22.4	19 216	4.4
101 000 – 500 999	312	24.2	131 643	28.0	310	24.9	132 526	30.4
501 000 – 1 000 999	97	7.5	121 876	25.9	95	7.6	123 211	28.3
1 001 000 – 5 000 999	41	3.2	131 079	27.8	36	2.9	111 843	25.7
5 001 000	5	0.4	64 128	13.6	4	0.3	48 892	11.2
Total Ennetmoos	1 289	100.0	470 750	100.0	1 243	100.0	435 688	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Hergiswil Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	224	5.9	3 070	0.0	226	5.9	3 240	0.0
1 – 50 999	1 654	43.7	3 168 639	7.2	1 737	45.2	3 329 543	8.3
51 000 – 80 999	826	21.8	5 133 612	11.6	862	22.4	5 357 396	13.4
81 000 – 100 999	297	7.8	2 849 231	6.5	274	7.1	2 616 107	6.5
101 000 – 150 999	373	9.9	5 247 173	11.9	352	9.2	4 934 350	12.3
151 000 – 200 999	150	4.0	3 104 467	7.0	152	4.0	3 190 242	8.0
201 000 – 250 999	58	1.5	1 610 640	3.7	54	1.4	1 480 770	3.7
251 000 – 300 999	41	1.1	1 403 897	3.2	32	0.8	1 101 502	2.8
301 000 –	163	4.3	21 556 679	48.9	157	4.1	17 964 123	44.9
Total Hergiswil	3 786	100.0	44 077 408	100.0	3 846	100.0	39 977 273	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	1 459	38.5	0	0.0	1 498	38.9	0	0.0
1 – 101 000	690	18.2	39 572	0.3	684	17.8	40 899	0.3
101 000 – 500 999	766	20.2	285 376	2.1	799	20.8	295 749	2.4
501 000 – 1 000 999	327	8.6	335 313	2.5	312	8.1	317 379	2.6
1 001 000 – 5 000 999	381	10.1	1 235 155	9.1	386	10.0	1 201 324	9.9
5 001 000	163	4.3	11 688 106	86.0	167	4.3	10 317 578	84.8
Total Hergiswil	3 786	100.0	13 583 522	100.0	3 846	100.0	12 172 929	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Oberdorf Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Natürliche Personen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
Steuerbares Einkommen								
0	82	4.5	1 100	0.0	77	4.3	1 300	0.0
1 – 50 999	1 028	56.0	2 263 513	23.5	1 042	58.3	2 245 509	25.3
51 000 – 80 999	449	24.5	3 038 516	31.6	432	24.2	2 998 618	33.8
81 000 – 100 999	134	7.3	1 439 764	15.0	121	6.8	1 344 797	15.1
101 000 – 150 999	104	5.7	1 671 536	17.4	87	4.9	1 471 038	16.6
151 000 – 200 999	22	1.2	549 459	5.7	20	1.1	489 008	5.5
201 000 – 250 999	6	0.3	200 251	2.1	5	0.3	160 262	1.8
251 000 – 300 999	6	0.3	250 210	2.6	3	0.2	120 781	1.4
301 000 –	4	0.2	200 661	2.1	1	0.1	50 678	0.6
Total Oberdorf	1 835	100.0	9 615 010	100.0	1 788	100.0	8 881 991	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Natürliche Personen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
Steuerbares Vermögen								
0	774	42.2	0	0.0	752	42.1	0	0.0
1 – 101 000	400	21.8	29 499	4.4	391	21.9	30 001	4.7
101 000 – 500 999	462	25.2	213 605	31.9	456	25.5	209 963	32.8
501 000 – 1 000 999	133	7.2	169 669	25.3	131	7.3	172 043	26.9
1 001 000 – 5 000 999	62	3.4	204 263	30.5	55	3.1	184 326	28.8
5 001 000	4	0.2	52 360	7.8	3	0.2	43 800	6.8
Total Oberdorf	1 835	100.0	669 396	100.0	1 788	100.0	640 133	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Stans Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	195	4.0	2 570	0.0	204	4.3	2 340	0.0
1 – 50 999	2 414	50.1	5 529 935	17.4	2 425	51.1	5 690 286	18.5
51 000 – 80 999	1 230	25.5	8 711 617	27.5	1 207	25.4	8 523 217	27.6
81 000 – 100 999	412	8.5	4 491 756	14.2	401	8.4	4 370 993	14.2
101 000 – 150 999	388	8.0	6 212 146	19.6	340	7.2	5 443 342	17.7
151 000 – 200 999	100	2.1	2 498 580	7.9	87	1.8	2 132 086	6.9
201 000 – 250 999	30	0.6	977 646	3.1	29	0.6	1 001 647	3.2
251 000 – 300 999	17	0.4	694 905	2.2	12	0.3	486 010	1.6
301 000 –	35	0.7	2 593 567	8.2	45	0.9	3 178 011	10.3
Total Stans	4 821	100.0	31 712 722	100.0	4 750	100.0	30 827 932	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	2 131	44.2	0	0.0	2 089	44.0	0	0.0
1 – 101 000	1 014	21.0	70 215	2.7	1 000	21.1	68 245	2.7
101 000 – 500 999	1 053	21.8	478 540	18.5	1 049	22.1	471 718	18.5
501 000 – 1 000 999	333	6.9	412 784	16.0	338	7.1	422 693	16.6
1 001 000 – 5 000 999	258	5.4	885 417	34.3	240	5.1	804 736	31.6
5 001 000	32	0.7	734 953	28.5	34	0.7	781 951	30.7
Total Stans	4 821	100.0	2 581 909	100.0	4 750	100.0	2 549 343	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Stansstad Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	187	5.8	1 100	0.0	192	6.0	1 690	0.0
1 – 50 999	1 547	48.3	3 284 986	12.1	1 582	49.8	3 381 774	13.6
51 000 – 80 999	764	23.9	5 012 225	18.5	720	22.7	4 749 674	19.1
81 000 – 100 999	255	8.0	2 605 337	9.6	246	7.7	2 490 783	10.0
101 000 – 150 999	245	7.7	3 620 665	13.4	240	7.6	3 564 119	14.4
151 000 – 200 999	69	2.2	1 534 314	5.7	67	2.1	1 541 667	6.2
201 000 – 250 999	36	1.1	1 050 600	3.9	35	1.1	1 021 702	4.1
251 000 – 300 999	19	0.6	705 876	2.6	26	0.8	929 061	3.7
301 000 –	78	2.4	9 280 735	34.3	68	2.1	7 143 763	28.8
Total Stansstad	3 200	100.0	27 095 838	100.0	3 176	100.0	24 824 233	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	1 405	43.9	0	0.0	1 425	44.9	0	0.0
1 – 101 000	653	20.4	42 452	1.0	653	20.6	43 392	1.3
101 000 – 500 999	642	20.1	251 319	6.1	609	19.2	243 719	7.1
501 000 – 1 000 999	203	6.3	227 241	5.5	206	6.5	237 490	6.9
1 001 000 – 5 000 999	215	6.7	676 857	16.3	208	6.5	665 112	19.4
5 001 000	82	2.6	2 949 107	71.1	76	2.4	2 247 343	65.4
Total Stansstad	3 200	100.0	4 146 976	100.0	3 177	100.0	3 437 056	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Gemeinde Wolfenschiessen Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	72	5.9	250	0.0	76	6.3	550	0.0
1 – 50 999	818	67.3	1 790 954	34.9	811	67.8	1 814 669	36.3
51 000 – 80 999	230	18.9	1 678 026	32.7	218	18.2	1 627 847	32.6
81 000 – 100 999	56	4.6	679 781	13.3	58	4.8	696 074	13.9
101 000 – 150 999	29	2.4	544 672	10.6	24	2.0	425 484	8.5
151 000 – 200 999	4	0.3	89 978	1.8	4	0.3	106 026	2.1
201 000 – 250 999	1	0.1	24 501	0.5	1	0.1	34 225	0.7
251 000 – 300 999	2	0.2	81 940	1.6	1	0.1	54 019	1.1
301 000 –	4	0.3	234 824	4.6	4	0.3	236 812	4.7
Total Wolfenschiessen	1 216	100.0	5 124 926	100.0	1 197	100.0	4 995 706	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

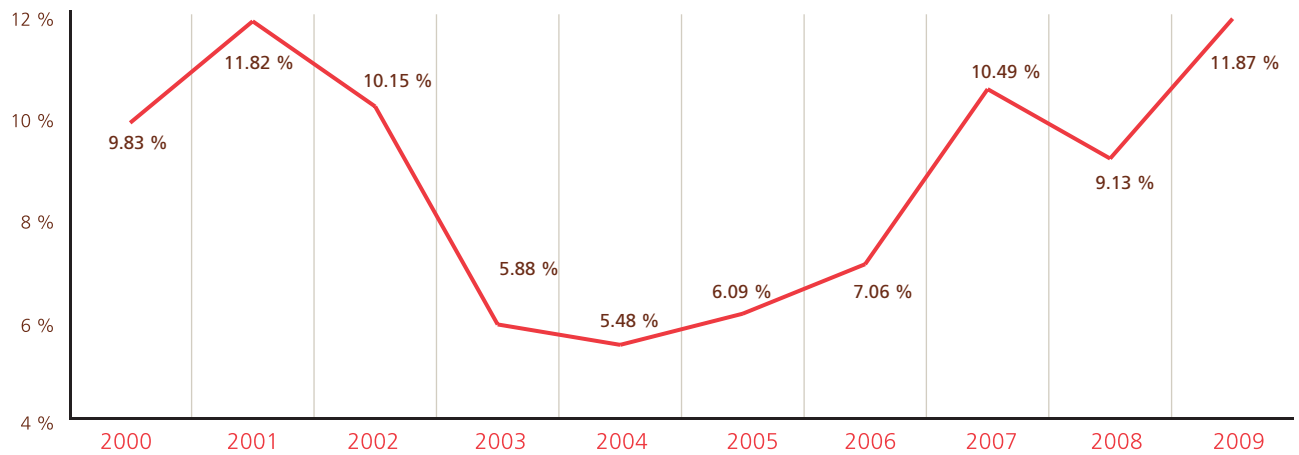
Jahr	Steuerperiode 2007				Steuerperiode 2006			
	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Vermögen	Anzahl	%	Franken	%	Anzahl	%	Franken	%
0	505	41.5	0	0.0	501	41.9	0	0.0
1 – 101 000	295	24.3	20 360	5.0	286	23.9	19 441	4.9
101 000 – 500 999	303	24.9	154 983	37.7	305	25.5	157 530	39.4
501 000 – 1 000 999	86	7.1	125 078	30.4	75	6.3	107 141	26.8
1 001 000 – 5 000 999	26	2.1	94 453	23.0	29	2.4	99 412	24.9
5 001 000	1	0.1	15 938	3.9	1	0.1	15 981	4.0
Total Wolfenschiessen	1 216	100.0	410 812	100.0	1 197	100.0	399 505	100.0

Stand 21.01.2010

Stand 07.02.2009

3.1.3 Personalamt

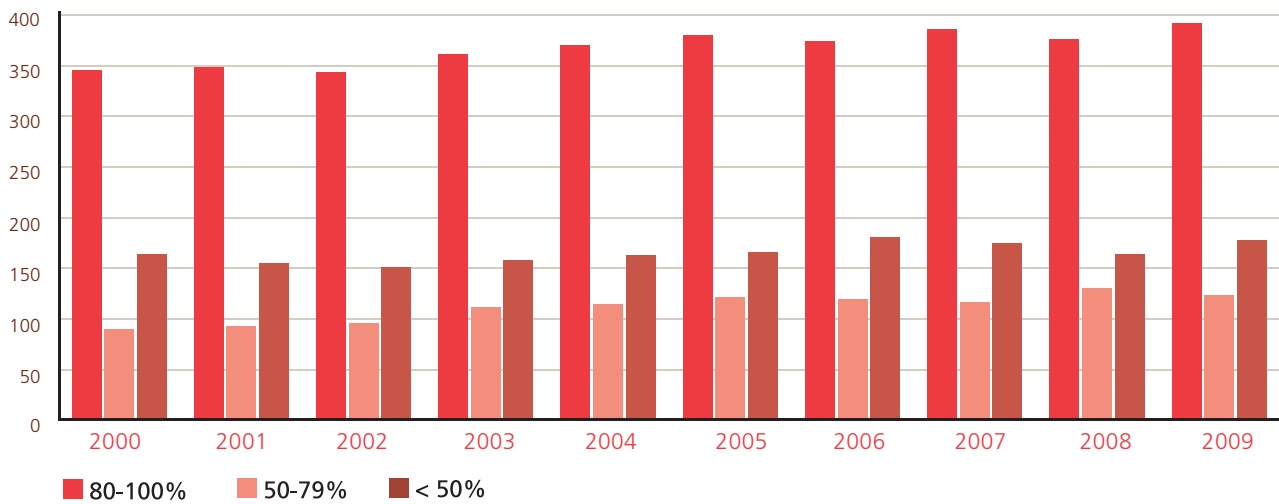
Fluktuationsraten seit 2000



Anzahl Stellen in Relation zur Wohnbevölkerung

Jahr	Einwohner	Stellen	Einw./Stelle
2000	38 471	427	90
2001	38 740	430	90
2002	38 974	432	90
2003	39 280	455	86
2004	39 528	463	85
2005	39 866	477	83
2006	40 076	478	84
2007	40 271	481	84
2008	40 698	476	86
2009	40 759	502	81

Vollzeit- und Teilzeitanstellungen beim Kanton



Jahr	80 - 100 %	50 - 79 %	< 50 %
2000	346	90	164
2001	349	93	155
2002	344	96	151
2003	361	112	158
2004	370	115	163
2005	380	122	166
2006	374	120	181
2007	386	117	175
2008	376	131	164
2009	392	124	178

davon Frauen

Jahr	80 - 100 %	50 - 79 %	< 50 %
2000	80	60	85
2001	85	61	86
2002	83	73	84
2003	93	78	90
2004	99	79	92
2005	105	84	93
2006	104	86	100
2007	113	84	98
2008	106	89	94
2009	118	83	114

Personalbestände nach Direktionen seit 2000 (Vollstellen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
FD	34.70	40.65	38.40	39.18	40.95	38.20	36.30	36.60	37.70	35.70
BD	58.10	59.17	58.98	60.32	61.01	61.65	59.58	56.73	51.97	52.67
JSD	101.14	102.28	94.60	104.38	101.03	105.46	108.68	108.52	112.15	117.72
BiD	135.71	128.85	131.97	132.53	141.98	153.03	157.04	164.72	159.68	169.58
LUD	22.78	24.28	24.28	23.76	23.81	23.68	23.40	23.21	22.79	22.91
GSD	21.48	23.09	24.34	26.72	25.61	25.77	26.17	25.92	26.82	29.20
VD	30.00	29.20	35.00	44.70	43.50	45.50	43.20	40.40	40.15	49.75
SK	14.30	13.80	14.80	13.80	13.80	13.80	13.80	15.30	16.50	15.10
GE	8.50	8.50	9.50	9.50	11.30	10.30	9.62	9.20	8.30	9.30
Total	426.71	429.82	431.87	454.89	462.99	477.39	477.79	480.60	476.06	501.93

Veränderung des Personalbestandes im Vergleich zum Vorjahr

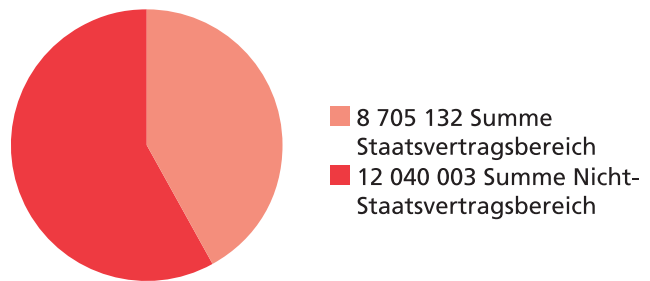
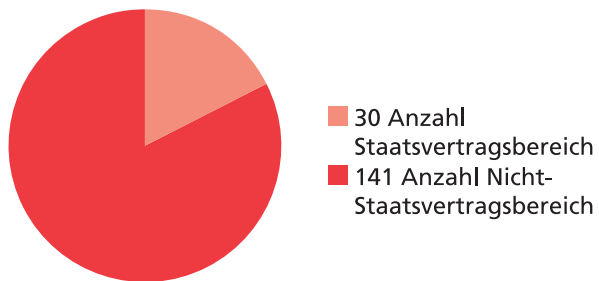
Vollstellen per 31.12.2008	476.06
Unbesetzte Stellen per 31.12.2008	5.37
Zwischentotal	481.43
Neue Leistungsaufträge gemäss LRB für das Jahr 2009	10.50
Neue Stellen beim RAV und bei der ALK aufgrund der Arbeitslosigkeit	10.00
Vollstellen per 31.12.2009	501.93
Die neuen Leistungsaufträge gemäss LRB vom 22. Oktober 2008 erforderten neue Stellen bei folgenden Ämtern:	
Verhörteramt	1.0
Amt für Militär	1.0
Amt für Volksschulen und Sport	0.5
Amt für Heilpädagogische Früherziehung	1.5
Amt für Berufsbildung und Mittelschule	3.0
Sozialamt	3.0
Handelsregisteramt	0.5
Total neue Stellen entsprechend der Leistungsauftragserweiterung	10.5

3.2 Baudirektion

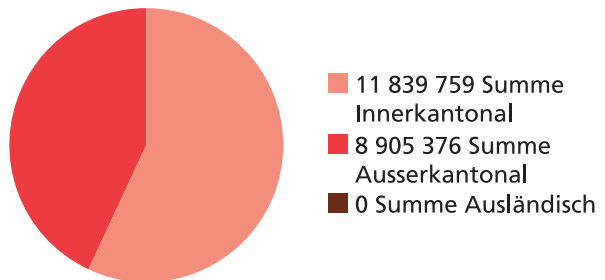
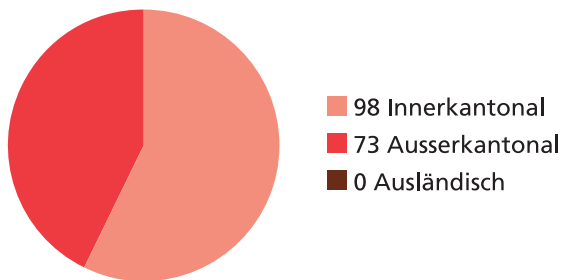
3.2.1 Direktionssekretariat

Beschaffungsstatistiken 2009 - Auswertung

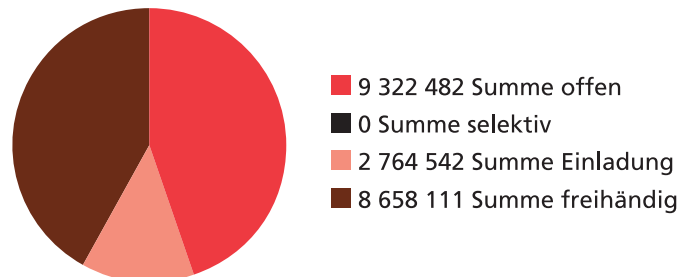
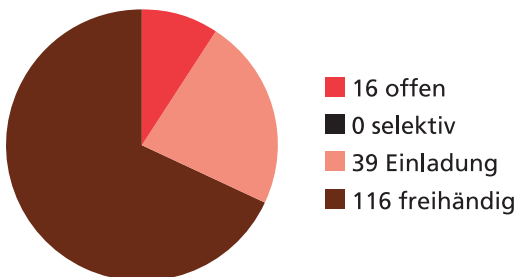
Vergabebereich



Auftragnehmer



Verfahrensart



3.2.2 Tiefbauamt

Nationalstrassen

Gesamtkosten Nationalstrassen für 2009

	Netzvollendung	Arbeiten für ASTRA
Projektierung, Bauleitung (inkl. Geologie, Sondierbohrungen, Untersuchungen etc.)	3 164 930	460 925
Landerwerb und Entschädigungen	5 500	75 749
Bauarbeiten	21 811 489	1 588 927
Total	24 981 919	2 125 601
Zu Lasten Bund	23 982 642	2 125 601
Zu Lasten Kanton	999 277	—

Kantonsstrassen Ausbau

Kantonsstrassenausbau	Rechnung 2009 (in Fr.)	
	Ausgaben	Einnahmen
"KH3 Beckenried Radweg alte Kantonsstrasse - Fähre"	5 000	
KH2 Dallenwil Knoten Bahnhof	6 726	
"KH3 Buochs Kreisel Kettstrasse und Radweg Kettstrasse- Bürgerheimstrasse"	59 809	
"KH1/KV5 Stansstad Kreisel Schürmatt - Sommerweid"	5 000	
"KH1 Oberdorf Stans - Dallenwil (Geren)"	194 161	
"KH11 Stans/Ennetmoos Umfahrung Stans West"	33 523	
"KH3 Stans Knoten Robert-Durrerstrasse"	8 231	10 000
"KV6 Stansstad Kehrsitenstrasse"	32 406	
Total brutto	344 856	10 000
Total netto	334 856	

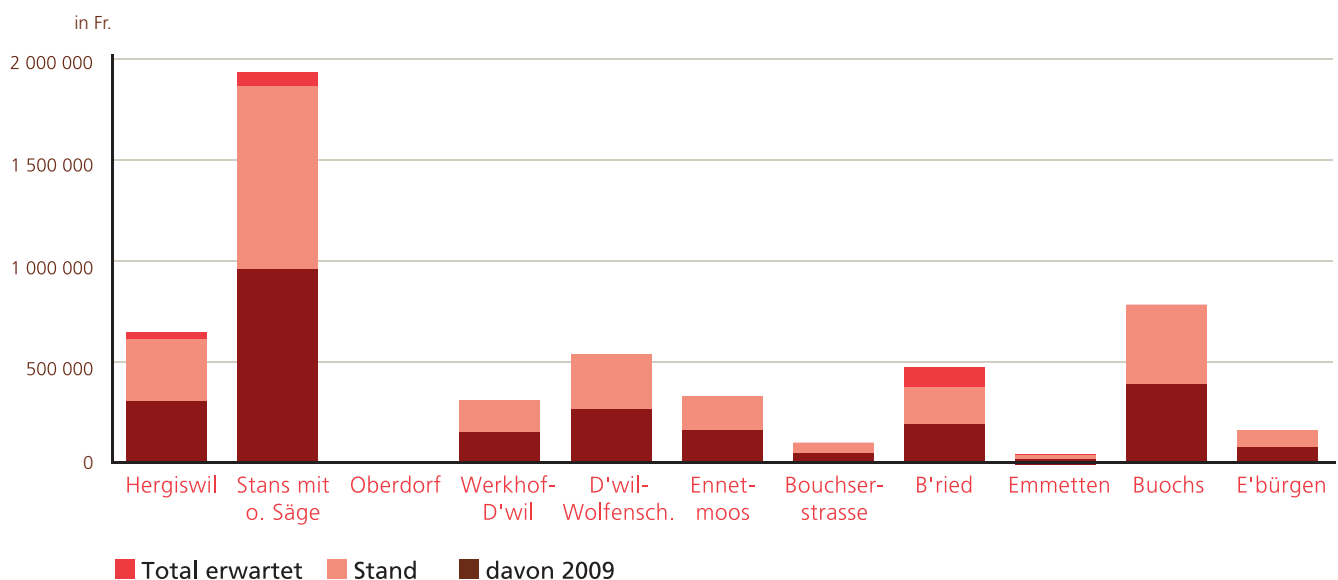
Kantonsstrassen Unterhalt

Strasse / Gemeinde	Kosten (in Fr.)
Belagererneuerung	1 357 271
Kunstbauten	442 732
Steinschlagschutz / Diverses	112 611
Radwege	3 302
Total	1 915 916

Lärmsanierungen an Kantonsstrassen

Kostenübersicht und Stand der Umsetzung Ende 2009

Kantonsstrasse		Kosten			
Str.-Nr.	Abschnitt	Total erwartet	Stand	davon 2009	Rest
KH1	Hergiswil	308 537	308 537		0
KH1-3	Stans mit o. Säge	960 000	905 838	32 380	54 162
KH1	Oberdorf	8 000	1 291	1 291	6 709
KH2	Werkhof-Dallenwil	157 565	157 565		0
KH2	Dallenwil-Wolfensch.	270 981	270 981		0
KH3	Ennetmoos	167 465	167 465		0
KH3	Buochserstrasse	53 572	53 572		0
KH3	Beckenried	195 000	184 201	84 963	10 799
KH3	Emmetten	25 000	19 340	0	5 661
KH3-4	Buochs	392 382	392 382		0
KH4	Ennetbürgen	83 656	83 656		0
Total		2 622 158	2 544 827	118 634	77 331



Wildbachverbauungen

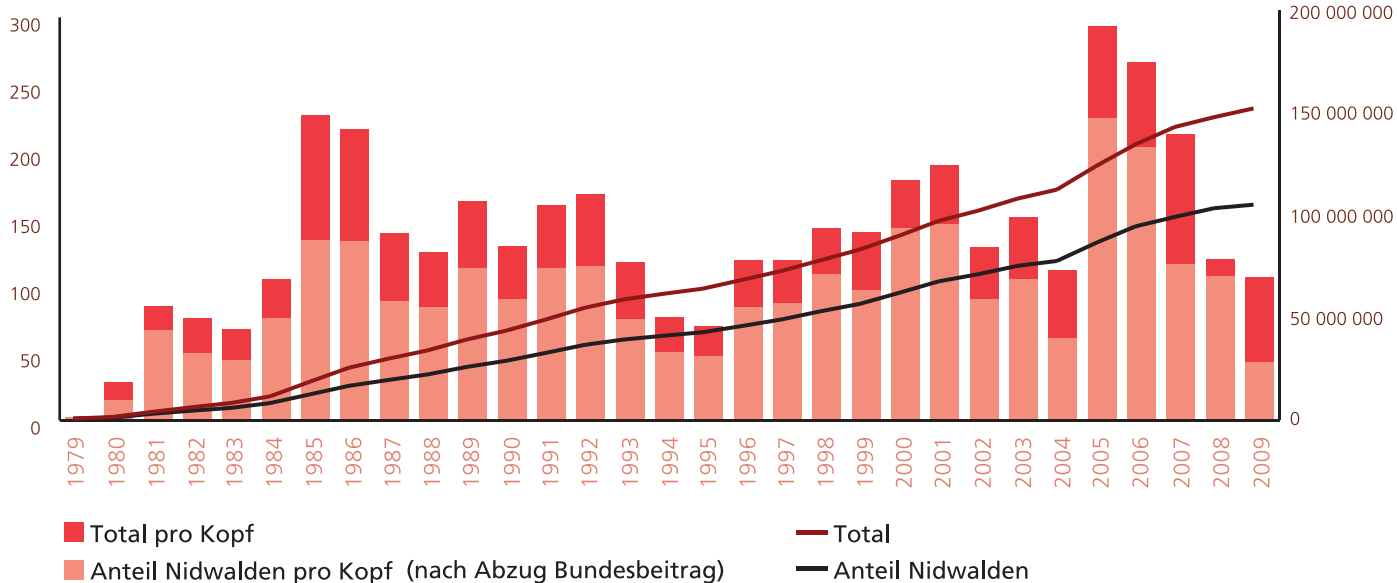
Gemeinde: Projekt	Ausgaben Gemein- den (in Fr.)	Beitrag Bund (in Fr.)	Beitrag Kanton (in Fr.)
Beckenried: Lielibach Unterlauf	364 123	142 008	174 851
Buochs: Rübibach 1. Etappe	43 363	—	14 310
Hergiswil: Mühlebach	604 763	—	199 600
Wolfenschiessen: Seklisbach	3 740 000	—	2 094 400(*)
Gesamttotal	4 752 249	142 008	2 483 161

(*) inkl. Anteil Bund Fr. 1 346 400 gemäss NF

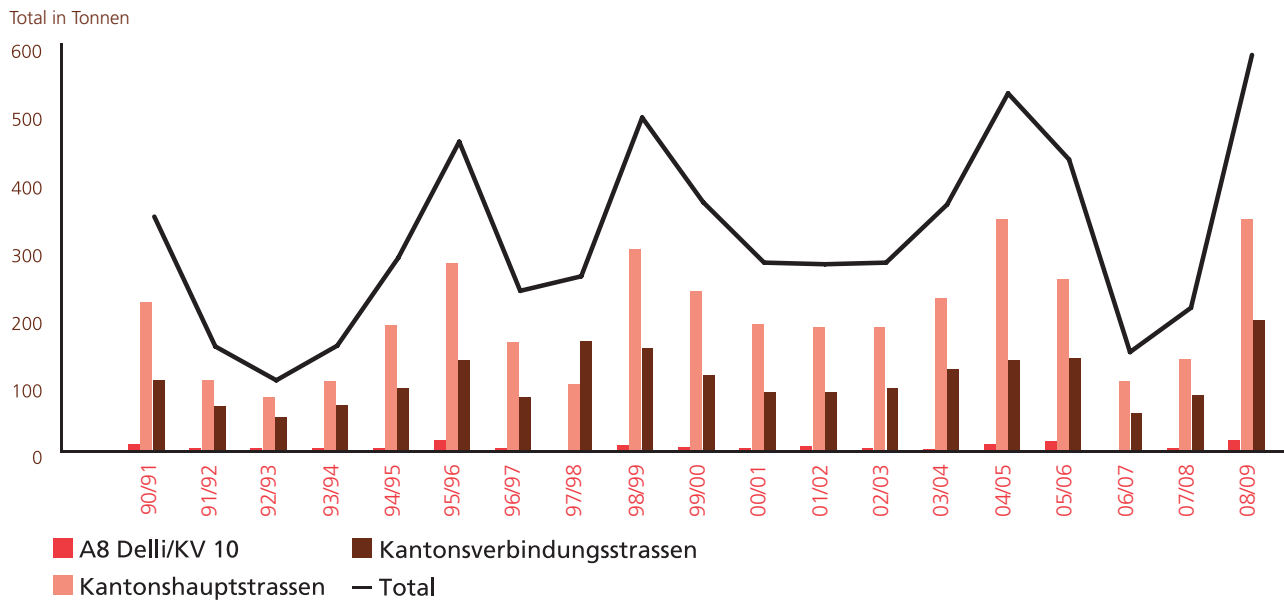
Ausgaben Hochwasserschutz Kanton Nidwalden seit 1979

Belastung pro Kopf und Jahr
in Fr. (Säulen)

Ausgaben in Fr. (Linien)



Streumittelverbrauch für Kantonsstrassen



3.2.3 Hochbauamt

Investitionskredite

Kto.	Objekt	Projekt	Objektkredit			Ausfüh.	Baubrechnung	
			Bewilligt am	Kredit (in Fr.)	Total (in Fr.)			
Projektierung								
22.30	Flugplatz Buochs	Sanierung Kontrollturm Umzäunung	RR 24.10.07 LR	PK BK	190 000		10/11	
22.30	Winkelriedhaus	Neubau Pavillon	RR 02.12.08 LR	PK BK	90 000		10/11	
22.30	Stanstaderstr. 23	Umbau	LR 21.10.09	BK	580 000		10	
22.30	Rathaus /Stansstad. 23/Mürgstr. 12	Wärmeverbund Kniri	LR 17.03.10	BK	320 000		10/11	
25.81	Mittelschule	Ausbau	LR 01.04.09 LR	PK BK	650 000		11/12	
29.70	Kantonsspital	Optimierungs- und Ergänzungsmassnahmen	LR 17.09.08 LR 16.12.09	PK BK	250 000 11 750 000	12 000 000	10/11	
29.70	Personalhaus 2	Sanierung	LR 17.09.08 LR 16.12.09	PK BK	100 000 2 500 000	2 600 000	10/11	
29.70	Kantonsspital	Magnetresonanztomographen	LR 16.12.09	BK	2 800 000		10	
Bau								
23.27	Gefängnis	Optimierung Sicherheit	LR 22.10.09	BK	780 000		09	
23.95	Zentrum Bevölkerungsschutz	Neubau	LR 19.09.07 LR 17.10.08 VA 08.02.09	PK BK	300 000 8 900 000 8 900 000	9 200 000	09/10	
29.70	Kantonsspital	Objekt- und Hochwasserschutz	RR 08.11.05 LR 25.10.06	BK	160 000 3 760 000	3 920 000	07/11	
29.70	Kantonsspital	Tiefgarage Wirzboden	LR 05.05.04	BK	3 650 000		09/11	
Bau / Baubrechnung								
22.30	Werkhof N2/N8	Übernahme / Kauf	LR 16.09.09	BK	2 900 000		09/11	2 900 000
23.93	Kaserne	Erweiterung + Umbau	LR 22.05.02 LR 17.03.04 NR 15.12.05	PK BK BK	200 000 24 050 000 19 000 000	24 250 000	05/09	22 684 467

PK = Planungskredit; BK = Baukredit

3.2.4 Amt für Raumentwicklung

Bauten & Anlagen ausserhalb Bauzone	St	Bu	He	Be	Eb	Ob	Sd	Es	Da	Wo	Em	Kt	Bd	Total
Stellungnahmen	11	15	4	8	23	14	13	10	7	13	2	2	1	123
Bewilligungen zonenkonformer B&A	7	5	2	5	3	7	5	9	9	15	4			71
Bewilligungen zonenwidriger B&A	2	1	4	5	4	4	8	1	3	10	2			44
Nichtlandwirtschaftliche Nebenbetriebe		1		1		1								3
Veränderungen an best. B&A		1	3	5	4	3	2	2	4	1	2			27
Abweisungen			1	1					1					3
Vernehmlassungen zu Erlassen												3	1	4
Vernehmlassungen zu Beschwerden	1								2					3
Total	21	23	14	25	34	29	28	22	26	39	10	5	2	278

Natur- und Landschaftsschutz

Biotopschutzgebiete (Vertragsnaturschutz)

	Naturschutzverträge	Fläche (in ha)	Vertragszahlungen an landwirtschaftliche Bewirtschafter (in Fr.)
Moorschutzgebiete und Amphibienlaichgebiete	338	261	258 000
Trockenstandorte (inkl. Wildheuf Flächen)	207	266	178 000
Total	545	527	436 000
Anteil direkte Bundessubvention nach NFA			268 000

Weiterleitungen Bundessubventionen für gemeindliche Naturschutzgebiete

Empfänger, Zweck	Bundessubventionen (in Fr.)
Gemeinde Oberdorf, Naturschutzgebiete	845
Gemeinde Hergiswil, Naturschutzgebiete	3 564
Gemeinde Dallenwil, Naturschutzgebiete	1 021

Landschaftsschutzgebiete von nationaler und kantonaler Bedeutung

Gebietstypen	Fläche (in ha)
Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nat. Bedeutung (BLN-Gebiete)	12 300
Moorlandschaft von nationaler Bedeutung	470
Landschaftsschutzgebiete von kantonaler Bedeutung	2 900

Stellungnahmen in Planungs-, Bewilligungs- und Mitberichtsverfahren der Natur- und Landschaftsschutzkommission und der Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz

Zuständige Stelle	Stellungnahmen 2009
Kommission für Natur- und Landschaftsschutz	59
Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz	102

3.3 Justiz- und Sicherheitsdirektion

3.3.1 Direktionssekretariat

Aufsicht Vormundschaftswesen / öffentliches Inventar

Aufsicht Vormundschaftswesen	2009	2008
Verzicht/Aufschub Veröffentlichung Vormundschaft	0	2
Genehmigung Grundstückverkauf aus freier Hand	4	4
Genehmigung Verträge	0	2
Zustimmung zur Ausschlagung der Erbschaft	1	0
Bewilligung öffentliches Inventar	1	1

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Verfügungen	2009	2008	2007
Bewilligungen für Ferienwohnungen	6	8	15
Feststellung der Nichtbewilligungspflicht	3	4	4
Änderung einer Bewilligung/Auflage	0	0	2
Total	9	12	21
Kontingente			
Anzahl Kontingente	20	20	20
Beansprucht im selben Jahr	0	2	5
Zur Verfügung im folgenden Jahr	20	18	15
Beansprucht im folgenden Jahr	—	6	6
Neuverteilung gemäss eidg. Pool	—	12	9

Schlichtungsbehörde

Geschäftslast	2009	2008
übernommen	43	10
eingegangen	83	130
zu behandeln	126	140
erledigt	111	97
hängig per 31.12	15	43
Art der Verfahren		
Anfechtung einer Kündigung	13	11
Erstreckung des Mietverhältnisses	3	1
Hinterlegung des Mietzinses	9	14
Anfechtung der Mietzinserhöhung	34	53
Gesuch um Mietzinserabsetzung	4	4
Anfechtung des Anfangsmietzinses	0	0
Anfechtung der Nebenkostenabrechnung	3	0
Forderung aus Mietverhältnis	12	32
Formulargenehmigung	5	15
Diverses	0	0
Total	83	130
Art der Erledigung		
Formulargenehmigung	5	15
Vergleich/gütliche Einigung	59	34
Keine Einigung	6	10
Rückzug/Nichteintreten	38	36
Entscheid	3	2
Total	111	97

3.3.2 Amt für Justiz

Bürgerrecht

Geschäftskontrolle	2009	2008	2007
alle Fälle, die im Zusammenhang mit dem Bürgerrecht an die Geschäftskontrolle genommen wurden.	157	184	157

Ordentliche Einbürgerungen gem. Art. 13 BÜG resp. Art. 20 kBÜG

Berichtsjahr	2009	2008	2007
Gesuchseingänge	45	80	68
Einbürgerungsentscheide ausländische Gesuchsteller Gesuche (Anzahl Personen)	45 (76)	40 (65)	7 (13)
Ablehnungen durch Gemeinde Gesuche (Anzahl Personen)	4 (9)	5 (8)	3 (4)
Rückzüge Gesuche (Anzahl Personen)	13 (24)	14 (30)	5 (8)
Nichteintreten Gesuche (Anzahl Personen)	—	3 (3)	—
Abweisungen (Reg-Rat) Gesuche (Anzahl Personen)	—	1 (6)	—
Einbürgerungsentscheide Schweizer Bürger Gesuche (Anzahl Personen)	—	12 (18)	6 (9)

Erleichterte Einbürgerungen (EE)

Berichtsjahr	EE Art. 27 BÜG (Ehepartner ist Schweizer/in)			EE Art. 28 BÜG (Ehepartner ist Schweizer/in - wohnhaft im Ausland)			EE Art. 58a BÜG (Kind einer schweizerischen Mutter)			EE Art. 58c BÜG (Kind eines schweizerischen Vaters, der mit der Mutter nicht verheiratet ist)		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Gesuchseingänge	86	91	67	5	4	5	3	2	3	1	1	5
Einbürgerungsentscheide	57	42	36	5	0	5	3	0	4	0	5	3

Berichtsjahr	EE Art. 31a BÜG (Kind eines eingebürgerten Elternteils)			EE Art. 31 BÜG (Kind eines Elternteils, der das CH-BÜG verloren hat)			EE Art. 29 BÜG (irrtümlich angenommenes Schweizer Bürgerrecht)		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Gesuchseingänge	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Einbürgerungsentscheide	1	2	1	0	0	0	1	0	0

Wiedereinbürgerungen (WE)

Berichtsjahr	WE Art. 21 BÜG (Verwirkung wegen Geburt im Ausland)			WE Art. 23 BÜG (Entlassene CH- Bürgerinnen und Bürger)			WE Art. 58 (ehemalige Schweizerinnen)		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Gesuchseingänge	0	1	0	1	0	0	1	0	1
Einbürgerungsentscheide	0	1	0	0	0	0	0	0	2

Entlassungen aus dem Bürgerrecht

Berichtsjahr	2009	2008	2007
Gesuchseingänge	10	5	5
Entlassungsentscheide (RRB)	8	6	5

Erleichterte Einbürgerungen, Statistische Angaben

Einbürgerungs- gemeinde	Gesuche / Gesuchsteller	miteinbezogene Kinder	Herkunftsland bzw. -Kanton	Total Personen
Beckenried	4		Deutschland	4
Beckenried	1		Indonesien	1
Beckenried	1		Frankreich	1
Beckenried	1		Türkei	1
Beckenried	1		Taiwan	1
Buochs	1		Italien	1
Buochs	1		Polen	1
Buochs	1		Bolivien	1
Buochs	1		Deutschland	1
Buochs	1		Mexiko	1
Buochs	1		Sri Lanka	1
Dallenwil	1		Bolivien	1
Dallenwil	2	2	Frankreich	4
Dallenwil	1		Thailand	1
Dallenwil	6		Deutschland	6
Emmetten	1		Brasilien	1
Ennetbürgen	1		Deutschland	1
Ennetbürgen	1		Polen	1
Ennetbürgen	1		Irak	1
Ennetbürgen	1		B + H	1
Ennetmoos	1		Ungarn	1
Ennetmoos	2		Deutschland	2
Hergiswil	3		Deutschland	3
Hergiswil	1		USA	1
Hergiswil	1		Brasilien	1
Hergiswil	1		Albanien	1
Hergiswil	1		Türkei	1
Oberdorf	1		China	1
Oberdorf	1		Deutschland	1
Oberdorf	1		Italien	1
Stans	2		Italien	2
Stans	2		Philippinen	2

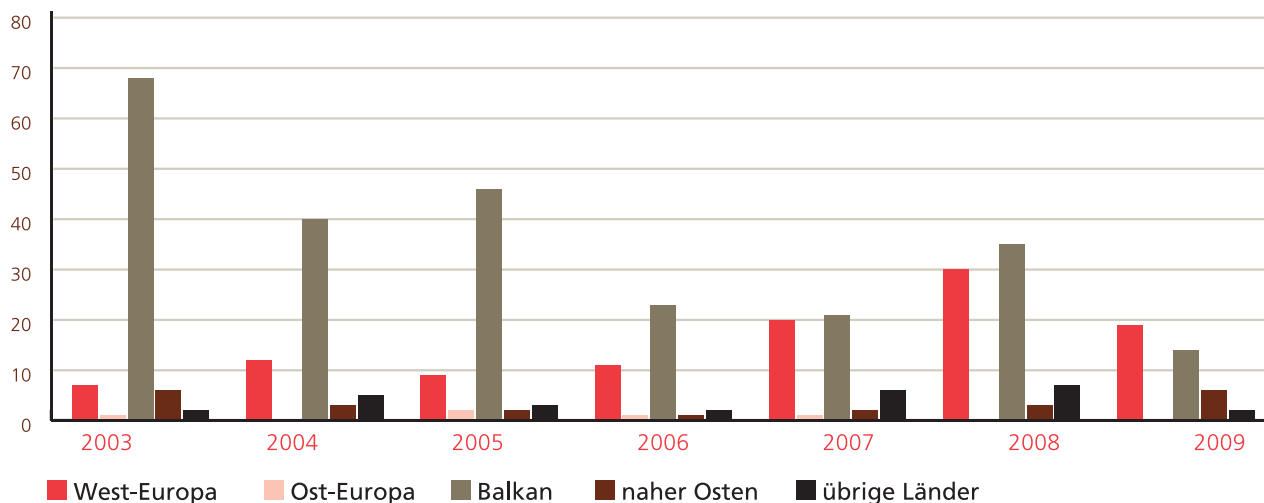
Einbürgerungs- gemeinde	Gesuche / Gesuchsteller	miteinbezogene Kinder	Herkunftsland bzw. -Kanton	Total Personen
Stans	1		Brasilien	1
Stans	1		B + H	1
Stans	3		Deutschland	3
Stans	1		Kanada	1
Stansstad	1		Brasilien	1
Stansstad	1		Tschechien	1
Stansstad	1	2	Deutschland	3
Wolfenschiessen	5		Deutschland	5
Wolfenschiessen	2		Liechtenstein	2
Wolfenschiessen	1		Vereinig. Königreich	1
Wolfenschiessen	1	1	Brasilien	2
Wolfenschiessen	2		Italien	
Wolfenschiessen	1		Jamaika	1
Total 2009	67	5		72
Vorjahreszahl	49	5		54

Ordentliche Einbürgerungen, Statistische Angaben

Herkunftsland bzw. -Kanton	Gesuche/ Gesuchsteller		miteinbezogene/r Ehefrau/mann		miteinbezogene Kinder		Einbürgerungs- gemeinde	Total Personen
	verh.	unverh.	Ausl.	CH	Ausl.	CH		
Beckenried		1					Deutschland	1
Buochs		3					Deutschland	3
Buochs		1					Mazedonien	1
Buochs	1	1	1				Österreich	3
Buochs	1		1				Bosnien+Herzegowina	2
Buochs		1					Sri Lanka	1
Emmetten		1					Deutschland	1
Emmetten		1					Vereinigtes Königreich	1
Ennetbürgen		1					Brasilien	1
Ennetbürgen	2	1	1				Deutschland	4
Ennetbürgen		3					Kosovo	3
Ennetbürgen		3					Niederlande	3
Ennetbürgen		1					Mazedonien	1
Ennetmoos		1					Deutschland	1
Ennetmoos		1					Vereinigtes Königreich	1
Hergiswil	1	1	1		2		Serbien+Montenegro	5
Hergiswil	1	2					Deutschland	3
Hergiswil		1					Portugal	1
Oberdorf	1	1	1		3		Kosovo	6
Oberdorf	1		1		2		Bosnien+Herzegowina	4

Herkunftsland bzw. -Kanton	Gesuche/ Gesuchsteller		miteinbezogene/r Ehefrau/mann		miteinbezogene Kinder		Einbürgerungs- gemeinde	Total Personen
	verh.	unverh.	Ausl.	CH	Ausl.	CH		
Stans		2					Deutschland	2
Stans	1		1		1		Italien	3
Stansstad		1					Spanien	1
Stansstad	1		1				Italien	2
Stansstad		1					Deutschland	1
Stansstad	2		1		1		Bosnien+Herzegowina	4
Stansstad	1		1		2		Kosovo	4
Wolfenschiessen		2					Kosovo	2
Total EB Ausländer	13	31	10	0	11	0		65
Total EB CH-Bürger	0	0		0		0		0
Total 2009	13	31	10	0	11	0		65
Vorjahreszahl	18	34	7	3	18	3		83

Eingang Einbürgerungsgesuche nach Herkunft



Zivilstandsdienst

Namensänderungen

Geschäftsfälle Namensänderung		2009	2008
eingegangene Gesuche		14	22
hängig Ende Jahr		1	2
bewilligt		16	23
zurückgezogen		0	0
abgelehnt		0	0
Familienname	↓	Bewilligung (Fälle)	
Erwachsene		3	7
Kinder		2	5
Vorname/n			
Erwachsene		8	3
Kinder		3	0
Änderungen der Familiennamen betreffen			
Name des Stiefvaters und/oder der Mutter	Kind	0	4
Name des leiblichen Vaters (Anerkennung)	Kind	0	1
Brautnamen als Familienname	Mann	1	2
Wiederannahme des vorehelichen Namens	Frau	0	4
nachträgliche Aufgabe des vorangestellten Namens	Frau	0	0
Annahme des Namens des Ehemannes (IPRG)	Frau	0	1
Annahme des vorehelichen Namens der Mutter	Kind	2	1
Änderung der Schreibweise (Gewohnheitsrecht)	Familie	2	0
Wiederannahme des Namens des leiblichen Vaters	Frau	0	0

Allgemeiner Aufgabenbereich Aufsichtsbehörde (AB)

	2009	2008
Total Fälle Geschäftskontrolle	242	260
	nachfolgend detailliert die Geschäftsfälle	
	↓	
Auslandberührungen	153	156
Geburten	53	64
- davon mit Kindeserkennung	13	12
- davon mit Kindesaberkennung	0	0
Adoptionen	0	1
Eheschliessungen	38	47
Eintragung gleichgeschlechtlicher Paare *	1	2
Touristenhochzeiten (Art. 73 ZStV)	1	2
Scheidungen	17	8
Namensänderungen	4	0
Todesfälle	36	30
Ehevorbereitungen nach Weisungen AB	3	2

* Partnerschaftsgesetz in Kraft ab 01.01.2007

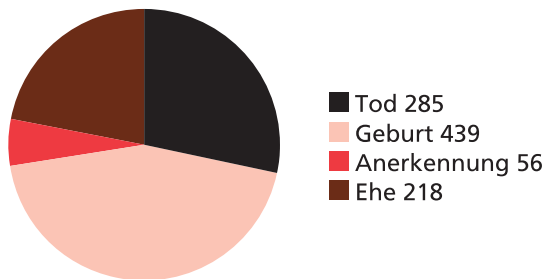
Diverse Aufsichtsbehördentätigkeiten	2009	2008
Register-Berichtigungen	14	23
Löschungen Familienregister	1	5
Infostar Berichtigungen/Löschungen	50	40
Bewilligung Ahnenforschung	0	1
Eintragungsverfügung Adoption Inland	1	5

Zivilstandsamt

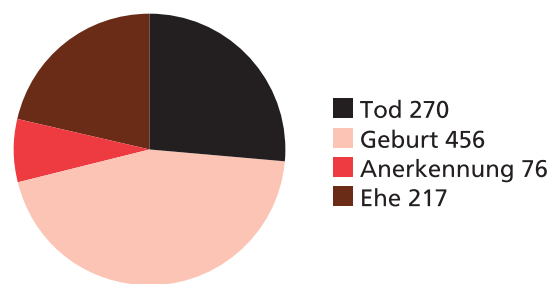
Geschäftsfälle, die sich im Kanton Nidwalden ereignen

Geschäftsfall	2009	2008	2007
Geburten	439	456	445
Anerkennungen	56	76	61
Eheschliessungen	218	217	199
Namenserklärung nach der Scheidung	15	23	26
Tod	285	270	234

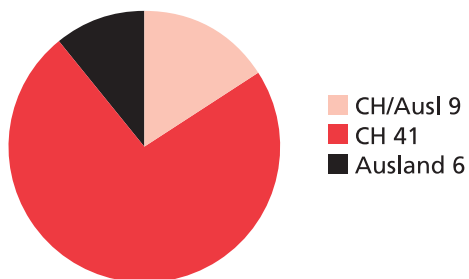
Geschäftsfälle 2009



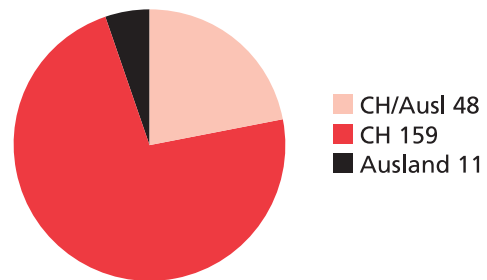
Geschäftsfälle 2008



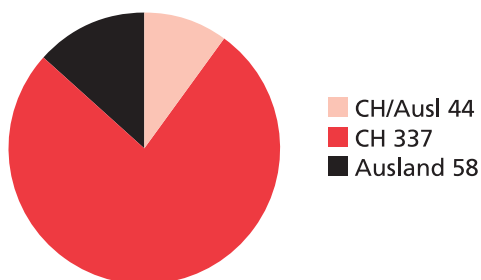
Anerkennung 2009



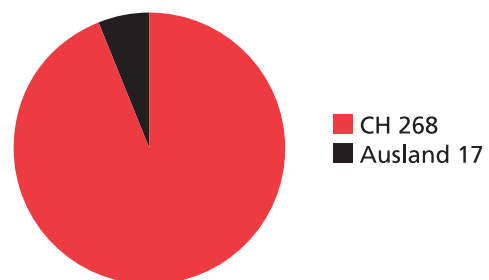
Eheschliessungen 2009



Geburten 2009



Todesfälle 2009



Sonderzivilstandsamt Nidwalden (SZA)

Geschäftsfälle, die sich im Ausland ereignen

Geschäftsfall	2009	2008	2007
Geburten	50	65	41
Anerkennungen	16	13	10
Eheschliessungen	34	52	56
Tod	36	30	36

Gerichts- und Verwaltungsentscheide (GVE)

Geschäftsfälle, die sich im Inland und im Ausland ereignen

Geschäftsfall	2009	2008	2007
Einbürgerungen erleichterte	70	56	56
Einbürgerungen ordentliche	65	86	25
Bürgerrechts-Entlassungen	13	6	8
Scheidungen	91	79	111
Namensänderungen	22	24	11

Rück Erfassung INFOSTAR

Gemäss manueller Kontrolle

Rück erfassungen	2009	2008	2007
Systematische Rück erfassung	1 549	2 916	5 304
Ereignisbegleitende Rück erfassung	807	1 009	938
Mitteilungen erfasster Personendaten	1 137	1 122	1 383
Personen gemäss Mitteilungen	302	363	956

Straf- und Massnahmenvollzug

Erwachsene

	2009	2008
Total Fälle Geschäftskontrolle	693	505
Die Strafen stützen sich - ohne Bussenumwandlungen - auf folgende Urteile		
Verhöramt Nidwalden	7	5
Kantons-/Obergericht Nidwalden	3	2
ausserkantonale Gerichte	6	4
Militärjustiz	0	6

Vollzugsart	neu in Vollzug gesetzte Strafen	
	2009	2008
vorzeitige Straf- und Massnahmenantritte	1	0
Normalvollzug/Halbgefängenschaft	5	4
Gemeinnützige Arbeit	7	5
- davon Urteil Kanton Nidwalden	3	1
- davon ausserkantonale Urteile (Rechtshilfe)	4	4
- davon Abbruch	0	1
Strafvollzug aufgeschoben z. G. Massnahme	2	1
- davon stationäre Massnahmen	1	1
- davon ambulante Massnahmen	1	0
Bedingt erlassene Strafen	1	1
- davon mit Schutzaufsicht	0	0
- davon mit richterlichen Weisungen	1	1
Militärstrafen	0	6
- davon mit Busseinkasso	0	4
- davon mit Freiheitsstrafe	0	2
Ausschreibungen Ripol	0	1
Verlauf Straf- und Massnahmenvollzug	Anordnungen	
Strafvollzug: bedingte Entlassung	2	3
- davon Anordnung von Bewährungshilfe während Probezeit	1	1
Strafvollzug: Verweigerung der bedingten Entlassung	2	2
Verwahrung: Entlassung (z.G. stationäre Massnahme)	0	0
stationäre Massnahme: Entlassung	0	0
ambulante Massnahme: Entlassung	0	1
richterliche Weisung: Entlassung, Probezeit bestanden	2	3
richterliche Weisung: Abbruch, Probezeit nicht bestanden	2	2
Schutzaufsicht: Entlassung, Probezeit bestanden	2	0
Schutzaufsicht: Abbruch, Probezeit nicht bestanden	1	1
Verlegung in Wohn- und/oder Arbeitsexternat	0	0
laufende Massnahmen (Stand Ende Berichtsjahr)	in Vollzug	
Verwahrungen	0	0
stationäre Massnahmen	3	2
ambulante Massnahmen	1	0
richterliche Weisungen	0	4
Bewährungshilfe	1	1

	Entscheide des VA NW	
	2009	2008
Ersatzfreiheitsstrafe (Umwandlungen von Bussen und Geldstrafen)		
Eingang in Geschäftskontrolle	627	488
Bussenumwandlungen Kirchenwaldtunnel	534	396
Vollzug Gefängnis	3	0
Zahlung nach Aufforderung	154	96
Ausschreibungen zur Verhaftung	273	142
Ausschreibungen zur Verhaftung nicht möglich	27	13
Abschreibung zufolge Verjährung	0	0
Bussenumwandlungen ohne Kirchenwaldtunnel	88	92
Vollzug Gefängnis	10	4
Zahlung nach Aufforderung	61	58
Ausschreibungen zur Verhaftung	17	16
Ausschreibungen zur Verhaftung nicht möglich	0	1
Abschreibung zufolge Verjährung	2	1
Geldstrafen	5	4
Vollzug Gefängnis	2	1
Zahlung nach Aufforderung	1	3
Ausschreibungen zur Verhaftung	0	0
Abschreibung zufolge Verjährung	0	0

Jugendliche

	Eingegangene	Vollzogene
	2009	2008
Total Fälle Geschäftskontrolle *	50	39
persönliche Leistungen	50	37
- davon Arbeitsleistung	48	33
- davon Verkehrs-nacherziehung	0	0
- davon Kurs "Such(t)runden"	2	4
Freiheitsentzug	0	2
Schutzmassnahmen (Aufsicht/persönliche Betreuung/ambulante Massnahme)		
- Errichtung	2	2
- Entlassung	3	0
- total laufende Schutzmassnahmen Ende Berichtsjahr	4	5
richterliche Weisungen (u.a. Beratungsgespräche)		
- Errichtung	0	1
- Entlassung	1	4
- total laufende richterliche Weisungen Ende Berichtsjahr	0	1
Unterbringung Erziehungsinstitution		
- Errichtung	0	0
- Entlassung	1	0
- Abbruch	0	1
- total laufende Unterbringungen Ende Berichtsjahr	1	2

* 1 Fall kann mehrere Sanktionen beinhalten (z. B. Anordnung Massnahme und Arbeitsleistung)

Untersuchungs- und Strafgefängnis

Belegung		2009	2008	Differenz	%
Eintritte	Männer	227	180	47	26.11%
	Frauen	16	10	6	60.00%
	Total	243	190	53	27.89%
Hafttage	Gefängnis- und übrige Strafen	4 023	3 805	218.00	5.73%
	Untersuchungshaft	2 760	1 903	857.00	45.03%
	Ausschaffungshaft	1 720	2 997	-1 277.00	-42.61%
	Halbgefängenschaft	11	133	-122.00	-91.73%
	Total	8 514	8 838	-324.00	-3.67%
	CH	2 414	2 065	349	16.90%
	CH-Anteil in %en	28.35%	23.37%	4.99%	
	Ausländer	6 100	6 773	-673	-9.94%
	Ausländeranteil in %en	71.65%	76.63%	-4.99%	
	Durchschnittliche Belegung	23.33	24.21	-0.89	-3.67%
Durchschn. Aufenthaltstage	35.04	46.52	-11.48	-24.68%	
Hafttage	Nidwalden	1 386	1 554	-168.00	-10.81%
	Uri	1 170	816	354.00	43.38%
	Luzern	3 862	2 972	890.00	29.95%
	Basel Landschaft	834	704	130.00	18.47%
	übrige Kantone	1 262	2 792	-1 530.00	-54.80%
	Total	8 514	8 838	-324.00	-3.67%
U-Haft - Tage	Nidwalden	569	190	379.00	199.47%
	Uri	208	81	127.00	156.79%
	Luzern	1 829	1 159	670.00	57.81%
	übrige Kantone	154	473	-319.00	-67.44%
	Total	2 760	1 903	857.00	45.03%
HG - Tage	Nidwalden	11	133	-122.00	-91.73%
	Uri	0	0	0.00	0 %
	übrige Kantone	0	0	0.00	0 %
	Total	11	133	-122.00	-91.73%
Verrechnung	Verrechnung an Fremdkantone	1 170 201.95	1 312 959.05	-142 757.10	-10.87%
	Interne Verrechnung NW	188 553.10	140 444.00	48 109.10	34.26%
	Interne Verrechnung Uri	176 809.60	85 119.20	91 690.40	107.72%
	Total	1 535 564.65	1 538 522.25	-2 957.60	-0.19%
Pekulium	Verrechnete Insassenarbeit	69 537.15	106 746.00	-37 208.85	-34.86%
	ausbezahltes Pekulium	57 609.65	70 755.90	-13 146.25	-18.58%
	Bruttoerlös	11 927.50	35 990.10	-24 062.60	-66.86%
	Bruttomarge	17.15%	33.72%	-16.56%	

Migration

Im Kanton Nidwalden	2009	2008
Ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton Nidwalden	4 375 (+76)	4 299 (+212)
- Niederlasser	2 491	2 496
- Aufenthaltler	1 786	1 696
- Kurzaufenthalter	158	107
Neu zugeteilte Asylsuchende	61	66
Total Asylsuchende	204	191
Ausschaffungen	25	7
- Asylbereich	18	3
- Ausländergesetz	7	4
In der Schweiz		
Ständige ausländische Wohnbevölkerung	1 680 197	1 638 949
- EU/EFTA Staaten	1 066 086	1 026 495
- Niederlasser	1 110 765	1 103 415
- Aufenthaltler	551 105	516 904
- Kurzaufenthalter	66 333	106 200
Asylbereich	40 319	40 794

Jagd

Erteilte Jagdpatente		2009		2008		2007	
Hochwildjagd	einheimische Jäger	94		96		98	
	ausserkantonale Jäger	2	96	5	101	5	103
Niederjagd	einheimische Jäger	189		184		180	
	ausserkantonale Jäger	0	189	0	184	1	181
Winterjagd	nur einheimische Jäger		163		162		142
Total abgegebene Jagdpatente			448		447		426
Gesamtzahl der Jäger, die im Kanton eine Jagd ausgeübt haben:			224		227		218

Abschuss-Statistik

Rotwild	Anzahl 2009	Anzahl 2008	Anzahl 2007
Kälber	5	0	3
Hirsche und Spiesser	7	11	9
Hirschtiere	7	0	3
Total	19	11	15
Gämswild			
Gämsböcke	71	78	104
Gämsgeissen	81	82	79
Total	152	160	183
Rehwild			
Rehböcke	91	87	75
Rehgeissen	69	71	81
Total	160	158	156
Steinwild			
Steinböcke	5	4	3
Steingeissen	4	2	3
Total	9	6	6
Zusammenstellung			
Total erlegtes Schalenwild	340	335	360
Weitere erlegte Tierarten			
Feldhasen	1	0	0
Dachse	39	22	33
Baumrarder	0	6	7
Stockenten	56	69	66
Bastardenten	2	2	1
Blässhühner	2	2	2
Haubentaucher	1	9	6
verwilderte Hauskatzen	6	9	14
Schneehasen	18	24	23
Füchse	322	354	309
Steinmarder	17	19	26
Kormoran	7	6	13
Kolkraben	57	86	18
Rabenkrähen	323	364	332
Nebelkrähe	0	0	0
Elstern	77	73	64
Eichelhäher	47	128	99

Fischerei

Fischeinsatz

Fischart	Alter	ausgesetzte Fische 2009	ausgesetzte Fische 2008
Seeforellen	Vorsommerlinge	130 000	96 000
	Sommerlinge	10 000	142 000
	Jährlinge	300	3 200
Albeli	Brut	350 000	145 000
Felchen und Balchen	Brut	11 000 000	9 700 000
Rötel (Seesaibling)	Vorsommerlinge	0	0
Bachforellen	Vorsommerlinge	14 000	25 800
	Sommerlinge	24 000	19 000
	Jährlinge	1 200	3 700
Hecht	Brut	250 000	865 000
	Vorsommerlinge	0	280 000

Ertrag Fischlaich

Fischart	erbrütete Eier 2009	erbrütete Eier 2008
Seeforellen	170 000	251 000
Albeli	400 000	180 000
Felchen und Balchen	11 500 000	11 284 000
Rötel (Seesaibling)	0	0
Bachforellen	55 000	50 000
Hecht	300 000	1 862 000

Hundekontrolle

	2009	2008	2007
angemeldete Hunde	1547	1548	1480

Schweizerpässe

	2009	2008	2007
Anträge für Pass 2003	1 300	1 402	1 660
Anträge für IDK 2003	3 650	3 559	3 727
Anträge für Pass 2006	329	280	205
Provisorische Pässe	89	91	144
Leichenpass	3	2	2

Opferhilfe

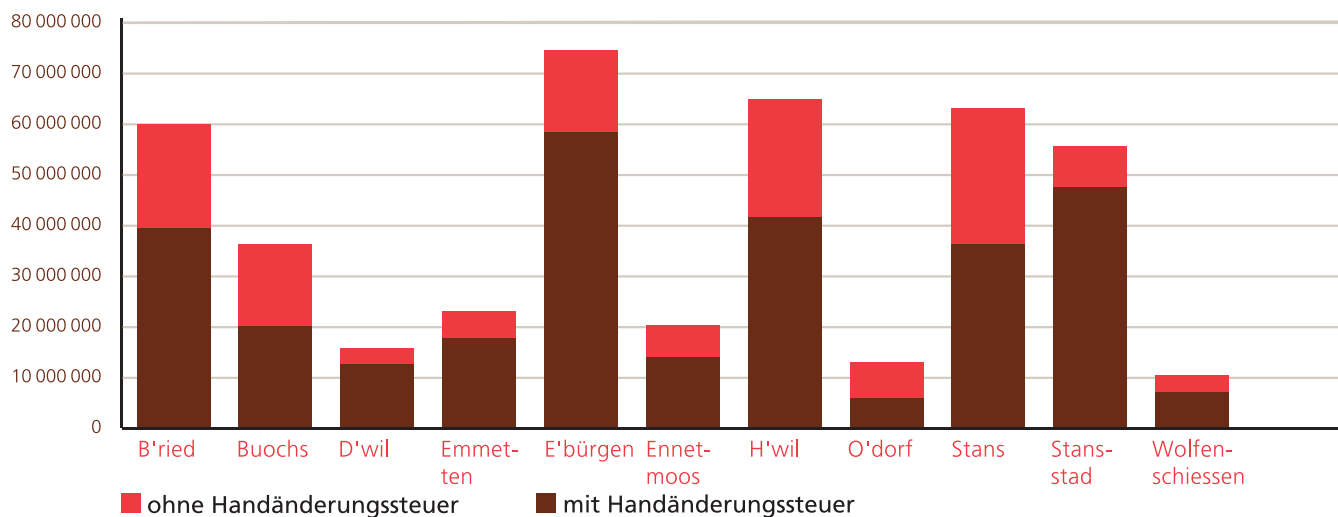
Anzahl Dossiers	2009	2008
1. Entschädigung/Genugtuung		
Übertrag Vorjahr	1	5
Eingang Erfassungsjahr	1	0
Abschluss Erfassungsjahr	2	4
2. Beratungen		
Übertrag Vorjahr	82	66
Eingang Erfassungsjahr	55	52
Abschluss Erfassungsjahr	77	36
Finanzielle Leistungen		
1. Entschädigung/Genugtuung		
Entschädigung	Fr. 00.00	Fr. 23 140.15
Genugtuung	Fr. 77 183.00	Fr. 122 414.00
Vorschuss	—	—
Total	Fr. 77 183.00	Fr. 145 554.15
2. Beratung		
Soforthilfe		Fr. 15 324.35
Weitere Hilfen		Fr. 16 739.40
Total	Fr. 57 313.30	Fr. 32 063.75

3.3.3 Grundbuchamt

Handänderungen

Gemeinden	mit Hst		ohne Hst		Total	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Beckenried	49	39 459 550.00	37	20 648 685.00	86	60 108 235.00
Buochs	35	20 174 260.00	32	16 262 257.00	67	36 436 517.00
Dallenwil	19	12 797 866.00	14	3 150 946.00	33	15 948 812.00
Emmetten	53	17 875 461.00	26	5 236 452.00	79	23 111 913.00
Ennetbürgen	53	58 511 483.00	29	15 983 843.00	82	74 495 326.00
Ennetmoos	27	14 019 776.00	14	6 419 167.00	41	20 438 943.00
Hergiswil	53	41 740 675.00	37	23 154 101.00	90	64 894 776.00
Oberdorf	11	5 944 656.00	18	7 149 734.00	29	13 094 390.00
Stans	60	36 350 908.00	35	26 892 040.00	95	63 242 948.00
Stansstad	53	47 563 252.00	17	8 120 425.00	70	55 683 677.00
Wolfenschiessen	19	7 158 300.00	10	3 431 172.00	29	10 589 472.00
Bereinigung	—	—	—	—	—	—
Kanton Nidwalden	432	301 596 187.00	269	136 448 822.00	701	438 045 009.00

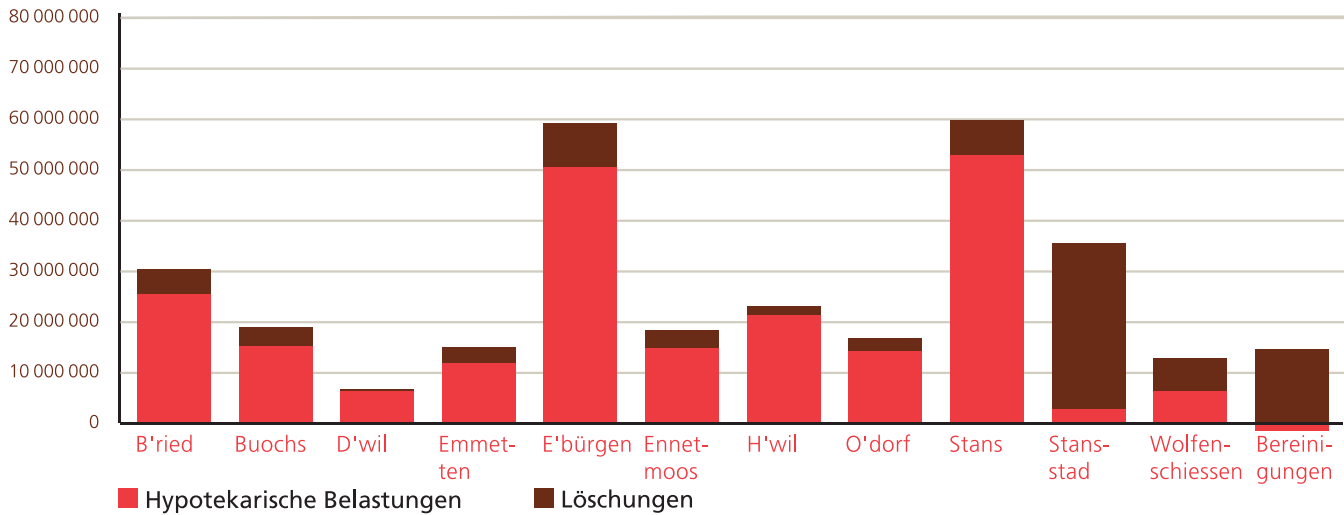
Handänderungen 2009



Grundpfandrechte

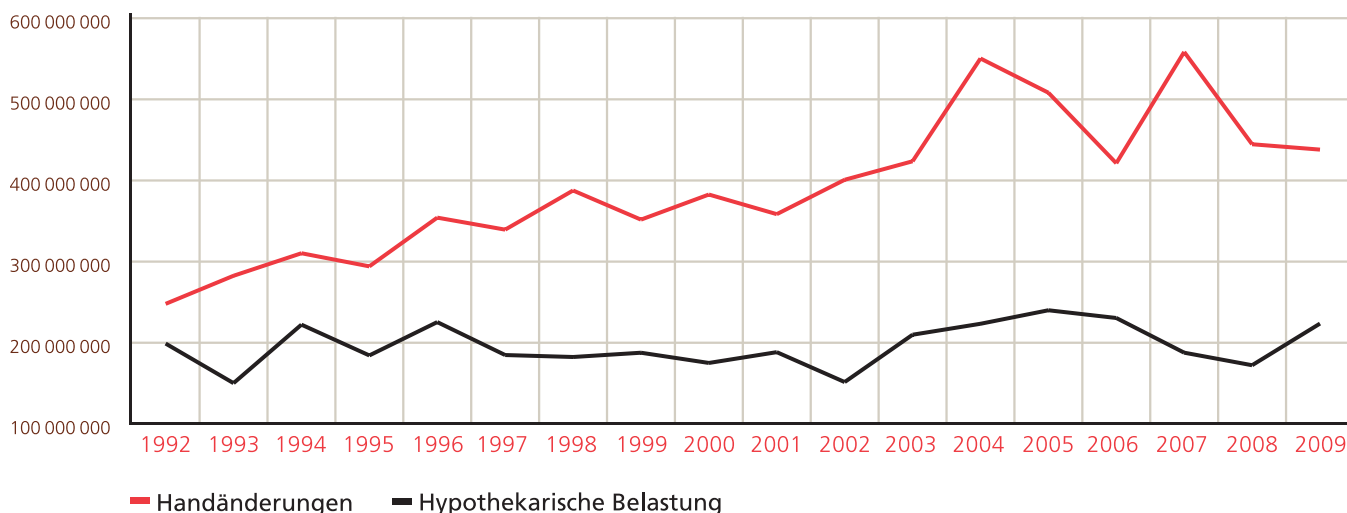
Gemeinden	Errichtungen		Löschungen		Hypothekarische Belastung
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	
Beckenried	66	30 758 845.00	15	4 957 000.00	25 801 845.00
Buochs	56	19 115 000.00	11	3 795 000.00	15 320 000.00
Dallenwil	41	6 883 000.00	7	529 000.00	6 354 000.00
Emmetten	55	15 201 000.00	25	3 250 500.00	11 950 500.00
Ennetbürgen	92	59 492 000.00	34	8 547 000.00	50 945 000.00
Ennetmoos	58	18 653 000.00	14	3 750 000.00	14 903 000.00
Hergiswil	88	23 244 000.00	19	1 730 000.00	21 514 000.00
Oberdorf	33	16 958 000.00	19	2 494 000.00	14 464 000.00
Stans	115	60 186 400.00	33	6 809 000.00	53 377 400.00
Stansstad	76	35 813 337.00	109	32 992 176.00	2 821 161.00
Wolfenschiessen	42	12 900 000.00	79	6 386 270.00	6 513 730.00
Bereinigung	121	14 528 000.00	293	14 871 500.00	-343 500.00
Kanton Nidwalden	843	313 732 582.00	658	90 111 446.00	223 621 136.00

Grundpfandrechte 2009



Vergleich 1992 – 2009

Jahr	Handänderungen		Hypothekarische
	Anzahl	Betrag	Belastung
1992	525	247 954 040.87	198 994 372.11
1993	607	282 557 162.29	150 211 499.30
1994	696	310 315 019.80	222 303 150.70
1995	634	294 151 998.74	184 362 057.40
1996	637	354 206 474.35	225 450 804.61
1997	735	339 407 033.05	184 857 869.73
1998	644	387 656 777.75	182 435 150.18
1999	669	351 742 179.65	187 702 200.00
2000	600	382 668 236.51	175 095 557.19
2001	670	358 497 159.30	188 399 200.00
2002	658	400 861 053.40	151 560 481.91
2003	693	423 672 086.90	209 896 848.71
2004	787	550 365 222.69	223 383 026.47
2005	810	508 185 002.45	240 039 995.92
2006	744	421 252 892.90	230 515 050.00
2007	782	558 417 106.00	187 758 302.00
2008	629	444 661 315.00	172 292 600.00
2009	701	438 045 009.00	223 621 136.00



Grundbuchbereinigungskommission

	2009	Emmetten*	Oberdorf*	Dallenwil**	Total
Pendenzen per 01.01.		18 (18)	16 (16)	—	34 (34)
Neueingänge		— (—)	(0)	—	— (—)
Entscheide		0 (0)	3 (0)	—	3 (0)
Abschreibungen		0 (0)	0 (0)	—	0 (0)
Pendenzen per 31.12		18 (18)	13 (16)	—	31 (34)

* Bereinigung in diesen Gemeinden durch Grundbuchbereinigungsamt abgeschlossen

** Bereinigung durch Grundbuchbereinigungsamt aufgenommen, aber noch keine Verfahren bei Kommission

3.3.4 Kantonspolizei Verzeigungen

Delikt	2009		2008		2007	
	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0
Körperverletzungen	20	17	12	10	19	24
Veruntreuung	9	9	0	0	2	1
Diebstahl (ohne Fahrzeuge)	353	94	263	30	359	44
- davon Einbruch	131	35	108	5	144	26
- davon Entreiss-Diebstahl	0	0	0	0	2	1
Fahrzeugdiebstahl	215	2	178	1	273	—
Raub	0	0	2	0	1	1
Betrug	15	15	10	8	16	8
Erpressung	0	0	1	1	1	0
Drohung	23	21	23	20	20	27
- davon Bombendrohung	0	0	—	—	—	—
Nötigung	9	9	10	9	10	10
Freiheitsberaubung/Entführung	3	3	2	2	2	2

Delikt	2009		2008		2007	
	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter
Geiselnahme	0	0	—	—	0	0
Vergewaltigung	2	2	2	1	1	1
Unzuchtsdelikte	6	4	—	—	19	9
Brandstiftung	0	0	4	1	3	1
Strafb. Vorbereitungshandlungen	0	0	—	—	0	0
Gewalt + Drohung gegen Beamte u. Behörden	6	6	3	2	11	10
Geldwäscherei / mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften	0	0	—	—	0	0

Ausschreibungen

Ripol	2009	2008	2007
Personen	550	330	63
Sachen (und Ausweise*)	538	615	765*
Personenwagen	4	5	2
Motorräder	1	2	3
Schilder	106	85	113

Hotelmeldescheine

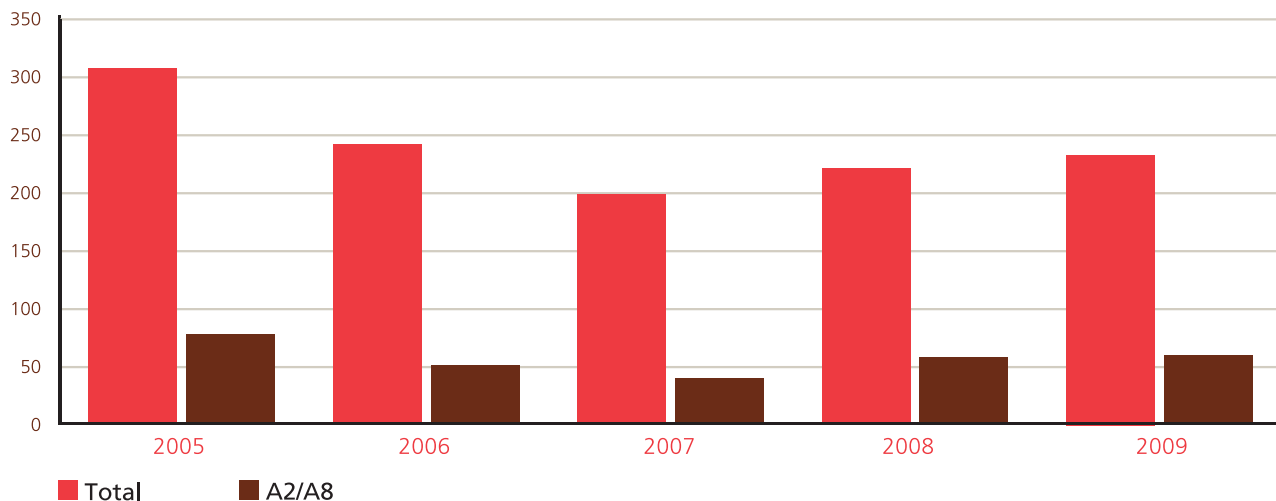
	2009	2008	2007
Eingezogen und verarbeitet	27 917	26 374	27 438

Kriminaltechnischer Dienst

	2009	2008	2007
Erkennungsdienstlich behandelte Personen	86	52	86
Identifikationen	20	11	12

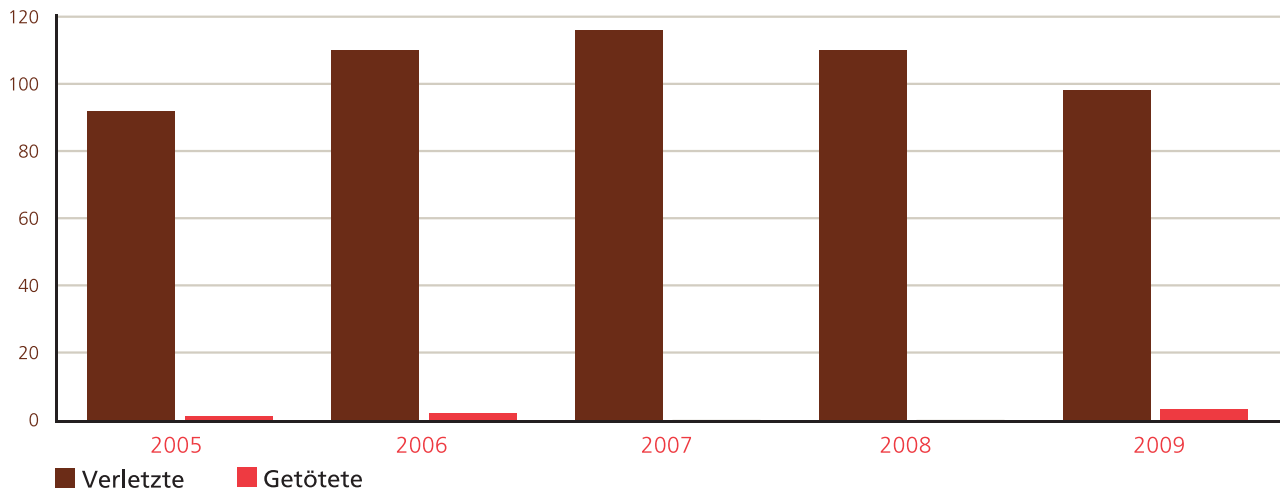
Verkehrsunfälle

	2009	2008	2007
Verkehrsunfälle total	233	221	199
- Verkehrsunfälle mit Sachschaden	145	129	112
- Verkehrsunfälle mit Verletzten	85	92	87
- Verkehrsunfälle mit Toten	3	0	0

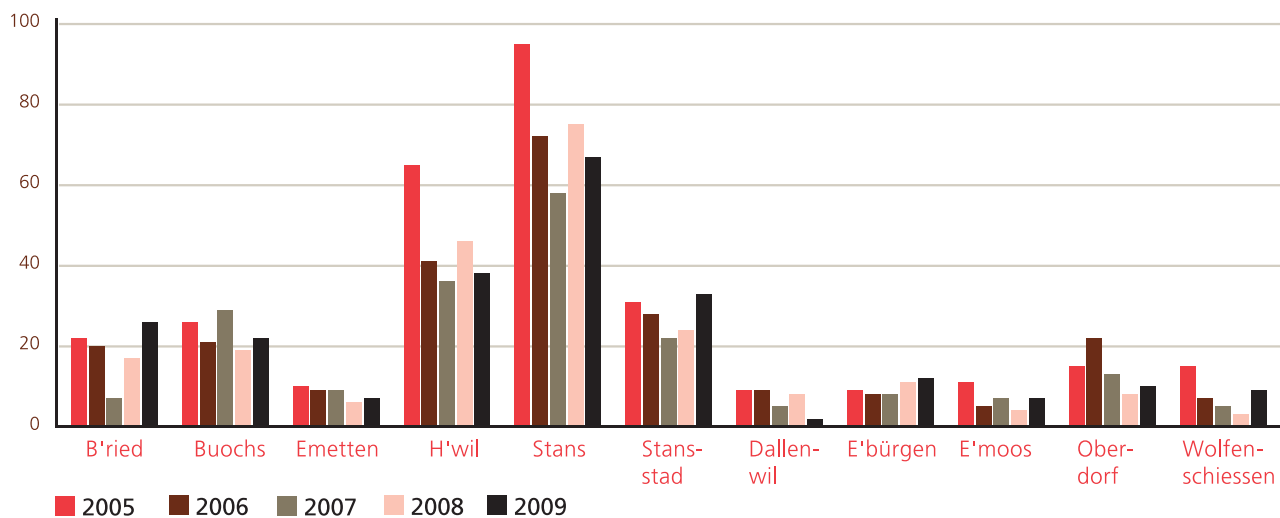


	2009	2008
Sachschaden in Mio.	2.18	2.16
Ort		
- Innerorts	101	94
- Ausserorts	132	127
davon auf Autobahn N2	59	58
davon auf Autobahn N8	1	0

Anzahl beteiligte Personen		2009	2008		2009	2008
Tote Personen	Erwachsene	3	0	Kinder	0	0
- Fahrzeugführer	Erwachsene	1	0	Kinder	0	0
- Mitfahrer	Erwachsene	1	0	Kinder	0	0
- Fussgänger	Erwachsene	1	0	Kinder	0	0
Verletzte Personen	Erwachsene	88	101	Kinder	10	9
- Fahrzeugführer	Erwachsene	75	77	Kinder	6	3
- Mitfahrer	Erwachsene	9	14	Kinder	1	0
- Fussgänger	Erwachsene	4	10	Kinder	3	6



Verkehrsunfälle auf Gemeinden verteilt

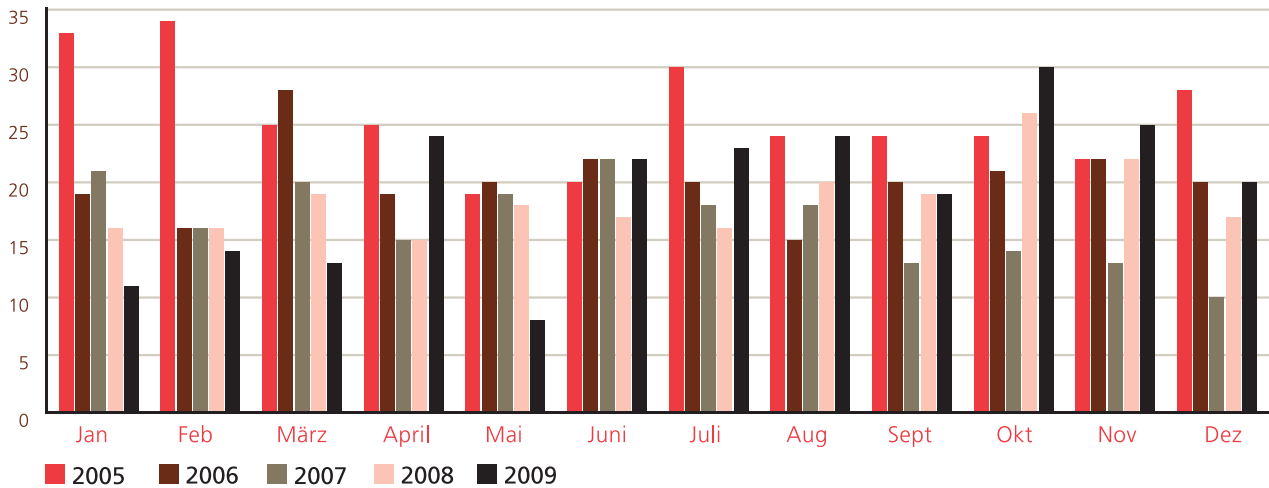


Unfallursachen

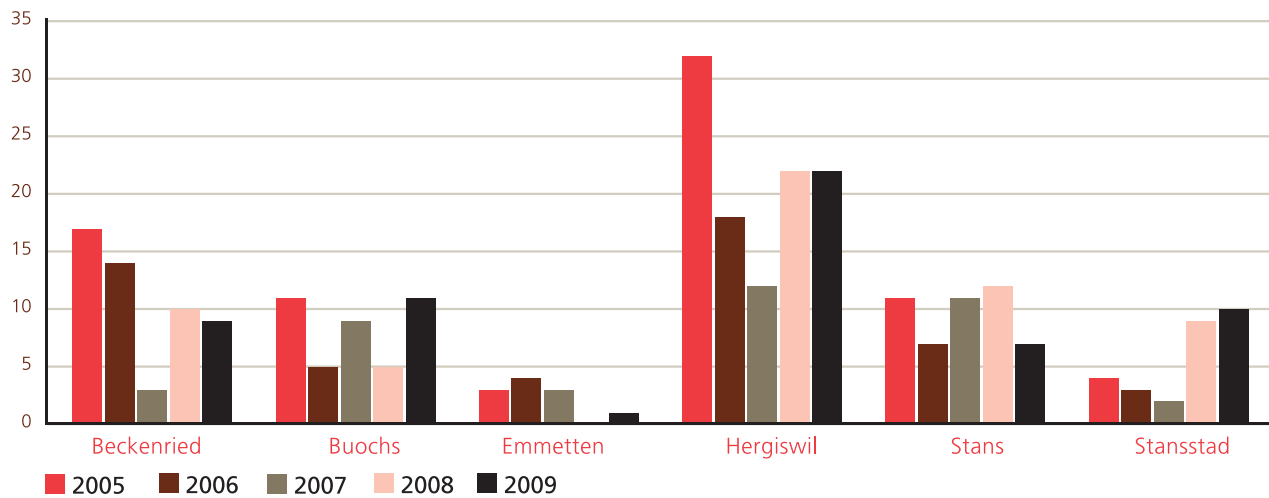
	2009	2008
A Direkter Einfluss des Lenkers oder Fussgängers	211	235
1. Zustand des Lenkers oder Fussgängers	28	46
- Angetrunkenheit	15	26
- Drogen / Medikamente	1	2
- Übermüdung, Einschlafen	8	13
- Andere	4	5
2. Beeinträchtigte Sicht des Lenkers	14	14
3. Nichtbeachten von Zeichengebung oder Signalen	12	12
4. Missachten der Lichtsignale	8	6
5. Mangelhafte Bedienung des Fahrzeuges	21	18
6. Ladung des Fahrzeuges	3	5

7. Unaufmerksamkeit und Ablenkung	125	134
B Äusserer Einfluss	22	23
1. Mangel an der Strassenanlage	2	5
2. Momentaner äusserer Einfluss	13	14
3. Einfluss durch Dritte	7	4
C Mängel am Fahrzeug	6	9
D Verkehrsablauf / Verkehrsregeln	204	162
1. Geschwindigkeit	59	54
- Nichtanpassen an die Strassenverhältnisse	25	23
- Nichtanpassen an die Verkehrsverhältnisse	10	6
- Nichtanpassen an die Sichtverhältnisse	6	3
- Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit	5	6
- Andere	13	16
2. Links-/Rechtsfahren und Einspuren	22	23
3. Überholen	22	13
4. Vortrittsrecht	44	34
- Missachten des Rechtsvortrittes	1	4
- Missachten des Vortrittes mit Signalisation	26	12
- Missachten des Vortrittes beim Linksabbiegen	2	6
- Andere	15	12
5. Andere Fahrbewegungen	33	20
6. Fahrrad- und Motorfahrradverkehr	4	3
7. Fussgänger	3	12
8. Unbekannter Mangel / Einfluss	17	3
Verkehrsunfälle nach Wochentagen	2009	2008
Montag	36	33
Dienstag	34	34
Mittwoch	39	41
Donnerstag	32	31
Freitag	38	30
Samstag	29	27
Sonntag	25	25
Verkehrsunfälle nach Monaten		
Januar	11	16
Februar	14	16
März	13	19
April	24	15
Mai	8	18
Juni	22	17
Juli	23	16
August	24	20
September	19	19
Oktober	30	26
November	25	22
Dezember	20	17

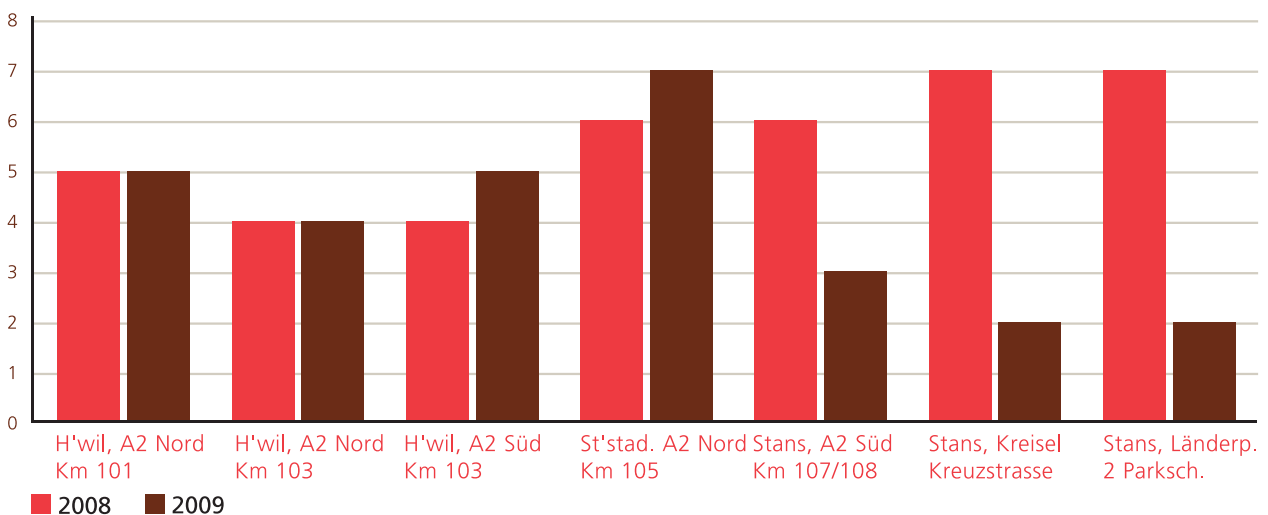
Unfälle nach Monaten



Unfälle A2 / A8



Häufigste Unfallstellen



Kontrollen

A2/A8	2009	2008
Anzahl Kontrollen	257	265
Mannstunden	2 056	2 115
Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	961	938
Mannstunden	4 395	4 221
Sicherheitspolizei A2 und Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	355	331
Mannstunden	7 632	7 553
Schwerverkehr A2 und Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	1 071	936
Mannstunden	5 667	5 992
Kontr. Fahrzeuge	6 142	7 080
Anzahl Übertretungen	753	885
Anteil Übertretungen	12.2 %	12.5 %
Häufigste Übertretungen		
Gewicht	246	293
Geschwindigkeit	36	112
Ruhe- / Lenkzeit	129	86
Überholverbot	3	6
Länge, Breite, Höhe	133	88

Geschwindigkeitskontrollen

Alle Strassen	2009	2008	
Anzahl Kontrollen	931	547	
Einsatzstunden	17 779	8 990	
Gemessene Fahrzeuge	3 195 578	1 808 920	
Anzahl Übertretungen	106 543	36 996	
- davon Ordnungsbussen	104 206	36 106	
- Anz. mit Adm.-Verfahren	2 763	890	
Anteil Übertretungen	3.3 %	2.4 %	
Nach Strassentyp			
Autobahn	Anzahl Kontrollen	763	416
	Einsatzstunden	17 385	8 691
	Übertretungen	98 429	30 505
	- davon Ordnungsbussen	95 765	29 707
	- Anzeigen	2 664	798
Ausserorts	Anzahl Kontrollen	76	49
	Einsatzstunden	184	114
	Übertretungen	4 373	3 038
	- davon Ordnungsbussen	4 322	2 990
	- Anzeigen	51	48

Nach Strassentyp		2009	2008
Innerorts	Anzahl Kontrollen	92	82
	Einsatzstunden	210	187
	Übertretungen	4 271	3 548
	- davon Ordnungsbussen	4 218	3 504
	- Anzeigen	53	44

Verkehrsinstruktion

Verkehrsunterricht		2009	2008
Schulbesuche			
Schulklasse	Anzahl Doppellektionen		
Kindergarten	41	39	
1. Klasse	23	28	
2. Klasse	28	30	
3. Klasse	26	28	
Verkehrsgarten	27	27	
4. Klasse	27	28	
5. Klasse	58	58	
Total	257	238	
Aufwand/Lernstoff			
Kindergarten	½ Tag	Überqueren der Strasse, Gehen auf dem Trottoir	
1. Klasse	Doppellektion	Verhalten als Fussgänger (theoretisch) Repetition Überqueren der Strasse (praktisch)	
2. Klasse	Doppellektion	Inline-Skating/Helm/Fahrradbestandteile	
3. Klasse	Doppellektion / VG	Sichtbarkeit/Signalgruppen/Signale, Verhalten als Radfahrer, Linksabbiegen	
4. Klasse	Doppellektion	Linksabbiegen, Kreisel, Parcours	
5. Klasse	2 Doppellektionen	Vorbereitung zur Veloprüfung, Repe- titionen, Theorieprüfung, Parcours	
Verkehrsgarten			
3. Klasse / Kleinklasse		27	27
Anzahl Schüler		422	459
Veloprüfung			
Absolviert		449	436
Bestanden		443	432
Ohne Fehler		32	32
Schülerpatrouilleure			
Ennetmoos		32	16
Ennetbürgen		8	9
Buochs		19	18
Wolfenschiessen		26	12

Verkehrsunterricht	2009	2008
Nacherziehung		
Anzahl Lektionen	12	11
Anzahl Schüler	121	114

Strassen- und Signalisationstechnik

Projektbearbeitungen	2009	2008
Signalisationen / Markierungen / Baugesuche	276	241
Strassenreklamen	33	33

Hilfeleistungen an Dritte und weitere Kontrolltätigkeiten

Sonder- und Schwertransporte	2009	2008	
Anzahl Begleite	190	242	
Aufwand in Std.	282	362	
Aufwand Km	5 639	8 381	
Alarmer und Aufgebote			
Fehlalarme		Systemumstellung	
- davon kostenpflichtig	104	106	
SMT-Aufgebote Feuerwehr	227	242	
Fahrbewilligungen			
Kehrsitenstrasse	Dauerbewilligung	193	209
	Tagesbewilligung	4 922	4 663
Wiesenbergstrasse	Dauerbewilligung	125	168
	Tagesbewilligung	396	464
Fahrrad Fund/Verlust			
Ausschreibung Verlust	239	192	
Fundfahrräder	162	130	
Rechtshilfesuche			
Anzahl Rechtshilfesuche	3 271	3 180	
Zahlungsverkehr			
Umsatz Inkassobüro	Total Geldverkehr in Fr.	612 483.40	708 454.60
	- Verhöramt Bussendepots	29 654.85	61 890.90
	- Bussendepot SVK	189 570.60	220 141.00
	- Verhöramt Gebühren	40 300.00	46 089.80
Kreditkartenabrechnungen	Gesamtbetrag in Fr.	205 176.75	167 943.15
Ordnungsbussen/Mängellisten			
Ordnungsbussen (ohne Geschwindigkeit)	3 086	2 460	
Mängellisten	268	198	

Seepolizei

Einsätze mit Polizeiboot	2009	2008
Anzahl Einsätze	104	121
Aufwand in Stunden	240	148
Seepolizei-Kontrollen	26	18
Einsätze für Andere, Verwaltung	12	14
Sicherheitsaufträge	6	31
Suche / Bergung / Rettung	13	15
Für Taucheinsätze	0	1
Unfälle auf See	1	2
Sturmwarnung		
Anzahl Einschaltungen		
Vorsichtsmeldung	Nicht mehr erhoben	78
Sturmwarnung	—	1
Einschaltstunden	—	359

3.3.5 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Abteilung Militär

Orientierungstage NW

	2009	2008
	Jahrgang 1990	Jahrgang 1989
Anzahl Stellungspflichtige	261	250

Rekrutierung / Tauglichkeit der Stellungspflichtigen

	2009	2008
	Rekr Zen Windisch	Rekr Zen Nottwil
Diensttauglich	75.98%	71.19%
Dienstuntauglich	24.02%	28.81%

*) Kantone Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Solothurn, Uri

Dienstverschiebungswesen

	2009	2008
Einrückungspflichtige	1 569	1 629
Gesuche eingereicht	612	498
Gesuche abgewiesen	159	113
Bewilligte Gesuche	453	385

Schiesswesen ausser Dienst

	Anzahl Teilnehmer					
	2009		2008		2007	
	NW	National	NW	National	NW	National
Obligatorisches Programm 300/25 m	1 861	126 973	1 987	224 218	1 972	171 503
Feldschiessen - 300 m	815	58 160	843	106 346	870	113 480
Feldschiessen - 25/50 m	327	32 384	407	32 370	297	32 668

Wehrpflichtersatzabgabe: Abschluss Generalausweis

	2009	2008	2007
	in Fr.	in Fr.	in Fr.
Bruttoertrag Wehrpflichtersatzabgabe	1 040 141.95	969 257.00	947 198.75
Rückerstattungen inf. Dienstnachholung	68 592.55	31 329.50	26 721.65
Verzugszinsen	3 057.40	3 635.45	2 363.35
Rückzahlungszinsen	786.10	531.90	734.80
Vergütungszinsen	23.30	13.45	9.55
Rohertrag nach Abzug der Rückerstattungen	971 549.40	937 927.50	920 477.10
20 % Bezugsprovision für den Kanton Nidwalden	158 813.55	149 027.65	156 426.10
Dem Bund abgeliefert (80 %)	635 254.30	596 110.50	625 704.40

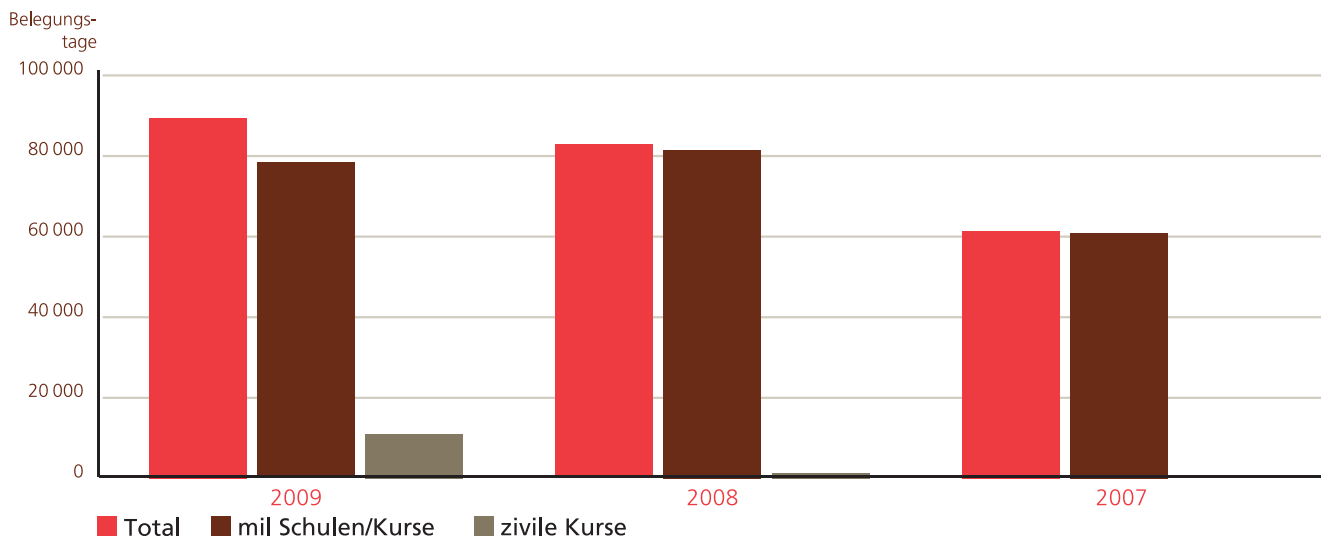
Zeughaus / Logistik

	2009		2008	
	Retablierungsstelle	Vorortlager	Retablierungsstelle	Vorortlager
Anzahl Kundenkontakte	3 846		3 975	
Stundenaufwand		3 879.74		2 295.96

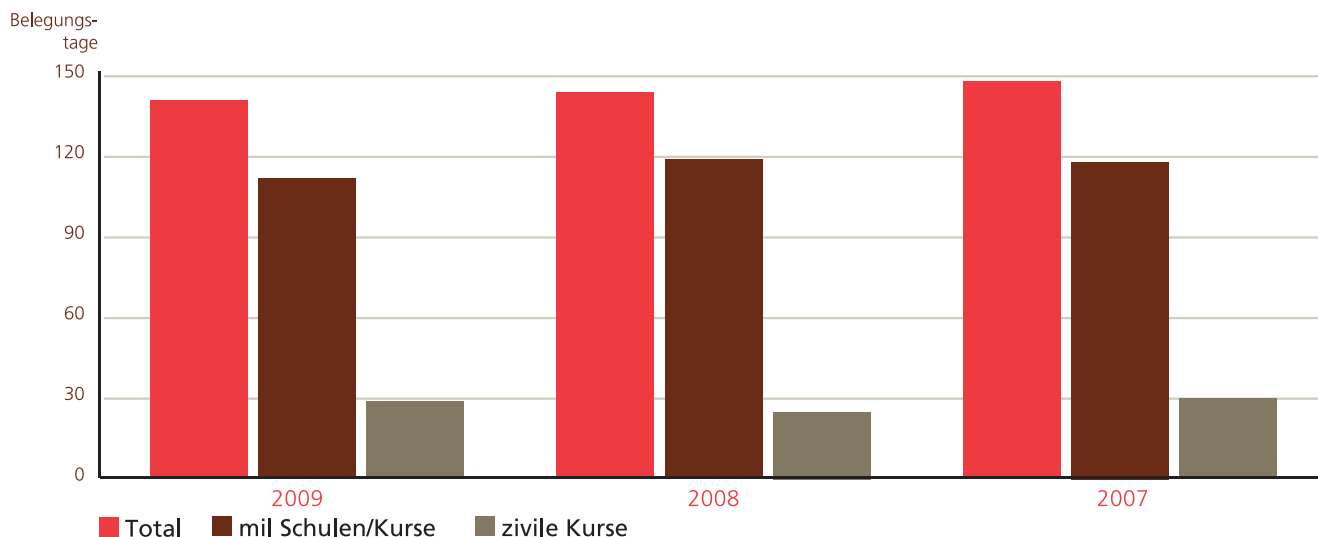
Waffenplatz

	2009	2008	2007
1. Waffenplatz			
Belegungstage militärischer Schulen/Kurse	78 397	81 514	60 846
Belegungstage ziviler Kurse	11 025	1 347	496
Total Belegungstage	89 422	82 861	61 342
2. Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappiried			
Belegungstage militärischer Schulen/Kurse	112	119	118
Belegungstage übriger Kurse	29	25	30
Total Belegungstage	141	144	148
Anzahl verschossene Patronen	723 600	529 400	687 512
3. Schiesskino			
Anzahl abgegebene Schüsse	4 028	8 635	95 170

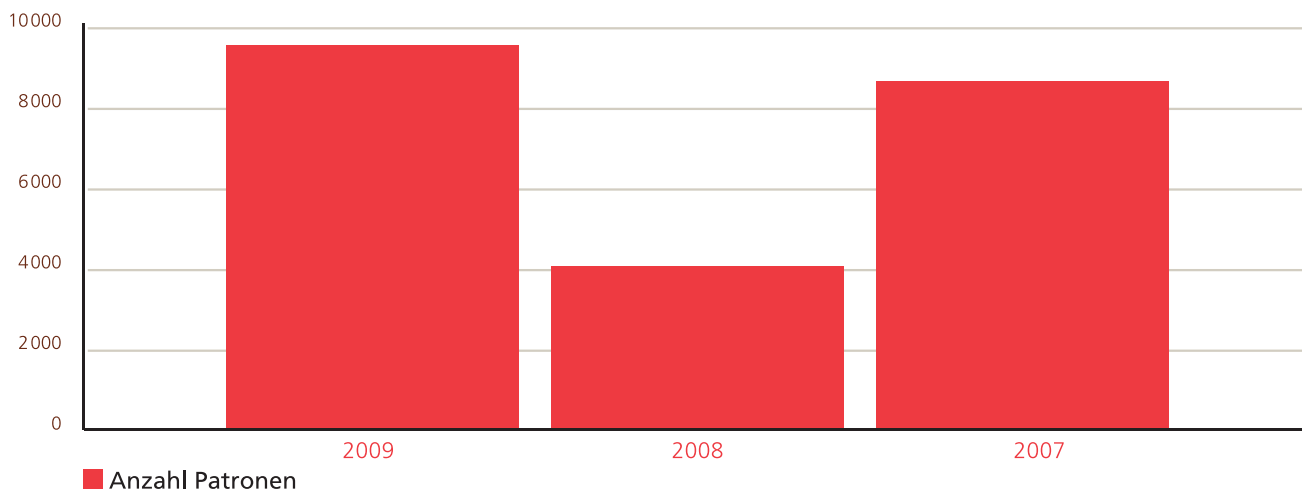
Belegungen Waffenplatz (Kaserne / Kursgebäude)



Belegung Schiessplatz Gnappiried



Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappiried



Abteilung Zivilschutz

Ausbildung

Dienstanlässe	2009		2008	
	Teilnehmer	Dienstage	Teilnehmer	Dienstage
Bundeskurse	37	117	41	149
Ausserkantonale Kurse	57	384	49	413
Kantonale Kurse (inkl. ZSO)	857	2307	1356	2590
Sicherheitspolitische Kurse	112	150	99	142
Gesamttotal	1063	2958	1545	3294

Einsätze

Einsätze	ZSO	2009		2008	
		Teilnehmer	Dienstage	Teilnehmer	Dienstage
Heimeinsätze 07 / 08	Nidwalden	0	0	72	238
Kulturgüterschutz (KGS)	Nidwalden	10	36	30	51
Insieme 08 / 09	Nidwalden	27	169	26	161
Junioren Kanu-WM	Nidwalden	58	218	0	0
Einsatz Felssturz Kehrsiten	Nidwalden	52	89	0	0
Schweiz. Blaskapellen-Treffen	Nidwalden	—	—	19	31
Gesamttotal		147	512	147	481

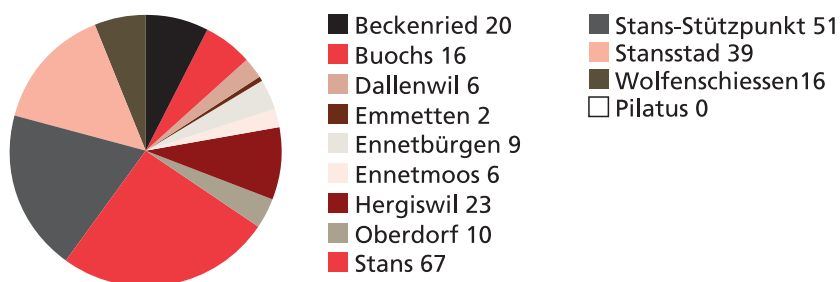
3.3.6 Feuerwehrinspektorat

Gesamtbestand Feuerwehren

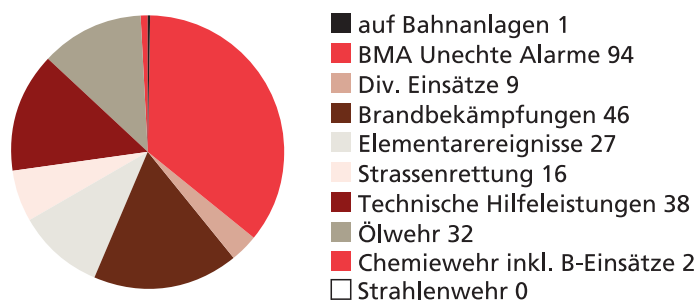
Dienstanlässe	2009	2008
Gemeindefeuerwehren	908 AdF	917
Betriebsfeuerwehren	45 AdF	48
Offiziere	138	133
Unteroffiziere	162	149

Einsätze

Prozentualer Anteil an Einsätzen der verschiedenen Feuerwehren



Prozentualer Anteil nach Ereignisarten



3.4 Bildungsdirektion

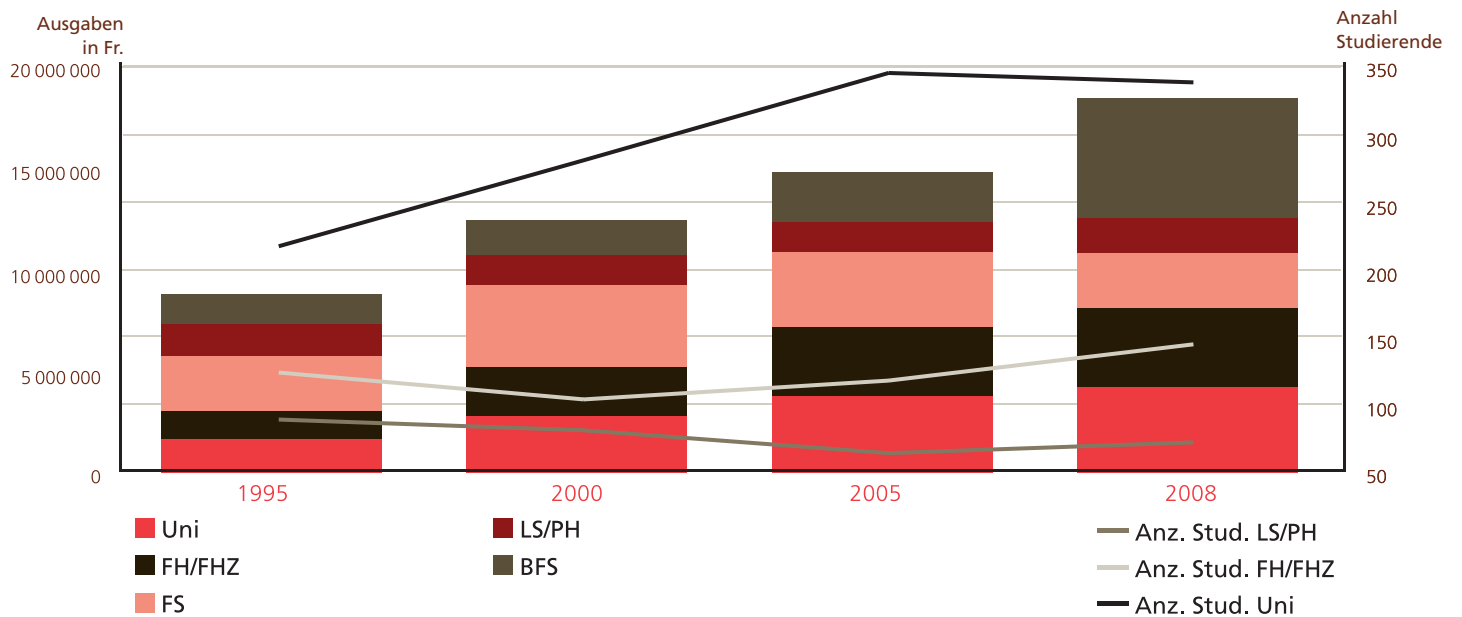
3.4.1 Direktionssekretariat

Universitäten: Anzahl Studierende aus Nidwalden

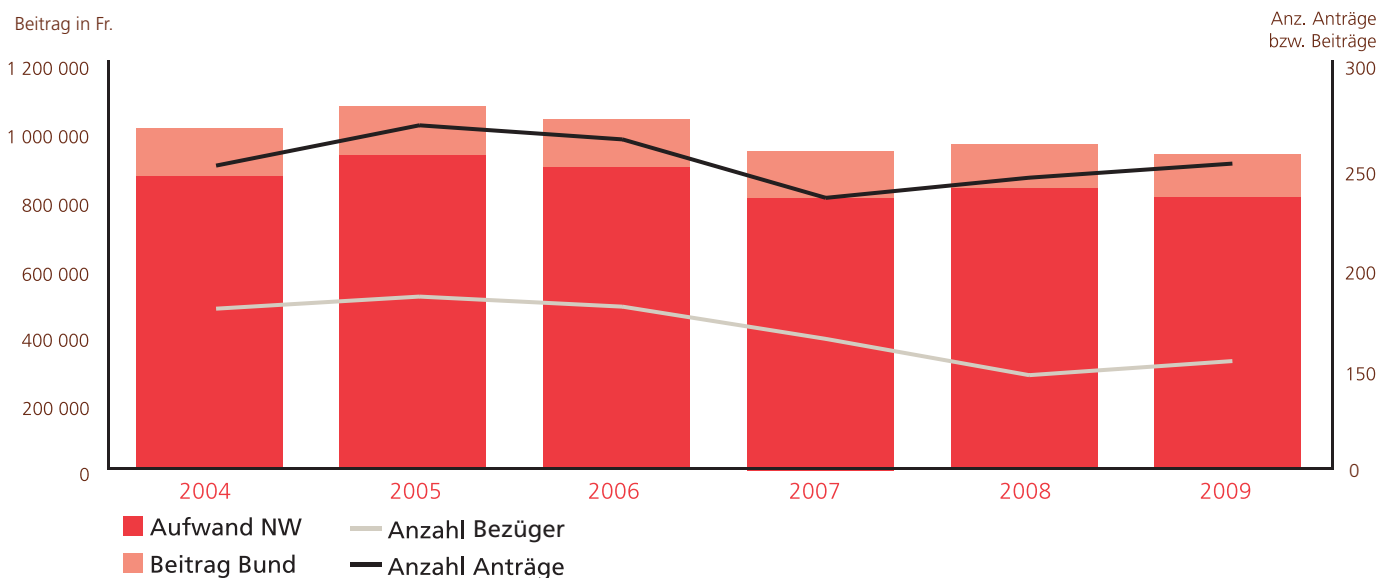
	03/04	04/05	05/06	06/07	07/08	08/09
Universitäten	332	337	346	355	343	339
ETHZ/EPFL *	64	66	70	68	82	73
Total	396	403	416	423	425	412

* Die ETH wird vom Bund finanziert, d.h. wir leisten keine direkten finanziellen Beiträge.

Ausgaben für ausserkantonale Bildung und Entwicklung der Anzahl Lernenden



Ausbildungsbeiträge: Stipendien



3.4.2 Amt für Volksschulen und Sport

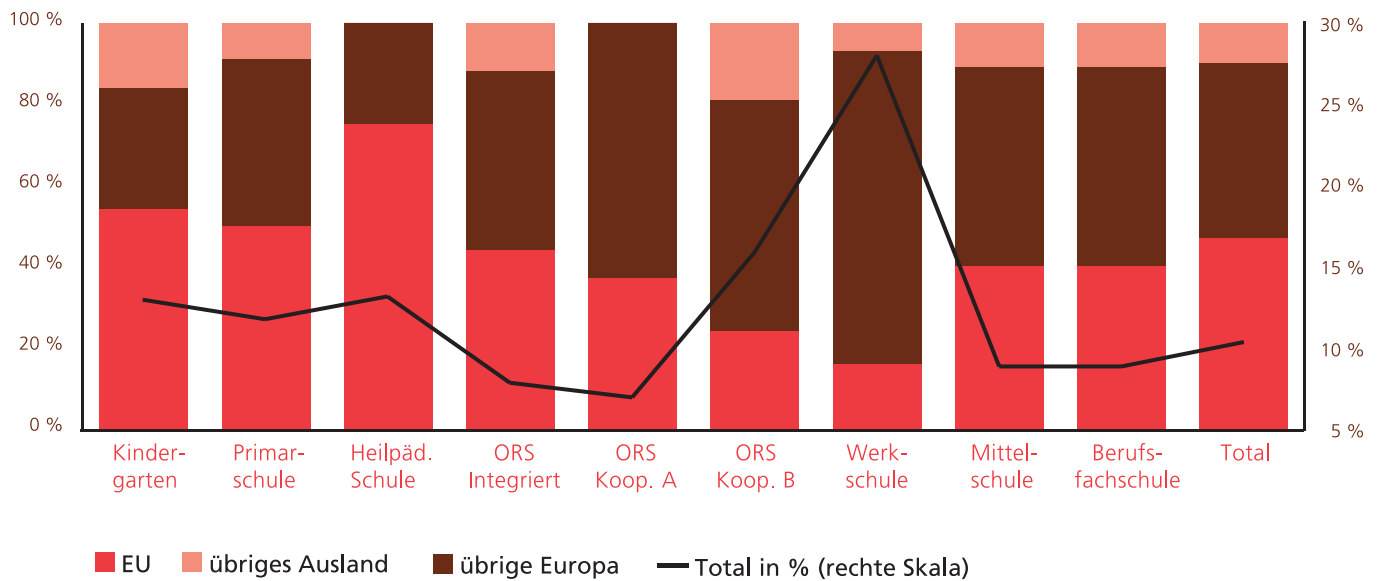
Schülerzahlen der Volksschulen nach Schulgemeinden, Klassen und Stufen

	Beckenried	Buochs	Dallenwil	Emmeten	Ennetbürgen	Ennetmoos	Hergiswil	Oberdorf	Stans	Stansstad	Wolfenschiessen	Montessori (privat)	Total
Kindergarten / Grundstufe													
Kindergarten	56	89	44	15	63	39		74	133	51	42	9	615
Anzahl Abteilungen	3	5	2	1	4	2		4	8	4	2	1	34
Abteilungsgrösse	18.7	17.8	22.0	15.0	15.8	19.5		18.5	16.6	12.8	21.0	9	17.8
Grundstufe							122						122
Anzahl Abteilungen							6						6
Abteilungsgrösse							20.3						20.3
Primarschule													
1	31	59	22	10	33	20	34	36	84	24	22		375
2	32	57	21	5	49	24	36	34	82	39	20		399
3	33	65	19	5	36	20	34	33	86	37	38		406
4	40	50	30	9	44	30	39	42	97	33	24		438
5	34	59	25	10	34	27	42	40	105	34	30		440
6	36	64	27	10	35	24	49	36	102	44	25		452
Primarschule Total	206	354	144	49	231	145	234	221	556	211	159		2 510
Anzahl Abteilungen	12	20	9	3	14	9	16	12	30	13	9		147
Abteilungsgrösse	17.2	17.7	16.0	16.3	16.5	16.1	14.6	18.4	18.5	16.2	17.7		17.1

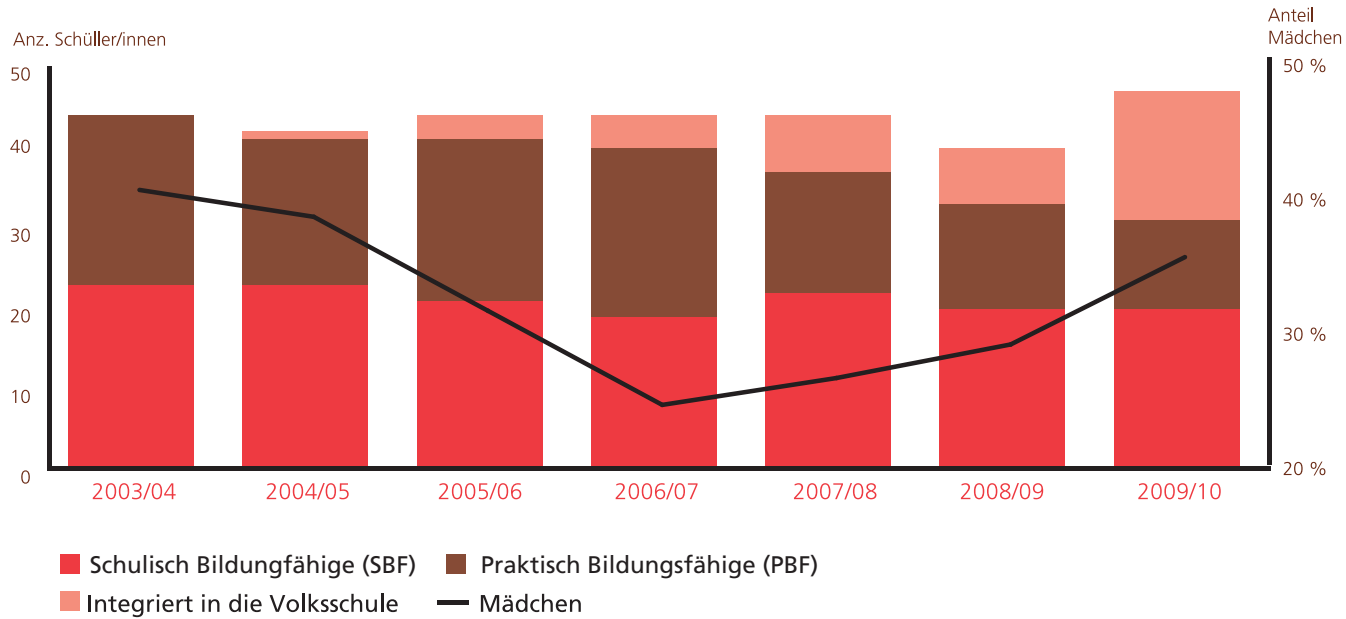
	Beckenried	Buochs	Dallenwil	Emmeten	Ennetbürgen	Ennetmoos	Hergiswil	Oberdorf	Stans	Stansstad	Wolfenschiessen	Montessori (privat)	Total					
Orientierungsschule																		
Kernklasse	i*	A	B		i	i		A	B	i	i	A	B	A	B			
1	34				9	32				28	83							364
2	23				8	26				32	82		9					330
3	23				11	26				38	99		9					370
ORS Total	80	161			28	84				119	98	264	90	140				1 064
Anzahl Abteilungen	4	11			2	6				8	6	14	6	7				64
Abteilungsgrösse	20.0	14.6			14.0	14.0				14.9	16.3	18.9	15.0	20.0				16.6
Werksschule																		
1			8								10							18
2			2								11							13
3			8								9							17
Werksschule Total			18								30							48
Anzahl Abteilungen			2								3							5.0
Abteilungsgrösse			9.0								10.0							9.6

* i: Integrierte Orientierungsschule

Ausländische Schülerinnen und Schüler nach Schultyp und Herkunft



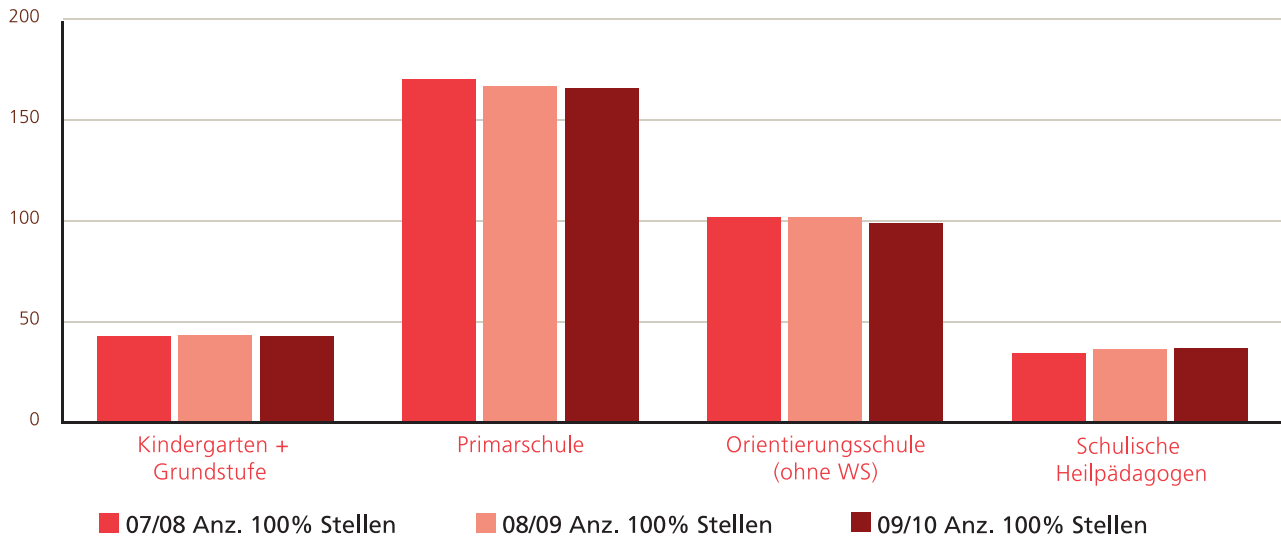
Heilpädagogische Schule. Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen



Lehrpersonen der Gemeindeschulen. Anzahl und Pensen

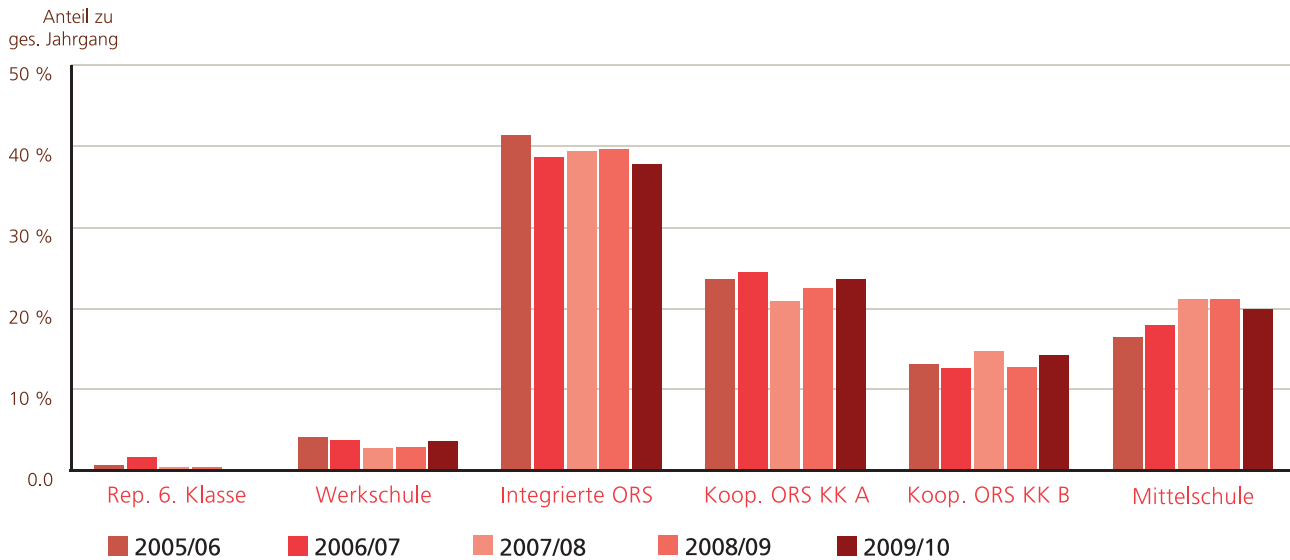
	2007/2008		2008/2009		2009/2010	
	Anz. Personen	Anz. 100 % Stellen	Anz. Personen	Anz. 100 % Stellen	Anz. Personen	Anz. 100 % Stellen
Kindergarten + Grundstufe	59	43	63	44	63	43
Primarschule	262	170	242	167	235	166
Orientierungsschule (ohne WS)	160	102	142	102	142	99
Schulische Heilpädagogen	53	34	60	36	59	37
Total	534	349	507	349	499	344

Pensenenentwicklung der Gemeindeschulen



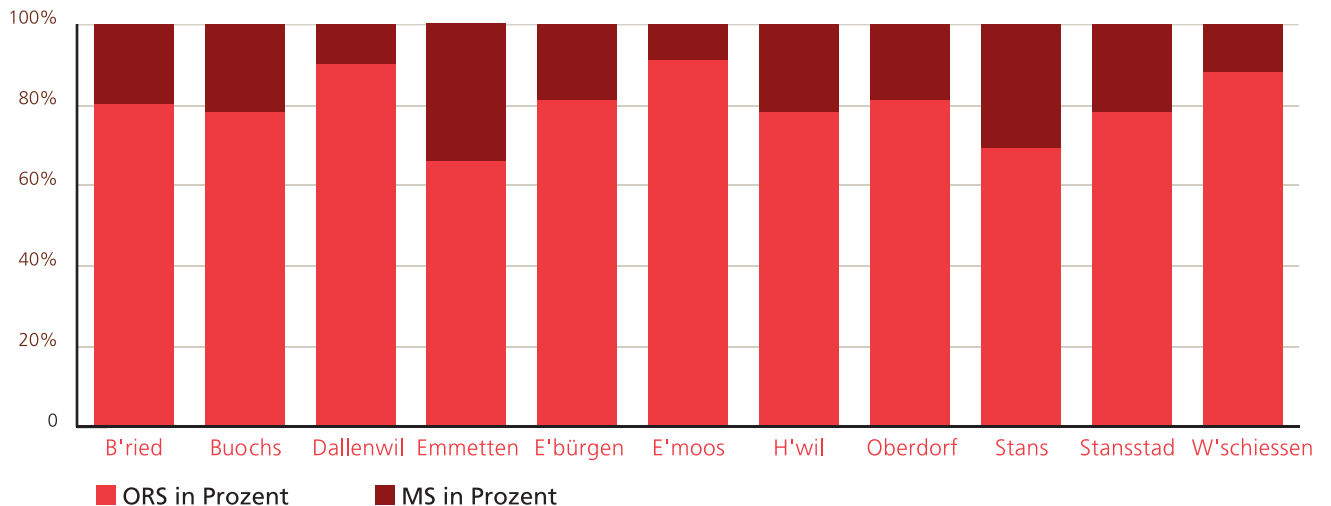
Übertritt Primarstufe - Sekundarstufe I

Schulbesuch der Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse des Vorjahres



Sekundarstufe I. Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach Schultyp und Gemeinde

Vergleich 1. - 3. Klasse ORS inkl. Werkschule und Mittelschule

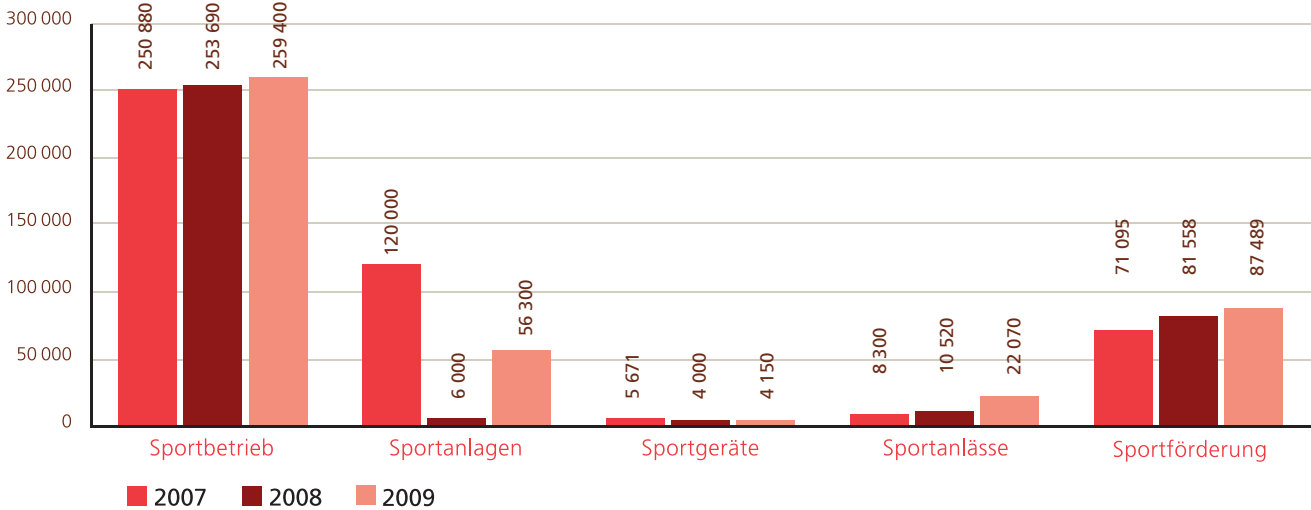


Jugend + Sport

	J+S-Jugendausbildung			Bundesbeiträge (in Fr.)		
	Anzahl Kurse	Anzahl Jugendliche	Anzahl Leiter	J+S-Kurspauschalen	Coach-Entschädigung	Total Auszahlungen
2004	299	4 426	1 033	304 794	20 326	325 120
2005	289	4 199	963	282 702	20 442	303 144
2006	297	4 094	954	293 061	25 292	318 353
2007	314	4 387	977	316 605	27 459	344 064
2008	297	3 939	1 085	291 606	24 782	316 388
2009	289	3 605	1 144	273 951	25 126	299 077

Sportfonds

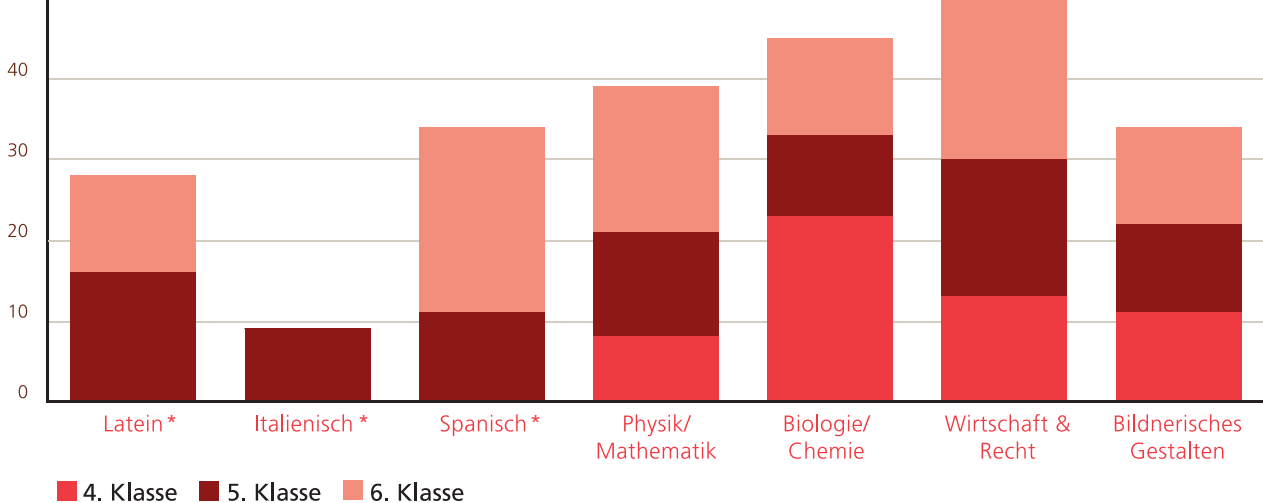
in Franken



3.4.3 Amt für Berufsbildung und Mittelschule

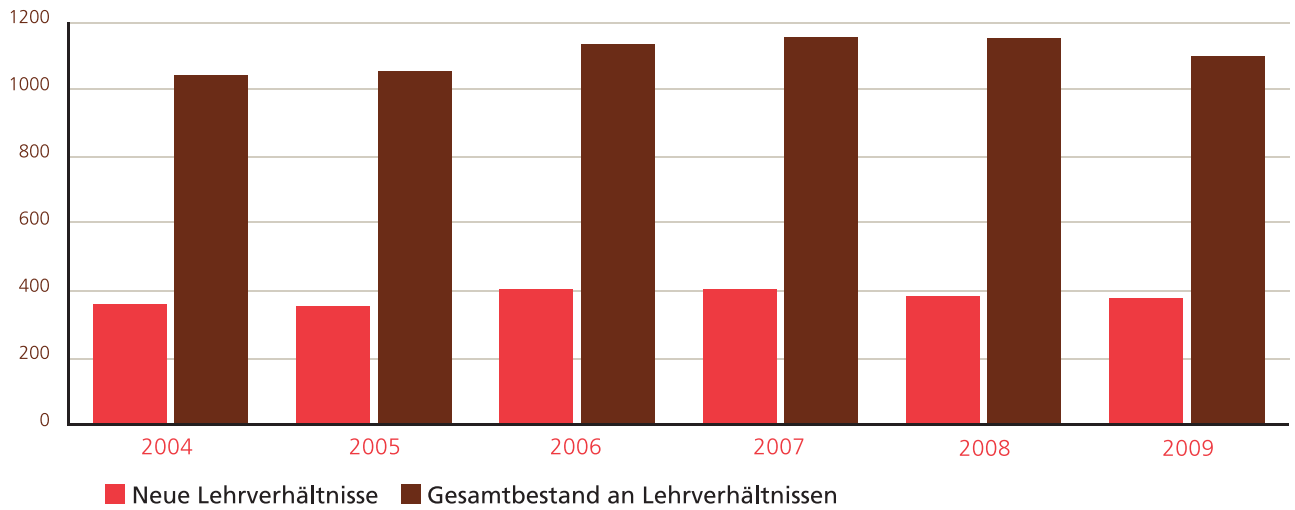
Mittelschule: Verteilung Schwerpunktfächer

Anz. Schüler

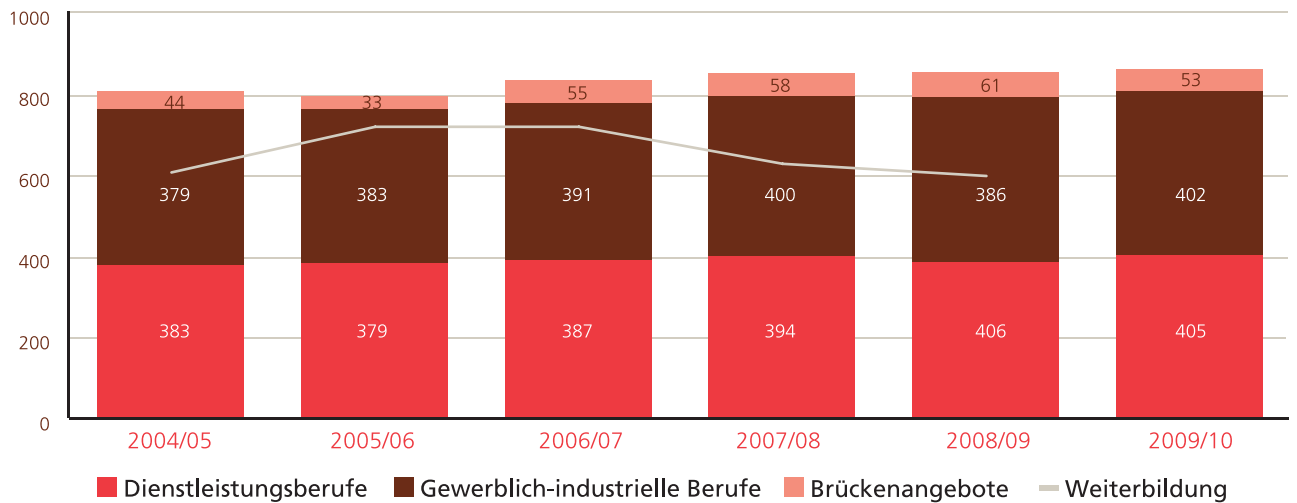


* Die Sprachfächer werden erst ab der 5. Klasse geführt.

Lehraufsicht: Lehrverhältnisse

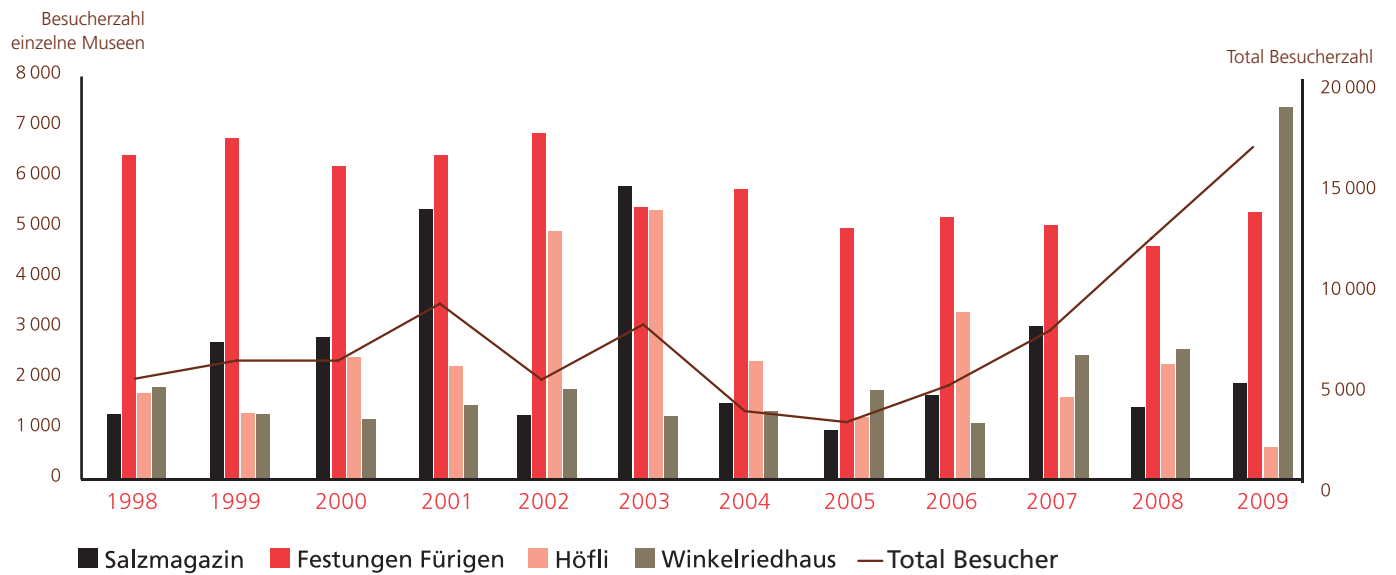


Berufsfachschule. Anteil Lernende nach Abteilungen

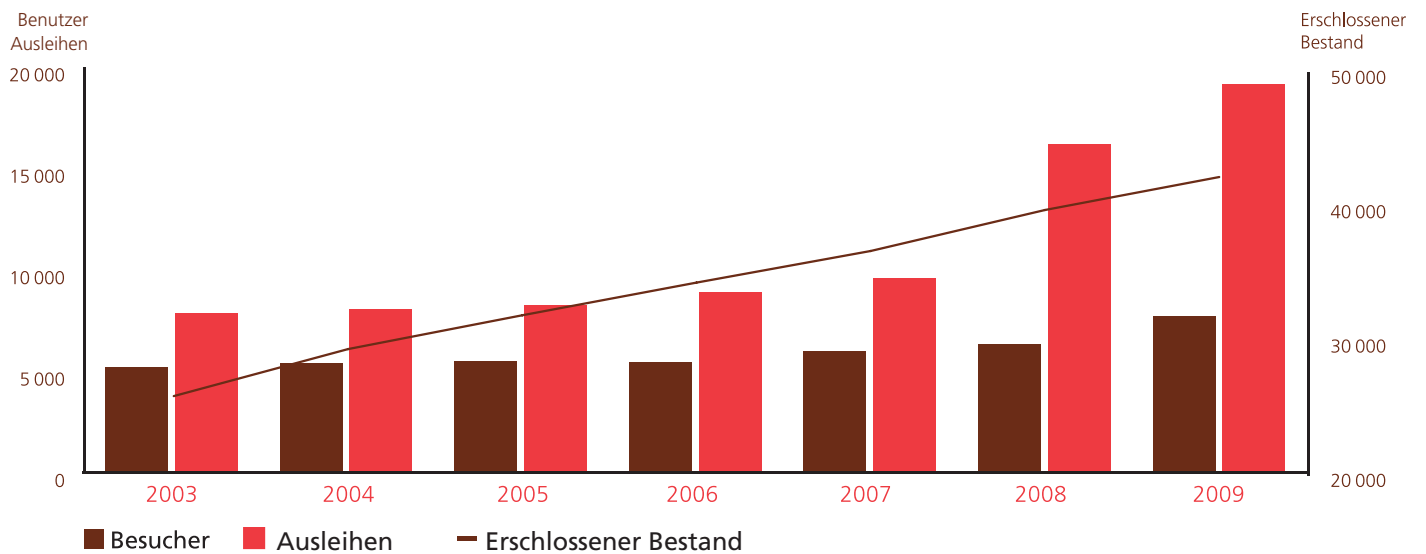


3.4.4 Amt für Kultur

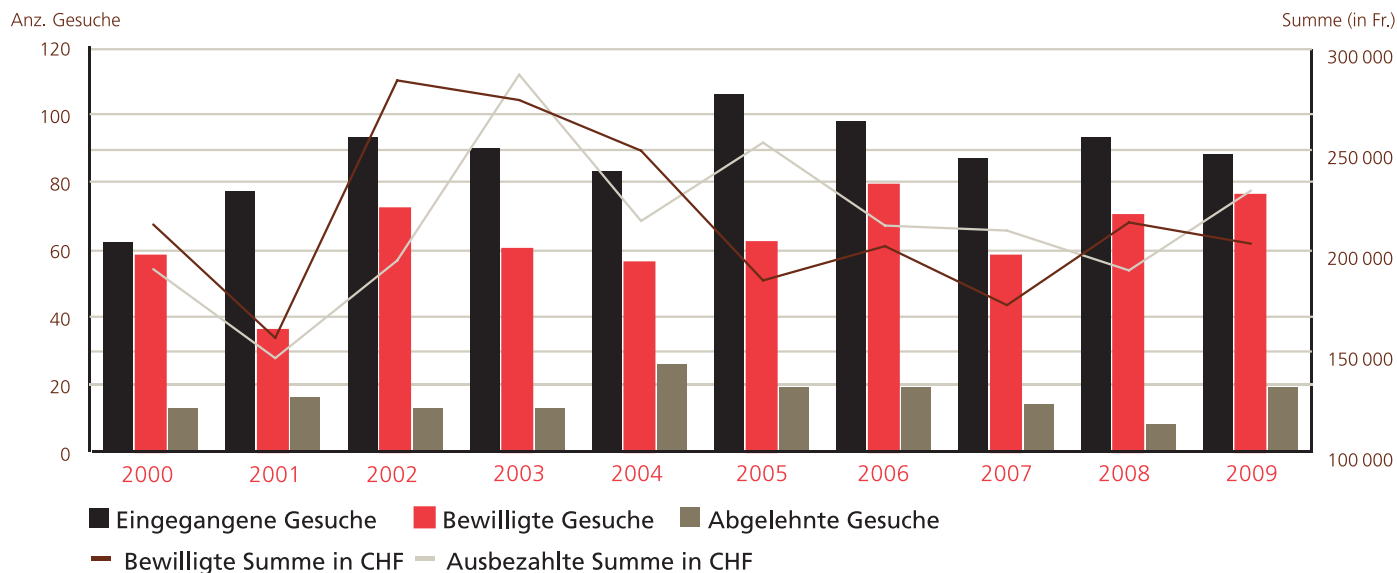
Museum: Besucherinnen und Besucher



Kantonsbibliothek



Kulturförderung



Fachstelle für Denkmalpflege

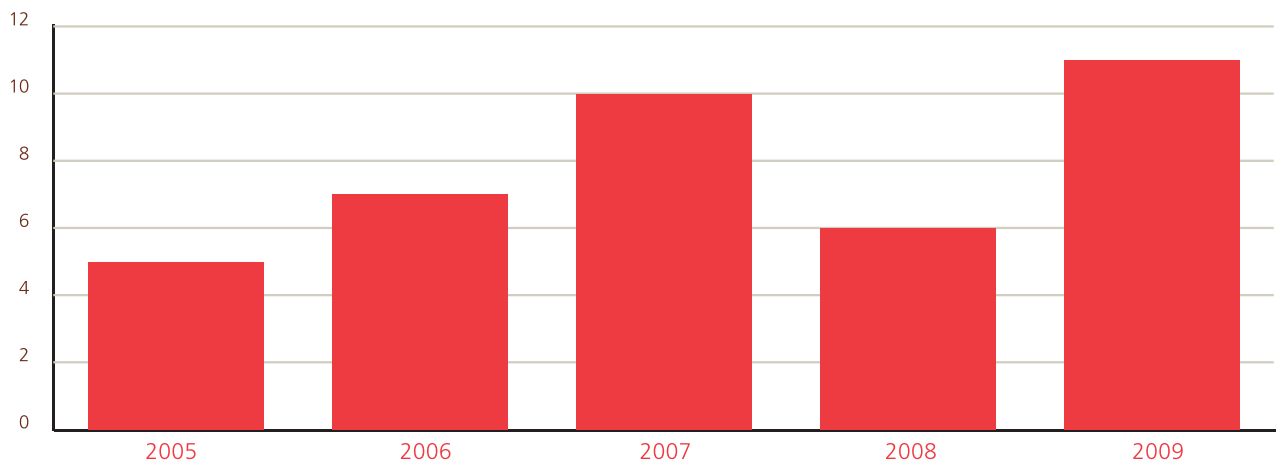
	2007	2008	2009
Regierungsratsgeschäfte im Bereich Schutzobjekte	1	10	18
Stellungnahmen Ortsbildschutz	45*	62	68
Abgeschlossene Restaurierungen	8	7	13
beantragte Summe (in Fr.)	180 000	210 000	720 000
ausbezahlte Summe (in Fr.)	580 000	500 000	580 000
Beiträge Bund (in Fr.)	240 000	130 000	50 000
Öffentliche Veranstaltungen	1	3	5
Einsitz Wettbewerbjuries	0	0	1

* Schätzung

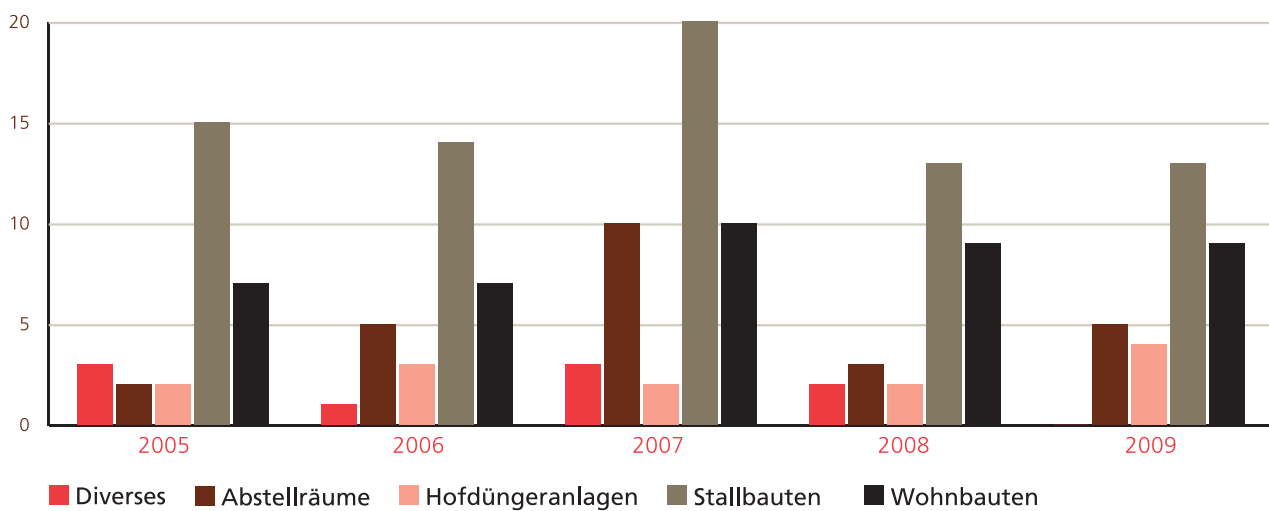
3.5 Landwirtschafts- und Umweltdirektion

3.5.1 Amt für Landwirtschaft

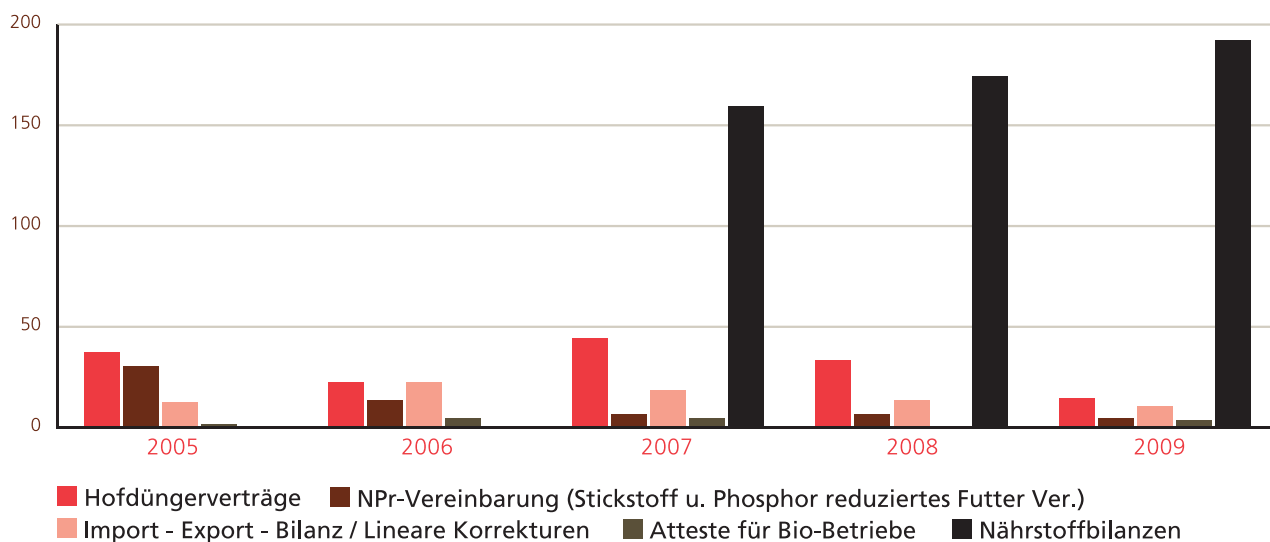
Bewilligung von landwirtschaftlichen Grundpfandrechten



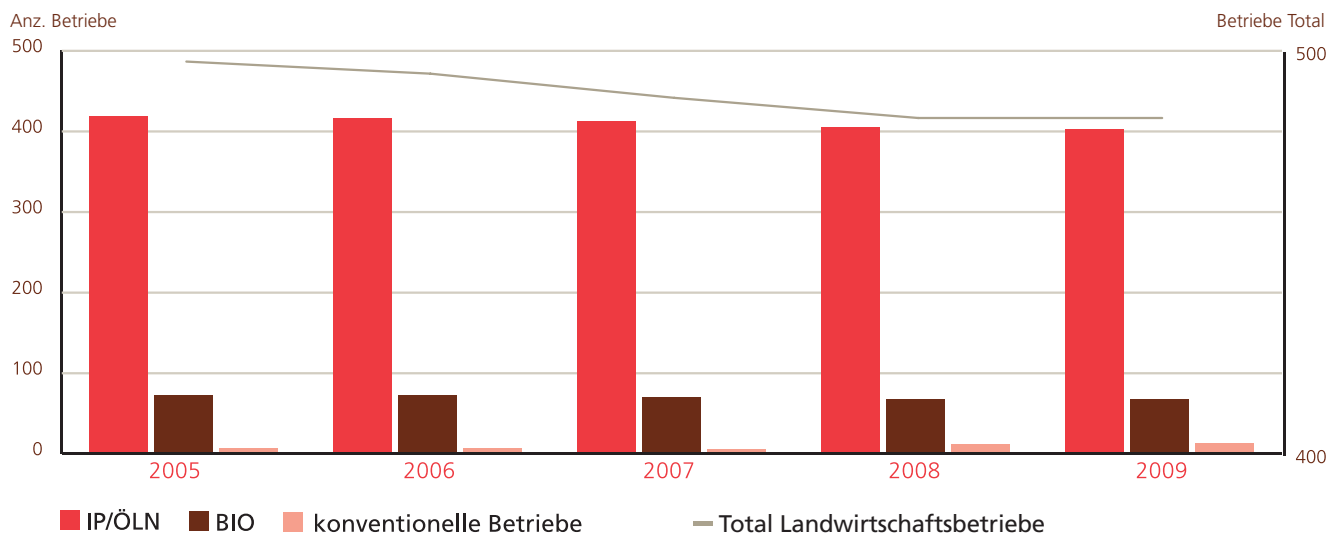
Baulicher Gewässerschutz: Anzahl Baubewilligungen



Stofflicher Gewässerschutz: Anzahl Berechnungen



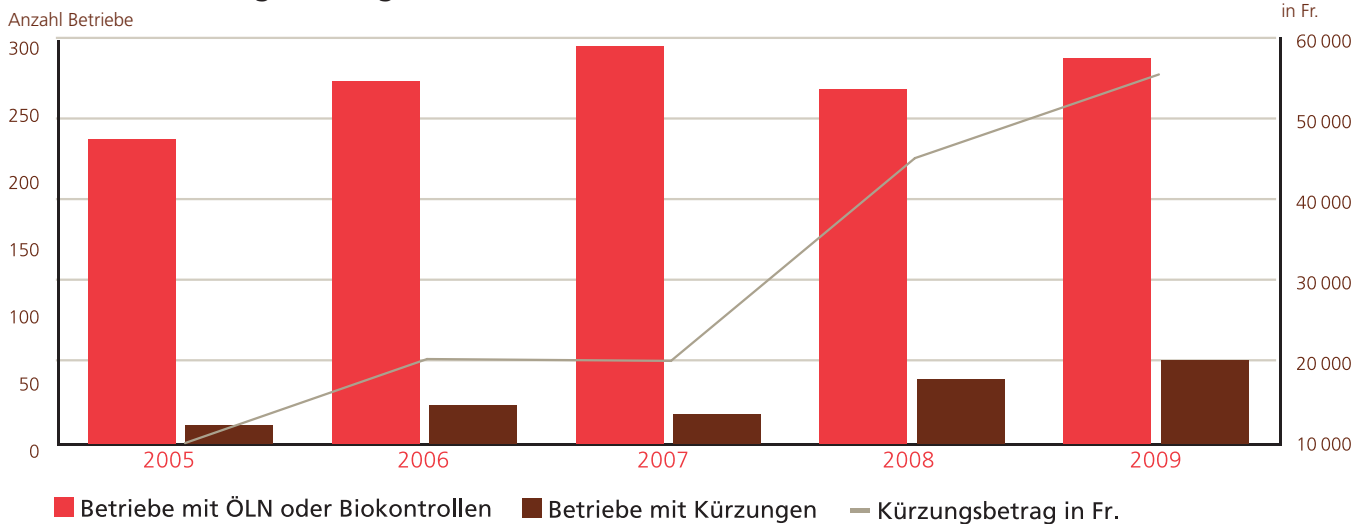
Anzahl Landwirtschaftsbetriebe



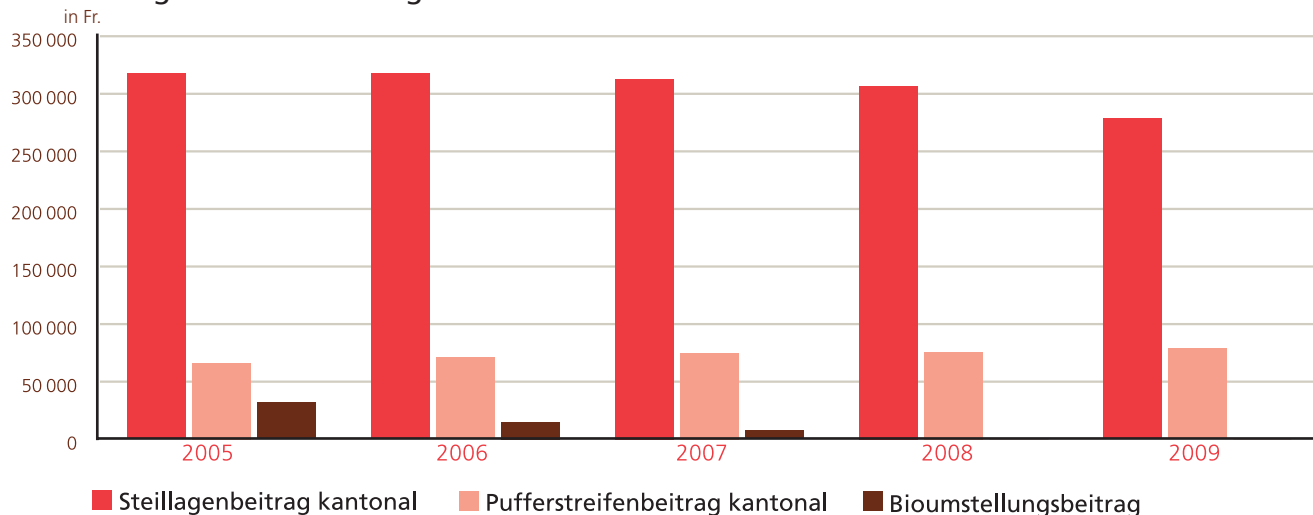
Entwicklung Direktzahlungen

	2005 (in Fr.)	2006 (in Fr.)	2007 (in Fr.)	2008 (in Fr.)	2009 (in Fr.)
Flächenbeitrag	7 322 857	7 298 710	6 983 671	6 515 014	6 273 566
Erschwerte Tierhaltung	3 736 995	3 716 004	3 696 533	3 684 143	4 264 620
Raufutter-Verzehrer-Beitrag	2 167 515	2 241 325	3 319 230	3 249 006	4 154 710
Hangbeiträge	1 733 400	1 722 782	1 714 723	1 680 913	1 511 687
Oekologischer Ausgleich	744 495	739 958	748 009	727 047	728 615
Bes. tierfreund. Stallhaltung	324 130	343 773	356 218	378 782	401 867
Regelmässiger Auslauf	861 771	895 536	906 883	940 950	957 706
ÖQV-Beiträge	517 885	526 635	521 835	848 552	912 067
NHG-Beiträge	420 559	439 096	431 455	439 582	436 265
Sömmerungsbeiträge	1 322 525	1 293 276	1 289 797	1 294 625	1 418 264
Biolandbau	202 360	199 960	198 245	188 859	189 582

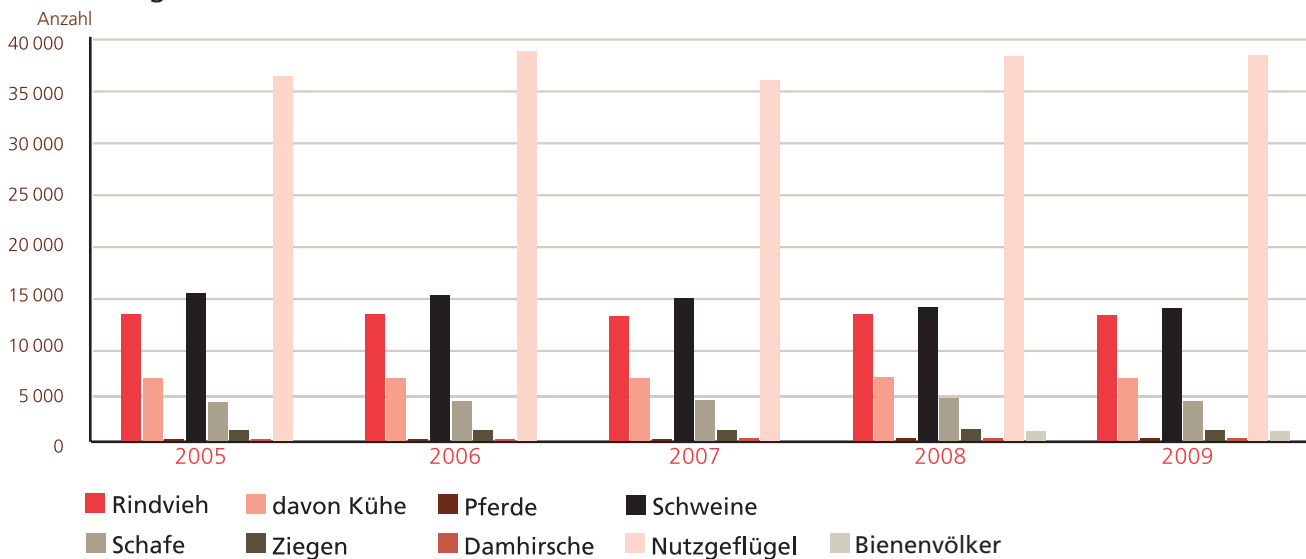
Kontrollen und Beitragskürzungen



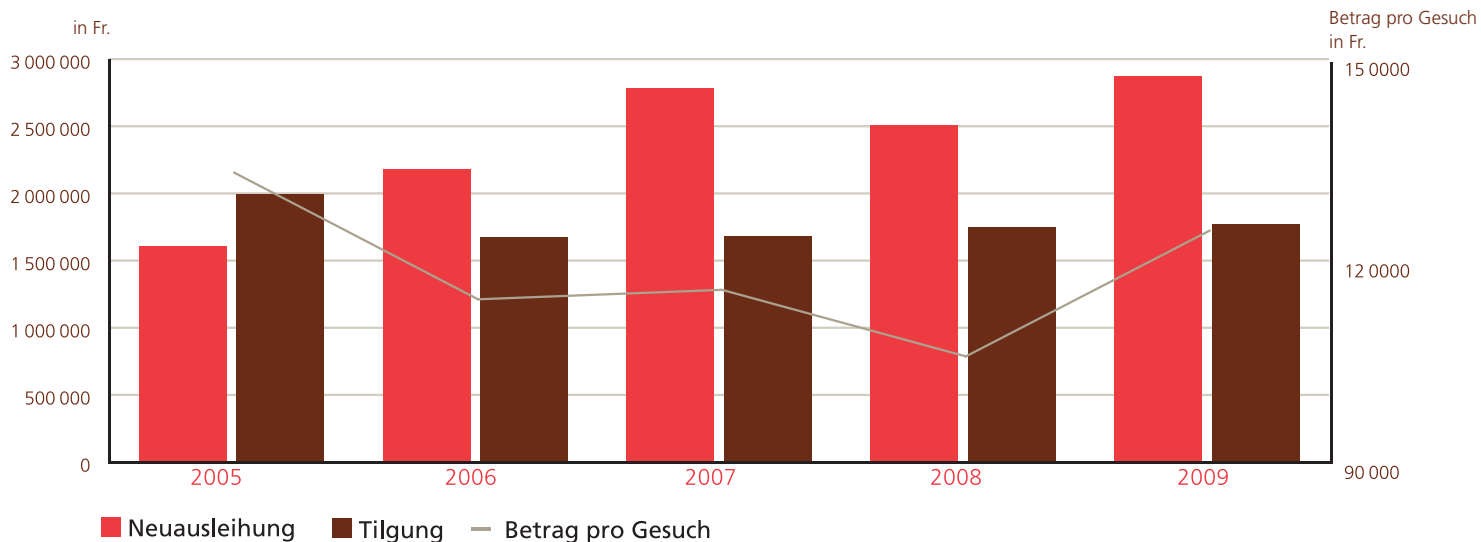
Entwicklung Kantonale Beiträge



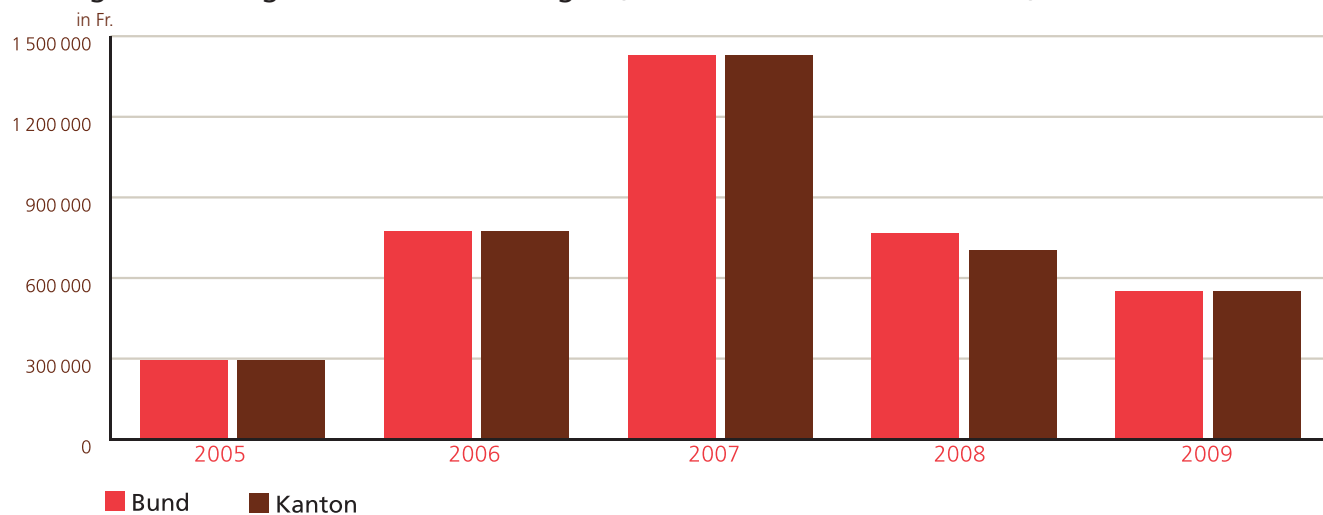
Viehzählung



Investitionskredite (ohne Betriebshilfe) - Neuausleihung und Tilgung



Beitragszusicherung Strukturverbesserungen (ohne Rahmenkredit Unwetter)



Gewährte Investitionskredite 2009

	Anzahl	Ø Kredit in Fr.	Kredite Total in Fr.	Anteil in %
Wohngebäude	9	162 329	1 460 964	51
Ökonomiegebäude	5	138 060	690 300	24
Baukredit	0	0	0	0
Tiefbaumassnahmen	3	36 000	108 000	4
Starthilfe	3	126 667	380 000	13
Diversifizierung	3	77 533	232 600	8
Total	23	124 864	2 871 864	100

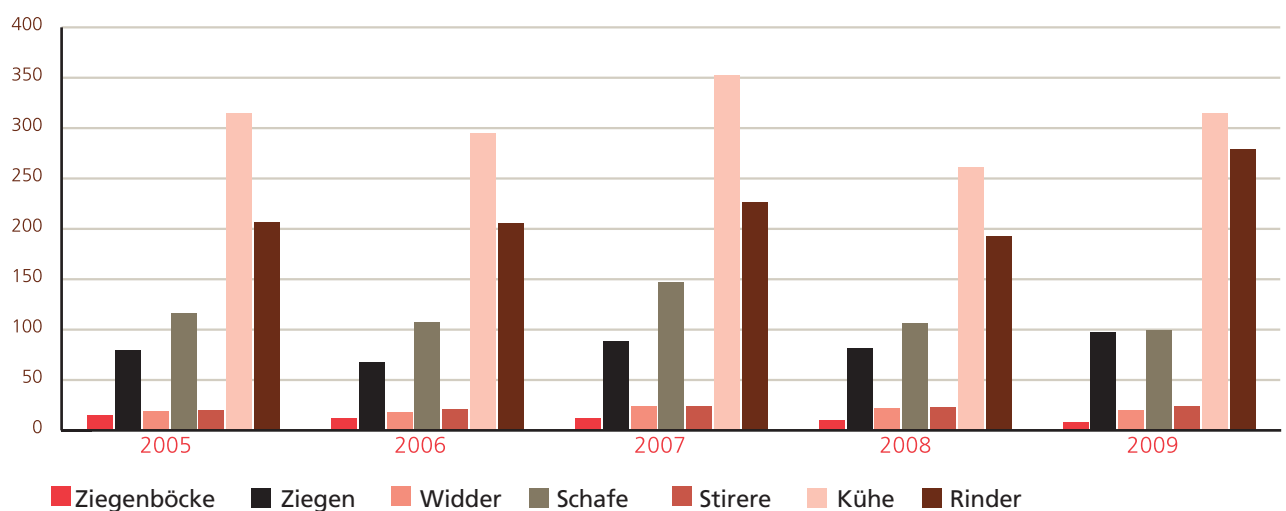
Gewährte Betriebshilfekredite

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Neuausleihung	300 000	350 000	—	—	132 000
Tilgung	138 600	163 600	176 100	176 350	167 550
Betrag pro Gesuch	150 000	116 667	—	—	66 000

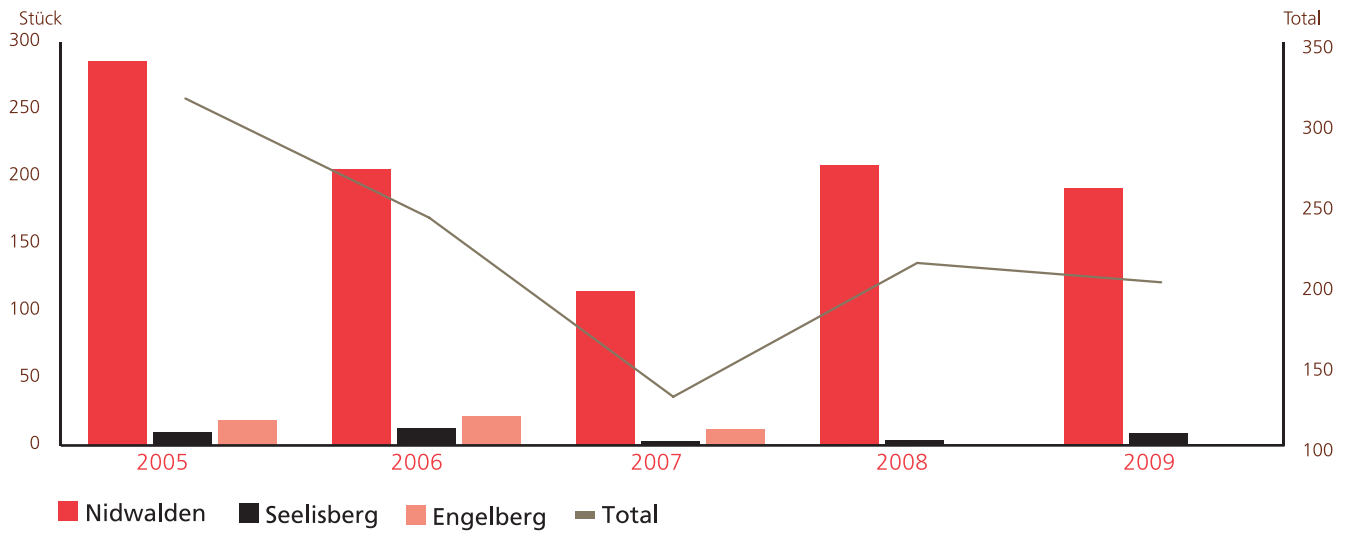
Beitragszusicherungen Wohnbausanierungen WS

	erfolgte Zusicherungen			
	Kredit Bund	Bund	Kanton	Total
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
2005	132 000	132 000	528 000	660 000
2006		96 000	484 000	580 000
2007		102 000	408 000	510 000
2008		0	320 000	320 000
2009		0	726 990	726 990

Auffuhrzahlen Klein- und Grossviehschauen



Umsatz Schlachtviehmarkt in Stück



Gruppenberatung/Weiterbildung

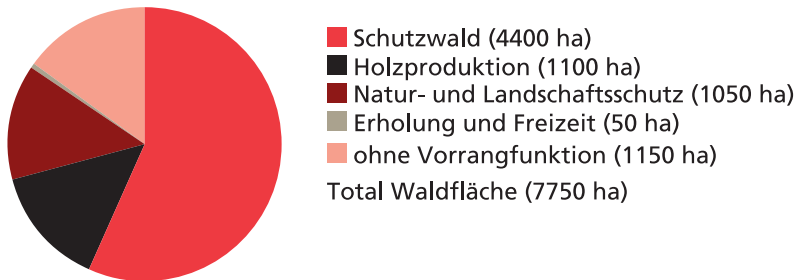
Anbieter	Anzahl Themen			Anzahl Halbtage			Anzahl Teilnehmer aus NW		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Amt für Landwirtschaft NW	11	14	12	14	18	13	337	436	325
Zusammenarbeit Beratungs- dienste Zentralschweiz	37	46	51	140	121	164	90	34	239
Bäuerliche Organisationen	21	11	19	55	12	22	409	202	399
Total	73	71	82	209	151	199	836	672	963

Geleistete Landdiensttage

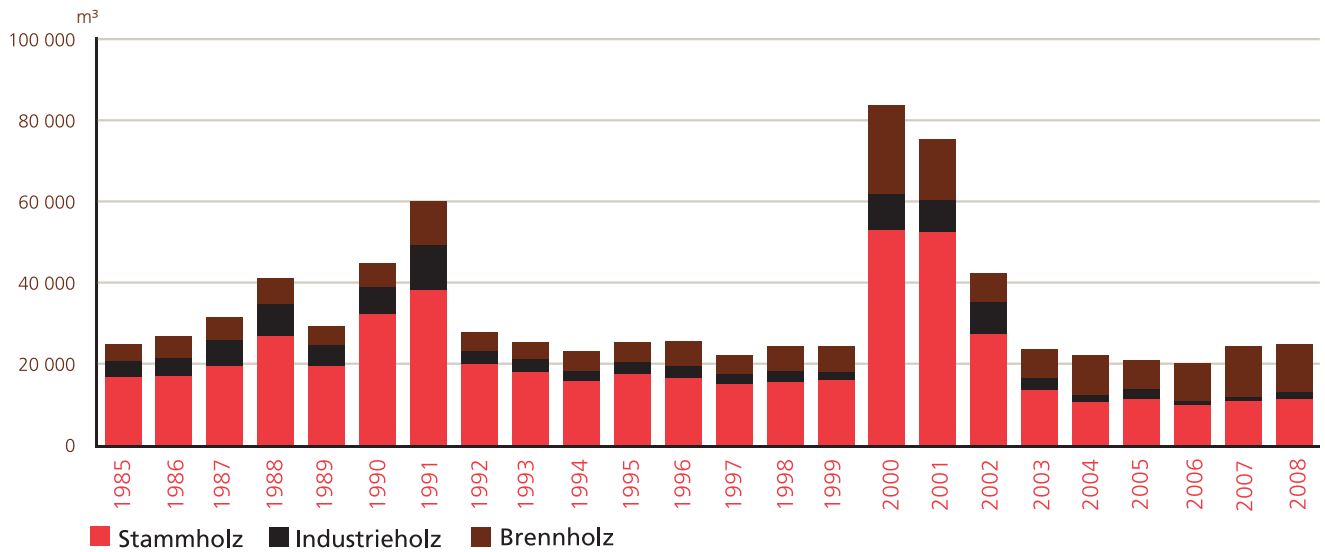
	Landdiensttage				
	2005	2006	2007	2008	2009
im Kanton	39	109	15	7	13
in anderen Kantonen	259	156	317	241	504
von anderen Kantonen	419	286	327	328	354
Total	717	551	659	576	871

3.5.2 Amt für Wald und Energie

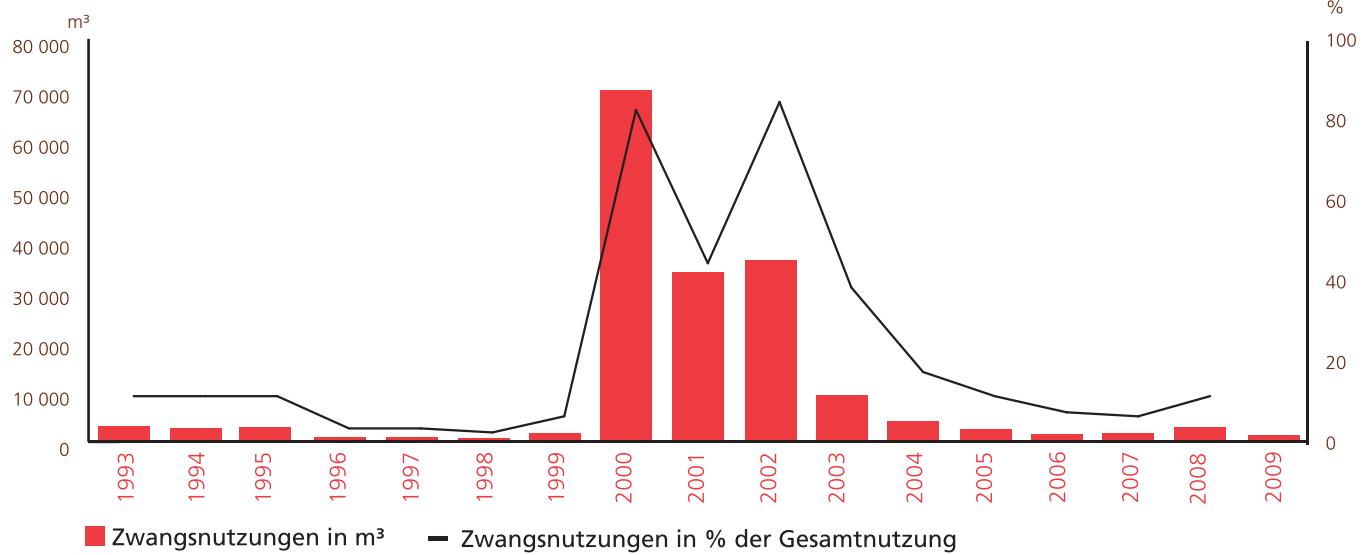
Waldfläche nach Waldfunktionen (in Hektaren)



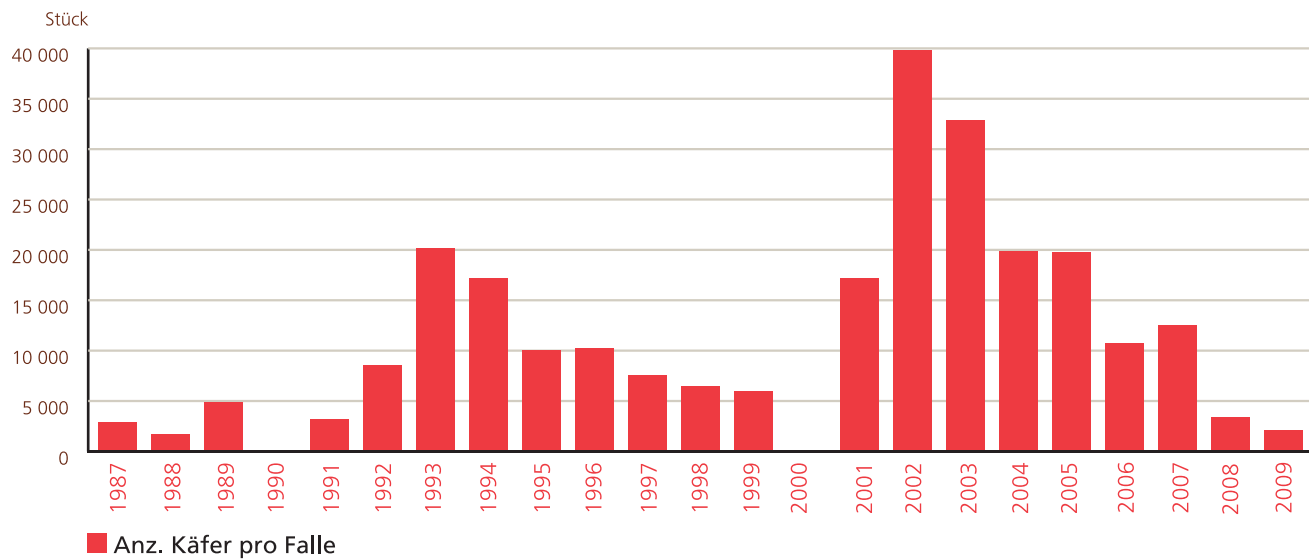
Entwicklung der Holznutzungen



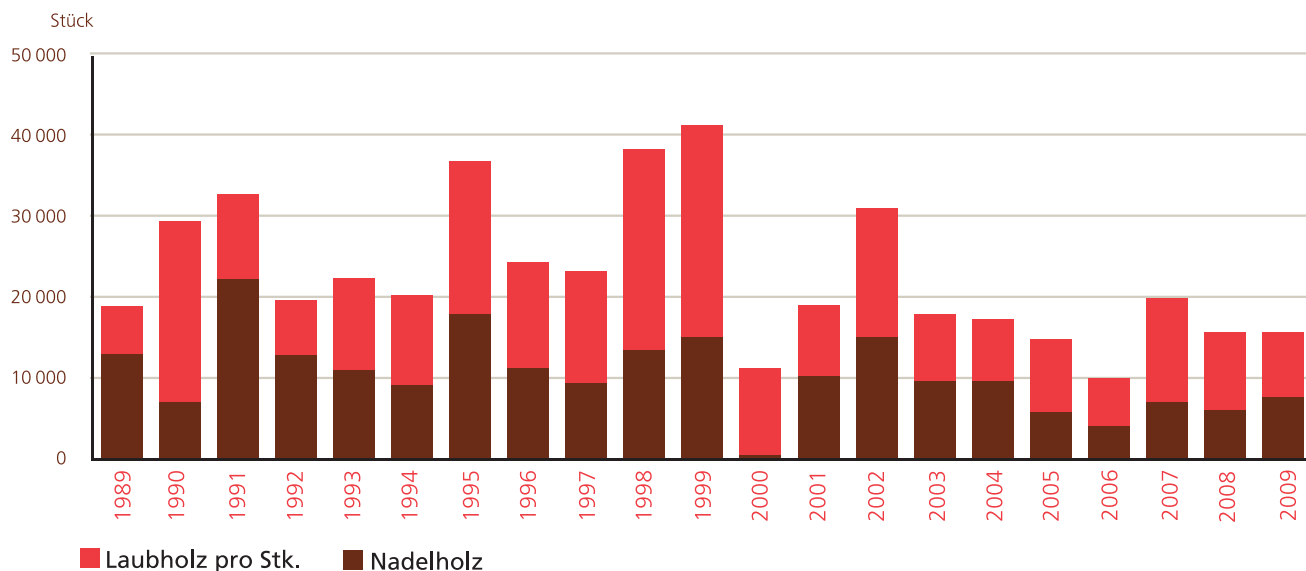
Zwangsnutzungen in m³ (Windwurf, Schneebruch, Borkenkäferbefall)



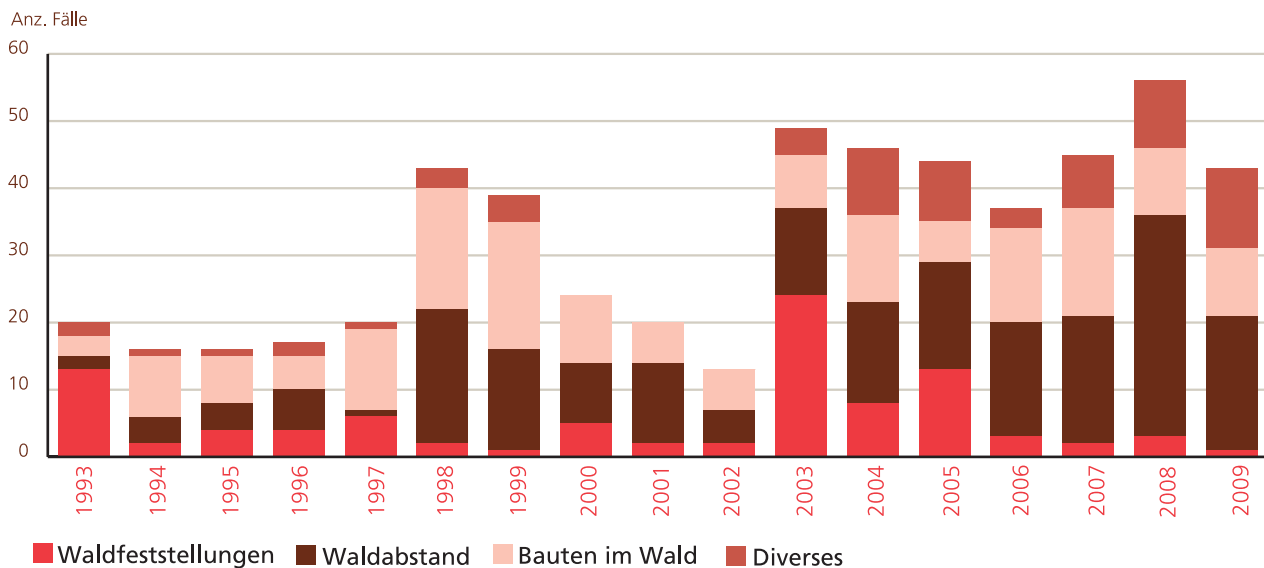
Borkenkäfer Fangzahlen



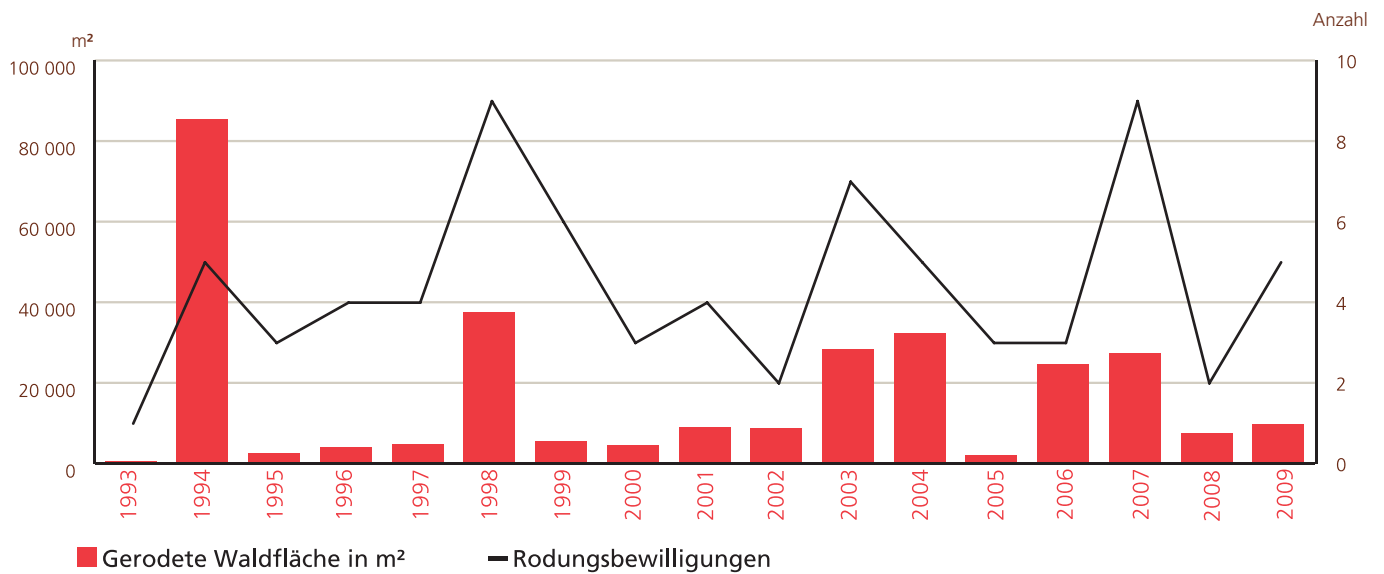
Pflanzungen im Wald



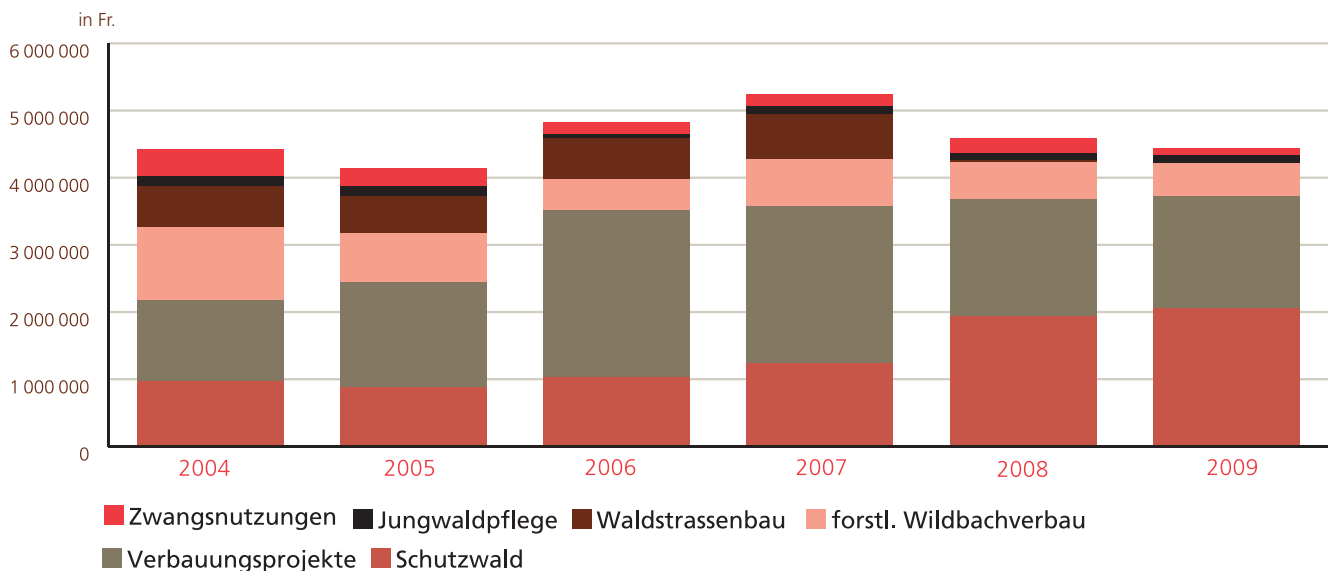
Waldkataster. Anzahl Stellungnahmen/Begutachtungen



Rodungen

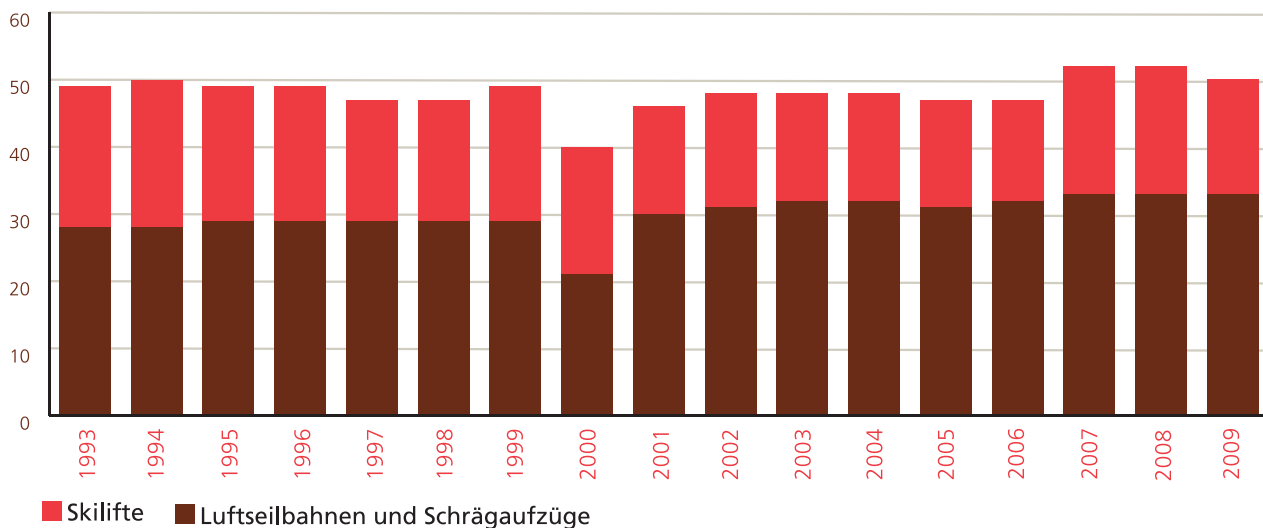


Forstliches Subventionswesen. Beiträge (Kanton und Bund) an forstlichen Massnahmen



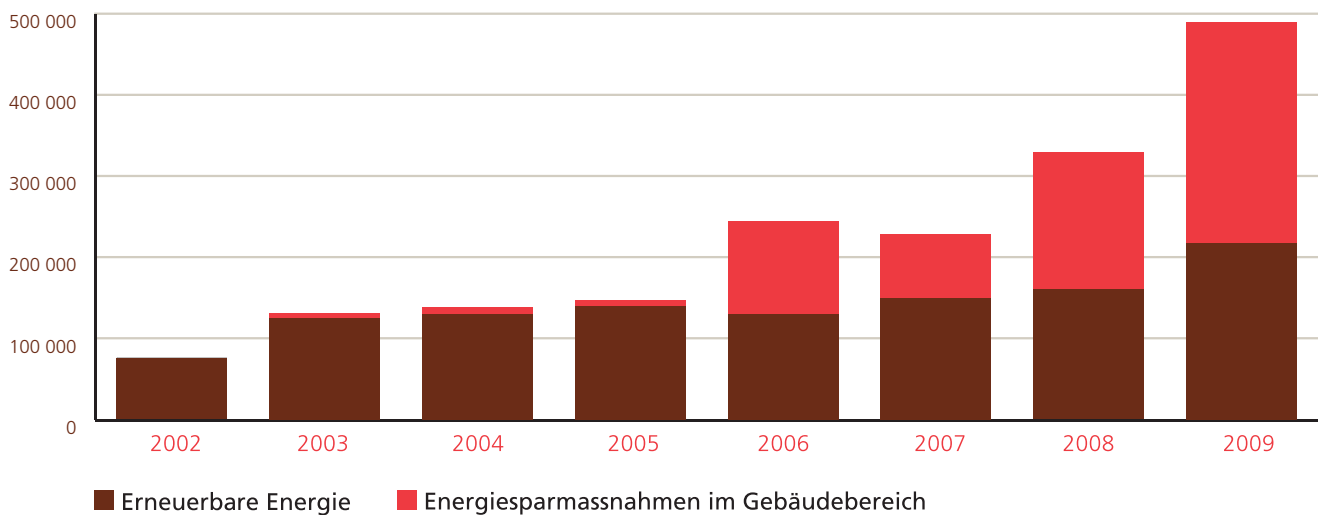
Kant. Konzessionierte Luftseilbahnen/Skilifte

Anzahl Anlagen in Betrieb



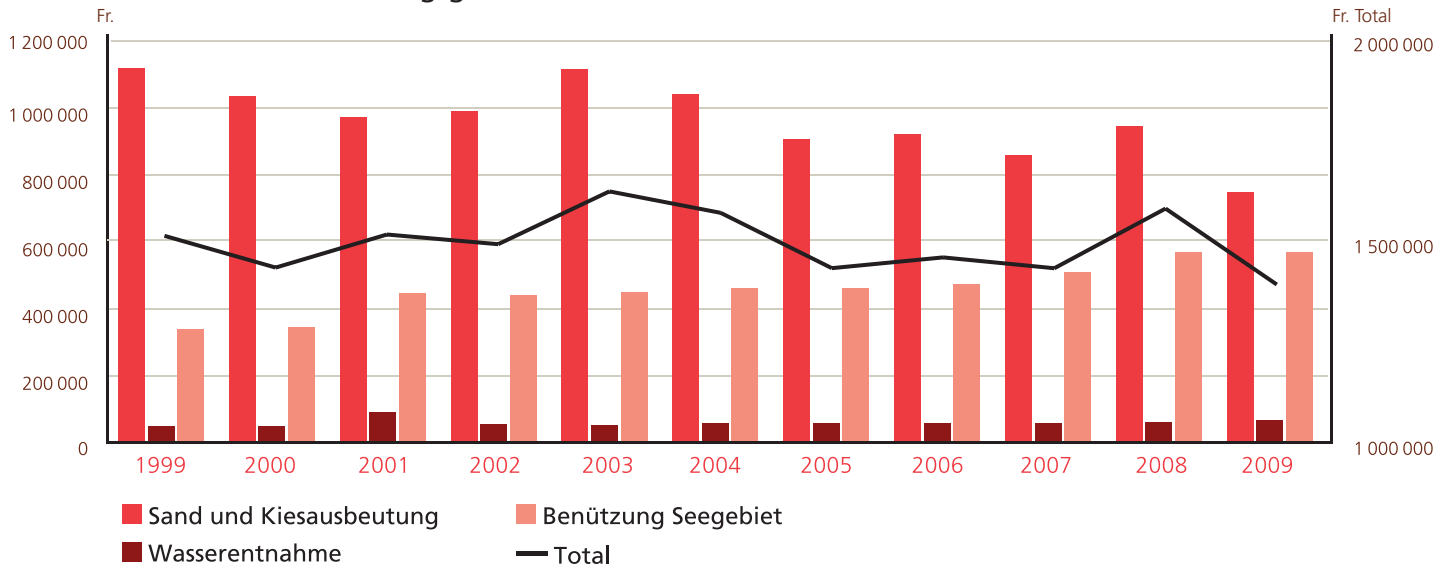
Förderung erneuerbarer Energien

Förderbeiträge in Fr.

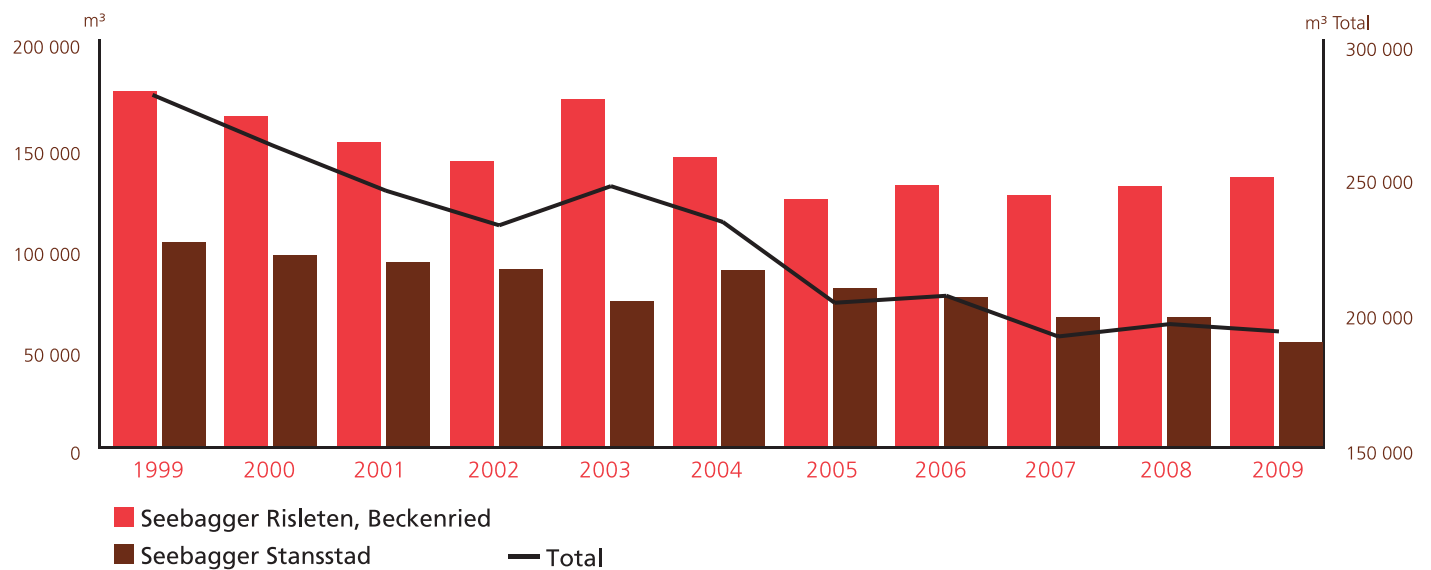


3.5.3 Amt für Umwelt

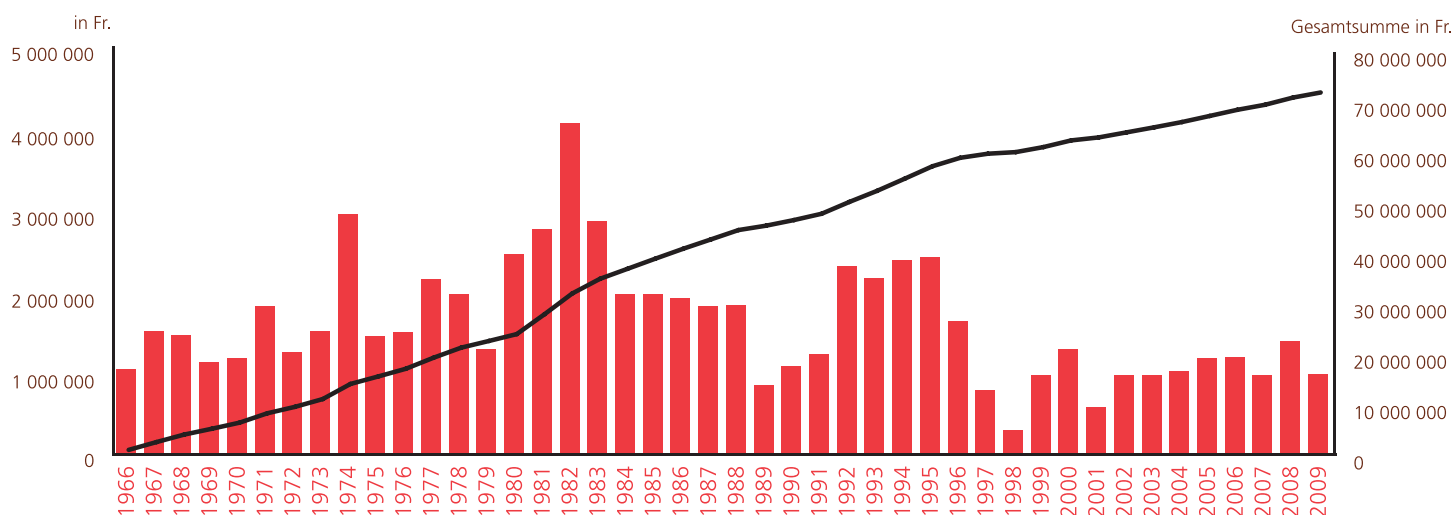
Einnahmen aus Wassernutzungsgebühren in den letzten 10 Jahren



Konzessionierte Sand- und Kiesausbeutung aus öffentlichen Gewässern in den letzten 10 Jahren



Kantonsbeiträge an öffentliche Abwasseranlagen seit 1966

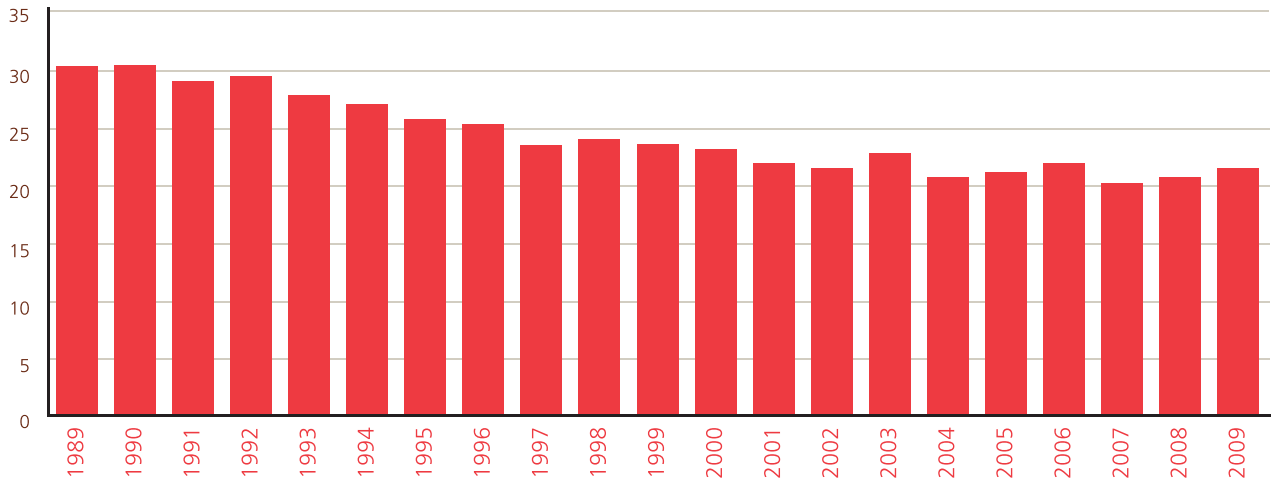


Entwicklung der Wärmepumpenanlagen in den letzten 10 Jahren

	Total bewilligte Erdsonden-Wärmepumpen (EWP)	Total bewilligte Wasserwärmepumpen (WWP)	Wasserentnahmen für WWP (in m ³)	Elektrische Antriebsenergie EWP und WWP (in MWh)	Total Substitution Heizöl (in tausend Liter)
1999	40	166	5 934 100	9 728	4 296
2000	49	166	5 833 800	9 678	4 268
2001	61	169	5 044 900	8 616	3 786
2002	65	173	5 543 500	9 441	4 150
2003	74	174	5 100 444	8 844	3 880
2004	92	177	6 308 621	10 933	4 797
2005	112	176	6 285 205	11 067	4 847
2006	142	189	6 760 654	12 065	5 276
2007	164	202	7 236 103	13 064	5 706
2008	197	219	7 612 832	13 973	6 092
2009	240	253	8 414 456	15 502	6 890

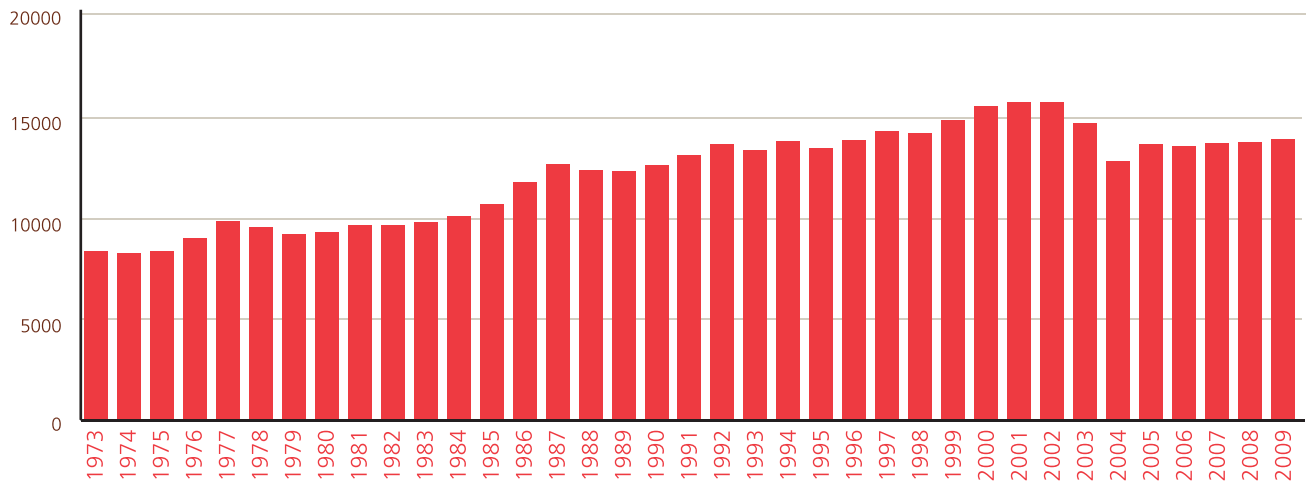
Entwicklung der Stickstoffdioxid (NO₂)-Belastung in Nidwalden anhand der Jahresmittelwerte

in Mikrogr./ m³

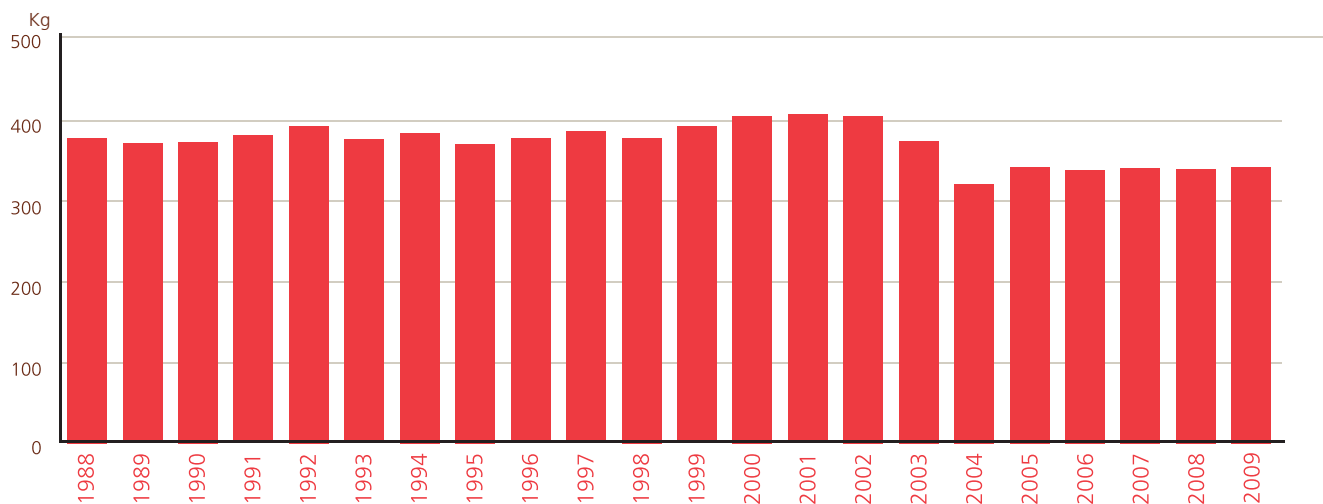


Entwicklung der jährlichen Abfallmengen aus der öffentlichen Kehrrichtabfuhr in Nidwalden

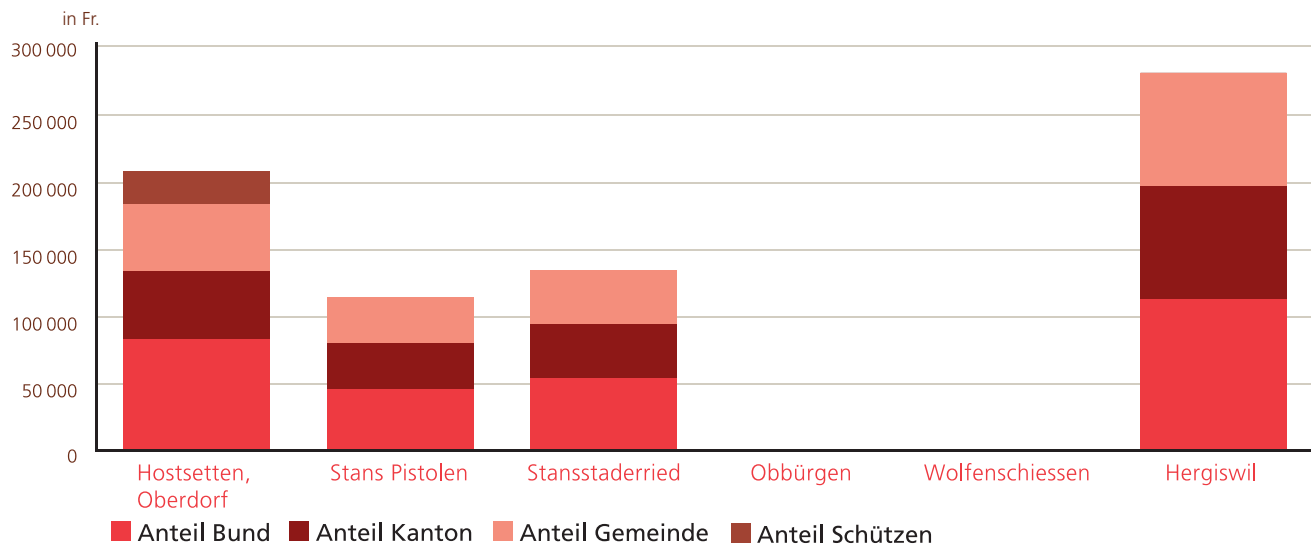
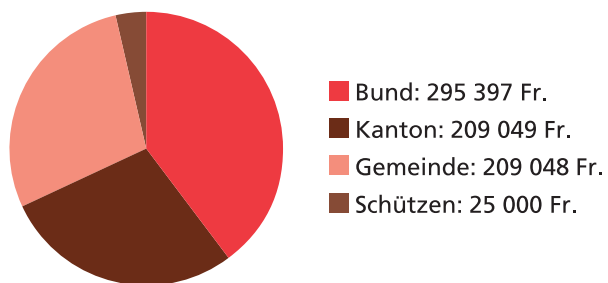
in 1000 Tonnen



Entwicklung der jährlichen Abfallmengen aus der öffentlichen Kehrichtabfuhr in Nidwalden pro Einwohner



Belastete Standorte. Anrechenbare Kosten der Kugelfangsanlagen (in Fr.)



3.6 Gesundheits- und Sozialdirektion

3.6.1 Direktionssekretariat

Folgende Beiträge wurden 2009 ausgerichtet:

Heimbeitragsgesetz		Franken	Franken
NW	Heimbewohner Alterswohnheim Hungacher, Beckenried		464 286.50
	Heimbewohner Alterswohnheim Buochs		446 889.00
	Heimbewohner Altersheim Oeltrotte, Ennetbürgen		84 851.50
	Heimbewohner Seniorenzentrum Zwyden, Hergiswil		996 653.50
	Heimbewohner Alters- und Pflegeheim Nidwalden, Stans		1 456 882.50
	Heimbewohner Wohnheim Mettenweg, Stans		85 226.50
OW	Heimbewohner Erlenhaus Engelberg		115 385.00
	Zwischentotal		<u>3 650 174.50</u>
	Stiftung Behindertenbetriebe Nidwalden, Stans		
	- Wohnheim mit integrierter Tagesstätte 2008	11 521.00	
	- Wohnheim mit integrierter Tagesstätte 2009	5 500 000.00	
	- Tagesstätte 2009	55 275.00	
	- Heilp. Werkstätte 2009	1 840 647.00	
	Total		<u>7 407 443.00</u>
			<u>11 057 617.50</u>
Sozialhilfegesetz			
OW	Schulheim Rütimattli, Sachseln		538 454.90
	Stiftung Juvenat der Franziskaner, Flüeli-Ranft		269 127.25
AG	Kinderheim St.Benedikt, Hermetschwil		168 952.90
	Landenhof, Zentrum für Schwerhörige, Unterentfelden		42 952.05
	Sozialpädagogisch-Therapeutische Einrichtung, Safenwil		7 190.00
BE	Heimgarten, Bern		1 170.90
	Heimstätte Bärau, 3552 Bärau		63 679.00
	Jugendheim Lory, Münsingen		227 598.30
	Kinderheim Tabor, Aeschi bei Spiez		247 496.15
	Schulheim Landort, Schlössli Kehrsatz, Köniz		15 033.20
	Stiftung Uetendorfberg, Uetendorf		46 917.00
	Verein Sozialprojekte VSP, Bern		1 936.80
	Verein MURIMOOS, Muri		111.00
BL	Auf der Leiern, Zentrum f. Sonderpädagogik, Gelterkinden		169 670.00
	Erlenhof-Jugendheim, Reinach		-949.05
	Stiftung Wolfbrunnen, Lausen		11 853.00
BS	Basel Lighthouse, Basel		167 856.00
GL	Glarnersteg, Luchsingen		20 494.45
GR	Verein Chasa Flurina, Lavin		60 624.00
FR	Behindertenwohnheim Sonnegg, Zumholz		43 070.00
LU	Blinden-Fürsorge-Verein, Horw		415 747.40
	Fachstelle Kinderbetreuung, Luzern		85 968.00
	InteressenGemeinschaft Arbeit, Luzern		155 091.20
	Heilpädagogisches Zentrum, Hohenrain		81 574.00
	Hilfsverein für Psychischkranke des Kantons Luzern		13 359.00
	Jugendsiedlung Utenberg, Luzern		188 602.00
	Kinderheim Hubelmatt, Luzern		123 315.00
	Kinderheim Titlisblick, Luzern		161 542.00
	Kinderheim Weidmatt, Wolhusen		76 539.60
	Luzerner Psychiatrie, St.Urban		50 755.20
	Pro Infirmis LU, OW, NW, Luzern		31 208.00
	Schulheim Rodtegg, Luzern		396 720.90
	Stiftung Besuchsdienst Innerschweiz, Luzern		12 402.25

	Stiftung Brändi, Horw	532 659.45	
	Stiftung Bürozentrum für Behinderte, Luzern	112 587.05	
	Stiftung Stadtluzernisches Jugendheim, Luzern	14 276.00	
	Triva, Littau	32 551.80	
	Wärchbrogg, Geschützte Werkstätte, Luzern	13 537.50	
	Wohnheim DYNAMO, Luzern	81 780.00	
SG	OVWB St. Gallen, St. Gallen	35 136.00	
SO	Solodaris Stiftung, Solothurn	24 033.30	
	VEBO, Eingliederungsstätte für Behinderte, Oensingen	37 020.00	
TG	Besmerhuus, Kreuzlingen	10 803.95	
	Schloss Herdern, Herdern	6 091.75	
	Stiftung Mansio, Münsterlingen	27 176.20	
UR	Stiftung Behindertenbetriebe Uri, Schattdorf	35 603.65	
	Wohnheim Phönix Uri, Altdorf	14 965.00	
VD	Le Foyer, Lausanne	38 383.80	
ZG	Gemeinnützige Gesellschaft, Waldschule Horbach, Zug	308 588.20	
	Sonnenberg, Schule für sehgeschädigte Kinder, Baar	5 450.10	
	Stiftung Phönix, Zug	59 467.50	
ZH	Christuszentrum, Arbeitsgemeinschaft, Zürich	13 184.00	
	Schweiz. Epilepsie-Stiftung, Zürich	90 632.15	
	Rafael-Stiftung Zürich, Dietikon	80 851.90	
	Stiftung Puurehmet Brotchorb, Stallikon	33 715.75	
	Total		5 504 557.45
			<u>16 562 174.95</u>

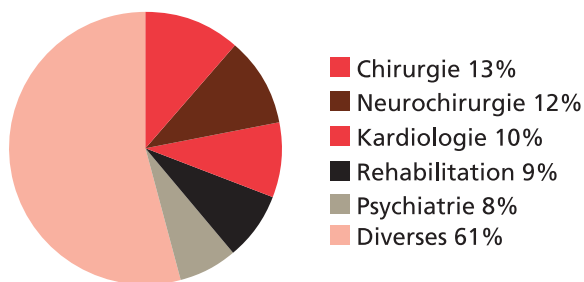
Controlling: Ausserkantonale Hospitalisationen 2009

	Umsatz		Pflegetage		Rechnungen	
	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ
Leistungserbringer						
Kantonsspital Luzern	3 804 038.49	11.7%	4 517	17.2%	548	28.0%
Universitätsspital Zürich	533 177.00	-12.8%	330	29.4%	30	-21.1%
Klinik St. Anna, Luzern	272 426.20	-26.9%	226	-26.6%	30	-18.9%
Universitätsspital Basel	266 673.65	72.6%	162	60.4%	23	4.5%
Luzerner Psychiatrie St. Urban	260 659.00	51.6%	926	31.3%	33	-2.9%
Luzerner Höhenklinik Montana	239 835.00	1.4%	732	3.8%	35	-2.8%
Kantonsspital Aarau	198 092.00	-21.0%	144	-12.7%	13	-27.8%
Inselspital Bern	183 046.15	8.0%	137	-23.9%	14	-36.4%
Klinik Adelheid, Unterägeri	146 493.35	18.9%	384	-5.9%	18	-33.3%
Diverse (Umsatzanteil < 2.0%)	835 629.40	-39.9%	2 053	-33.6%	160	-14.4%
Total	6 740 070.24	-2.1%	9611	-1.7%	904	6.5%

	Umsatz		Pflegetage		Rechnungen	
	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ
Fachgebiete						
Chirurgie 1)	880 772.78	24.1%	886	35.3%	101	18.8%
Neurochirurgie	798 622.50	-13.2%	673	2.1%	76	1.3%
Kardiologie	701 433.00	46.7%	169	-8.6%	39	-22.0%
Rehabilitation 2)	624 857.35	-27.3%	1 684	-17.3%	60	-31.0%
Psychiatrie 3)	519 293.70	-33.9%	2 253	-19.7%	90	-20.4%
Kinderspital	486 719.10	47.2%	525	37.1%	131	48.9%
Herzchirurgie	405 690.25	-14.2%	413	-1.9%	33	50.0%
Medizin	326 179.70	-57.4%	472	-44.6%	78	-14.3%
Frauenklinik	322 498.80	46.6%	218	37.1%	31	19.2%
Augenklinik	307 206.80	-0.1%	204	-4.7%	51	15.9%
HNO	270 471.35	85.8%	223	106.5%	36	33.3%
Div. (Umsatzanteil < 3.0%)	5 513 713.59	1.2%	8 494	0.6%	708	7.1%
Total	6 740 070.24	-2.1%	9'611	-1.7%	904	6.5%

1) inkl. plastische, viszerale, Gefäss- und Handchirurgie, Unfallchirurgie 2) inkl. Schlaflabor 3) inkl. Suchttherapie und Essstörungen

Ausserkantonale Hospitalisationen 2009



Zu diversen Fachgebieten zählen z.B. Kieferchirurgie, Frauenklinik, HNO, Orthopädie und der Umsatzanteil ist kleiner als 8%.

Prämienverbilligung 2009

Aufteilung der Versicherten auf die Gemeinden

Gemeinden	Anzahl Versicherte
Beckenried	1 582
Buochs	2 766
Dallenwil	1 102
Emmetten	534
Ennetbürgen	1 805
Ennetmoos	1 048
Hergiswil	1 817
Oberdorf	1 844
Stans	3 786
Stansstad	1 773
Wolfenschiessen	1 283
autom. Anmeldung EL-Bezüger	734
Total	20 074

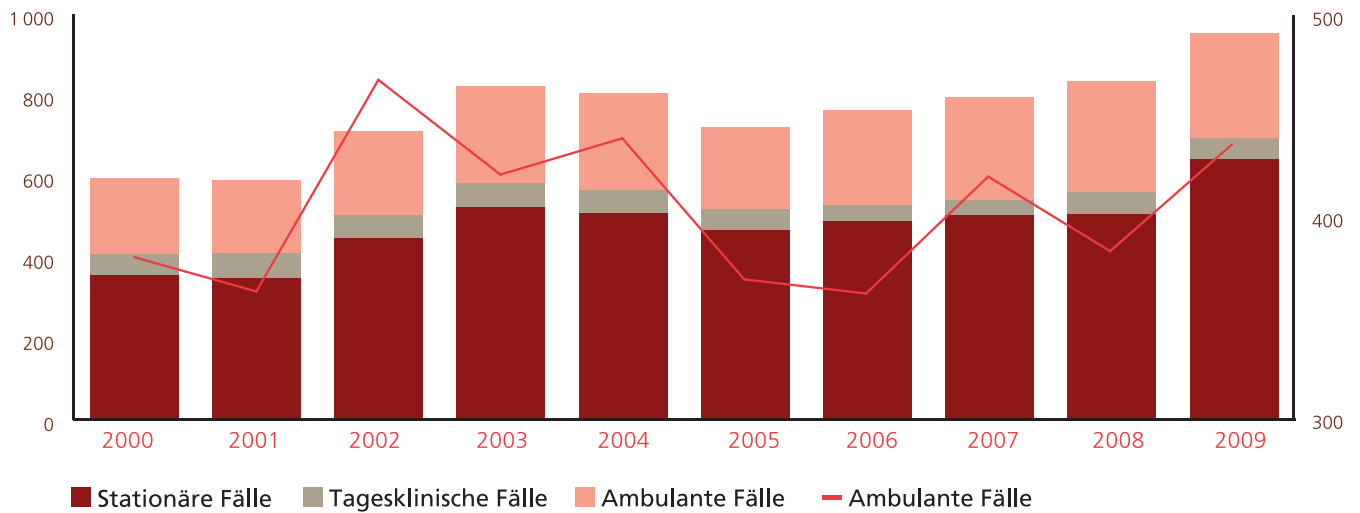
Art der Erledigung und Anzahl Fälle

Art der Erledigung	Anzahl Fälle	In %
Negativ, da Frist verpasst	0	0.00
Negativ, da kein Wohnsitz in Nidwalden	25	0.23
Positive EL-Fälle	734	6.69
Sistierungen	209	1.90
Negativ, da zu kleiner Auszahlungsbetrag	15	0.14
Negativ, da zu hohe Steuerwerte	1 122	10.23
andere Gründe	151	1.38
Positive Fälle (ohne EL)	8 716	79.43
Total	10 972	100.00

Ausbezahlter Jahresbetrag und Anzahl Haushalte

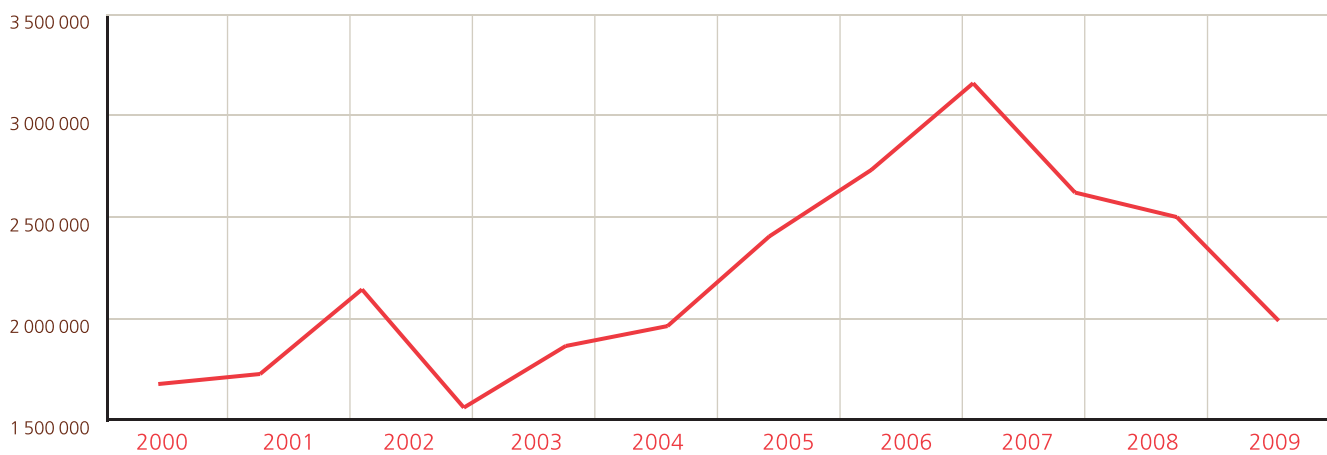
Ausbezahlter Jahresbetrag	Anzahl Haushalte nach Grösse: Personen pro Haushalt						Total Haushalte
	1	2	3	4	5	6	
1 - 600	915	473	512	9			1 909
601 - 1 200	1 283	319	188	753	153		2 696
1 201 - 2 400	2 072	437	154	274	93	57	3 078
2 401 - 3 600	315	214	65	125	76	23	818
3 601 - 4 800		27	39	25	17	12	120
4 801 - 6 000		22	3	13	3	2	43
6 001 - 12 000			6	19	15	3	43
Insgesamt	4 585	1 492	967	1 218	357	97	8 716

Psychiatrie Obwalden/Nidwalden: Fälle und behandelte Personen pro Jahr

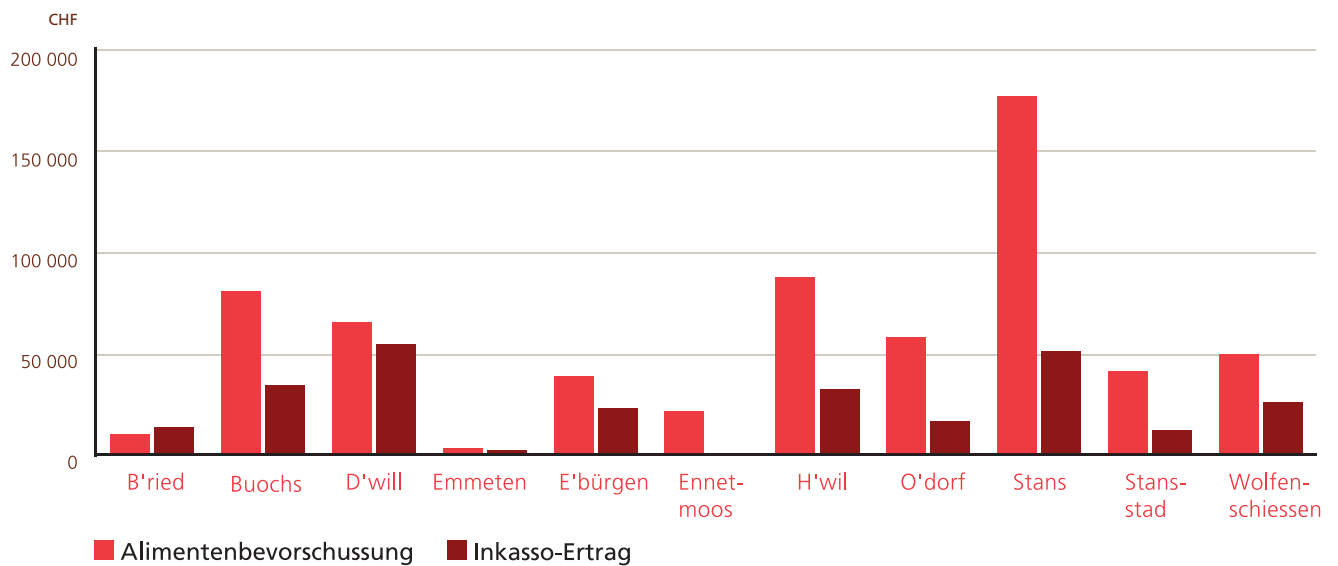


3.6.2 Sozialamt

Nettoaufwand Wirtschaftliche Sozialhilfe 1998 - 2009



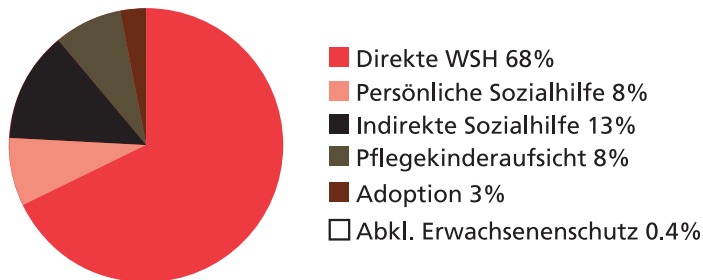
Alimentenbevorschussung und Inkasso-Ertrag 2009



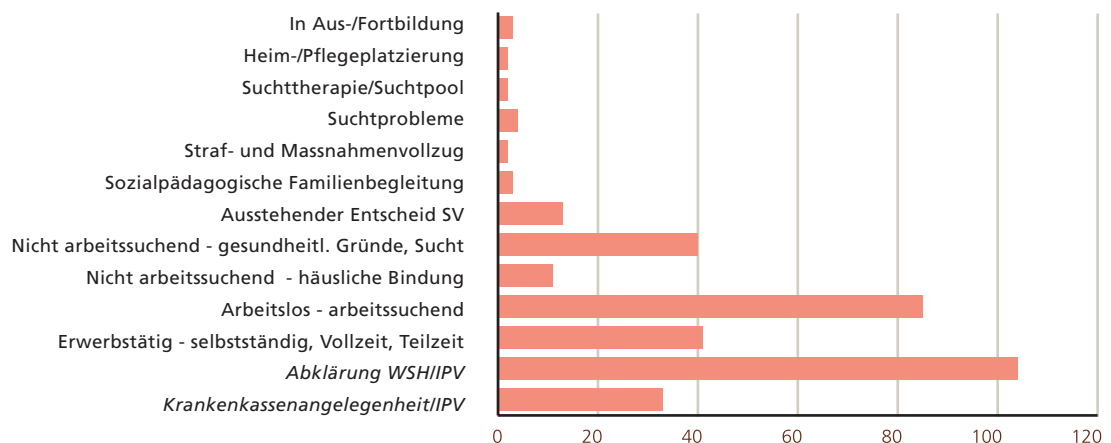
Fallzahlen Sozialdienst

	2006	2007	2008	2009
Dossiers am Januar	285	266	235	241
Neuaufnahmen (Zugänge)	212	199	216	264
Kumulierte Fallzahl	497	465	451	505
Fallabschlüsse (Abgänge)	231	230	210	214
Dossiers am 31. Dezember	266	235	241	291

Fallzahlen kummuliert nach Dienstleistungen



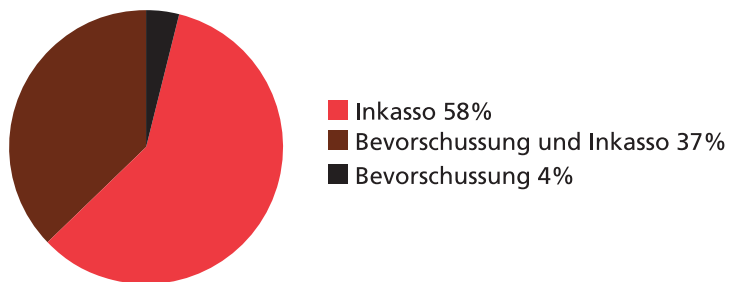
Direkte Wirtschaftliche Sozialhilfe nach Unterstützungsgrund



Fallzahlen Alimenteninkasso

	2006	2007	2008	2009
Dossiers am Januar	161	155	156	156
Neuaufnahmen (Zugänge)	21	21	27	45
Kumulierte Fallzahl	182	176	183	201
Fallabschlüsse (Abgänge)	27	20	27	28
Dossiers am 31. Dezember	155	156	156	173

Fallzahlen kummuliert nach Dienstleistungen



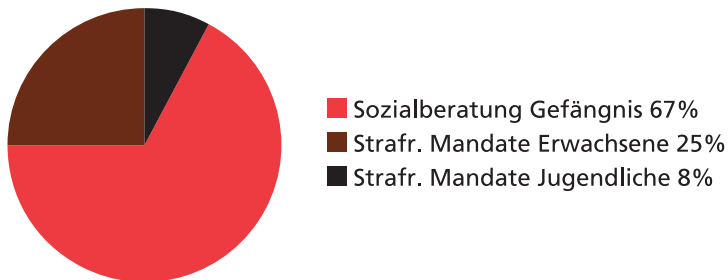
Fallzahlen Amtsvormundschaft

	2006	2007	2008	2009
Mandate per 1. Januar	179	202	241	247
Eingänge	62	106	74	111
Total betreute Mandate	241	308	315	358
Entlassungen aus Massnahme	25	59	57	65
Weiterführung ausserhalb Kanton NW	7	5	5	11
Todesfälle	8	3	6	4
Mandate am 31. Dezember	202	241	247	278

Fallzahlen Bewährungshilfe

	2006	2007	2008	2009
Dossiers am Januar	31	33	25	25
Neuaufnahmen (Zugänge)	26	18	31	23
Kumulierte Fallzahl	57	51	56	48
Fallabschlüsse (Abgänge)	24	26	31	25
Dossiers am 31. Dezember	33	25	25	23

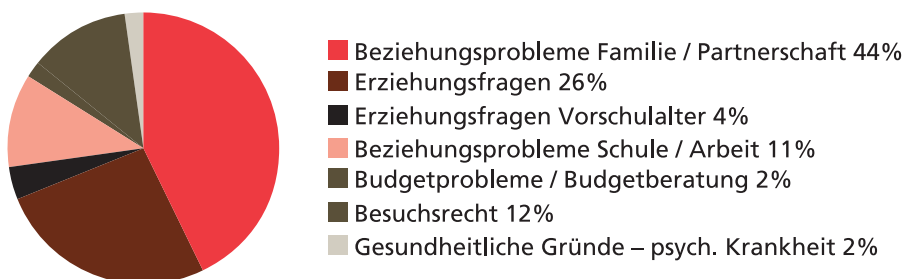
Fallzahlen kumuliert nach Dienstleistungen



Fallzahlen Jugend- und Familienberatung

	2006	2007	2008	2009
Dossiers am Januar	55	44	60	78
Neuaufnahmen (Zugänge)	60	95	108	137
Kumulierte Fallzahl	115	139	168	215
Fallabschlüsse (Abgänge)	71	79	90	121
Dossiers am 31. Dezember	44	60	78	94

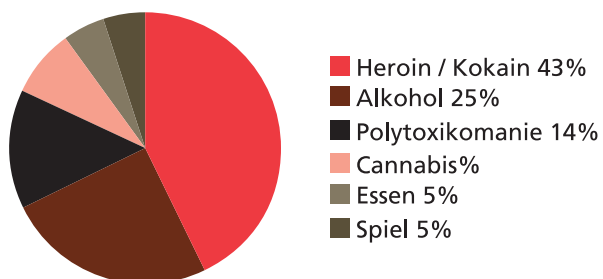
Jugend- und Familienberatung nach Unterstützungsgrund



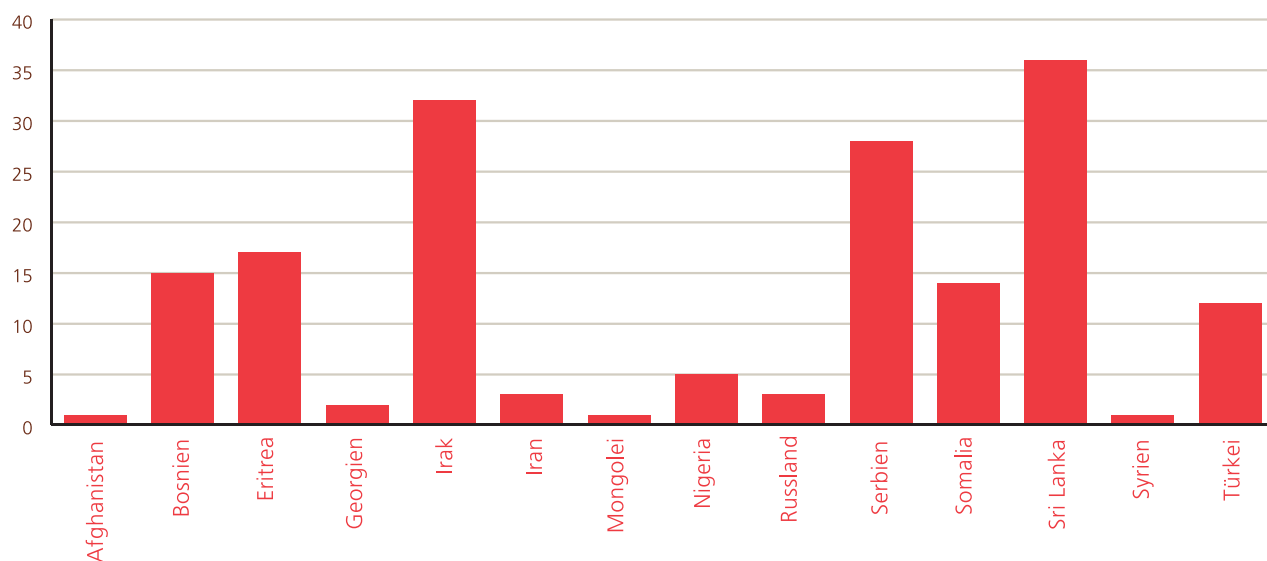
Fallzahlen Suchtberatung

	2006	2007	2008	2009
Dossiers am Januar	61	75	75	84
Neuaufnahmen (Zugänge)	46	50	61	41
Kumulierte Fallzahl	107	125	136	125
Fallabschlüsse (Abgänge)	32	50	52	57
Dossiers am 31. Dezember	75	75	84	68

Suchtberatung nach Substanz



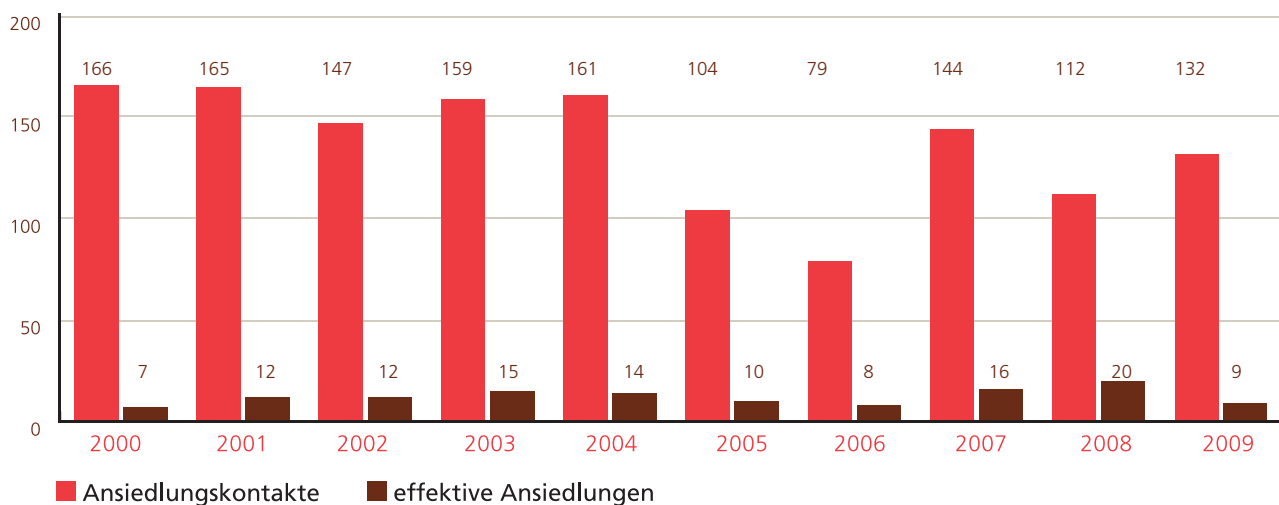
Herkunftsländer der Asylsuchenden im Jahr 2009 im Kanton Nidwalden



3.7 Volkswirtschaftsdirektion

3.7.1 Amt für Wirtschaft und Standortentwicklung

Entwicklung der Kontakte und effektive Ansiedlungen (Ansiedlungsförderung)



Entwicklung: Ansiedlungen und geschaffene Arbeitsplätze in Nidwalden

Jahre	Ansiedlungen	davon nicht mehr aktiv	Aktuelle Anzahl Arbeitsplätze* 1)
1997	11	5	10
1998	13	5	15
1999	13	5	23
2000	7	2	44
2001	12	0	30
2002	12	0	17
2003	15	0	48
2004	14	3	37
2005	10	2	27
2006	8	*2)	10
2007	16	*2)	24
2008	20	*2)	*2)
2009	9	*2)	12
Total	160	22	297

*1) obige Zahlen basieren auf einer jährlich durchgeführten Umfrage bei den angesiedelten Unternehmen.

*2) Angaben liegen nicht vor.

Bestandespflege

Entwicklung: Betriebsbesuche bei Unternehmen



Arbeitslosigkeit

Entwicklung: Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen

Monate	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Januar	95	96	170	374	477	438	457	311	261	326
Februar	110	114	203	383	422	421	412	290	270	353
März	88	108	168	381	418	418	380	280	214	361
April	91	106	162	381	380	399	360	254	218	306
Mai	92	107	175	391	387	387	340	235	263	318
Juni	86	93	193	369	368	383	301	220	239	375
Juli	89	123	203	393	371	401	307	205	206	387
August	92	116	236	397	387	385	313	198	208	397
September	97	128	267	394	379	378	307	212	226	417
Oktober	101	136	298	414	410	409	319	221	246	439
November	84	166	340	447	432	453	324	255	302	472
Dezember	89	191	351	466	460	464	323	272	340	446

Übersicht der Beiträge Neue Regionalpolitik (NRP)

Kantonale Beiträge

Jahr	Projekte	à-fonds-perdu Beitrag Kanton	à-fonds-perdu Beitrag Bund	Total
2008	Sesselbahn Erneuerung Haldigrat	25 000.00	250 000.00	50 000.00
2009	Alpkäserei Klewenalp (touristischer Teil)	200 000.00	200 000.00	400 000.00
2009	Bike-Arena Emmetten	150 000.00	150 000.00	300 000.00
Total		375 000.00	375 000.00	750 000.00

Interkantonale Beiträge

Jahr	Projekte	à-fonds-perdu Beitrag Kantone	à-fonds-perdu Beitrag Bund	Total
2008	Gesuchserarbeitung für Naturpark Urschweiz	75 000.00	75 000.00	150 000.00
2009	Sbrinz Route	200 000.00	200 000.00	400 000.00
2009	Bergarena Ob- und Nidwalden	150 000.00	150 000.00	300 000.00
Total		425 000.00	425 000.00	850 000.00

Entwicklung: Tourismusbeiträge des Kantons

Jahr	Tourismus NW 3)	Tourismus ZST 1)	Tourismus CH 2)	Total
1990	100 000.00	74 554.00	1 000.00	175 554.00
1991	100 000.00	74 554.00	1 000.00	175 554.00
1992	100 000.00	77 880.00	1 000.00	178 880.00
1993	100 000.00	77 880.00	1 000.00	178 880.00
1994	130 000.00	77 880.00	1 400.00	209 280.00
1995	100 000.00	77 880.00	1 400.00	179 280.00
1996	110 000.00	77 880.00	1 400.00	189 280.00
1997	125 000.00	77 880.00	1 400.00	204 280.00
1998	125 000.00	71 500.00	1 400.00	197 900.00
1999	125 000.00	71 000.00	1 400.00	197 400.00
2000	135 000.00	63 900.00	3 298.00	202 198.00
2001	180 000.00	32 000.00	3 298.00	215 298.00
2002	180 000.00	29 000.00	3 498.00	212 498.00
2003	180 000.00	29 000.00	2 467.00	211 467.00
2004	180 000.00	29 000.00	2 898.00	211 898.00
2005	180 000.00	29 000.00	2 898.00	211 898.00
2006	180 000.00	29 000.00	2 898.00	211 898.00
2007	180 000.00	31 690.00	2 898.00	214 588.00
2008	180 000.00	31 780.00	2 898.00	214 678.00
2009	180 000.00	31 690.00	3 048.00	214 738.00

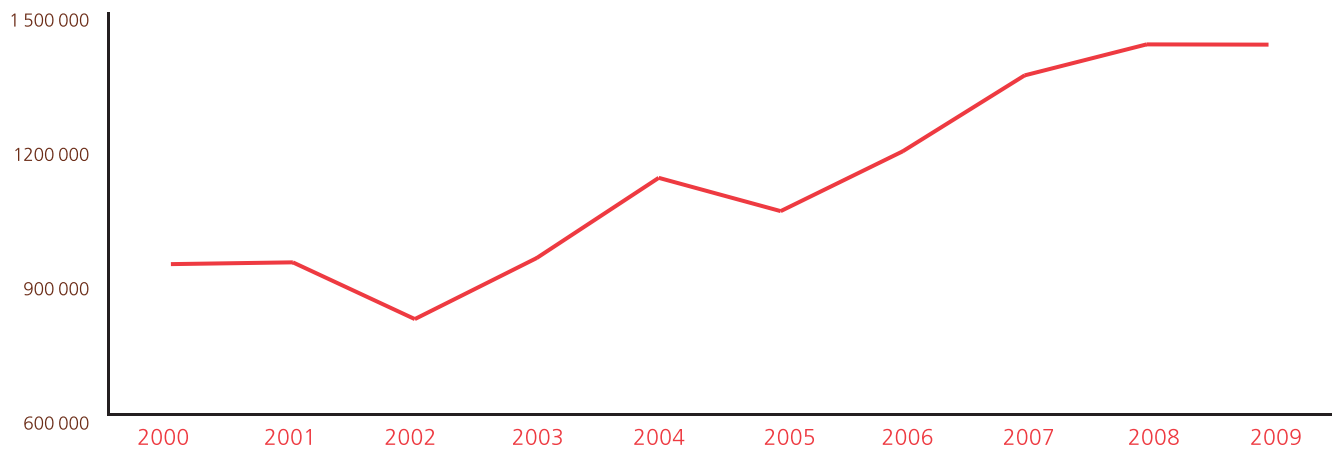
1) Zentralschweiz-Tourismus (ab 1998: Leistungsvereinbarung mit LT AG)

2) Schweiz Tourismus und Schweizerischer Tourismus-Verband

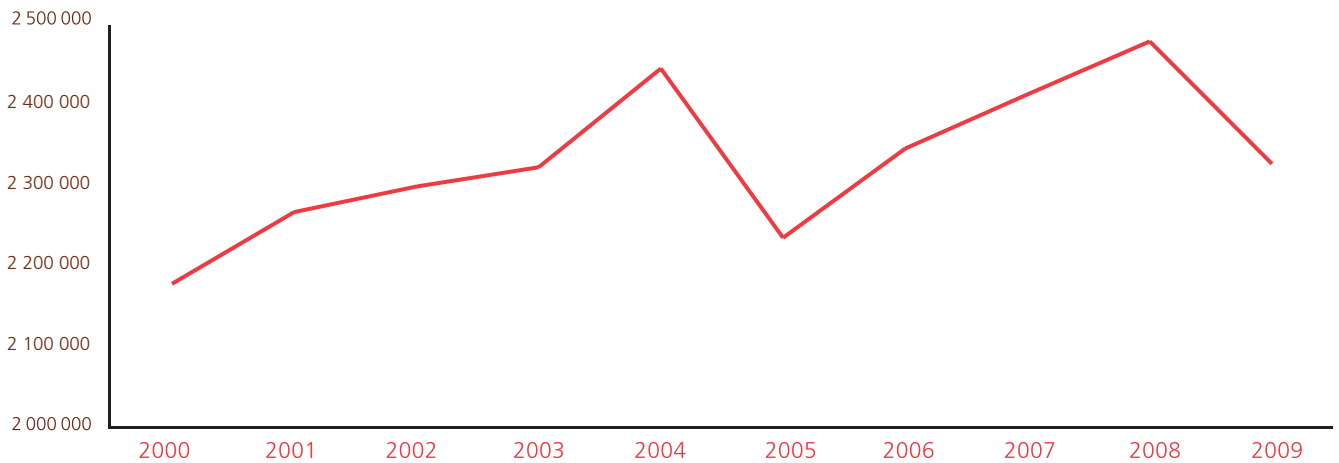
3) Ab 2001 Vierwaldstättersee Tourismus (Destination)

Entwicklung: Passagierzahlen öffentlicher Verkehr

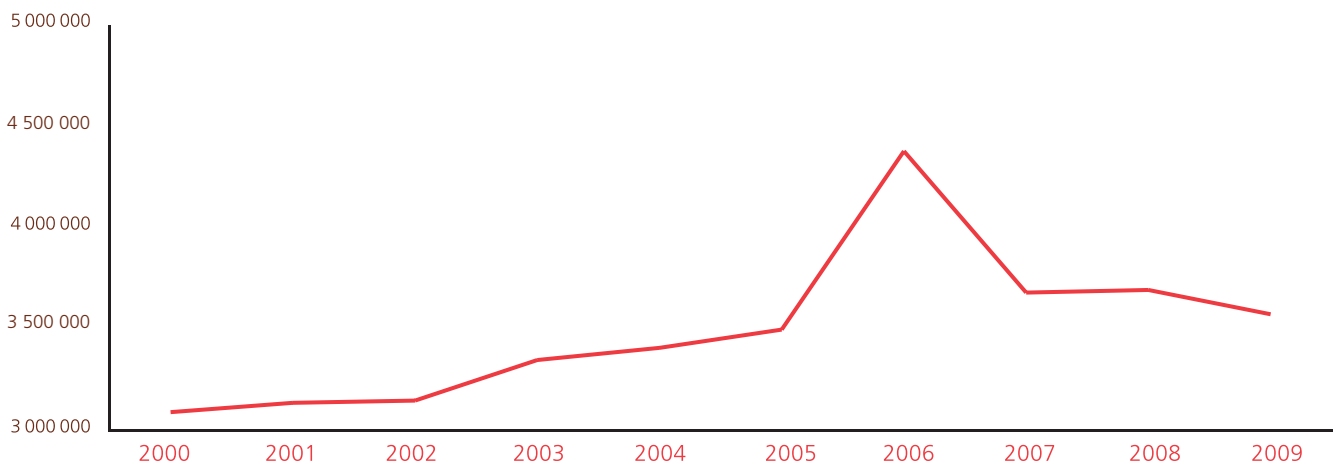
Nidwaldner Postautolinien gesamthaft



Bahnlinie Luzern-Engelberg (S4 und IR)



Bahnlinie Luzern-Giswil-Interlaken Ost (S5 und IR)



Entwicklung: Betreuungsvorgänge

Jahre	Zahlungsbefehle	Pfändungsvollzüge	Verwertungen
1990	3 875	1 719	833
1991	4 995	2 116	854
1992	5 370	2 362	705
1993	5 869	2 683	1 015
1994	5 234	2 927	1 068
1995	4 959	2 342	825
1996	5 059	2 444	802
1997	6 171	2 534	969
1998	5 896	3 489	1 399
1999	6 335	3 553	1 370
2000	5 836	3 325	1 325
2001	5 876	3 061	1 410
2002	5 917	3 292	1 884
2003	6 184	3 315	1 821
2004	6 547	3 364	1 901
2005	6 568	3 615	2 065
2006	6 191	3 486	2 061
2007	5 904	3 062	1)
2008	6 012	3 357	1)
2009	6 476	3 591	1)

Entwicklung: Konkursverfahren

Jahre	Konkurseröffnungen	Konkurserledigungen	Verluste in Fr. *
1990	28	14	1 483 357.00
1991	39	22	1 945 602.00
1992	67	44	10 007 484.00
1993	76	65	75 196 156.00
1994	57	81	43 968 328.00
1995	70	66	55 928 867.00
1996	56	25	10 229 738.00
1997	48	52	14 507 449.00
1998	50	46	28 923 895.00
1999	47	68	34 788 598.00
2000	42	41	77 932 286.69
2001	38	40	124 672 182.43
2002	51	14	2 977 401.08
2003	37	34	2 754 917.78
2004	39	72	20 383 757.47

Jahre	Konkurseröffnungen	Konkurserledigungen	Verluste in Fr. *
2005	36	44	28 989 086.70
2006	43	1)	1)
2007	33	1)	7 669 692.00
2008	38	1)	9 750 357.00
2009	49	1)	6 669 139.00

* aus ordentlichen und summarischen Verfahren. 1) = keine Angaben

Entwicklung: Eintragungen im Handelsregister

Jahre	Einzel-firma	Kollektiv-Gesellschaft	Kommandit-Gesellschaft	AG	GmbH	Genossen-schaft	Stiftung	Zweignieder-lassung
1990	541	62	13	1 763	18	50	113	71
1991	561	63	13	1 841	24	50	114	74
1992	570	69	14	1 918	22	50	116	81
1993	584	71	16	1 922	30	53	113	84
1994	606	73	16	1 923	59	53	113	88
1995	633	68	20	1 901	97	52	111	91
1996	629	70	24	1 893	138	55	115	91
1997	647	68	25	1 920	224	59	113	93
1998	713	68	32	1 939	297	63	111	91
1999	718	66	30	1 944	361	63	107	85
2000	740	65	29	1 972	437	64	108	90
2001	725	72	31	1 996	509	61	107	94
2002	728	72	36	1 976	561	57	110	98
2003	725	70	36	2 007	623	56	112	97
2004	752	79	37	2 053	710	55	109	94
2005	786	79	38	2 072	776	54	107	99
2006	787	80	39	2 105	843	59	104	103
2007	799	67	33	2 134	919	57	106	107
2008	804	65	38	2 140	982	57	102	110
2009	812	62	38	2 164	1 022	58	106	109

Stand 31.12.2009

3.8 Staatskanzlei

3.8.1 Kanzleisekretariat Staatskanzlei

Abstimmungen (eidgenössisch und kantonal)

2.1 Eidgenössische Volksabstimmung vom 8. Februar 2009	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien	8 548	8 459	1 517 156	1 027 644
Stimmbeteiligung	58.04 %		50.85 %	

2.2 Kantonale Volksabstimmung vom 8. Februar 2009	Nidwalden	
	Ja	Nein
Beitritt des Kantons Nidwalden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmonisationskonkordat)	6 332	10 471
Bewilligung eines Objektkredites für den Neubau eines Zentrums für den Bevölkerungsschutz inkl. Ausbildungsparcours und Optimierung des Camps SWISSINT in Wil Oberdorf	10 822	5 383
Stimmbeteiligung	58.04 %	

2.3 Eidgenössische Volksabstimmung vom 27. September 2009	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuer	5 517	6 649	1 110 846	928 601
Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	7 883	3 707	1 307 071	618 740
Stimmbeteiligung	41.19 %		40.48 %	

2.4 Eidgenössische Volksabstimmung vom 29. November 2009	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Bundesbeschluss vom 03. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	10 847	4 845	1 608 923	867 514
Volksinitiative vom 21. September 2007 «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	1 987	14 567	837 119	1 797 876
Volksinitiative vom 08. Juli 2008 «Gegen den Bau von Minaretten»	10 399	6 170	1 534 054	1 135 108
Stimmbeteiligung		56.9 %		51.8 %

2.5 Kantonale Volksabstimmung vom 29. November 2009	Nidwalden	
	Ja	Nein
Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei Nidwalden (SP) im Sinne einer Allgemeinen Anregung für eine zeitgemässe Gemeindedemokratie in Nidwalden	5 448	10 042
Stimmbeteiligung		54.37 %

3.8.2 Parlamentsdienst

Parlamentarische Vorstösse, Initiativen und Referendum

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Parlamentarische Initiativen			
10. September 2009; Parlamentarische Initiative von Jeannine Schori, Ennetbürgen	Vertretung im Landratsbüro aller Parteien mit Fraktionsstärke		21. Oktober 2010; vorläufige Unterstützung; Auftrag an Landratsbüro
Motionen			
23. September 2008; Motion von Landrat Maurus Adam, Hergiswil und Mitunterzeichnenden	Planung eines Bauprojektes des Doppelspurtunnels Hergiswil Matt-Hergiswil Bahnhof	Nr. 80 vom 10. Februar 2009; teilweise Gutheissung	1. April 2009: Gutheissung in geänderter Form
17. Dezember 2008; Motion von Walter Odermatt, Stans, und Mitunterzeichnenden	Änderung der Fischereigesetzgebung	Nr. 441 vom 30. Juni 2009; Ablehnung	4. Februar 2009: Ablehnung der Dringlicherklärung 16. September 2009: Ablehnung
17. Juni 2009; Motion von Landrätin Claudia Dillier, Stans, und Mitunterzeichnenden	Festlegung der Entschädigung der Verwaltungsräte der selbständigen öffentlichen Anstalten durch den Regierungsrat	Nr. 841 vom 22. Dezember 2009	16. September 2009; Ablehnung der Dringlicherklärung
19. November 2008; Motion von Landrat Paul Matter, Ennetmoos, und Mitunterzeichnenden	Änderung der Steuergesetzgebung (Abzugsfähigkeit von Kosten für die Erlernung eines Zweitberufes)	Nr. 314 vom 22. Mai 2009; Ablehnung	16. September 2009; Ablehnung
27. Mai 2009; Motion von Landrat Martin Zimmermann, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnenden	Verwendung von Ordnungsbussen-Geldern für Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer als «Start-up Kapital»	Nr. 687 vom	20. Oktober 2009 16. Dezember 2009; Ablehnung

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Motionen			
27. Mai 2009; Motion von Landrat Martin Zimmermann, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnenden	Verwendung von Ordnungsbussen-Geldern für Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern als «Start-up Kapital»	Nr. 687 vom	20. Oktober 2009 16. Dezember 2009; Ablehnung
20. Oktober 2009; Motion von Landrätin Susann Trüssel, Büren, und Mitunterzeichnenden	Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz)		18. November 2009; Ablehnung der Dringlicherklärung
9. September 2009; Motion von Landrat Paul Leuthold, Stans, und Mitunterzeichnenden	Änderung des Gesetzes über die Volksschule (Volksschulgesetz) in Bezug auf das Wahlprozedere der Behörden nach Aufhebung der Schulgemeinde	Nr. 777 vom 1. Dezember 2009	3. Februar 2010; Gutheissung
16. September 2009; Motion von Landrat Beat Ettlín, Stans	Kostendeckende Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien - kantonale Überbrückungsmassnahmen	Nr. 822 vom 15. Dezember 2009	3. Februar 2010; Ablehnung
Postulate			
10. Juni 2009; Postulat von Landrat Paul Leuthold, Stans, und Landrat Walter Odermatt, Stans	Erstellung eines Konzepts für ein Parkhaus im Gebiet Mittelschule Stans / Winkelriedhaus	Nr. 763 vom 24. November 2009	24. Juni 2009; Ablehnung der Dringlicherklärung 3. Februar 2010; Gutheissung in geänderter Form
10. Juni 2009; Postulat von Landrat Maurus Adam, Hergiswil, und Mitunterzeichnete	Trasseeführung des Teilprojektes 4 «Doppelspurausbau Kantonsgrenze Luzern/Nidwalden bis Hergiswil Matt»	Nr. 562 vom 27. August 2009	24. Juni 2009; Ablehnung der Dringlicherklärung 21. Oktober 2009; Gutheissung in geänderter Form
13. Oktober 2009; Postulat von Landrat Ruedi Waser, Hergiswil, und Mitunterzeichnete	Überprüfung der Ausführung einer Tunnelvariante der Zentralbahn durch das Dorf Hergiswil. Dieser Tunnel soll allenfalls durch eine PPP (Public Private Partnership) Finanzierung bis zum Eintritt des Bundes in seine Verpflichtung vorfinanziert werden		18. November 2009; Rückzug der Dringlicherklärung
Interpellationen			
4. Februar 2009; Interpellation von Landrat Norbert Furrer, Stans, und Mitunterzeichneten	Härtefallregelung im Asylbereich	25. Juni 2009; Die Frist für die Beantwortung der Interpellation ist am 11. August 2009 abgelaufen. Mit Schreiben der Staatskanzlei vom 25. Juni 2006 wurde der Erstunterzeichner orientiert, dass sich die Beantwortung der Interpellation verzögert, weil neue Richtlinien des Bundes betreffend Kriterien für die Härtefallbeurteilung im Asylbereich erwartet werden.	
11. März 2009; Interpellation von Landrat Conrad Wagner, Stans, und Landrätin Claudia Dillier, Stans, sowie Mitunterzeichneten	Wohnbaupolitik im Kanton Nidwalden	Nr. 563 vom 27. August 2009	18. November 2009: Beantwortung
24. September 2009; Interpellation von Landrat Leo Amstutz, Beckenried, sowie Mitunterzeichneten	Auslagerung von Medien bei der Kantonsbibliothek Nidwalden		

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Kleine Anfragen			
10. November 2008; Kleine Anfrage von Landrat Walter Odermatt, Stans, betreffend den Beitritt des Kantons Nidwalden zum HarmoS-Konkordat	Beitritt des Kantons Nidwalden zum HarmoS-Konkordat	Nr. 5 vom 5. Januar 2009	4. Februar 2009; Beantwortung
27. November 2008; Parlamentarische Vorstösse. Kleine Anfrage von Landrat Beat Ettlín, Stans	Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen	Nr. 35 vom 20. Januar 2009	4. Februar 2009; Beantwortung
11. März 2009; Kleine Anfrage von Landrat Alois Niederberger, Stans	Guantánamo-Häftlinge	Nr. 266 vom 28. April 2009	6. Mai 2009; Beantwortung
3. Juni 2009; Kleine Anfrage von Landrat Alois Niederberger, Stans	Kosten für die Teilnahme des Kantons Nidwalden am Sechsläuten 2010 in Zürich	Nr. 564 vom 27. August 2009	16. September 2009; Beantwortung
15. Juni 2009; Kleine Anfrage von Landrätin Susann Trüssel, Stans	Aktueller Planungsstand betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den beiden Kantonsstrassen-Abzweigungen Dallenwil und Büren	Nr. 514 vom 18. August 2009	21. Oktober 2009; Beantwortung
30. Juni 2009; Kleine Anfrage von Landrat Beat Ettlín, Stans	Ladenöffnungszeiten und Sonntagsruhe	Nr. 565 vom 27. August 2009	16. September 2009; Beantwortung
17. September 2009; Kleine Anfrage von Landrat Peter Keller, Hergiswil	Auszahlung von Ferienguthaben	13. Oktober 2009	21. Oktober 2009; Beantwortung
25. September 2009; Kleine Anfrage von Landrat Ruedi Waser	Offenbar ausserordentliche führungslose Situation an der Berufsfachschule des Kantons Nidwalden	Nr. 735 vom 10. November 2009	18. November 2009; Beantwortung
Einfaches Auskunftsbegehren			
29. Januar 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Paul Leuthold, Stans, und Mitunterzeichnenden	Massnahmen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise	Nr. 124 vom 3. März 2009	11. März 2009; Beantwortung
4. März 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Peter Keller, Hergiswil	Haltung des Regierungsrates in Bezug auf das HarmoS-Konkordat	Nr. 203 vom 31. März 2009	1. April 2009; Beantwortung
1. Mai 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Sepp Barmettler, Buochs, und Landrätin Doris Marty, Buochs	Angebot und die Finanzierung der Kindertagesstätten und anderer kinderbetreuenden Einrichtungen	Nr. 344 vom 26. Mai 2009	27. Mai 2009; Beantwortung
29. Mai 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Beat Ettlín, Stans	Prämienschock (Krankenkassen-Prämien steigen um 15%)	Nr. 428 vom 23. Juni 2009	24. Juni 2009; Beantwortung
25. August 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Martin Ambauen, Beckenried	Aktuelle Entwicklung der Nidwaldner Landwirtschaft	Nr. 612 vom 15. September 2009	16. September 2009; Beantwortung
25. September 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Ernst Minder, Hergiswil	Lärmschutz A2 in Hergiswil	Nr. 688 vom 20. Oktober 2009	21. Oktober 2009 Beantwortung
30. Oktober 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Viktor Baumgartner, Beckenried	Arbeitsmarktsituation in Nidwalden	Nr. 750 vom 17. November 2009	18. November 2009 Beantwortung
4. November 2009; Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Sepp Durrer, Wolfenschiessen	Handhabung des Rauchverbotes	Nr. 751 vom 17. November 2009	18. November 2009 Beantwortung

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Nidwalden

Text und Redaktion

Staatskanzlei, Informationsdienst

Konzept/ Gestaltung

Ristretto Kommunikation ASW, Stans

Titelbild

Christian Perret, Emmetten

Druck

Druckerei Odermatt AG, Dallenwil

Auflage

300 Exemplare

Internet

www.nidwalden.ch

E-Mail

staatskanzlei@nw.ch